

D 20 488 F

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

3
71

Juli - September

**Neue Aspekte der
Monopoltheorie**

Marxismus Digest

**Theoretische Beiträge aus marxistischen und
antiimperialistischen Zeitschriften**

**herausgegeben vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)**

**3
'71**

Neue Aspekte der Monopoltheorie

Juli – September

Bitte beachten Sie die Beilagen des IMSF und des Verlags Sozialistische Politik GmbH.

Marxismus-Digest, Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften, 2. Jahrgang.

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest erscheint vierteljährlich. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 8,-, Jahresabonnement DM 26,-. Für Studenten gilt ein ermäßigter Preis von DM 5,- für das Einzelheft, DM 16,- für das Abonnement. Bestellungen von Studenten können nur an das IMSF gerichtet werden.

Redaktionssekretär: Thomas Müller. Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6, Tel. 0611/72 49 14, Postscheckkonto: Frankfurt 51 627.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig. Kundigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan.

**I
M
S
F**

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6**

Fred Oelßner

Zur geschichtlichen Rolle und zum Begriff des Monopols

Auszüge aus den Kapiteln I und II der Arbeit von Fred Oelßner, Ein Beitrag zur Monopoltheorie, in: *Probleme der politischen Ökonomie*, Band 3, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Akademie-Verlag, Berlin 1960. Kürzungen und Zwischenüberschriften durch die Redaktion des Marxismus-Digest.

Zur geschichtlichen Rolle des Monopols

Theoretisch wie historisch betrachtet ist das Monopol eine Kategorie der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Warenproduktion. Es ist genauso ein Attribut dieser Warenproduktion wie die Konkurrenz. Beide, Konkurrenz und Monopol, bilden eine dialektische Einheit von Widersprüchen, die der Warenproduktion auf Basis des Privateigentums eigen ist. Das Monopol ist das Korrelat der Konkurrenz und umgekehrt. Die Entfaltung dieses Widerspruchs hat in der Entwicklung der Warenproduktion bis auf den heutigen Tag eine große Rolle gespielt. Der durch Jahrtausende zu verfolgende Kampf zwischen Monopol und Konkurrenz hat sich oft als vorwärts treibende Kraft der Geschichte erwiesen.

Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, *Marx* und *Engels*, haben sich schon sehr früh mit dem Verhältnis von Monopol und Konkurrenz beschäftigt und es in eben diesem Sinne aufgefaßt. Schon in seiner Schrift „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie“ (1844) schrieb *Friedrich Engels*: „*Der Gegensatz der Konkurrenz ist das Monopol ... Die Konkurrenz beruht auf dem Interesse, und das Interesse erzeugt wieder das Monopol; kurz, die Konkurrenz geht in das Monopol über. Auf der anderen Seite kann das Monopol den Strom der Konkurrenz nicht aufhalten, ja es erzeugt die Konkurrenz selbst...*“¹

Im selben Jahre schrieb *Karl Marx* in der Schrift „Zur Kritik der Nationalökonomie – Ökonomisch-philosophische Manuskripte“, „*daß das notwendige Resultat der Konkurrenz die Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen, also die fürchterlichere Wiederherstellung des Monopols ist*“. *Marx* macht der Nationalökonomie einen Vorwurf, weil sie den Zusammenhang der Bewegung nicht begreift, darum konnte sich die Lehre von der Konkurrenz der Lehre vom Monopol entgegenstellen, denn die Konkurrenz war nur als zufällige, absichtliche, gewaltsame, nicht als notwendige, unvermeidliche, natürliche Konsequenz des Monopols entwickelt und begriffen.²

1 Marx-Engels-Werke, Dietz Verlag, Berlin 1956, Bd. 1, S. 513.

2 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Kleine ökonomische Schriften. Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 96 und 97.

Inhaltsverzeichnis

Fred Oelßner	
Zur geschichtlichen Rolle und zum Begriff des Monopols	3
N. N. Inosemzew/S. M. Menschikow/A. G. Mileikowski/ A. M. Rumjanzew	
Konzentration und Monopol	23
Peter Hess	
Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum	52
Paul Boccaro	
Überakkumulation – Monopole – staatsmonopolistischer Kapitalismus heute	72
Antonio Pesenti	
Finanzkapital und Preisbildung im staatsmonopolistischen Kapitalismus	91
Caspar Schirmeister	
Zum Monopol als Herrschaftsverhältnis – aktuelle Aspekte der Leninschen Analyse	110
Aspekte zum internationalen Konzern	129
Eugenio Peggio	
Internationale Konzerne, Integration und nationale Souveränität	159
James O'Connor	
Internationale Konzerne und wirtschaftliche Unterentwicklung	167
Anhang I	
Symposium „Probleme der Monopolisierung unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus“	184
Anhang II	
Ausgewählte Literatur zum Thema „Neue Aspekte der marxistischen Monopoltheorie“	198
Hinweise der Redaktion	222

Einige Jahre später formuliert Marx in „Das Elend der Philosophie“ (1847) das Verhältnis von Monopol und Konkurrenz in folgender Weise: „*In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten.... Die Synthese ist derart beschaffen, daß das Monopol sich nur dadurch aufrechterhalten kann, daß es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt.*“³

Auch W. I. Lenin hat das enge Wechselverhältnis zwischen Konkurrenz und Monopol, ihre Zusammengehörigkeit wie ihre Widersprüchlichkeit, hervorgehoben. Er schrieb: „*Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz; aber diese selbst begann sich vor unseren Augen zum Monopol zu wandeln... Zugleich aber beseitigen die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr fort und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte.*“⁴

Wir sehen also, die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben das Monopol stets in seinem Wechselverhältnis zur Konkurrenz betrachtet. Die Konkurrenz negiert das Monopol, aber das Monopol negiert wiederum die Konkurrenz, es ist auch geschichtlich betrachtet die Negation der Negation. Ebenso wie die Konkurrenz die unvermeidliche Konsequenz des Monopols, so ist auch das Monopol die notwendige, unvermeidliche, natürliche Konsequenz der Konkurrenz.

Die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Warenproduktion ist dadurch gekennzeichnet, daß die Warenproduzenten trotz gesellschaftlicher Arbeitsteilung als Produzenten voneinander isoliert sind, nicht im Zusammenhang miteinander stehen und daß dieser Zusammenhang erst nach vollbrachter Produktion zwischen den Warenbesitzern auf dem Markt hergestellt wird. Die ökonomischen Gesetze, welche die Warenproduktion regeln, können daher nicht anders als mittels der Konkurrenz wirken. Die bürgerlichen Ökonomen lieben es, die Konkurrenz euphemistisch als Wettbewerb zu bezeichnen. Die Konkurrenz ist aber alles andere als ein Wettbewerb, sie ist ein Kampf auf Leben und Tod. In diesem Kampf muß jeder bestrebt sein, dem anderen gegenüber Vorteile zu erlangen. Das Produktions- und Geschäftsgeheimnis wird streng gehütet. In der einfachen Warenproduktion führt die Konkurrenz zur Differenzierung der einfachen Warenproduzenten, zum Aufstieg weniger und zum Ruin vieler. Das allgemeine Prinzip der Konkurrenz ist die Niederlage und der Tod der einen, der Sieg und die Herrschaft der anderen. Das tritt besonders scharf bei der Konkurrenz im Kapitalismus zutage. Hier geht der Konkurrenzkampf um die Erlangung des höchstmöglichen Profits. Die Konkurrenz erreicht hier ihre höchste Entwicklung. Die kapitalistische Konkurrenz führt in noch größerem Maße zum Ruin vieler einfacher Warenproduzenten, kleiner und

3 Marx-Engels-Werke. Dietz Verlag, Berlin 1959, Bd. 4, S. 163–164.

4 Lenin, W. I., Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Dietz Verlag, Berlin 1953, Bd. I, S. 839. Alle im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Werk.

mittlerer Kapitalisten. In dem allgemeinen Prinzip der Konkurrenz ist aber das Streben nach dem Monopol bereits einbegriffen. Jeder Teilnehmer strebt danach, seine Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, sie zu vernichten und der Alleinsieger zu bleiben. Das heißt, er strebt nach dem Monopol.

Monopol und Konkurrenz als Attribute der Warenproduktion sind ebenso wie diese historische Kategorien. Sie können darum auch nur historisch, das heißt aus den jeweiligen geschichtlichen Produktionsverhältnissen heraus richtig verstanden werden. Ebenso wie es grundfalsch ist, die Warenproduktion in den verschiedenen Gesellschaftsformationen gleichzusetzen, so ist es auch grundfalsch, Konkurrenz und Monopol in den verschiedenen Epochen gleichzusetzen. Eben dies tut aber die ganze bürgerliche Ökonomie. Für sie ist Monopol gleich Monopol, ob es sich nun um ein Monopol im Altertum, im Mittelalter, der Neuzeit oder im 20. Jahrhundert handelt. Bei einer solchen Betrachtungsweise muß die bürgerliche Ökonomie an den äußeren Merkmalen des Monopols haften bleiben, sie kann (und will) sein Wesen nicht begreifen, das nur aus den konkreten gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen begriffen werden kann. Der spezifische Charakter des Monopols in jeder geschichtlichen Epoche erklärt sich aus der Entwicklungsstufe des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Warenproduktion, die ihrerseits auf der Entwicklung der Produktivkräfte beruht.

In der Tat hat der industrielle Kapitalismus in seiner Sturm- und Drangperiode der freien Konkurrenz zum allgemeinen Durchbruch verholfen. Unter der Lösung des Freihandels wurden alle die freie Konkurrenz hemmenden Schranken, alle Monopole, Privilegien, Zölle usw. hinweggefegt. Indessen war die Zeit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz recht kurz. W. I. Lenin spricht von „*der höchsten Blüte der freien Konkurrenz in England in den Jahren 1840 bis 1860*“⁵, dann kündigte sich bereits eine neue Periode an, in der das Monopol begann, die freie Konkurrenz zu verdrängen. Und das geschah durchaus gesetzmäßig.

Der Kapitalismus ist die entwickelteste Stufe der Warenproduktion. In ihr wird das eine Attribut der Warenwirtschaft, die Konkurrenz, zu inneren Natur des Kapitals. Es gelangt zur vollen Blüte. Aber je mehr die Konkurrenz sich entwickelt, je umfangreicher, schärfen und zerstörender sie wird, um so mehr fördert sie auch zugleich ihr Gegenteil, ihr Korrelat, das Monopol. Denn „*im Maß, wie kapitalistische Produktion und Akkumulation, im selben Maß entwickeln sich Konkurrenz und Kredit, die beiden mächtigsten Hebel der Zentralisation.*“⁶ Die Zentralisation aber fördert und beschleunigt die Konzentration der Produktion und des Kapitals, aus der das moderne Monopol hervorwächst. Jetzt tritt ein, was Marx im Jahre 1844 voraussagte, daß das notwendige Resultat der Konkurrenz die Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen, die fürchterlichere Wiederherstellung des Monopols ist. Die freie Konkurrenz ruft über die Kapitalakkumulation, über die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion mit Naturnotwendigkeit

5 Lenin, W. I., Ausgewählte Werke in zwei Bänden, a.a.O., Bd. I, S. 830.

6 Marx, Karl, Das Kapital, Dietz Verlag, Berlin 1951, Bd. I, S. 660.

das moderne Monopol ins Leben! Das ist die Quintessenz der marxistischen Monopoltheorie.

Bereits im „Antidühring“ hat *Friedrich Engels* hervorgehoben, daß in den modernen Trusts die freie Konkurrenz ins Monopol umschlägt, und kurz vor seinem Tode, in einer Einfügung im III. Bande des „Kapital“ hob er wiederum hervor, daß die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt wird.⁷ *Lenin* schließlich hat in seiner Studie über den Imperialismus das Hervorgehen des modernen Monopols aus der freien Konkurrenz allseitig wissenschaftlich bewiesen. Das moderne Monopol, das den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus kennzeichnet, ist von den Monopolen früherer Zeiten qualitativ unterschieden, weil es einer neuen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte entspringt. Es ist ein Kind der modernen Großindustrie mit ihrer Massenproduktion. Damit ist es zugleich auch quantitativ von früheren Monopolen verschieden: Es wird zum beherrschenden Merkmal der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und durchdringt das ganze gesellschaftliche Leben.

So ergibt sich, daß im modernen Industriekapitalismus das Verhältnis zwischen Konkurrenz und Monopol einen völlig neuen Charakter erhält. Die Konkurrenz wird zum wesentlichen Charakterzug der kapitalistischen Warenproduktion, ohne sie können die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus nicht ungehindert wirken. Aber zugleich fördert die Konkurrenz die Entstehung des Monopols und errichtet damit Hemmnisse und Schranken für das Wirken dieser Gesetze. Dieser Widerspruch ist ein Ausdruck der Tatsache, daß die kapitalistische Warenproduktion von Anfang an den Todeskeim in sich trägt. Auch das haben *Marx* und *Engels* schon vor mehr als hundert Jahren nachgewiesen.

Friedrich Engels schrieb in „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie“: „... die Handelsfreiheit muß auf der einen Seite die Restauration der Monopole, auf der anderen die Aufhebung des Privateigentums produzieren.“⁸ Und an anderer Stelle: „Das Monopol erzeugt die freie Konkurrenz und diese wieder das Monopol; darum müssen beide fallen und diese Schwierigkeiten durch die Aufhebung des sie erzeugenden Prinzips behoben werden.“⁹

Karl Marx sagte in den „Grundrisse“: Sobald das Kapital „anfängt sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind“.¹⁰

Aus dem Dargestellten ergibt sich, daß das moderne Monopol den Übergang zu einer höheren Produktionsweise darstellt. Das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist daher zugleich das Stadium des sterbenden Kapitalismus, die Epoche der proletarischen Revolutionen und des weltweiten Übergangs zum Sozialismus.

7 Marx, Karl, Das Kapital, a.a.O., Bd. III, S. 479.

8 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Kleine ökonomische Schriften, a.a.O., S. 13.

9 Ebenda, S. 3 2

10 Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 544/45.

Obwohl es ebenso wie das Monopol in früheren Zeiten ein Attribut der Warenproduktion und das Korrelat der Konkurrenz ist, ist das moderne Monopol also von allen Monopolen früherer Zeiten prinzipiell verschieden. Die wesentlichsten Stellen dieses Unterschiedes sind:

1. Das moderne Monopol ist ein Attribut der voll entfalteten und höchstentwickelten Warenproduktion. Es ist daher viel allseitiger und umfassender als frühere Monopole, es durchdringt alle Seiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Erst im 20. Jahrhundert wird das Monopol zum entscheidenden Charaktermerkmal der Epoche.

2. Das moderne Monopol ist das Produkt des hochentwickelten Industriekapitalismus. Es entsteht aus der Konzentration der Produktion und des Kapitals, die es gleichzeitig fördert und hemmt. Es beruht auf dem Großbetrieb.

3. Das moderne Monopol ist das Korrelat der Konkurrenz als dem Wesenszug der ganzen kapitalistischen Produktionsweise. Es ist aus der freien Konkurrenz gewachsen, nachdem diese zum herrschenden Prinzip der Produktion und des Austausches geworden war, es steht aber im Widerspruch zu diesem Wesenszug und setzt der herrschenden Produktionsweise eine Schranke. Es hemmt, stört und ändert das Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, die der Konkurrenz als ihres Mechanismus bedürfen.

4. Das moderne Monopol stellt zugleich sein Korrelat, die Konkurrenz wieder her, aber nicht die alte freie Konkurrenz, sondern eine höhere Stufe, die monopolistische Konkurrenz, die ihrerseits gegenüber der früheren Konkurrenz wesentliche Unterschiede aufweist.

5. Trotz seiner umfassenden, den Charakter der Epoche bestimmenden Ausdehnung kann das moderne Monopol die Alleinherrschaft nicht erlangen, es besteht nur der Übergang von der Konkurrenz zum Monopol, das heranwachsende Monopol (*Lenin*)¹¹, das die Konkurrenz nie ganz überwinden kann, obwohl es dahin tendiert. Daraus entstehen besonders schroffe Widersprüche und Konflikte.

6. Das moderne Monopol ist das charakteristische Merkmal der letzten Stufe der Ausbeutergesellschaft überhaupt. Es ist darum ein Merkmal der Notwendigkeit des Übergangs zu einer solchen Produktionsweise, die frei ist von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Mit diesen sechs Punkten soll nicht das Wesen des modernen Monopols charakterisiert, sondern nur der Unterschied gegenüber früheren Monopolen hervorgehoben werden.

Zum Monopolbegriff

Die Voraussetzung für fruchtbringende wissenschaftliche Arbeit und besonders für wissenschaftliche Diskussionen ist Klarheit über die Begriffe. Wir haben gesehen, daß die bürgerlichen Nationalökonomen den Monopolbegriff so allgemein definie-

11 Lenin, W. I., Werke, Moskau 1952, Bd. 24, S. 427. (russ.)

ren, daß jede historische Konkretheit dabei verlorengeht, und vor allem die wirklichen Monopole, die heute die Wirtschaft in den kapitalistischen Ländern beherrschen, aus dem Monopolbegriff herausfallen, zu Nicht-Monopolen erklärt werden. Es kommt aber bei der Bestimmung des Monopolbegriffes heute gerade darauf an, mit diesem Begriff das Wesen des Monopols als Hauptmerkmal des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus zu erfassen.

Auch in der marxistischen ökonomischen Literatur ist der Monopolbegriff durchaus nicht so klar herausgearbeitet, wie es angesichts der großen Bedeutung der Monopole im modernen Kapitalismus erforderlich wäre. Was meinen wir denn, wenn wir von den Monopolen sprechen, die das entscheidende Merkmal des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus sind? Auf den ersten Blick scheint dies eine überflüssige Frage zu sein; indessen zeigt schon ein wenig Nachdenken, daß diese Frage doch eine Diskussion wert ist.

Die kapitalistische Produktionsweise ist von mancherlei Monopolen durchsetzt. So besteht in ihr das Monopol des Privateigentums an Grund und Boden. Seine ökonomische Bedeutung ist bekannt, es bildet die Voraussetzung der Grundrente. Die absolute Grundrente ist überhaupt ein Produkt des Bodenmonopols. Das Bodenmonopol verschmilzt, wie sich noch zeigen wird, mit dem eigentlichen modernen Monopol. Trotzdem meinen wir nicht das Bodenmonopol, wenn wir vom monopolistischen Kapitalismus reden.

Die kapitalistische Produktionsweise beruht auf dem Monopol des Privateigentums an den Produktionsmitteln, das ein ausgesprochenes Klassenmonopol ist. Die Arbeiterklasse ist von diesem Monopol ausgeschlossen. Ihre Ausbeutung beruht auf diesem Monopoleigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln. Und doch darf auch dieses Monopol nicht mit den modernen Monopolen identifiziert werden, denn es ist die allgemeine Grundlage sowohl des Monopols wie der Konkurrenz. Auch die letztere ist ohne das Eigentumsmonopol gar nicht möglich. Das moderne Monopol, um dessen Begriffsbestimmung es geht, entwickelt sich auf der Grundlage des Eigentumsmonopols, es ist sozusagen ein Monopol im Quadrat.

Weiter gab und gibt es alle möglichen staatlichen Monopole, wie Branntweinmonopol, Tabakregie u.a. Das wichtigste dieser Art Monopole ist heute das wohl in allen entwickelten kapitalistischen Ländern bestehende staatliche Monopol der Banknoten-Emission. Die große volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Monopols dürfte kaum umstritten sein. Es dürfte aber ebenso klar sein, daß wir mit der Bezeichnung Monopol nicht dieses spezifische Monopol meinen.

Weitere Monopole bestehen infolge der Rechtsordnung, wie Patentrecht, Markenschutz u.a. Diese Monopole sind zwar heute meist mit den modernen Monopolen sehr eng verknüpft, die meisten Monopole, besonders in der Produktion, haben Dutzende solcher rechtlichen Monopole und heimsen dadurch riesige Profite ein (z.B. durch Lizenzverkauf). Und dennoch sind auch die rechtlichen Monopole nicht mit dem modernen Monopol gleichzusetzen.

Alle diese verschiedenen Monopole bestehen in der kapitalistischen Produktionsweise bis auf den heutigen Tag fort, sie sind die Grundlage des modernen Monopols oder verflechten sich mit ihm, aber sie sind mit dem modernen Monopol nicht identisch.

Nach Marx findet man in der Praxis des Lebens nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die „nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist“. Meines Erachtens haben wir hier den wissenschaftlichen Ausgangspunkt für das Verständnis des modernen Monopol denn die Marx'sche These besagt, daß die innere Gesetzmäßigkeit der Konkurrenz, mit Notwendigkeit das Monopol hervorbringen muß, während das Monopol sich nur behaupten und seinen Zweck (den Monopolprofit) erfüllen kann, indem es wieder in die Konkurrenz eintritt. Diese Gesetzmäßigkeit wirkt aber in verschiedenen Gesellschaftsepochen verschieden und führt zu verschiedenen Resultaten, denn es ist ein wesentlicher Unterschied, ob wir es mit der Konkurrenz unter einfachen Warenproduzenten und Händlern oder mit der Konkurrenz unter kapitalistisch-industriellen Warenproduzenten zu tun haben. Darum müssen wir den Prozeß der Herausbildung des Monopols aus der Konkurrenz im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verstehen. Eben deshalb können uns die allgemeinen Begriffsbestimmungen des Monopols, die wir bei den bürgerlichen Ökonomen fanden, nicht weiterhelfen. So können die Fragen nur verwirren.

Die Rolle der Konzentration

Den theoretischen Ausgangspunkt für die Bestimmung des Monopolbegriffs finden wir im 23. und 24. Kapitel des ersten Bandes des „Kapital“, in dem Marx seine Konzentrationstheorie entwickelt. Hier weist Marx nach, daß die Konkurrenz die Kapitalisten dazu zwingt, einen Teil des Mehrwertes zu akkumulieren, und diese Akkumulation unvermeidlich zur Konzentration des Kapitals und der Produktion führt. Die Konzentration wird noch mehr gefördert durch die Zentralisation des Kapitals, die „Verwandlung vieler kleinerer in wenige größere Kapitale“. Marx schreibt: „Das Kapital kann hier zu gewaltigen Massen in einer Hand anwachsen, weil es dort vielen einzelnen Händen entzogen wird. In einem gegebenen Geschäftszweig hätte die Zentralisation ihre äußerste Grenze erreicht, wenn alle darin angelegten Kapitale zu einem Einzelkapital verschmolzen wären.“¹²

Gerade an diese Darstellung von Marx knüpft Friedrich Engels in einer Fußnote die Bemerkung an, daß die englischen und amerikanischen Trusts dieses Ziel anstreben, „indem sie versuchen, wenigstens sämtliche Großbetriebe eines Geschäftszweiges zu einer großen Aktiengesellschaft mit praktischem Monopol zu vereinigen.“ Die Konzentration der Produktion und des Kapitals ist in der Tat der historische und der logische Ausgangspunkt für die Entstehung des modernen Monopols. Sie wird auch von allen marxistischen Ökonomen bei der Bestimmung des Monopolbegriffs mit Recht in den Vordergrund gerückt. Nicht richtig ist es aber zu meinen, mit dem Hinweis auf die Konzentration allein sei der Begriff, der spezifische Charakter des modernen Monopols bereits ausreichend gekennzeichnet. Ich darf darauf hinweisen, daß bereits John Stuart Mill die Entstehung der Monopole aus der Kon-

¹² Marx, Karl, Das Kapital, a.a.O., Bd. I, S. 660.

zentration der Produktion ableitete. Er schrieb im Zusammenhang mit dem Übergang vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb: „Wo es nur wenige Konkurrenten gibt, werden diese schließlich immer eins, nicht miteinander zu konkurrieren. Vielleicht lassen sie sich auf einen Wettkampf in der Billigkeit ein, um einen neuen Mitbewerber zu ruinieren; hat er aber einmal festen Fuß gefaßt, schreiten sie zu einer Verständigung mit ihm.“¹³ Es ist klar, daß damit die Entstehung eines Monopols gemeint ist.

Natürlich wäre es unsinnig, nun etwa *J. St. Mill* als den Entdecker der modernen Monopole zu preisen. Das konnte er gar nicht sein, weil es diese Monopole zu jener Zeit noch gar nicht gab. Ich wollte mit dieser Behauptung lediglich darauf hinweisen, daß auch die Erklärung aus der Konzentration allein den Begriff des modernen Monopols nicht erschöpft.

Dennoch ist, was die Genesis des modernen Monopols anbelangt, das Gesetz der Konzentration der Schlüssel zur Lösung des Problems. Alle bürgerlichen Versuche, die Entstehung der modernen Monopole aus subjektiven Ursachen abzuleiten, wie etwa aus „grundsätzlich anderem Geist“ (*Sombart*), aus dem „Hang zur Monopolbildung“ (*Eucken*), aus der „Verhaltensweise“ der Kapitalisten (*Stackelberg*) u.a. gehen völlig an der Wirklichkeit vorbei. Fassen wir im Sinne von *Marx* das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol als Bewegung auf, so ergibt sich, daß die Konkurrenz „als mächtiger Hebel der Konzentration“ zur Bildung von Großunternehmungen führt, die das entscheidende Glied in der Bildung moderner Monopole bilden.

W. I. Lenin begann seine Untersuchung des Imperialismus bekanntlich mit der Analyse der Konzentration der Produktion in der Industrie, die zur Bildung immer größerer Betriebe führt. Daraus aber entsteht das moderne Monopol. Von bürgerlichen Ökonomen wird bis auf den heutige Tag versucht, die marxistische Konzentrationstheorie zu bestreiten. Dabei verweisen sie darauf, daß es noch immer zahlreiche Kleinbetriebe gibt, ja daß sogar ständig neue Kleinbetriebe entstehen. Jedoch besagen diese von keinem Marxisten bestrittenen Tatsachen nichts gegen die Konzentrationstheorie. Denn diese Theorie besagt nur, daß immer größere Betriebe entstehen, daß ihnen gegenüber die Zahl der Kleinbetriebe abnimmt, und vor allem, daß das ökonomische Gewicht der Großbetriebe ständig wächst, daß sie einen immer größeren Teil der gesellschaftlichen Produktion beherrschen und eben dadurch „dicht an das Monopol heranführen“ (*Lenin*). Dieser Konzentrationsprozeß, den *Lenin* mit exakten Zahlen für die Zeit um die Jahrhundertwende darlegt, geht unvermindert fort.

Die Großbetriebe sind die Grundlage der modernen Monopole, denn sie beherrschen infolge ihrer ökonomischen Macht einen bedeutenden Teil der Produktion und des Absatzes und vermögen dadurch die freie Konkurrenz partiell und temporär auszuschalten, die Preise hochzutreiben und hochzuhalten und auf diese Weise einen hohen Monopolprofit zu realisieren. Wenige Großbetriebe sind auch viel leich-

13 Mill, John Stuart, Grundsätze der politischen Ökonomie, Jean 1924, Bd. 1, S. 215.

ter als zahlreiche Kleinbetriebe imstande, sich über ihre Marktpolitik zu verstüdigen und dadurch noch mächtigere Monopole zu schaffen.

Dabei muß man berücksichtigen, daß die ökonomische Macht der Monopole sehr verschieden ist. Vor allem deshalb, weil sich der Konzentrationsprozeß äußerst ungleichmäßig vollzieht und sehr sprunghaft vor sich geht. Hier hakt nun die bürgerliche Ökonomie ein und tischt eine ganze Skala monopolistischer Gebilde auf. Sie bezeichnet als ein Monopol den „Alleinverkauf“, bei dem nur jeweils ein Verkäufer oder Käufer auftritt, als Oligopol den „Verkauf durch wenige“, bei dem auf der Seite des Angebots oder der Nachfrage jeweils nur wenige relativ große Verkäufer bzw. Käufer auftreten. Dies ist der Normalfall dessen, was wir als Monopol bezeichnen. Weiter unterscheidet die bürgerliche Ökonomie (nach *Cournot*) das Dyopol, bei dem jeweils auf einer Seite nur zwei Marktteilnehmer miteinander konkurrieren, und das Polypol, den „Handel vieler“, bei dem die Konkurrenz nur durch zeitliche, räumliche u.a. Differenzierungen der Konkurrenten beschränkt ist. Dies ist der Fall der „polypolistischen Konkurrenz“ oder des „unvollkommenen Marktes“. Neuerdings tauchen in der bürgerlichen Literatur auch die Begriffe Monopson und Oligopson auf, die ausdrücken sollen, daß ein oder wenige Käufer für eine Ware vorhanden sind.

Diese in der bürgerlichen Monopoltheorie allgemein verbreitete Terminologie ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es sich dabei um reine Marktformen handelt, die von der Produktion völlig losgelöst sind. Die Konzentration der Produktion spielt dabei meist gar keine Rolle. Somit geht diese Gliederung am Wesen gerade der modernen Monopole vorbei und wird zur bloßen Begriffsspielerei. Über die tatsächliche Rolle der Monopole vermag sie nichts auszusagen. Nach dieser Begriffsbestimmung steht z.B. der Krupp-Konzern in Deutschland und General-Motors in USA auf der niedrigeren Stufe des Oligopols, während der Schumpeter'sche Krämer am Ohio ein echter Monopolist ist.

Ich brauche hier auch nicht näher auf die Unterscheidung von Kartellen, Syndikaten, Trusts und Konzernen einzugehen. Sie sind zwar für die Monopoltheorie insofern von gewisser Bedeutung, als sie nicht nur Unterschiede in der juristischen Form, sondern auch Stufen in der Konzentration und damit der ökonomischen Macht ausdrücken. In der Regel stellt ein Trust oder Konzern eine höhere Stufe der Monopolisierung dar als ein Kartell oder Syndikat. Aber eben nur in der Regel. Denn ein Kartell in der losesten Form, in dem sich Konzerne und Trusts zusammenschließen, stellt natürlich eine der höchsten Stufen ökonomischer Machtkonzentration dar. Andererseits unterscheiden sich die Monopole machtmäßig auch nach den Wirtschaftszweigen, die sie umfassen. Ein Kohlensyndikat hat natürlich eine größere ökonomische Bedeutung als ein noch so straff organisierter Pinselfrust.

Entscheidend ist also die Stufe der Konzentration und die darauf beruhende ökonomische Macht. Die Herausbildung von Großbetrieben erleichtert aber ungemein Verabredungen und Zusammenschlüsse zwischen ihnen. Dadurch wird es möglich, einen bedeutenden Teil der Gesamtproduktion des betreffenden Industriezweiges und somit des Marktes zu beherrschen. *Lenin* sprach von 7 bis 8 Zehnteln, heute sind es oft mehr.

In den bisherigen Ausführungen war nur von der Entstehung der Großbetriebe und der Monopole in der Industrie die Rede. Damit habe ich mich schon einer Unterlassung schuldig gemacht. Denn der Konzentrationsprozeß erfaßt ja nicht nur die Produktion, sondern auch die Zirkulation. W. I. Lenin schrieb im Jahre 1915: „Das Wachstum des Austausches, das Wachstum der Großproduktion, dies sind die grundlegenden Tendenzen, die im Verlauf eines Jahrhunderts absolut in der ganzen Welt zu beobachten sind. Und auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung des Austausches, auf einer bestimmten Stufe des Wachstums der Großproduktion, nämlich auf der Stufe, die etwa an der Grenze des 19. und 20. Jahrhunderts erreicht war, schuf der Austausch eine solche Internationalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen und Internationalisierung des Kapitals, die Großproduktion wurde so groß, daß die freie Konkurrenz begann, durch das Monopol ersetzt zu werden.“¹⁴

In allen entwickelten Ländern hat die Konzentration und damit die Monopolisierung den Handel in gleicher Weise erfaßt wie die Industrie. Der Prozeß ist in beiden Sphären gleichzeitig verlaufen. Einige große Industriemonopole in Deutschland, wie der Otto-Wolf-Konzern, der Klöckner-Konzern, die Metallgesellschaft AG, u.a. sind aus dem Handel hervorgegangen. Und im Handel selbst hat sich eine rapide Konzentration vollzogen, die sich vor allem darin ausdrückt, daß immer weniger Großunternehmen einen immer bedeutenderen Teil des Handelsumsatzes an sich reißen. So betrug z.B. der Anteil der Betriebe mit mehr als einer Million Jahresumsatz, die 0,3 % aller Betriebe ausmachten, im Einzelhandel im Jahre 1927 in Deutschland 23,7 % vom Gesamtumsatz. Der Anteil der gleichen Größenklasse am Umsatz des Großhandels betrug 1939 57 %.¹⁵ Während sich im Großhandel der Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß vor allem darin äußert, daß die großen Industriemonopole selbst die Handelsfunktion übernehmen und dadurch den privaten Großhandel ausschalten, haben sich auf dem Gebiete des Einzelhandels riesige Monopolunternehmen gebildet, deren bedeutendste heute in Westdeutschland die Warenhauskonzern Karstadt AG., Kaufhof AG., die Hertie-Gruppen und die monopolistischen Versandhäuser, wie Quelle, Neckermann u.a.

Natürlich ist es nicht so, daß die Konzentration und die Monopolbildung im Handel unabhängig von der gleichen Entwicklung in der Industrie vor sich gegangen wäre. Im Gegenteil, Industrie und Handel waren in dieser Entwicklung, wie schon bemerkt wurde, eng miteinander verbunden. Es hat sich zwischen den beiden Sphären eine so enge Verflechtung herausgebildet, daß es kaum möglich sein wird, bei den großen Monopolunternehmungen eine klare Trennungslinie zu ziehen. Besonders augenfällig tritt diese Verfilzung in der Personalunion in den Vorständen und Aufsichtsräten in Erscheinung, die schon von Lenin hervorgehoben wurden.

Bei der Herausbildung der Monopole treten zwei Eigenheiten hervor, die ich schon hier erwähnen möchte, obwohl sie nicht nur Industrie und Handel betreffen.

14 Lenin, W. I., Werke, a.a.O., 1952, Bd. 22, S. 91/92 (russ.).

15 Siehe: Heinrich, W., Seidel, H., Bertullis, L., Der monopolistische Handel ein Instrument zur Sicherung maximaler Profite. Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin 1956, S. 32. — Das Buch bringt zahlreiche weitere Beweise für die Konzentration und Monopolbildung im Handel Westdeutschlands.

Erstens führt die Konzentration dazu, daß die erforderliche Minimalgröße des Kapitals ständig wächst und die Kapitalanwendung dadurch zu einem Monopol für die großen Kapitalisten wird. Auf diesen Prozeß hat bereits Karl Marx hingewiesen: „Ganz normal verläuft der Prozeß nur, wenn die Wertverhältnisse konstant bleiben; er verläuft faktisch, solange sich Störungen in der Wiederholung des Kreislaufs ausgleichen; je größer die Störungen, um so größeres Geldkapital muß der industrielle Kapitalist besitzen, um die Ausgleichung abwarten zu können; und da im Fortgang der kapitalistischen Produktion sich die Stufenleiter jedes individuellen Produktionsprozesses und mit ihm die Minimalgröße des vorzuschießenden Kapitals erweitert, so kommt jener Umstand zu den andren, die die Funktion des industriellen Kapitalisten mehr und mehr in ein Monopol großer Geldkapitalisten, vereinzelten oder assoziierter, verwandeln.“¹⁶

Aus dieser Entwicklung ergibt sich zweitens, daß mit der zunehmenden Konzentration nicht nur die organische Zusammensetzung des Kapitals ständig höher wird, sondern besonders der Anteil des fixen Kapitals im Verhältnis zum Gesamtkapital ständig wächst, daß der Umfang des fixen Kapitals grandiose Kapitalaufwendung erfordert. Dies hat für die Behandlung des Grundproblems der Monopoltheorie, nämlich des Monopolprofits, große Bedeutung.

Der Ausdruck Monopolunternehmung weist auf ein weiteres Problem der Monopoltheorie hin. Würden wir wie die bürgerliche Theorie nur von der Marktform ausgehen, so müßten wir den großen Trusts und Konzernen den Monopolcharakter absprechen, denn keiner von ihnen besitzt auf dem Markt ein Monopol im Sinne des Alleinverkaufs. Meistens gibt es mehrere Monopolunternehmungen in einem Industriezweig und oft daneben noch kleinere Betriebe. Bestenfalls könnten wir einen Verband dieser Trusts und Konzerne als Monopol bezeichnen. Es ist aber bislang keinem Marxisten eingefallen, etwa dem Krupp-, Mannesmann-, Klöckner-Konzern u.a. oder dem Kaufhof- oder Karstadt-Konzern den Monopolcharakter abzustreiten. Und das mit gutem Recht, weil diese u.a. Konzerne, obwohl sie kein absolutes Monopol haben (das wie gesagt überhaupt sehr selten vorkommt), gerade die typischsten Vertreter des Monopolkapitalismus sind. Denn infolge ihrer Größe und ökonomischen Macht sind sie in der Lage, Monopolprofite zu realisieren. Der Monopolprofit ist aber das entscheidende konstituierende Element der Begriffsbestimmung des modernen Monopols. Hinzu kommt noch das bereits erwähnte wichtige Element der totalen Verflechtung der Monopolunternehmungen untereinander, die unter Hinzunahme noch zu erörternder weiterer Faktoren zur Herrschaft der Finanzoligarchie führen, die innerhalb der Gesellschaft ein echtes Monopol darstellt. Diese Herrschaft der Finanzoligarchie, die wie ein gewaltiger Polyp die ganze Gesellschaft bedrückt und aussaugt, die die Haupttriebkraft zur Anzettelung imperialistischer Kriege ist, diese Herrschaft charakterisiert gerade das imperialistische Stadium des Kapitalismus!

16 Marx, Karl, Das Kapital, a.a.O., Bd. II, S. 102/103.

Monopolbegriff weiter als Warenmonopole

In der bisherigen Betrachtung habe ich nur die Monopole in Industrie und Handel berücksichtigt. Dies geschah absichtlich, weil diese Monopole einen wichtigen gemeinsamen Zug aufweisen: sie betreffen die Produktion und den Austausch von Waren. Man könnte sie daher als Warenmonopole bezeichnen. Ihnen ist gemeinsam, daß sie den Monopolprofit über den Warenaustausch mittels des Monopolpreises realisieren. In allen bisherigen Untersuchungen über die Monopole, Monopolpreise und Monopolprofit ist fast ausschließlich von diesen Warenmonopolen die Rede. Und das ist auch in den Monopoldefinitionen der Fall. Wollen wir sie aber erweitern, so daß sie für alle Monopole und nicht nur für die Warenmonopole gilt, dann entsteht die Frage, ob wir die Warenpreise unbedingt als konstituierenden Bestandteil der Monopoldefinitionen brauchen. Dafür spricht die Tatsache, daß die Monopole in bedeutendem Maße die Verteuerung der Waren verursachen. Dagegen aber spricht, daß wir damit den Monopolbegriff unzulässig einschränken.

Wenn wir das Wesen des modernen Monopols, nicht nur zum Unterschied von früheren Monopolen, sondern vor allem zum Verständnis seiner Totalität richtig im Begriff fassen wollen, dann erscheint es mir unzulässig, diesen Begriff auf die Warenmonopole zu beschränken, dann müssen wir ihn erweitern.

W. I. Lenin schließt das erste Kapitel seines Werkes über den Imperialismus, das eben die Warenmonopole behandelt, mit den Worten ab: „Doch würde unsere Vorstellung von der tatsächlichen Macht und Bedeutung der modernen Monopole höchst ungenügend, lückenhaft und verkleinert sein, wenn wir die Rolle der Banken außer acht ließen.“ Und im VII. Kapitel, wo Lenin die Definition des Imperialismus entwickelt, hebt er mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Begriff des Monopols faktisch alle Merkmale des Imperialismus umfaßt. Dort lesen wir: „Wäre eine möglichst kurze Definition des Imperialismus erforderlich, so müßte man sagen, der Imperialismus ist das monopolistische Stadium des Kapitalismus. Eine solche Definition würde die Hauptsache enthalten, denn auf der einen Seite ist das Finanzkapital das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer Industriellenverbände verschmolzen ist, und auf der anderen Seite ist die Aufteilung der Welt der Übergang von einer Kolonialpolitik, die sich ungehindert auf Kosten der noch von keiner kapitalistischen Macht besetzten Gebiete ausdehnt, zu einer Kolonialpolitik der monopolistischen Beherrschung der restlos aufgeteilten Erde.“¹⁷

Handelt es sich bei unserer Suche nach dem richtigen Monopolbegriff eben um jenes Monopol, daß den Imperialismus zum monopolistischen Stadium des Kapitalismus macht, so wird offensichtlich, daß wir uns nicht auf das Warenmonopol beschränken dürfen, sondern sowohl das Finanzkapital wie das Kolonialmonopol einbeziehen müssen. Andernfalls würden wir den Monopolbegriff vom Imperialismus trennen.

¹⁷ Lenin, W. I., Ausgewählte Werke in zwei Bänden, a.a.O., Bd. 1.

Wenden wir uns nunmehr zunächst dem Monopol zu, das aus den Banken erwächst. Der Entstehungsprozeß ist hier der gleiche wie in Industrie und Handel. Er vollzieht sich über die Konzentration des Bankkapitals und der Bankoperationen, durch die mächtige Großbanken entstehen, die zu Monopolunternehmungen werden. Diesen Prozeß hat Lenin ausführlich geschildert. Auch auf dem Gebiete des Bankwesens ist der Konzentrationsprozeß weiter fortgeschritten. Nach dem zweiten Weltkriege beherrschen drei riesige Monopolbanken den westdeutschen Kapitalmarkt: die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank.¹⁸ Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Bankmonopol zum Begriff des Monopols gehört, obwohl es seine Monopolprofite nicht über Monopolpreise für die Waren, sondern durch ganz andere Manipulationen realisiert.

Es ist weiter zu berücksichtigen, daß sich ein analoger Prozeß auch in der dem Bankwesen verwandten Sphäre des Versicherungswesens vollzieht. Auch hier hat die Konzentration und damit die Monopolbildung bereits eine sehr hohe Stufe erreicht¹⁹. Dabei ist es wichtig zu beachten, daß die Versicherungsmonopole ebenso wie die Industrie-, Handels- und Bankmonopole nicht nur gegeneinander konkurrieren, sondern zugleich eng miteinander verflochten sind, sowohl durch direkte Kapitalbeteiligung wie besonders durch die Rückversicherung.

Sind die Monopole im Bank- und Versicherungswesen ihrer Herkunft wie ihrem Wesen nach den Monopolen in Industrie- und Handel gleichzustellen, so darf doch der wichtige Unterschied nicht außer acht gelassen werden. Sie befassen sich weder mit der Herstellung noch mit dem Verkauf von Waren. Sie können daher auch ihren Monopolprofit nicht über Monopolpreise für Waren realisieren. Dafür stehen ihnen andere Wege offen, wie Emissionen (Gründergewinn!), Kreditoperationen, Spekulationen u.a. Es muß auch hervorgehoben werden, daß die Bankmonopole oft einen so bedeutenden Einfluß auf Industrieunternehmungen ausüben, daß sie in der Lage sind, „ihre Rentabilität zu bestimmen“ (Lenin).

Hier ist nun der Einwand zu erwarten, man dürfe das Warenmonopol nicht so scharf von den anderen Monopolen trennen, die Banken handelten ja auch mit einer Ware, dem Kapital, und bekämen dafür einen Preis, den Zins. Auf diesen Einwand ist zu erwidern, daß er in gewissem Sinne richtig ist, daß aber dabei der wesentliche Unterschied nicht außer acht gelassen werden darf, der doch zwischen gewöhnlichen Gebrauchswerten als Waren und Leihkapital, Versicherungsleistungen usw. besteht. Hinter dem Preis der gewöhnlichen Waren steht ihr Wert als eine konkrete ökonomische Kategorie, was man vom „Preis“ eines Darlehns oder einer Versicherungspolice nicht sagen kann. Die gewöhnlichen Waren kommen aus der materiellen Produktion, dort entsteht ihr Wert und auch der Mehrwert, der mit ihrem Verkauf realisiert wird. Bank- und Versicherungskapital aber gehören ausschließlich der Zirkulationssphäre, ja mehr noch der Sphäre der Geldzirkulation an, in der nicht ein Jota Mehrwert ent-

¹⁸ Bericht 10 des Deutschen Wirtschaftsinstituts „Die neue Konzentration der Großbanken in Westdeutschland“, Mai 1955, S. 19. Diesem Bericht sind auch die übrigen Angaben entnommen.

¹⁹ Bericht 11 des Deutschen Wirtschaftsinstituts „Die westdeutschen Versicherungskonzerne“, Juni 1958, S. 10 (194).

steht. Erst durch ihre Verschmelzung im Finanzkapital kommen sie wieder mit der Produktion in Berührung. Aber dennoch erlangen sie ihren Monopolprofit auf ganz anderem Wege als die Warenmonopole.

Diese Unterschiede scheinen es mir zu rechtfertigen, die Bank- und Versicherungsmonopole gesondert hervorzuheben, wie ja auch die Handelsmonopole gesondert erwähnt wurden. Dies geschieht aber nicht, um sie voneinander zu trennen, sondern ganz im Gegenteil zu dem Zweck, in ihrer allseitigen Verflechtung die Allgemeinheit, die Totalität des modernen Monopols hervorzuheben.

Darum muß nun auch noch eine weitere Gruppe von Monopolen erwähnt werden, nämlich die Verkehrsmonopole. Auch im Verkehrswesen sind die Monopole vorherrschend geworden. Die Eisenbahnen waren in Deutschland so ziemlich von Anfang an Staatsmonopol. In den USA und in anderen Ländern gibt es auch im Eisenbahnwesen eine Anzahl großer Privatmonopole. Dagegen herrschen in der Schifffahrt, besonders der Seeschifffahrt auch in Deutschland die großen Privatmonopole. Das jüngste Verkehrsmittel, die Luftfahrt, ist vollständig eine Domäne der großen Monopolunternehmen, die allerdings einen scharfen Konkurrenzkampf gegeneinander führen.²⁰ Wie die alte, so ist auch die neue westdeutsche Lufthansa ein typisches Monopolunternehmen. Auch diese Monopole haben es nicht direkt mit Warenherstellung und Warenaustausch zu tun, jedoch sind sie insofern näher den Industrie- und Handelsmonopolen verwandt, als sie durch die Festsetzung monopolistischer Fracht- und Beförderungstarife einen Monopolprofit realisieren können.

Mit dem Dargelegten dürfte hinlänglich bewiesen sein, daß der Begriff des modernen Monopols nicht auf die Warenmonopole beschränkt werden darf, die einen Monopolpreis für Waren festsetzen können. Wir haben es mit wenigstens fünf verschiedenen Monopolgruppen zu tun, dem

Industriemonopol
Handelsmonopol
Bankmonopol
Versicherungsmonopol
Verkehrsmonopol,

die in verschiedenem Grade miteinander verwandt sind, von denen aber im eigentlichen Sinne nur die beiden ersten Warenmonopole sind. Nun ist es zwar zum Zwecke der theoretischen Analyse zulässig und zweckmäßig, diese fünfzehn Unterscheidung zu machen, aber die Analyse muß sofort durch die Synthese ersetzt werden, die alle fünf Monopolgruppen zusammenfaßt. Im praktischen Wirtschaftsleben durchdringen sich diese Monopolgruppen so intensiv, sind durch Kapitalbeteiligungen, Bankverbindungen, Personalunion usw. so eng miteinander verflochten, daß auch ihre theoretische Trennung nur als eine Stufe zur Erfassung ihrer Zusammengehörigkeit und damit zur Totalität des Monopolbegriffs zulässig ist. Denn diese

20 Bericht 15 des Deutschen Wirtschaftsinstituts „Die westdeutsche Seeschifffahrt“, August 1958, S. 7/8 (259/260); Bericht 8 des Deutschen Wirtschaftsinstituts „Der Wiederaufbau der Luftfahrt in Westdeutschland“, April 1955, S. 12.

Totalität, dieses Miteinanderverwachsensein macht einen wesentlichen Charakterzug des modernen Monopols aus. Dieses Monopol durchdringt das gesamte Wirtschaftsleben und darüber hinaus die ganze Gesellschaft. „Ist einmal das Monopol zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens“, schrieb Lenin im „Imperialismus“ (S. 813).

Die Verflechtung und das Finanzkapital

Nun darf man sich diese Verflechtung wiederum nicht so primitiv vorstellen, daß jedes einzelne Monopol in allen fünf Gebieten engagiert sei. Wie schon die zahlreichen angeführten Beispiele zeigten, beherrscht die eine Monopolgruppe mehr die Produktionssphäre, die andere das Bank- und Versicherungswesen, eine dritte den Handel usw. Auch hier gibt es eine Art Arbeitsteilung. Aber alle haben miteinander gemein, daß sie auf Grund ihrer ökonomischen Macht eine Monopolstellung einnehmen und Monopolprofite einheimsen, daß sie untereinander eng verfilzt sind und jedes einzelne wie alle miteinander das Finanzkapital, die Herrschaft der Finanzoligarchie repräsentieren. Darum ist, so meine ich, das Finanzkapital ein Grundzug des modernen Monopols, der in einer Monopoldefinition nicht fehlen darf.

Denn eben der Begriff Finanzkapital schließt die Herrschaft der Finanzoligarchie ein, die sich in der Beherrschung der ganzen Gesellschaft durch mächtige Finanzgruppen ausdrückt. In den USA sind das die bekannten Gruppen Morgan, Rockefeller, Dupont usw. In Westdeutschland wird die gesamte Wirtschaft von vierzehn Monopolgruppen beherrscht, die selbst untereinander verflochten sind. Die wichtigsten sind: IG Farben, Vereinigte Stahlwerke, Mannesmann/Hoech, Haniel, Klöckner, Krupp, Flick, Siemens, AEG, Wintershall-Quandt, Metallgesellschaft-Degussa u.a. Die Herren dieser Monopolgruppen, der Kern der Finanzoligarchie, sind die wahren Herren Westdeutschlands.

Ein weiterer wesentlicher Grundzug des modernen Monopols ist die Besitzergriffung der wichtigsten Rohstoffquellen. Wie Lenin hervorhebt, hat die monopolistische Beherrschung der wichtigsten Rohstoffquellen die Macht des Großkapitals ungeheuer gesteigert und den Gegensatz zwischen den Monopolen und der nicht-monopolisierten Industrie verschärft. Es ist bekannt, welche gewaltigen Kämpfe um den Besitz der Erdölquellen oder wichtiger Metallvorkommen von den Monopolen ausgefochten wurden. Aber dieser Kampf geht nicht nur um den Besitz mineralischer Rohstoffe, sondern auch um die monopolistische Beherrschung der Erzeugung bestimmter Agrarprodukte (Bananentrust!), wobei hier das moderne Monopol mit dem Bodenmonopol verschmilzt, wodurch es die Möglichkeit für die Erzielung besonders hoher Monopolprofite erlangt.

Ein wesentliches Merkmal des monopolistischen Kapitalismus besteht darin, daß in den Ländern, in denen die Wirtschaft von Monopolen durchsetzt ist, bei unentwickelter Landwirtschaft und Armut der Massen ein Kapitalüberschuß entsteht, der nach besseren Verwertungsbedingungen strebt. Damit nimmt im monopolisti-

schen Stadium des Kapitalismus der Kapitalexport Riesendimensionen an und wird für den Kapitalismus typisch. Es entwickeln sich neuartige ökonomische Beziehungen und Herrschaftsverhältnisse, die zur Quelle riesiger Monopolprofite werden. Auch diese Profite werden nicht nur über Monopolpreise realisiert, obwohl der Kapitalexport den Nicht-Äquivalentenaustausch ungemein fördert. Hier kommen noch Finanztribute für imperialistische Anleihen und aus anderen Quellen hinzu.

Obwohl das imperialistische Deutschland durch den zweiten Weltkrieg zunächst alle seine ausländischen Kapitalanlagen eingebüßt hatte, wurde mit dem Wiedererstehen des Imperialismus in Westdeutschland auch der Kapitalexport wieder aufgenommen.

Eng verknüpft mit dem Kapitalexport ist aber das aus der Kolonialpolitik erwachsende Kolonialmonopol. Somit kommen wir nicht umhin, auch das Kolonialmonopol in den Begriff des modernen Monopols einzurordnen. Dagegen könnte eingewendet werden, daß dieses Monopol zunehmend an Bedeutung verliert, weil sich das imperialistische Kolonialsystem im Zustande des progressiven Zerfalls befindet. Aber dieser Einwand ist unzulässig.

Erstens weil der ökonomische Zerfall des Kolonialsystems nicht mit dem politischen Zerfall Schritt hält. Zweitens ist der Hinweis auf den Zerfall des Kolonialsystems hier deshalb nicht am Platze, weil er die prinzipielle Seite nicht berührt, die Tatsache, daß das Kolonialmonopol zum Wesen des modernen Monopols gehört. Heute trifft ja auch der entscheidende Punkt des modernen Kolonialmonopols nicht mehr zu, der darin besteht, daß die Erde unter die imperialistischen Mächte aufgeteilt ist.

Es war bereits von der großen Verflechtung der Monopole und der Monopoltypen miteinander die Rede, die einen Wesenszug des modernen Monopols darstellt. Diese Verflechtung macht aber an den Landesgrenzen nicht halt, sie ist international. Nicht nur in einem Industrie- bzw. Wirtschaftszweig bilden sich internationale Monopole, sondern quer durch die verschiedenen Wirtschaftszweige hindurch. Es gibt fast kein Monopolunternehmen, das nicht durch zahlreiche Auslandsbeteiligungen mit Monopolunternehmen in anderen Ländern verbunden wäre. Auch diese internationale Verflechtung muß als charakteristisches Merkmal des modernen Monopols angesehen werden.

Engere oder weitere Definition

Die bisherige Untersuchung hat somit ergeben, daß der Begriff des modernen Monopols viel breiter und umfassender ist, als er gewöhnlich behandelt wird. Man kann nun einwenden, daß ich mit dem Dargelegten den Monopolbegriff unzulässig erweitere, daß damit die wichtigsten theoretischen Probleme, wie Monopolpreis und Monopolprofit unerhört kompliziert werden, daß die Definition des Monopols beinahe mit der Definition des Imperialismus identisch sei. Ich kann diesem Einwand nur die Frage entgegenstellen, ob die aufgezeigten Attribute zum Wesen des Monopols gehören oder nicht, ob das moderne Monopol ohne sie überhaupt denk-

bar ist. Denn daß sie praktisch zum modernen Monopol gehören, das dürfte außer jedem Zweifel sein.

Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß *W. I. Lenin* in seiner Studie über den Imperialismus „vier Hauptarten der Monopole oder Haupterscheinungen des Monopolkapitalismus“ hervorhebt, und zwar: „*Erstens: Das Monopol ist aus der Konzentration der Produktion auf einer sehr hohen Stufe ihrer Entwicklung erwachsen.*“ „*Zweitens: Die Monopole haben in verstärktem Maße zur Besitzergreifung der wichtigsten Rohstoffquellen geführt...*“ „*Drittens: Das Monopol ist aus den Banken erwachsen.*“ „*Viertens: Das Monopol ist aus der Kolonialpolitik erwachsen*“ (S. 870–71).

Wenn *Lenin* diese vier Hauptarten der Monopole hervorhebt, die für den modernen Kapitalismus charakteristisch sind, so ist damit eindeutig gesagt, daß wir uns bei der Erforschung der ökonomischen Probleme des Imperialismus eben nicht auf eine Art beschränken dürfen, wenn wir zu richtigen Erkenntnissen kommen wollen. Diesem Fehler können wir aber leicht verfallen, wenn wir schon den Monopolbegriff nur auf eine Monopolart beschränken. Es wird im nächsten IV. Abschnitt dieser Arbeit gezeigt werden²¹, daß der Monopolbegriff als das wichtigste Kennzeichen des Monopols aus dem Warenmonopol allein nicht erklärt werden kann. In noch größerem Maße trifft dies aber zu, wenn wir den Einfluß der Monopole auf die Wirtschaftskrisen erforschen wollen. Darum brauchen wir zur Lösung der ökonomischen Probleme des Imperialismus einen solchen Monopolbegriff, der das moderne Monopol in seinem ganzen Wesen umfaßt.

Hätten wir somit die wesentlichen konstituierenden Elemente für den Begriff des modernen Monopols glücklich beisammen, so wäre dieser Begriff insofern noch mangelhaft, als er nicht genügend den dynamischen Charakter des modernen Monopols ausdrückte. Es würde von der Bewegung zwischen Konkurrenz und Monopol ausgegangen. Das Monopol entsteht aus der Konkurrenz und hebt sie auf. Aber zugleich stellt es die Konkurrenz wieder her und hebt sie auf eine höhere Stufe. *W. I. Lenin* schrieb: „*Nirgends in der Welt hat der monopolistische Kapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Zweigen existiert und wird auch nicht existieren. Ein solches System zu beschreiben bedeutet ein System beschreiben, das vom Leben losgerissen und nicht richtig ist.*“²²

Neben der freien Konkurrenz in einer ganzen Reihe von schwach- oder nicht monopolisierten Zweigen schafft das Monopol die monopolistische Konkurrenz, deren Vorhandensein ohne große Mühe in jedem imperialistischen Land festzustellen ist. Dieser Konkurrenzkampf geht nicht nur um den Absatz von Waren, sondern um Rohstoffquellen und Einflußsphären und nicht zuletzt um die Beherrschung der Monopole selbst (Aktienmehrheit). Ein vollständiges Monopol mit vollständiger Ausschaltung der Konkurrenz gehört in die gleiche Kategorie wie der Ultraimperialismus.

21 Gemeint ist damit die Arbeit von Fred Oelßner: Ein Beitrag zur Monopoltheorie, in: Probleme der politischen Ökonomie, Band 3, Berlin 1960, Akademie-Verlag.

22 Lenin, W. I., Werke, a.a.O., 1950, Bd. 29, S. 147 (russ.).

lismus *Kautskys* und das Generalkartell *Hilferdings*: es ist eine lebensfremde Abstraktion. Ist dem aber so, dann fragt sich, ob nicht auch die Konkurrenz als Korrelat des Monopols zu seinem Wesen gehört und in seine Begriffsbestimmung eingehen muß.

Die geschichtliche Rolle des modernen Monopols

Damit ist die Frage nach der geschichtlichen Rolle des modernen Monopols gestellt. Ich sage schon, daß es nur im Rahmen der Entwicklung der Produktionsweise, der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse verstanden werden kann. Hier stoßen wir wiederum auf die äußerst zwieschlächtige Rolle des Monopols. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die dem Monopol zugrunde liegenden Großbetriebe den Kleinbetrieben auch in bezug auf die Entwicklung des technischen Fortschritts weit überlegen sind. *Lenin* hat bereits auf diese Seite des Monopols hingewiesen, als er hervorhob, daß „*auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet*“ wird. Natürlich liefert uns auch dafür der moderne Kapitalismus zahlreiche Belege. Nur die monopolistischen Großbetriebe können Mechanisierung und Automatisierung durchführen. Nur sie können große und kostspielige Forschungsstätten unterhalten, in denen planmäßig bestimmte Probleme erforscht werden, um dem Monopol einen neuen Vorsprung und damit neue Monopolprofite zu sichern. Aber das ist nur die eine Seite der Sache. Auf der anderen Seite erzeugt auch das moderne Monopol unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. *W. I. Lenin* schrieb: „*Wie wir gesehen haben, ist die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus das Monopol. Dieses Monopol ist ein kapitalistisches, d.h. ein Monopol, das aus dem Kapitalismus erwachsen ist und im allgemeinen Milieu des Kapitalismus, der Warenproduktion, der Konkurrenz, in einem beständigen und unlösbar Widerspruch zu diesem allgemeinen Milieu steht. Und dennoch erzeugt es, wie jedes andere Monopol, unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. In demselben Maße wie, sei es auch nur vorübergehend, Monopolpreise eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; in demselben Maße entsteht ferner die ökonomische Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten*“ (S. 849).

Diese Tendenz zur Fäulnis, die der obigen Tendenz zur Vergesellschaftung, zur Vervollkommnung gegenübersteht, ist einer der Hauptgründe dafür, daß *Lenin* den monopolistischen Kapitalismus als parasitären oder faulenden Kapitalismus charakterisiert. An anderer Stelle schreibt *Lenin*: „*Daß der Imperialismus parasitärer oder faulender Kapitalismus ist, zeigt sich vor allem in der Tendenz zur Fäulnis, die jedes Monopol auszeichnet, wenn Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht.*“²³

Nicht nur in der Tendenz zur Hemmung des technischen Fortschritts kommt der Parasitismus zum Ausdruck. Für das Monopol ist bekanntlich auch das Bestreben charakteristisch, die Monopolpreise durch Drosselung der Produktion und durch

Vernichtung von Waren und Produktivkräften hochzuhalten. Dies bedeutet, daß die Monopole trotz des in der Welt noch weit verbreiteten Massenelends die Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums, die dieses Elend lindern könnte, künstlich zurückhalten. Dies ist einer der Gründe dafür, daß die Wachstumsrate in allen imperialistischen Ländern weit unter dem Stand liegt, der bei der heutigen Entwicklung der Produktivkräfte möglich wäre.

Der Imperialismus ist faulender und sterbender Kapitalismus. Aber dieser geschichtliche Platz des Imperialismus ist wiederum nur die eine Seite des Entwicklungsprozesses. Das moderne Monopol charakterisiert den Imperialismus als Übergangskapitalismus nicht nur vom Standpunkt seines Untergangs, sondern auch vom Standpunkt der materiellen Vorbereitung einer neuen Produktionsweise. *W. I. Lenin* charakterisiert diese Seite des Monopols mit folgenden bezeichnenden Worten: „*In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und Wollen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet*“ (S. 784). An anderer Stelle hebt *Lenin* hervor, daß die Banken und die Monopole „*einen Apparat für die gesellschaftliche Regulierung des Prozesses der Produktion und der Verteilung der Produkte*“ hervorbringen.²⁴

Das moderne Monopol spielt ebenso eine wichtige Rolle in der geschichtlichen Entwicklung der Produktionsweise, wie das Monopol im Feudalismus. Dieses letztere mußte, wie wir bei *Marx* und *Engels* sahen, durch Revolutionen beseitigt werden. Mit dem modernen Monopol steht es nicht anders. Es muß durch die sozialistische Revolution des Proletariats beseitigt werden.

Es fragt sich, ob diese historische Rolle des modernen Monopols auch für die ökonomische Analyse von Bedeutung ist, oder ob wir sie beiseite lassen können. Meines Erachtens ist sie insofern für die ökonomische Analyse von Bedeutung, als durch die Entwicklung der modernen Monopole und durch ihren Übergangscharakter der Marktmechanismus des Kapitalismus gestört wird und die grundlegenden Gesetze des Kapitalismus dadurch in ihrer Wirkung außerordentlich gehemmt werden.

Hinzu kommt, daß heute nicht mehr bloß von der materiellen Vorbereitung einer neuen Produktionsweise durch das Monopol die Rede ist, sondern auf einem Viertel der Erde der Monopolkapitalismus bereits überwunden und die neue Produktionsweise bereits entstanden ist.

Grundzüge einer Monopoldefinition

Nach allem Dargelegten müßte eine Monopoldefinition, die alle Grundzüge des modernen Monopols wiedergibt, mindestens folgende Punkte berücksichtigen:

1. Konzentration der Produktion und des Kapitals in allen Wirtschaftssphären;

23 *Lenin*, W. I., Werke, a.a.O., Bd. 23, S. 103.

24 *Lenin*, W. I., Werke, a.a.O., 1952, Bd. 24, S. 421 (russ.).

2. Verflechtung der Industrie-, Handels-, Bank-, Versicherungs- und Verkehrsmonopole zum Finanzkapital, Herrschaft der Finanzoligarchie;
3. Ausschaltung der Konkurrenz, um hohe Monopolprofite zu erhalten und Wiederherstellung der Konkurrenz zur Sicherung dieser Profite; der Monopolprofit ist das entscheidende Merkmal des Monopols;
4. Monopolisierung der Rohstoffquellen und des Bodens zur Sicherung des Monopolprofits;
5. Kolonialmonopol, Ausplünderung der Kolonialbevölkerung zur Erlangung besonders hoher Monopolprofite;
6. Internationale Verflechtung der Monopole;
7. Tendenz zur Stagnation und Fäulnis;
8. Übergangscharakter des Monopoles zu einer höheren Ordnung.

Auf dieser Grundlage müßten die modernen Monopole als Wesen des Imperialismus etwa folgendermaßen definiert werden:

Monopole sind aus der Konzentration der Produktion und des Kapitals hervorgegangene kapitalistische Großunternehmen oder Vereinigungen solcher Unternehmungen in nationalem und internationalem Maßstab, die zum Zwecke der Erlangung von Monopolprofiten die freie Konkurrenz ausschalten und als monopolistische Konkurrenz wiederherstellen, durch Verflechtung aller Wirtschaftswege zum Finanzkapital die Herrschaft der Finanzoligarchie begründen, die Rohstoffquellen in monopolistischen Besitz nehmen und durch Aufteilung des Territoriums der Erde ein Kolonialmonopol errichten; obwohl sie den Prozeß des technischen Fortschritts vergesellschaften, erzeugen die Monopole gleichzeitig die Tendenz zu Fäulnis und Stagnation, wodurch sie als Erscheinung des Untergangs des Kapitalismus und als Übergang zu einer höheren Ordnung gekennzeichnet sind.

Die Kompliziertheit und Schwerfälligkeit dieses Monopolbegriffs ist mir bewußt, sicher ist er nicht einprägsam. Aber es scheint mir unerlässlich, bei der theoretischen Untersuchung der Monopolprobleme diesen erweiterten Monopolbegriff zugrunde zu legen, weil nur so die Untersuchung dem Wesen des modernen Monopols adäquat sein kann.

Eine kürzere und einprägsamere Begriffsbestimmung des modernen Monopols, die zwar wiederum unvollständig ist, aber doch das Wesentlichste der obigen Definition enthält, könnte etwa so aussehen:

Monopole sind aus der Konzentration der Produktion und des Kapitals erwachsende ökonomische Machtpositionen der Finanzoligarchie zwecks Erlangung von Monopolprofiten.

N. N. Inosemzow/S. M. Menschikow/A. G. Mileikowski/A. M. Rumjanzew

Konzentration und Monopol

Auszüge aus dem Band 1, Zweiter Abschnitt („Haupttendenzen in der Wirtschaftsentwicklung des Monopolkapitalismus“) des vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebenen Buches *Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus* (2 Bände), dessen Redaktion N. N. Inosemzow, S. M. Menschikow, A. G. Mileikowski und A. M. Rumjanzew besorgten (Verlag Msyl, Moskau 1970, russisch).

Konzentration und monopolistische Wirtschaftsstruktur

Die Herausbildung und das Wachstum der großen monopolistischen „Kerne“ in der Wirtschaft des Kapitalismus stellen einen sehr wichtigen sozialökonomischen Prozeß dar, in dessen Verlauf die Züge einer wachsenden Vergesellschaftung der Produktion sichtbar durch die kapitalistische Hülle der Monopole hindurchscheinen. Aber die kapitalistischen Monopole sind durch Tausende Fäden mit der spontanen Marktwirtschaft verbunden. Durch ihre Dimensionen sind sie in der Lage, eine langfristige Planung ihrer Produktion und in bestimmten Grenzen auch eine Regulierung des Marktes vorzunehmen. Die Monopole passen jetzt bereits nicht mehr in den Rahmen der Beziehungen der früheren Marktwirtschaft. Zugleich versuchen sie aber, wo sie nur können, die spontane Marktwirtschaft auszunutzen, um ihre Herrschaft zu errichten und monopolistisch hohe Profite zu erzielen. Es ergibt sich eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Monopolen und dem System der spontanen Marktbeziehungen: während die Monopole ihren Einfluß auf den Markt erweitern, bleiben sie weiterhin ein Bestandteil desselben.

„... Die eigentliche ökonomische Grundlage des Imperialismus ist das Monopol“ – hob W. I. Lenin hervor – „das kapitalistische Monopol, das aus dem Kapitalismus hervorgegangen ist und sich in der allgemeinen Situation des Kapitalismus, der Warenproduktion und der Konkurrenz im ständigen und ausweglosen Widerspruch zu dieser allgemeinen Situation befindet.“¹

Betrachten wir nun das Problem der relativen Konzentration, d.h. des Kräfteverhältnisses zwischen den großen Monopolen und der nichtmonopolisierten Produktion sowie die Kräfteverteilung innerhalb der Gruppe der größten Monopole. Das Bild der relativen Konzentration bietet gewissermaßen eine Reihe aufeinanderfolgender, sozusagen „horizontaler Schnitte“ in der kapitalistischen Wirtschaft, in der die Struktur der Wirtschaft in Form von einzelnen Warenmärkten, Wirtschafts- und Industriezweigen sowie von Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Zweigen wie auch im gesamtnationalen Rahmen vor uns ersteht.

Bei der Behandlung der relativen Konzentration hat es der Forscher mit zwei Erscheinungsgruppen zu tun. Einerseits verändern sich die Dimensionen der ökonomi-

¹ W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 27, S. 396/397 (russ.).

schen Einheiten, d.h. der Werke, Firmen, Vereinigungen usw. Andererseits verändert sich aber auch die „Umgebung“, in der diese Wirtschaftseinheiten fungieren, d.h. die Maßstäbe der Märkte, der Wirtschaftszweige, der Volkswirtschaft insgesamt usw. Diese Gruppe von Objekten, die mit der Bestimmung und Dimensionierung der Konzentration im Zusammenhang steht, möchten wir bedingt mit dem allgemeineren Begriff „ökonomische Gesamtheiten“ bezeichnen.

Die relative Konzentration ist immer eine Größe, die gleichzeitig von der Bewegung der ökonomischen Gesamtheiten und der ökonomischen Einheiten abhängt. Beginnen wir mit der Charakteristik der ökonomischen Einheiten: a) die Werke, Fabriken, Werkstätten und Handelsbetriebe. Als Grundlage für die Herausstellung dieser Klasse ökonomischer Einheiten dient die organisatorisch-technologische und territoriale Einheit der Produktionstätigkeit; b) die Produktionskomplexe und Kombinate. Diese Klasse ökonomischer Einheiten deckt sich teilweise mit der vorangegangenen, und als ihr Grundmerkmal dient immer die organisatorisch-technologische Einheit. Jedoch durch die Komplizierung der Technologie und die Verstärkung der vertikalen Integration entspricht das Merkmal der territorialen Einheit bei weitem nicht immer dieser Klasse ökonomischer Einheiten²; c) Firmen, Gesellschaften, Korporationen und andere juristische Organisationsformen des kapitalistischen Eigentums. Als herrschendes Merkmal dient in diesem Falle die Einheit der finanziellen Leitung. Die anderen Merkmale, die die vorangegangenen Klassen ökonomischer Einheiten charakterisierten, d.h. die territoriale und die organisatorisch-technologische Einheit, fehlen oder nehmen nur eine untergeordnete Stellung ein. In bezug auf die Produktionskomplexe und Kombinate ist diese Klasse ökonomischer Einheiten nicht immer die allgemeinere. Mit der Verstärkung der Prozesse der Produktionskombinierung häufen sich die Fälle gemeinsamer Errichtung und Benutzung komplizierter Produktionskomplexe durch zwei oder mehrere Firmen;³ d) Vereinigungen kapitalistischer Gesellschaften (innerhalb eines oder mehrerer Wirtschaftszweige). Hierzu gehören Kartelle, Syndikate und Konzerne. Als einheitliches Merkmal dient in diesem Falle die gegenseitige Koordinierung der Tätigkeit in einer Reihe ökonomischer Kennziffern, wie Preise, Produktionsumfang, territoriale Aufteilung des Marktes u.a. *W. I. Lenin* bezeichnete diese Vereinigungen als Monopolverbände. Die Konzentration geht auch tatsächlich in diesem Falle bis zu einem solchen Stadium, wo die Dimensionen ökonomischer Einheiten und ökonomischer Gesamtheiten sich fast oder völlig decken. Das gilt besonders für die Industriezweigkartelle.

Im Verlaufe der historischen Entwicklung des Kapitalismus machen die Formen der Vereinigungen tiefgreifende Veränderungen durch. In einigen Wirtschaftszweigen

2 In der Automobilindustrie beispielsweise sind die Betriebe, die Motoren und Chassis herstellen und die Montage durchführen, Teile eines einheitlichen Produktionskomplexes, territorial jedoch können sie unterschiedliche Standorte haben.

3 Eines der größten Aluminiumwerke der USA (vom Typ eines Kombinats) wurde von den zwei großen Gesellschaften „Reynolds Metals“ und „Olin Mattison“ gebaut und wird auch von diesen betrieben. In Holland erfolgt der Bau eines Komplexes der Petrochemie gemeinsam durch die „Royal Dutch Shell“ und die französische staatliche „Compagnie française de pétrole“ usw.

gen treten an die Stelle der Vereinigungen vom Kartelltyp die verschiedenen Arten der gegenseitigen Abhängigkeit, der Priorität in der Preisbestimmung usw. Die andere Form der Vereinigungen, und zwar die Konzerne, die am engsten mit der Kombinierung der Produktion verbunden ist, verwandelt sich allmählich aus einer Vereinigung formal unabhängiger Betriebe in eine einheitliche Organisation und kann heutzutage meist nicht von großen kapitalistischen Gesellschaften unterschieden werden.

Ökonomische Gesamtheiten können darstellen: a) die Volkswirtschaft eines ganzen Landes oder einer Region; b) Gruppen von Volkswirtschaftszweigen. Das herrschende Merkmal einer bestimmten ökonomischen Gesamtheit ist ihr Platz im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hinsichtlich des Verarbeitungsstadiums der Naturschätze. In Übereinstimmung mit diesem Merkmal werden die Gruppen der primären Wirtschaftszweige (Landwirtschaft und extraktive Industrie), der sekundären (verarbeitende Industrie) und der tertiären Wirtschaftszweige (Handel, Dienstleistungen, Transport usw.) ausgesondert; c) die Gruppen der Volkswirtschaftszweige werden ihrerseits in einzelne Zweige aufgeteilt (Industrie, Handel, Transportwesen usw.). Die Aufteilung der verarbeitenden Industrie nach Wirtschaftszweigen ist am stärksten entwickelt und hat die größte Bedeutung. Als herrschende Merkmale dienen dabei der Charakter der zu bearbeitenden Rohstoffe, die allgemeinen Besonderheiten der Technologie sowie der allgemeine Bestimmungszweck der Produktion; d) die kleinste Stufe der ökonomischen Gesamtheiten sind die Warenmärkte oder die Wirtschaftszweige im engen Sinne des Wortes. Das bestimmende Merkmal zur Herausstellung dieser Gesamtheit ist der Konsumtionszweck eines Erzeugnisses oder einer Erzeugnisgruppe.⁴ Zwischen dieser letztgenannten Gesamtheit und der vorangegangenen kann eine Reihe von Zwischenebenen oder -stufen hergestellt werden (solche Zwischenebenen – oder Stufen werden auch tatsächlich von der Statistik hergestellt, z.B. in der industriellen Standardklassifizierung der USA).

So kann der Konzentrationsprozeß durch ein ganzes System verschiedener Kennziffern charakterisiert werden. Wie auch immer die einzelnen Analysemethoden beschaffen sein mögen – die Entwicklung der Konzentration hängt immer gleichzeitig von der Dynamik der ausgewählten ökonomischen Gesamtheit und der entsprechenden ökonomischen Einheit oder Gruppe von Einheiten ab.

Die Charakteristik der einzelnen Konzentrationsstrukturen hängt unmittelbar mit den Besonderheiten der Preisbildung und mit den Formen der Konkurrenz (hinsichtlich der Preise u.a.) zusammen. Von besonderem Interesse ist die Herausstellung der monopolistischen Strukturen. Auf diesem Gebiet ist das Monopol be-

4 Eine Erzeugnisgruppe dient als Grundlage zur Herausbildung ökonomischer Märkte (Zweige), wenn sie sich in ihren Verbrauchereigenschaften ähneln, d.h. mit anderen Worten gesagt, weitgehend gegenseitig ersetzbar sind. Zuweilen spricht man auch von einem hohen Koeffizienten der „Kreuzungselastizität“ für die Nachfrage nach Waren solcher Art. Der letzte Terminus bedeutet, daß bei unbedeutendem Ansteigen der Preise für die Ware A die Nachfrage nach Ware B als ihrem nächsten Ersatz stark ansteigt.

strebt, die auf Grund der Großproduktion erzielten Vorteile zu festigen und zu verstärken. Außerdem führen die monopolistischen Konzentrationsstrukturen, die ursprünglich auf der Grundlage bestimmter ökonomischer Vorteile entstanden, in einigen Fällen im weiteren zur Verlangsamung des technischen Fortschritts und zu Fäulniserscheinungen. Das ist besonders charakteristisch für solche Typen monopolistischer Strukturen wie Patentpools, Industriezweigkartelle u.a.

Unter den monopolistischen Konzentrationsstrukturen unterscheidet man solche, die einen einzelnen Wirtschaftszweig betreffen und solche, die mehrere Wirtschaftszweige betreffen. Zu den erstenen gehören Kartelle, Syndikate und Patentpools, die bereits seit dem Ende des XIX. Jahrhunderts bekannt sind und in unserer Fachliteratur verhältnismäßig breit behandelt werden.⁵ Da die zum Kartell gehörenden Firmen ihre formale Selbständigkeit behalten, haben wir es hier gleichzeitig sowohl mit einer Vereinigung zu tun, die einen ganzen Wirtschaftszweig oder einen größeren Teil von ihm umfaßt, als auch mit einer Konzentrationsstruktur. Mit anderen Worten, das Kartell, das in bestimmten Beziehungen eine einheitliche ökonomische Einheit ist, bleibt in anderen Beziehungen ein Sammelbecken verhältnismäßig selbständiger Firmen, die einen Wirtschaftszweig (eine ökonomische Gesamtheit) unter sich aufteilen. Zwischen den zu einem Kartell gehörenden Firmen entstehen Beziehungen, die nicht nur auf der Einheit der Ziele, sondern auch auf gegenseitiger Rivalität fußen.

Unter den Konzentrationsstrukturen, die mehrere Wirtschaftszweige umfassen, sind die verschiedenartigsten Monopolvereinigungen angrenzender Wirtschaftszweigen, sowie aufeinanderfolgender Verarbeitungsstadien von besonderer Bedeutung. Es ist beispielsweise bekannt, daß die Monopole ihre besonders starke Position in den Anfangs- und Endstadien der Produktionsvertikale haben, während auf den Zwischenstadien die Wirtschaftszweige nicht selten sind, in denen es außerordentlich viele kleine und mittlere Firmen gibt. Wenn die eisenschaffende Industrie der USA und anderer kapitalistischer Länder ein außerordentlich hochmonopolisierter Industriezweig ist, so halten sich bei der Produktion von Metallerzeugnissen (spezialisierte Werkzeuge, Mechanismen usw.) noch eine Menge kleiner und mittlerer Firmen. Zugleich aber sind die hochmonopolisierten Industriezweige, wie Kraftfahrzeugbau, Schwermaschinenbau, Industriebauwesen usw. die wichtigsten Endabnehmer für Eisenmetalle.

Die genannten Prozesse der relativen Konzentration auf der Ebene von Industriezweigen stehen im Mittelpunkt des Interesses der bürgerlichen Industriezweigtheorie. Diese Theorie behandelt die Beziehungen zwischen einigen großen, annähernd gleich starken Firmen (Verkäufern) auf dem Markt des Wirtschaftszweiges. Die Schlußfolgerungen dieser Theorie werden genutzt, um die Effektivität der Konkurrenz zwischen den Gesellschaften des „Big Business“ zu beweisen und um zu versuchen, die

5 Siehe z.B. M. G. Dikanskij und V. A. Sil'dkrut „Mezdunarodnye monopolii“ (Internationale Monopole), Moskau 1966.

marxistische These von der Monopolisierung der modernen kapitalistischen Wirtschaft zu widerlegen.⁶

Einige bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler können übrigens nicht den monopolistischen Charakter der Regulierung von Wirtschaftszweigen beim Vorhandensein mehrerer großer Firmen, die sie als Oligopole bezeichnen, auf dem Markt dieser Zweige leugnen. So führte J. Bain folgende Klassifizierung von 417 Wirtschaftszweigen durch, die von der amerikanischen Industriezählung 1963 erfaßt wurden. In 32 Zweigen kamen auf vier Firmen 76 bis 100 Prozent der Verladungen, in 81 Zweigen – 51 bis 75 Prozent und in 161 Zweigen – 26 bis 50 Prozent sowie in 143 Zweigen – bis zu 25 Prozent.⁷ J. Bain zieht daraus den Schluß, daß man in der ersten Kategorie insgesamt die Tendenz zum gemeinsamen Monopol voraussehen kann, was ein gemeinsames Handeln auch in anderen Zweigen nicht ausschließt. Eine analoge Verfahrensweise findet man auch bei William Fellner, einem anderen bekannten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, der in der „Konkurrenz unter Wenigen“ eine Form des Gruppenmonopols sieht.⁸ Eine andere Gruppe bürgerlicher Theoretiker versucht, den monopolistischen Charakter der „Konkurrenz unter Wenigen“ überhaupt zu leugnen. Zu dieser Gruppe gehören insbesondere J. M. Clark („Konkurrenz als dynamischer Prozeß“) und A. D. Kaplan („Der Großbetrieb im Konkurrenzsystem“).⁹

Bei allen Unterschieden zwischen den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern erscheint die Herrschaft einiger Firmen auf dem Markt in ihren Arbeiten als eine Art gemilderte und abgeschwächte Variante des Monopols. Aber einer solchen Problemstellung ist ein grundlegender Fehler eigen. Er besteht darin, daß das Monopol als ökonomische Kategorie auf die wirtschaftszweigbezogene Ebene der Konzentration reduziert wird. In Wirklichkeit aber erwächst das Monopol aus der allseitigen Vergesellschaftung des Produktionsprozesses auf der Grundlage einer hohen Konzentrationsstufe von Produktion und Kapital.

Die Konzentration auf Wirtschaftszweigebene, die im Mittelpunkt der bürgerlichen Theorie vom Oligopol steht, ist nur eines der Elemente zur Monopolisierung der Volkswirtschaft. Dieses „reine“ Monopol, dem die bürgerlichen Theoretiker die Konkurrenz unter Wenigen gegenüberstellen, hat nichts mit der Realität zu tun. Im realen Leben bedeutet das Monopol eine Deformierung des gesamten Marktmechanismus zugunsten des Big Business. W. I. Lenin definierte das Monopol als Gegenstück zur freien Konkurrenz und unterstrich damit die Trennung zwischen der spontanen Aufrechterhaltung der Proportionalität, wie sie in der Epoche des vormono-

6 Ausführlicher wird die Frage der Monopolkonkurrenz und des Gruppenmonopols in Kapitel VII des Buches „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“, Moskau 1970 (russisch) behandelt.

7 J. Bain, Industrial Organization, New York 1968, S. 134/135.

8 W. Fellner, Competition among the Few. Oligopoly and Similar Market Structures. New York 1949, ch. VII, p. 198–232.

9 J. M. Clark, Competition as a Dynamic Process. New York 1961; A. D. Kaplan. Big Enterprise in a Competitive System. Washington 1964.

polistischen Kapitalismus bestand, und der Untergrabung dieses spontanen Mechanismus der Proportionalität im monopolistischen Stadium.

Die bürgerlichen Theoretiker lassen auch die Frage unbeachtet, wie die Monopole die Herrschaft über den Markt ausüben. Dabei ist diese Frage aber außerordentlich wichtig. Es ist so, daß Anfang des XX. Jahrhunderts die Eroberung von Wirtschaftszweigmärkten die effektivste Methode einer solchen Herrschaft war. Die Wirtschaftszweigkartelle in Europa, die gewaltigen Wirtschaftszweigstrusts in den USA entstanden als Widerspiegelung dieser Entwicklungsetappe des Monopols. Wir möchten daran erinnern, daß die erste Welle monopolistischer Fusionen in den USA gerade zur Bildung von Wirtschaftszweigmonopolen führte. Anfang des XX. Jahrhunderts gab es in den USA 78 große Konzerne, die 50 und mehr Prozent der Produktion ihrer Wirtschaftszweige kontrollierten. 3 von ihnen kontrollierten die Produktion eines Wirtschaftszweiges insgesamt. Ende der 50er Jahre gab es nicht einen einzigen großen Industriezweig in den USA, wo nicht wenigstens eine herrschende Firma bestanden hätte. Von den umfassenden Wirtschaftszweigmonopolen, die es zu Anfang des Jahrhunderts in den USA gab, ist kein einziges geblieben.¹⁰

Die Entwicklung der Konzentration selbst in den Industriezweigen, in denen das Konzentrationsniveau schon lange hoch ist, führt in der Regel nicht zur Herrschaft einer einzigen Gesellschaft und zur Konzentration der gesamten oder eines Teiles der Produktion in ihren Händen. Dem stehen eine ganze Reihe von Umständen im Wege. In der Regel führen die wachsenden Maßstäbe der Industriezweigproduktionen dazu, daß selbst eine sehr große Firma nicht in der Lage ist, einen ganzen Industriezweig unter ihre Kontrolle zu bringen. Andererseits verlangt das Bestreben der großen Firmen zu Monopolprofiten nicht eine enge Spezialisierung im Rahmen eines einzigen Industriezweiges, sondern im Gegenteil eine umfassende Diversifizierung der Produktion.

Die Entwicklung dieser Konzentrationsrichtungen findet ihren allgemeinsten Ausdruck in den volkswirtschaftlichen Kennziffern für die Konzentration von Produktion, Kapital und nationalen Ressourcen in den Händen der größten Monopole. 1963 erhöhten 100 der größten Industriegesellschaften der USA ihren Anteil an der industriellen Produktion im Vergleich zu 1947 von 23 auf 33 %. Gegenwärtig ist ihr Anteil noch höher als es der Anteil von 200 der größten Gesellschaften im Jahre 1947 war.¹¹ Dabei muß die mehr als zweifache Vergrößerung der Dimensionen der industriellen Produktion in diesem Zeitraum berücksichtigt werden. Die relative Konzentration wächst wie eine Lawine und widerspiegelt das gigantische Wachstum des absoluten Umfangs der kapitalistischen Monopole.

10 J. Bain, *Industrial Organization*, p. 192.

11 US Bureau of the Census, „Concentration Ratios in Manufacturing Industry 1963“, part 1, Washington 1966, table 1-A, p. 2.

Konzentration als Grundlage des Monopols

Bei der logischen und historischen Analyse des Monopolkapitalismus erweist sich die Konzentration als ständig wachsende Grundlage des Monopols. „...Die Konzentration führt auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung zum Monopol“,¹² schrieb W. I. Lenin. Die Konzentration ist die Grundlage, aus der das Monopol erwächst und auf der es sich selber festigt. Das Monopol besiegt nicht die Konkurrenz, die Spontaneität und den Markt, sondern besteht neben ihnen, in ihnen als ein anderes Prinzip der Kapitalübertragung und der Ressourcenverteilung.

Die bürgerlichen Apologeten sehen in den Fakten der wachsenden Konzentration nur eines: das Wachstum der Effektivität der gesamten kapitalistischen Wirtschaft, das Wachsen des „allgemeinen“ Wohlstandes. Ihre Position kann man am besten ausdrücken mit dem Ausspruch des ehemaligen Präsidenten der „General Motors“: „Was für „General Motors“ gut ist, ist gut für die USA“. Eine solche Apologetik zu entlarven ist nicht kompliziert.

Für die soliden „akademischen“ Vertreter der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie ist ebenfalls ein einseitiges Herangehen an die Erforschung des Monopols charakteristisch, obwohl es sich nicht in einer so offenen apologetischen Form zeigt. Die herrschende Richtung unter diesen Autoren ist die formale Analyse der verschiedenen Strukturen der Wirtschaftskonzentration außerhalb des Zusammenhangs mit der Schaffung und Entwicklung der produktionsökonomischen Basis des Monopols.¹³

Die gesamte moderne kapitalistische Wirtschaft erscheint in den Arbeiten der Theoretiker der „industriellen Organisation“ und der „effektiven Konkurrenz“ als unterschiedliche Kombination von Industriezweigstrukturen wie Oligopole, Duopole, teilweise Monopole usw. Dabei wird die Grenze zwischen den großen und kleinen Wirtschaftszweigen, zwischen der Groß- und der Kleinproduktion verwischt. Die Elemente des Monopols sind vom Standpunkt der Theoretiker der Wirtschaftszweigstrukturen relativ gleichmäßig auf die gesamte Wirtschaft verteilt. Dabei ist beispielsweise ein Monopol in der Backwarenindustrie, wo auf lokализierten (räumlich begrenzten) Märkten nur wenige Firmen agieren, stärker als in der Eisenmetallurgie, wo ungefähr ein Dutzend der größten Gesellschaften – einschließlich der ausländischen – miteinander konkurrieren. Alle übrigen Aspekte der Herrschaft der Monopole behandeln die Theoretiker der Wirtschaftszweigstrukturen als ökonomische Effektivität.

Die Besonderheiten in der Entwicklung der relativen Konzentration und die Herausbildung neuer Wirtschaftszweigstrukturen veranlaßten viele bürgerliche Wirt-

12 W. I. Lenin, *Gesammelte Werke*, Bd. 27, S. 315 (russ.).

13 Am bekanntesten auf diesem Gebiet sind die Theorien von der „Industrieorganisation“ und der „effektiven Konkurrenz“. Die Vertreter dieser Theorien befassen sich vor allem mit der Untersuchung der verschiedenen Industriezweigstrukturen und geben Rezepte für ihre Vervollkommnung zwecks Erzielung maximaler Effektivität. Siehe insbesondere J. Bain, *Industrial Organization*, New York 1968; C. Kayser, D. Turner, *Antitrust Policy*, Cambridge 1959.

schaftswissenschaftler, von einer Dekonzentrierung und folglich von einer Schwächung des Monopols zu sprechen. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht *J. Bains* Buch „International Differences in Industrial Structure“ (Internationale Unterschiede in der industriellen Struktur).¹⁴ Der Autor stellt hier fest, daß die USA, verglichen mit einigen anderen entwickelten Ländern (England, Italien, Japan), den niedrigsten Stand der relativen Wirtschaftszweigkonzentration auf der Ebene von Gesellschaften (Anteil der größten vier, acht usw. Gesellschaften an der Produktion der Industriezweige) aufzuweisen haben. Hieraus zieht er den Schluß, der Grad der Monopolisierung sei in den USA niedriger als in anderen Ländern. Das ist ein sehr typisches Herangehen, bei dem das Monopol mit der Eroberung oder der Aufteilung eines Industrie- oder Wirtschaftszweiges in Zusammenhang gebracht wird.

Vergleicht man den Grad der Monopolisierung in den USA mit dem in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, so darf man die weitaus größeren Maßstäbe des amerikanischen Binnenmarktes gegenüber denen in diesen Ländern nicht außer Acht lassen. Aus diesem Grund sind bei ein und derselben oder sogar größeren Zahl großer Gesellschaften, die in den einzelnen Industriezweigen herrschen (beispielsweise in der Eisenmetallurgie, der Kraftfahrzeugindustrie u.ä.) die amerikanischen Konzerne zunächst noch unvergleich größer als ihre Konkurrenten in der Alten Welt, und auch ihre Positionen gegenüber den „Outsiders“, dem nichtmonopolisierten Sektor, sowie den Verbrauchern ist in der Regel unermeßlich stabiler. Dementsprechend übersteigen die durchschnittlichen Ausmaße der größten 20 Betriebe ausgewählter Industriezweige der USA die Ausmaße der entsprechenden Wirtschaftseinheiten in Europa und in Japan um ein Vielfaches.¹⁵ Gerade dieser Umstand ist bei der Einschätzung des Monopolisierungsgrades in den genannten Ländern von Bedeutung. Die Integrationsprozesse in Westeuropa führen zur Verringerung des Anteils der größten nationalen Gesellschaften am vereinigten gemeinsamen Markt. Jedoch diese Prozesse schaffen auch Voraussetzungen für ein beschleunigtes absolutes Wachstum der großen Gesellschaften.

Worin liegt nun das apologetische Wesen der bürgerlichen Theorien, die das Problem „Monopol“ von den Positionen „effektiver Konkurrenz“ her behandeln? Diese Theorien versuchen, das Monopol als wirtschaftliche Konkurrenzsituation hinzustellen, die in jedem einzelnen Falle vom bürgerlichen Staat korrigiert werden kann. Im Lichte dieser Theorien braucht der bürgerliche Staat nur die „Spielregeln“ festzulegen, und die Konkurrenz wird sich schon selber um die Beseitigung des Monopols kümmern. Wie jedoch *Lenins* Analyse zum ökonomischen Wesen des Imperialismus gezeigt hat, sind Monopol und Staat eng miteinander verflochten, verwachsen, erfolgt die staatsmonopolistische Regulierung im Interesse der großen Konzerne.

Eine andere große Richtung bürgerlicher Monopoltheorien weist auf eine anscheinend völlig andere Seite der Sache hin. Diese Richtung hebt das Wachstum der absoluten Ausmaße der modernen kapitalistischen Vereinigungen sowie ihre

14 J. Bain, International Differences in Industrial Structure. New Haven – London 1966.

15 Ibid. p. 35.

Fähigkeit hervor, ihre Produktion zu planen und sogar die Produktion im Industriezweig gemeinsam zu planen.¹⁶ Die Vertreter dieser Richtung sind damit einverstanden, daß der neue Entwicklungsstand der Produktivkräfte unvereinbar ist mit der kapitalistischen Spontaneität und der Marktwirtschaft. Aber wie sie diesen äußerst realen Widerspruch im modernen Kapitalismus lösen, ist recht eigenartig – sie leugnen die Rolle der Spontaneität des kapitalistischen Marktes. Auch verschwindet das Monopol in diesen Theorien. *J. K. Galbraith* sieht beispielsweise im modernen Kapitalismus anstelle des Monopols eine „reife Gesellschaft“, die eine allseitige Planung durchführt. Auch das ist nach seiner Ansicht konsequent, denn wenn es keinen kapitalistischen Markt gibt, gibt es natürlich auch kein Monopol. Fügt man der „reifen Gesellschaft“ noch den bürgerlichen Staat hinzu, der eine Regulierung auf gesamtnationaler Ebene vornimmt, so erhält man eine „neue Industriegesellschaft“, die nach *Galbraiths* Meinung den Kapitalismus ablöst. Im Grunde genommen fangen die Vertreter der zwei genannten Richtungen bei der Untersuchung der Konzentration und des Monopols von verschiedenen Enden an, kommen jedoch zu ein und derselben apologetischen Idee von der ökonomischen und sozialen Harmonie in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. In Wirklichkeit jedoch kann von einer Harmonie auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Politik und der Ideologie unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus überhaupt keine Rede sein. Im Gegen teil – das Ergebnis der Monopolherrschaft zeigt sich in Form eines auffallenden Widerspruchs zwischen dem Reichtum und Aufblühen der größten Monopolvereinigungen und der Disproportionalität der Wirtschaft der kapitalistischen Länder insgesamt. Der Monopolkapitalismus hat zur Vertiefung des ökonomischen und sozialen Abgrundes zwischen Werktägern und Ausbeutern, zwischen Groß- und Kleinproduktion, zwischen entwickelten und rückständigen Bereichen innerhalb der kapitalistischen Länder, zwischen kapitalistischen Industriestaaten und Entwicklungsländern geführt.

Die monopolistischen Konzerne und ihre Entwicklung

In unserer Fachliteratur überwiegt die traditionelle Unterteilung der Monopole in die Grundformen Kartelle, Syndikate, Trusts und Konzerne. Die wichtigsten Merkmale einer jeden dieser Formen sind bereits beschrieben und gut bekannt. In der jüngsten Zeit wird aber immer deutlicher, daß diese Klassifikation bestimmte Grenzen hat. Die größte Bedeutung hatte diese Unterteilung in der ersten Zeit der Herrschaft des Monopolkapitalismus. Gegenwärtig trifft man fast keine Syndikate

16 Der historisch bekannteste Vertreter dieser Richtung bei der Analyse des Monopols war *J. Schumpeter* (*J. Schumpeter, Capitalism, Socialism and Democracy*. New York 1942). Einen ähnlichen Standpunkt vertritt gegenwärtig *J. Galbraith* in seinem Buch „Die moderne Industriegesellschaft“, New York 1967 (Moskau 1969); deutsche Ausgabe: *Die moderne Industriegesellschaft*, München 1968, Droemer & Knaur.

und Trusts in Reinform mehr an,¹⁷ und zu den Kartellen gehören jetzt nicht mehr einzelne Betriebe, sondern Monopolvereinigungen, die durch große Aktiengesellschaften (Korporationen) vertreten sind. Kartellvereinbarungen bestehen größtenteils in Form geheimer Abmachungen, die häufig noch nicht einmal juristisch fixiert sind. Was die Monopolvereinigungen anbetrifft, so ist es neben dem Wachstum der absoluten Ausmaße und des Anteils derselben an der Wirtschaft immer mehr dazu gekommen, daß sie aus Gesellschaften, die die Betriebe eines Industriezweiges vereinigen, zu Monopolen werden, die mehrere Industriezweige vereinigen, d.h. zu Konzernen.

Mit anderen Worten, die Konzerne sind heutzutage die charakteristischste, typischste und überwiegende Form der Monopolvereinigung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Das ist sowohl durch die direkten Bedürfnisse bei der Entwicklung der Produktivkräfte (Kombinierung) als auch durch die spezifischen Bedingungen der Kapitalakkumulation unter den gegenwärtigen Verhältnissen (Diversifikation) bedingt. Der moderne Konzern unterscheidet sich von dem zu Beginn des XX. Jahrhunderts nicht nur durch den Umfang seiner Umsätze und das Ausmaß seiner Operationen, sondern auch durch seine organisatorischen Formen, denen wissenschaftliche Methoden und die Datenverarbeitung zugrunde liegen.

Nach einer langen Entwicklung ist der Konzern, d.h. die Vereinigung, die die verschiedensten Betriebe umfaßt, zur entscheidenden Kraft in der Wirtschaft der kapitalistischen Länder geworden. Den Konzernen gehören die größten und technisch am besten ausgerüsteten Betriebe, sie verbrauchen den größten Teil der im Lande produzierten und aus dem Ausland eingeführten Rohstoffe, für sie arbeiten Zehntausende von Lieferanten. So werden die Konzerne zu Industriekomplexen, denen sowohl die ihnen gehörenden Betriebe als auch die Betriebe der Firmen angehören, die nur noch den Schein der Selbständigkeit wahren. Die Rolle der meisten kleinen Firmen in den wichtigsten Industriezweigen ist reduziert auf die Belieferung der Konzerne mit Einzelteilen und Zubehör sowie auf die Durchführung von Dienstleistungen. Die Existenz dieser Firmen ist sehr unbeständig, und ihre Zusammensetzung ändert sich ständig.

Die Konzerne bestimmen die Entwicklungswege der wichtigsten Industriezweige, da von ihnen die meisten Kapitalinvestitionen vorgenommen werden. Die Rolle der Konzerne in der Wirtschaft der kapitalistischen Länder ist weitaus größer, als sich dies nach der Statistik irgendeines Landes beurteilen läßt. Die Konzerne exportieren Waren und Kapital, bauen Betriebe, organisieren Gesellschaften im Ausland und stellen zu den Konzernen anderer Länder die vielfältigsten Verbindungen her. Die größ-

¹⁷ In der modernen amerikanischen Literatur wird der Terminus „Trust“ nicht im Zusammenhang mit monopolistischen Industrieverbänden gebraucht. Man verwendet folgende Begriffe: Korporation, Firma, Gesellschaft. Zwischen den beiden letzten Begriffen sind Unterschiede nur schwer auszumachen, während sich Korporation auf eine Aktionärsversammlung bezieht. Der Begriff Firma wird häufig in theoretischen Arbeiten verwendet, z.B. in der „Theorie der Firma“ („The McGraw Hill Dictionary of Modern Economics“, New York, 1965).

ten Erdöl- und Automobilkonzerne sind zu internationalen Monopolen geworden, sie beeinflussen den Außenhandel und die wirtschaftliche Entwicklung mehrerer Länder.

Im Verlauf der gesamten Periode des Imperialismus ist die monopolistische Grundlage der Industrie in den entwickelten kapitalistischen Ländern unverändert geblieben, jedoch hat sich unter dem Einfluß des technischen Fortschritts, der Krisen, der Kriege, der Militarisierung der Wirtschaft sowie der staatlichen Politik die Struktur der Industrie und das Kräfteverhältnis der Industriemonopole verändert. Neue Monopolvereinigungen kamen auf. Schließlich kam es auch in den Vereinigungen selber zu wesentlichen quantitativen und qualitativen Veränderungen, bewirkt durch die Bedürfnisse der modernen Produktivkräfte und durch die für die kapitalistische Wirtschaft spezifischen Bedingungen.

Im Hinblick auf ihre Umsätze stehen die Automobil-, die Erdöl-, die Stahl- und die Chemiekonzerne nach wie vor an vorderster Stelle. Jedoch das Wachstumstempo der größten Stahlkonzerne in den USA war außerordentlich niedrig. Es widerspiegelte die Stagnation in der amerikanischen Eisenmetallurgie sowie die Politik der Anti-Trust-Behörden, die sich der Fusion der größten Firmen widersetzten. In den Ländern Westeuropas, wo der Grad der Monopolisierung bisher weit unter dem der USA lag, war es jedoch anders. Hier fusionierten bei völliger Unterstützung des Staates die größten metallurgischen, elektrotechnischen und anderen Firmen.

„General Motors“ und „Ford Motor“ nehmen den ersten und den vierten Platz unter den Industriefirmen der USA, das „Volkswagenwerk“ und „Renault“ die ersten Plätze in Westdeutschland und Frankreich und „Fiat“ den zweiten Platz in Italien ein. Es ist bezeichnend, daß „Renault“ und das „Volkswagenwerk“ staatliche Betriebe (bzw. Betriebe mit wesentlicher Staatsbeteiligung) sind. Die gewaltigen Ausmaße der Automobilkonzerne in Verbindung mit der Notwendigkeit, Hunderte von Millionen Dollar für die Organisation der Produktion aufzuwenden, sowie die Kontrolle des Absatzmarktes durch einen straffen Apparat sicherzustellen und schließlich die Formen, in denen die Konkurrenz der Monopolunternehmen vor sich geht, sind ein unüberwindliches Hindernis zur Schaffung neuer Gesellschaften in diesem Industriezweig, zumindest auf einen längeren Zeitraum hinaus. Diese Bedingungen ermöglichen es sowohl den Automobilkonzernen in den USA als auch den in anderen kapitalistischen Ländern, ihre Konkurrenten allmählich zu verdrängen.

In vielen Industriezweigen – der Erdöl-, der Aluminium- und der Chemieindustrie – ist die Monopolisierung andere Wege gegangen. Hier entstanden neben den alten Konzernen neue Giganten, die zwar zunächst noch nicht die Ausmaße der alten erreichten. Das schnelle Wachstumstempo der amerikanischen Chemie- und Aluminiumkonzerne war bedingt durch die großen Maßstäbe wissenschaftlicher Forschungen in diesen Industriezweigen sowie auch durch Maßnahmen der Regierung (in der Aluminiumindustrie). Außerdem strebten hierher Konzerne anderer Industriezweige, die nach günstigen Möglichkeiten zur Anlage ihres Kapitals suchten.

Eine Analyse der Veränderungen in den Listen der größten Konzerne nach der Umsatzgröße zeigt, daß die wissenschaftlich-technische Revolution mit dem für sie typischen hohen Entwicklungstempo der Radioelektronik und der Chemie sowie

dem Aufkommen neuer Industriezweige, neuer Arten von Rohstoffen und Erzeugnissen wie auch die Militarisierung der Wirtschaft hier den größten Einfluß ausüben.

Zum ersten Dutzend der größten USA-Konzerne gehört die Firma „International Business Machines“ (IBM). Auf sie kommen 3/4 der in der kapitalistischen Welt produzierten EDVA. Auch andere Firmen der Elektrotechnik und Elektronik in den USA, Japan und Westeuropa erweitern ihre Umsätze. Staatliche Aufträge bringen den amerikanischen Konzernen für Luft- und Weltraumfahrt reiche Gewinne.

Unter dem Einfluß des technischen Fortschritts sowie großangelegter wissenschaftlicher Forschungsarbeiten hat sich der Charakter vieler Konzerne in den fortgeschrittenen Industriezweigen grundlegend gewandelt. Sie beschränken sich jetzt nicht mehr auf die Einrichtung kleiner Werkslaboratorien, sondern bauen Forschungs-, Produktions- und Konstruktionszentren, in denen Hunderte und Tausende von Konstrukteuren und Forschern beschäftigt sind. Diese Konzerne stellen jetzt eine Art wissenschaftlicher und organisatorischer Zentren dar, die die Arbeit spezialisierter Betriebe koordinieren, und ihre zentralen Dienststellen sind wissenschaftliche Institute für angewandte Forschung. Mit dem Übergang zur Raketen-technik und zur Erschließung des Weltraums verschmolzen wissenschaftliche Forschungen, Experimente und Produktionsarbeit in den Firmen für Luft- und Raumfahrt zu einem Ganzen, und die Grenzen zwischen diesen wissenschaftlichen Forschungen und technischen Entwicklungen wurden verwischt. Das Eindringen der Synthese-Chemie in die alten Industriezweige machte die Gummi-, Seifen- und andere Firmen, die vor dem Kriege natürliche Rohstoffe verarbeiteten, zu chemischen. So konzentrierten beispielsweise die chemischen Konzerne in den USA die Produktion synthetischer Fasern in ihren Händen.

Die Nutzung großer technischer Entdeckungen führte in letzter Zeit zur Bildung neuer großer Gesellschaften, deren Umsätze in die Hunderte von Millionen Dollar gehen. Bei der Errichtung und Entwicklung technologisch fortgeschrittenen Firmen widerspiegeln sich das Entstehen eines neuen selbständigen Zweiges des kapitalistischen Unternehmertums – die Forschungs- und Erfindertätigkeit. Staatliche Aufträge und Verträge über die Durchführung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten trugen zur Erschließung neuer Technik und zur Organisierung neuer Produktionen bei. Daß jedoch eine kleine Firma rasch zu einer mächtigen Monopolvereinigung wurde, ist eine außerordentlich seltene Erscheinung. Meist sind die Konzerne durch Einverleibung unabhängiger Firmen gewachsen. Der Prozeß der Kapitalzentralisierung in Form von Aufkäufen und Fusionen war in den letzten Jahren durch ein Wachstum der Zahl aufgekaufter mittlerer und sogar großer Gesellschaften gekennzeichnet.

Ende des XIX. – Anfang des XX. Jahrhunderts erfolgte die Kapitalzentralisierung hauptsächlich in horizontaler Linie, d.h. es schlossen sich Betriebe des gleichen Industriezweiges zusammen. Daneben – besonders nach dem ersten Weltkrieg – entwickelte sich die Zentralisation aber auch in der vertikalen Linie. Die Gesellschaften ordneten sich verschiedene Etappen des Produktionsprozesses unter, erwarben Rohstoffquellen, organisierten die Verarbeitung der Produktionsabfälle und drangen in die Produktion fertiger Erzeugnisse ein. Mit der Zeit wurden die bescheidenen Abfallverwertungsbetriebe große Werke.

Im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte verstärkte sich die Bildung von Kombinationen sowohl in den alten als auch in den neuen Industriezweigen. Nichtkombinierte Betriebe verschwanden allmählich in der Metallurgie, der Textilindustrie, der Papier-industrie, der Erdölindustrie und in anderen Industriezweigen. Die moderne wissenschaftlich-technische Revolution hat das Bedürfnis nach Entwicklung der Kombination noch weiter verstärkt. So konzentrierten beispielsweise die amerikanischen Automobilkonzerne unter dem Einfluß der Automation, die eine besondere Aufmerksamkeit für die Projektierung von Modellen und einzelnen Elementen erforderlich machte, in den neuerrichteten Werken die Produktion der wichtigsten Einzelteile (früher kauften sie sie von anderen Firmen). Außerdem waren die Konzerne, die Materialien und Halbfabrikate herstellten, bestrebt, auch Fertigerzeugnisse zu produzieren, da sie hofften, so den Markt für den Absatz ihrer Erzeugnisse an sich zu reißen.

Aber im stärksten Tempo entwickelte sich die Diversifizierung. Das Streben der kapitalistischen Firmen nach ununterbrochenem Wachstum sowie die für sie typische Suche nach geeigneten Sphären zur Anlage ihres Kapitals zwangen sie dazu und ließen sie in neue Tätigkeitsbereiche eindringen. Ein nicht weniger starker Stimulus war die Angst, hinter dem technischen Fortschritt zurückzubleiben sowie schließlich die Notwendigkeit, die Mittel wieder herauszuholen, die zur Durchführung von Forschungsarbeiten aufgewandt wurden und die Rohstoffe komplex zu nutzen. Indem die Konzerne in neue Industriezweige eindrangen und ihr Sortiment erneuerten, hofften sie, das kapitalistische Unternehmer-Risiko zu mindern, die Folgen von Wirtschaftskrisen abzuschwächen und ihre Zukunft zu sichern. Durch die Diversifikation erfolgt eine Kapitalumverteilung aus weniger rentablen Betrieben in vorteilhaftere.

Indem die schon seit langem bestehenden Automobil-, Chemie- und elektrotechnischen Konzerne ihr Warenangebot erweitern, dringen sie meist in angrenzende Produktionszweige ein. Die amerikanischen Chemiekonzerne produzieren jetzt die verschiedenartigsten Chemikalien zur Deckung der unterschiedlichsten Bedürfnisse. Es gibt nicht eine einzige Textilfirma, die nur eine Stoffart herausbringt.

Die Monopole, die in der Vergangenheit auf die Produktion einer bestimmten Ware spezialisiert waren, stellen sich jetzt häufig die Aufgabe, den Bedarf ihrer Käufer auf einem bestimmten Gebiet im vollen Umfange zu decken und Konkurrenten zu beseitigen, d.h. den gesamten Markt zur Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses an sich zu reißen. So produzieren beispielsweise Konzerne, die früher Konservenbüchsen aus Blech herstellten, jetzt Verpackungsmittel aus den unterschiedlichsten Materialien und für die verschiedenartigsten Erzeugnisse. Baumaterialfirmen gehen von der Spezialisierung ab und erweitern ihr Warenangebot, indem sie die unterschiedlichsten Materialien hineinnehmen. Stahlkonzerne fangen jetzt an, außer Stahl auch noch andere Metalle, Chemikalien und Kunststoffe herzustellen. Auch die Gesellschaften der Buntmetallurgie gehen diesen Weg.

Bei der Organisierung der Produktionszweige lassen sich die Firmen nicht nur von der Kenntnis der Technologie, der möglichen Nutzung vorhandener Ausrüstun-

gen und sonstigen Produktionserwägungen leiten. Nicht selten gehen sie von Faktoren aus, die in der Zirkulationssphäre liegen, wobei sie damit rechnen, ihren Handelsapparat noch vollständiger nutzen zu können oder neue Käufer zu gewinnen.

Die Diversifikation entwickelt sich in allen kapitalistischen Ländern, jedoch in verschiedenen Firmen und unterschiedlichem Tempo. In den Ländern Westeuropas beispielsweise dringen die Stahlfirmen in den Schwermaschinenbau ein, während analoge amerikanische Konzerne nur Erdölausstattungen herstellen, ohne sich zu bemühen, andere Zweige des Maschinenbaus an sich zu reißen.

Mit dem Eindringen der Elektronik und der programmgesteuerten Werkzeugmaschinen erfolgte eine ungemein rasche Kapitalzentralisierung im Werkzeugmaschinenbau der USA, wo bis vor kurzem noch kleine und eng spezialisierte Firmen überwogen. Aber während in Westeuropa die Automobilkonzerne „Renault“ und „Fiat“ die größten Produzenten von Werkzeugmaschinen geworden sind, beschränken sich die Automobilkonzerne der USA auf das Projektieren von Werkzeugmaschinen neuesten Typs sowie auf die Modernisierung eigener alter Werkbänke.

Die Diversifikation verändert nicht nur die Struktur der Konzerne, sondern führt auch zur Bildung von Konglomeraten. Die Typen der Konglomerate sind sehr unterschiedlich, aber ihnen sind folgende gemeinsame Züge eigen: 1) an ihrer Spitze stehen Finanzleute, die sich nicht für die Produktion, sondern nur für die Profitrate interessieren. Wie sie selber sagen, „verwalten sie die Aktiva“ und sind um deren vorteilhafteste Nutzung bemüht; 2) ihre Umsätze wachsen in ungemein kurzer Frist durch Aufkauf der verschiedensten Firmen, zwischen denen Verbindungen produktionstechnischen oder funktionellen Charakters fehlen; sie sind bestrebt, in die zukunftsträchtigsten Industriezweige einzudringen und Firmen aufzukaufen, die Patente und wertvolle Kader besitzen; 3) einen großen Teil ihrer Umsätze stellen Rüstungsaufträge dar, durch die sich die Konglomerate einen festen Markt für einen Teil ihrer Produktion sichern.

Die Konglomerate bezahlen die aufgekauften Betriebe mit ihren Aktien, verwässern so ihr Aktienkapital, nehmen Anleihen auf, wobei ihnen – wie die amerikanische Presse schrieb – die Höhe ihrer Schulden völlig gleichgültig ist, und verleiben sich Finanzierungsgesellschaften ein. So verläuft der Diversifikationsprozeß nicht selten in den gleichen anarchischen Formen wie alle anderen Konzentrations- und Zentralisationsprozesse auf früheren Entwicklungstappen des Kapitalismus.

In der Vergangenheit ließen die Monopolvereinigungen Transport und Absatz ihrer Produktion durch unabhängige Firmen vornehmen. Jetzt ordnen sich die Konzerne mit dem Ziel, die Umlaufzeit zu verkürzen, die Kapitalzirkulation zu beschleunigen und den Profit zu erhöhen, Handels- und Transportfirmen unter, und nicht selten übernehmen sie vollständig oder teilweise deren Funktionen. Unter den Bedingungen der erbitterten Konkurrenz spielen die Marktforschung und die Organisierung des Absatzes bei der Profiterzielung eine nicht geringere Rolle als die Produktion selber. Von großer Bedeutung sind auch die Bankfunktionen, die die Konzerne sowohl für ihre eigenen Betriebe als auch für ihre Lieferanten und Handelsfirmen ausüben. Innerhalb vieler Konzerne (z.B. Kraftfahrzeugbau und Elektro-

technik) gibt es Gesellschaften, die Operationen zum Verkauf von Produktion mit Ratenzahlung finanzieren.

Durch die Entwicklung all dieser Prozesse haben die in den kapitalistischen Ländern herrschenden Monopolvereinigungen völlig ihr Gesicht verändert. Die früheren Trusts, die sich Ende des XIX.- Anfang des XX. Jahrhunderts bildeten, waren verhältnismäßig klein, stellten nur eine Produktart her, d.h. waren spezialisiert. Die Monopolvereinigung von heute (der Konzern) ist eine Vereinigung vieler verschiedener Werke, Kombinate und Gesellschaften (Filialen), die häufig überhaupt nicht durch Produktionsbeziehungen miteinander verbunden sind. Mit anderen Worten – die große Industriefirma ist zu einem komplizierten, mehrere Industriezweige umfassenden Handels-, Industrie- und Finanzkomplex geworden.

Die wissenschaftlich-technische Revolution bringt neue Verbindungen zwischen den Konzernen hervor. Sie beschränken sich jetzt nicht mehr auf den Abschluß von Abkommen über Preise und die Aufteilung der Märkte; zwischen ihnen entwickeln sich immer mehr Verbindungen produktionstechnischen und wissenschaftlichen Charakters. Die Jagd nach Profit zwingt selbst die größten Monopole, verschiedene Formen der produktionstechnischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit einzugehen und gemeinsame Betriebe zu schaffen. Diese Tendenz ist bedingt durch die Kompliziertheit der neuen Technik, insbesondere der Rüstungstechnik, die den Zusammenschluß der Bemühungen von Spezialisten verschiedener Profilierung erforderlich macht; durch die Verwischung der klaren Grenzen zwischen den einzelnen Industriezweigen sowie durch das Wachsen des Kapitalumfangs, der für die Durchführung der Forschungsarbeiten und den Bau neuer Betriebe erforderlich ist. Darüber hinaus zeigt die Geschichte der Erfindungen, daß die wichtigsten Erfindungen dort gemacht wurden, wo sich mehrere Disziplinen und Industriezweige berührten. Auch die Konzerne verschiedener Länder beginnen zusammenzuarbeiten. Der Austausch von Patenten und technischer Hilfe ist zu einem großen Posten im internationalen Handel geworden.

In der Kooperation, in der Schaffung gemeinsamer Betriebe und in der gemeinsamen Durchführung von Forschungsarbeiten zeigt sich die Entwicklung der Monopolisierung, denn die Konzerne vermindern so ihr Risiko und beseitigen potentielle Konkurrenten.

Neue Erscheinungen im Charakter der Warenwirtschaft und die Praxis der monopolistischen Preisbildung

Die modernen Monopolvereinigungen umfassen mehrere Dutzend, zuweilen sogar Hunderte von Großbetrieben. In der Regel wirkt innerhalb der Vereinigungen jetzt nicht mehr die Spontaneität des kapitalistischen Marktes. In den Beziehungen zwischen den Betrieben, die zur gleichen Gesellschaft gehören, werden Instrumente des Ware-Geld-Verkehrs genutzt, aber diese inneren Preise, sogenannte bedingte Verrechnungs- oder Transferpreise, werden zentral und nicht spontan festgelegt. Die Tätigkeit all dieser Betriebe ist einem innerbetrieblichen Plan untergeordnet.

Ein bedeutender Teil der industriellen Produktion der Monopole gelangt in der kapitalistischen Wirtschaft auf den Markt, jedoch ein nicht geringer Teil, der in den innerbetrieblichen Verkehr gelangt, ist aus der Marktzirkulation ausgeschlossen. Darin drückt sich unter anderem die von *W. I. Lenin* festgestellte Untergrabung der Warenproduktion im Monopolkapitalismus aus.¹⁸ Aber das ist nicht die einzige Erscheinungsform der genannten Tendenz.

Die großen Monopolvereinigungen haben die Möglichkeit, im voraus mehr oder weniger genau den Umfang der Nachfrage nach ihrer Produktion zu bestimmen. Auf diese Erscheinung machte *W. I. Lenin* aufmerksam, als er darauf verwies, daß von den Monopolen „eine annähernde Erfassung des Umfangs des Marktes“ sowie „eine annähernde Erfassung aller Rohstoffquellen“ vorgenommen wird...¹⁹ Eine absolut exakte Prognose und Marktsituation ist natürlich unmöglich, um so mehr, als ja die Konkurrenz zwischen den Monopolen erhalten bleibt und zuweilen außerordentlich scharfe Formen annimmt, die nichtmonopolisierte Produktion weiterhin besteht usw. Aber wichtig ist, daß die Monopole prinzipiell die Möglichkeit haben, nicht für einen unbekannten Markt zu arbeiten, sondern für einen Markt, dessen Umfang sie annähernd kennen. „Das ist überhaupt nicht mehr das“ – schrieb *W. I. Lenin* – „was die alte freie Konkurrenz der aufgesplitteten und voneinander nichts wissenden Privatbesitzer war, die für den Absatz auf einem unbekannten Markt produzierten.“²⁰

Mit der Entwicklung der elektronischen Rechentechnik und ihrer weitgehenden Anwendung in der Verwaltung der Monopole entstand die technische Möglichkeit, nicht nur schnell etwas über die Veränderungen auf dem Markt zu erfahren, sondern auch den Produktionsumfang operativ an diese Veränderungen anzupassen und die dabei unvermeidlichen Verluste auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

Wichtig ist auch noch eine andere Seite: die Konzerne haben die Möglichkeit, aktiv den Markt und die Herausbildung der Nachfrage zu beeinflussen, und sie können zeitweilig Preise bestimmen, die zu den Marktpreisen differieren, welche bei freier Konkurrenz entstanden wären. Die Wirkung des Wertgesetzes als Regulator der Produktion ist wesentlich eingeengt. Und in dem Maße, wie die Umsätze der Konzerne wachsen und ein immer größerer Teil der Geschäfte unter ihrer direkten oder indirekten Kontrolle abgewickelt wird, üben die von ihnen festgelegten Preise einen immer größeren Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen aus.

Eine Besonderheit in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode des Imperialismus ist die verstärkte Rolle des Staates und seiner aktiven Einmischung in das Wirtschaftsleben. In den USA hat der Staat schon seit langem die Kontrolle der Preise (Tarife) der Energiewirtschaft, der Eisenbahn sowie des Post- und Fernmeldewesens in die Hand genommen. Aber jetzt greift der Staat auch schon in die Festlegung der Preise für einige wichtige Materialien, z.B. für Metalle ein, und zwar teilweise aus der Befürchtung heraus, ihre Erhöhung könnte ein allgemeines Steigen der Preise und da-

18 Siehe *W. I. Lenin*, Gesammelte Werke, Bd. 27, S. 322.

19 Ebenda, S. 320.

20 Ebenda.

durch ein Nachlassen der Konkurrenzfähigkeit amerikanischer Waren auf den Weltmärkten nach sich ziehen.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler *H. Simon* schrieb, daß der Mechanismus der Preise, d.h. mit anderen Worten der Markt aufgehört hat, das einzige Mittel zu sein, das die Menschen benutzen, um rationelle Beschlüsse zu fassen, und daß neben dem Marktmechanismus die Bedeutung anderer Mechanismen zur Verteilung der Ressourcen wächst. Er kommt dann zu dem Schluß, daß „auf den meisten Märkten nicht die Konkurrenzpreise wirken, sondern die gesteuerten“.²¹ Die Vertreter der soziologischen Schule von *Cyert* und *March* unterstreichen die Unfähigkeit der traditionellen politischen Ökonomie, das Problem der Märkte zu lösen, auf dem große Monopolvereinigungen herrschen. *Cyert* und *March* machen auch aufmerksam auf die Planung innerhalb der Firmen sowie auf die Bedeutung, die das System der Transferpreise (der bedingten Verrechnungspreise) hat, das innerhalb der Firmen als Werkzeug zur Verteilung der Ressourcen wirkt.²²

Der verhängnisvolle Einfluß der Monopolpreise auf die gesamte Wirtschaft und auf die Kaufkraft der Bevölkerung ist so offensichtlich, daß *G. Means* und einige andere amerikanische Wirtschaftswissenschaftler es für notwendig halten, beispielsweise in der Eisenmetallurgie wie in den öffentlichen Betrieben die Preise zu regulieren. *G. Means* legt seinen Überlegungen die Tatsache zugrunde, daß die Preise in der Eisenmetallurgie von den Konzernen selber festgelegt werden und sich nicht auf Grund der Schwankungen von Angebot und Nachfrage herausbilden.²³

Die Organisierung des Absatzes und die Festlegung der Preise sind für die kapitalistische Firma von entscheidener Bedeutung, da sie ja nicht nur die Ware herstellen, sondern auch für einen günstigen Preis absetzen, d.h. ihre Aufwendungen wieder hereinbekommen und Profit erzielen muß. Daneben ist der Preis der Ausgangspunkt zur Aufstellung des Finanzplanes, der ja die Grundlage für die Tätigkeit eines modernen Konzerns ist.

Aus allen diesen Gründen ist die Ausarbeitung allgemeiner Festlegungen zu Preisfragen Bestandteil der Zuständigkeit der führenden Angestellten der Konzerne. Meist stellen sie sich die Aufgabe, einen bestimmten Zinssatz des investierten Kapitals zu erzielen, einen gewissen Teil des Verbrauches zu decken, sowie möglichst schnell die Kosten wieder hereinzubekommen, die sich bei der Herstellung neuer Waren ergeben haben. Die leitenden Leute in den Konzernen bestimmen die Preise für die wichtigsten Waren der Firma. Aber in den Firmen mit einer umfassenden Warennomenklatur, insbesondere bei denen, die Massenbedarfsgüter und schnellverderbliche Waren herstellen, genießen die Verwaltungschefs der Abteilungen und Unterabteilungen größere Freiheiten, da ihre Hauptaufgabe darin besteht, die Anpassung an den Markt so schnell wie möglich zu vollziehen.

21 H. A. Simon, New Developments in the Theory of the Firm. – American Economic Review, May 1962, p. 1–15.

22 R. M. Cyert and J. G. March. A Behavioral Theory of the Firm. Englewood Cliffs (New Jersey), 1963, p. 114.

23 G. C. Means, Pricing Power and the Public Interest. New York 1962, p. 277.

Für die Konzerne, insbesondere für die mit längerem Produktionszyklus, ist die Stabilität der Preise von großer Bedeutung. Wie ihre leitenden Leute selber sagen, ist eine häufige Revision der Preise entsprechend den Schwankungen der Nachfrage eine außerordentlich beschwerliche und kostspielige Operation. Wenn aber – wie die Praxis zeigt – die Ausgaben auf einem bestimmten Gebiet, z.B. die Lohnkosten, steigen, so finden sich die Konzerne mit dieser „Unannehmlichkeit“ ab.²⁴ Die Senkung der Kosten – und darauf sind die Anstrengungen aller führenden Leute in den Konzernen gerichtet – wird von ihnen als Mittel zur Steigerung der Profite und überhaupt nicht als Anlaß zur Senkung der Preise betrachtet.

Die Firmen, die die Stabilität der Preise anstreben, gehen bei der Preiskalkulation gewöhnlich nicht von den faktischen Kosten und auch nicht von der realen Auslastung der Kapazitäten aus, was ebenfalls zu ständigen Fehlkalkulationen führen würde, sondern von den Normativen. So berücksichtigen die Firmen, die die Preise auf Grund von Normativen bestimmen, nicht den Einfluß der Veränderung des Produktionsumfangs und der Selbstkosten pro Produktionseinheit.²⁵

Eine andere Tendenz, die in den konzentrierten Industriezweigen zu beobachten ist, welche Produkte gleichen Typs herstellen, ist das Streben nach Einheitspreisen. Der Preis wird hier vermittels der sogenannten Preisführung (leadership) festgelegt.²⁶ Nach Meinung einiger Wirtschaftswissenschaftler wird das System der „leadership“ auf Grund einer geheimen Abmachung zwischen den Firmen eingeführt. Die meisten Wirtschaftswissenschaftler neigen jedoch zu dem Standpunkt, daß die Bildung einheitlicher Preise bedingt ist durch die gemeinsamen Interessen der großen Firmen, die in diesem oder jenem Industriezweig herrschen.

Im System der „leadership“ gibt gewöhnlich der mächtigste Konzern eines Industriezweiges den Preis bekannt, und die anderen folgen seinem Beispiel. In der Wirklichkeit sind Firmen in einzelnen Fällen vom bekanntgegebenen Preis abgegangen, meist jedoch in verdeckter Form. In gewissen Zeiten gab es dieses System nicht mehr, aber dann sind die Firmen doch immer wieder zu ihm zurückgekehrt.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß in den hochmonopolisierten Industriezweigen, in die neue Firmen nur schwer eindringen können, damit genau solche Ergebnisse erzielt werden können wie bei direkten Kartellabmachungen, ohne dabei formal Abkommen abzuschließen. Dazu genügt die Bekanntgabe des Preises durch den „Preisführer“ oder ein Informationsaustausch auf der Sitzung einer Gesellschaft, einer Industriassoziation, eines Institutes oder sogar in der Presse. Das System des

24 Der Industriepsychologe Catona schreibt: „Viele Geschäftsleute spüren anscheinend, daß Preiserhöhungen einer Rechtfertigung bedürfen... Die Erhöhung der Kosten und besonders die Erhöhung der Löhne, die ja allgemein bekannt ist, wird als beste Rechtfertigung für Preiserhöhungen betrachtet.“ (Price Policies and Practices. A Source Book of Readings", New York 1967, p. 198).

25 Wie die Praxis zeigt, nimmt man in den USA und in England als Normativ für die Auslastung der Kapazitäten den Durchschnitt von zwei-drei Jahren, der gleich 75–80 % der Produktionskapazitäten ist (in einzelnen Industriezweigen noch darunter).

26 „Leadership“ bei Preisen gibt es in den USA in der Metallurgie, in der Zement- und der Papierindustrie und in weniger stark ausgeprägter Form auch in anderen Industriezweigen.

Informationsaustausches über Preise hat in vielen Ländern, insbesondere in England, große Verbreitung erfahren.²⁷

Außerdem schließen die Firmen natürlich auch Abkommen über Preise ab. Wie Prozesse gegen Trusts in den USA bezeugen, wurden in den Nachkriegsjahren von Firmen der Elektrotechnik, der Stahlerzeugung, der Pharmazie u.a. Preisabkommen über verschiedene Waren abgeschlossen. Die Konzerne, die die Preise auf einem bestimmten Niveau halten, und zwar unabhängig von den Schwankungen der Nachfrage, verfolgen den Absatz ihrer Produkte, und je nach dem Umfang dieses Absatzes verringern oder erweitern sie die Produktion. Die in einigen Industriezweigen, wie z.B. in der Automobil- und Stahlindustrie entstandenen Bedingungen – die Notwendigkeit, über große Kapitalien zum Aufbau und zur Organisierung des Absatzes zu verfügen – ermöglichen es den dort herrschenden Konzernen, hohe Monopolpreise zu verlangen, das Angebot zu regulieren und damit den Stand des Verbrauchs zu beeinflussen.²⁸

Was liegt den Preisen zugrunde und wie ist ihre Struktur? Unter der Herrschaft der Monopole bestimmen nicht die Kosten die Preise. Im besten Falle können sie als unterste Grenze der Preise betrachtet werden. Aber auch dann bleibt eine andere Frage ungeklärt, nämlich, wodurch der Zuschlag für den Profit, d.h. der zweite Teil des Preises bestimmt wird. In den Industriezweigen, in denen Einheitspreise festgelegt werden, kann dieser Zuschlag nicht bei allen Firmen der gleiche sein, da ja auch ihre Kosten unterschiedlich sind. Diese unbestreitbare Tatsache hat die Anhänger jenes Standpunktes, demzufolge die Kosten den Preis bestimmen, veranlaßt, ihre Theorie zu korrigieren und jetzt nicht mehr von Produktionskosten überhaupt, sondern von Durchschnittskosten und von den Produktionskosten des „Preisführers“ zu sprechen. Im Grunde genommen ist dies das Eingeständnis, daß die Monopole die Preise festlegen können, und zwar höhere als unter der freien Konkurrenz, und daß sich an diesen Preis alle Firmen unabhängig von ihren Kosten halten.

Heute berechnen die Firmen ihren Aufwand im Rahmen des gesamten Konzerns und gehen bei der Profitberechnung von der Gesamtsumme ihrer Kosten und nicht nur von den Produktionskosten für die einzelnen Waren aus. Nach Meinung vieler Fachleute kennen die Geschäftsleute die Kosten für jede einzelne Ware nicht einmal genau, und häufig ist es sogar unmöglich, sie festzustellen.

Große Verbreitung hat daher eine Praxis gefunden, bei der für die Waren – wenn das möglich ist – nur die Kosten für das Material und die Bezahlung der Arbeit berechnet werden, die unmittelbar für die Produktion aufgewandt wurde (sogenannte variable oder Direktkosten). Was die anderen Unkosten anbetrifft, so werden sie von vielen Firmen auf die einzelnen Waren aufgeteilt, wobei sich die Firmen von einem völlig relativen Kriterium leiten lassen und – wenn es die Interessen der Konkurrenz erforderlich machen – bei der Festlegung des Preises für einige Waren diese Unkosten überhaupt nicht berücksichtigen.

27 „Oxford Economic Papers“, November 1967, p. 359.

28 In der Nachkriegszeit sind die Stahlpreise in den USA sogar in den Jahren gestiegen, in denen Verbrauch und Produktion zurückgingen.

Ein gewisses Licht auf die Praxis der Preisbildung werfen die Materialien zur Frage der Preisfestlegung für neue Waren. Eine Firma, die eine neue Ware herausbringt, beginnt mit der Marktforschung, mit der Berechnung des Nachfrageanteils, den sie zu befriedigen hofft. Erst danach legt die Firma den Verkaufspreis fest, der ihrer Meinung nach in der Lage ist, nicht nur den Absatz, sondern auch die Erzielung von Profit zu garantieren. Die ganze Analyse läuft darauf hinaus, herauszufinden, bei welchem Produktionsumfang und zu welchem Preis unter weiterer Berücksichtigung der Absatzkosten die Firma mit der Erzielung einer für sie akzeptablen Profitrate rechnen kann (ob sich diese Berechnungen dann bewahrheiten, ist bereits eine andere Frage). Erst danach beginnt die Firma mit der Konstruktion des Erzeugnisses sowie mit der Analyse der Kosten bei verschiedenen Produktionsvolumina. Liegen die Kosten bei dem vorgesehenen Produktionsumfang über dem geplanten Preis und gelingt es nicht, sie zu senken, schiebt die Firma ihren Beschuß auf, nimmt Abstand von ihren Plänen oder aber geht das Risiko ein. Hieraus ist ersichtlich, daß die Berechnung der Kosten bei der Beschußfassung über die Herstellung einer neuen Ware, nicht aber bei der Bestimmung des Preises von größter Bedeutung ist.²⁹

Nachdem die Firma den Preis festgelegt hat, betrachtet sie ihn jedoch noch nicht als endgültig, sondern analysiert die Erfahrungen der Einzelhändler und experimentiert mit kleineren Warensendungen. Zuweilen legt die Firma gleich einen Preis fest, der für sie nur bei Massenproduktion und Massenverbrauch vorteilhaft ist. In der Regel überprüft die Firma systematisch das Angebot der von ihr hergestellten Waren und auch die Preise, zu denen sie sie verkauft.

Aber wenn die Firmen Patente besitzen, Rohstoffquellen kontrollieren oder als erste eine Ware herausbringen, die Erfolg hat, nutzen sie das natürlich aus, um hohe Preise zu erheben.³⁰

Das Monopol kann lange Zeit hindurch große Gewinne erzielen, aber seine Macht ist auch begrenzt. Es kann nicht die Grenze zerstören, die durch den Wert der Waren bestimmt wird. „Der Monopolpreis für bestimmte Waren würde nur einen Teil des Profits der anderen Warenproduzenten auf Waren mit Monopolpreisen übertragen.“³¹

29 Die Konzerne machen keine Angaben über die Kosten für die einzelnen Waren und klassifizieren ihre Kosten auch nicht. In ihren Berichten führen die amerikanischen Konzerne gewöhnlich die Gesamtsumme all ihrer Kosten an, dann die Summe der kommerziellen, allgemeinen und administrativen Kosten, und einige von ihnen auch noch getrennt die Abschreibungen. Aus dem Bericht der „General Electric“ ist ersichtlich, daß der Anteil der kommerziellen, der allgemeinen und der administrativen Kosten in den Jahren 1960 bis 1965 annähernd 17–19 % aller Kosten ausmachte und 1967 22,4 % (die Abschreibungen sind hier nicht gesondert ausgewiesen) („Moody's Industrial Manual“, 1968).

30 Der amerikanische Spezialist J. Dean ist der Meinung, daß die Konzerne bei der Herstellung neuer Waren „Rahm abschöpfen“, indem sie für diese Waren in der ersten Zeit einen Preis festlegen, der viermal höher ist als der Fabrikabgabepreis („Price Policies and Practices. A Source Book of Readings“, p. 92).

31 K. Marx und F. Engels, Werke, Bd. 25, Teil II, S. 432 (russ.).

Das Monopol existiert neben der Konkurrenz. Die hohen Preise führen den Monopolen Schaden zu, da sie die Nachfrage einengen und neue Konkurrenten heranziehen. Der hohe Preis führt auch zu anderen negativen Folgen, die dazu beitragen, daß rückständige Betriebe erhalten bleiben, und zwar nicht nur bei den unabhängigen Firmen, sondern auch im Rahmen der Konzerne selbst. Und das untergräbt letzten Endes die Konkurrenzfähigkeit der Konzerne. Es gibt auch noch andere Gründe, die den Appetit der Konzerne einschränken. Vor allem liefern viele von ihnen ihre Produkte an andere Konzerne, die genügend Macht besitzen, um einen Druck auf sie auszuüben. Als hemmender Faktor dient auch die Angst davor, daß die Bestellerfirma bei sich selbst die Produktion von Erzeugnissen in Gang bringt, die sie vorher von anderen gekauft hat. In diesem Falle gewinnt durch die niedrigen Preise der Bestellerkonzern, nicht aber die Masse der Konsumenten.

Sinkt die Nachfrage, werden die Preise manchmal zuerst von den mittleren und kleinen Firmen gesenkt, die überhaupt in der Preispolitik eine große Elastizität an den Tag legen. Das Senken der Preise ist das letzte Mittel, mit dessen Hilfe sie glauben, sich vor dem Bankrott retten zu können. Der scharfe Konkurrenzkampf auf dem Gebiet der Preise widerspiegelt nicht selten die verstärkte Kombinatsbildung, die Verdrängung der mittleren und kleinen Firmen.

Der offene Preiskrieg zwischen den Konzernen ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine recht seltene Erscheinung. Aber er kommt vor. Meist wird er zwischen Firmen ausgetragen, die Waren herstellen, welche einander ersetzen können, z.B. zwischen Aluminiumgesellschaften und Produzenten anderer Metalle. Aber die Konzerne ziehen es in der Regel vor, die Preise in Zeiten ökonomischer Depressionen nach und nach zu senken, wobei sie Rabatte geben für Transport und Verpackung, Waren hoher Qualität zu Preisen niedrigerer Sorten verkaufen und die gesamte Last des Konkurrenzkampfes auf die Einzelhändler abwälzen.

In einigen Industriezweigen, die sich besonders schnell entwickelt haben, und wo das Wachsen der Kapazitäten weit über der Nachfrage liegt, wie z.B. in der chemischen Industrie (Produktion von synthetischen Fasern und Kunststoffen), haben die Konzerne die Preise gesenkt, da sie hofften, so ihre Kapazitäten auslasten und ihre Umsätze erweitern zu können. Aber wenn nach ihren Vermutungen keine Erweiterung der Nachfrage zu erwarten ist, verringern sie die Produktion.

Die Konzerne verfügen über große Vorteile im Konkurrenzkampf. Ihnen gehören die besten Betriebe, in denen qualifizierte Verwaltungskräfte und Spezialisten tätig sind. Da sie große Waren- und Rohstoffmengen kaufen, erzielen sie günstige Preise, erhalten sie Kredit und Kapital zu vorteilhafteren Bedingungen als kleine und mittlere Gesellschaften. Ihnen gehören die Rohstoffquellen, die Patente, sie kontrollieren den Handelsapparat. Große Hilfe leisten ihnen persönliche Beziehungen, Bestechungen und politische Einwirkungsmittel. Der Kampf um den Markt zwingt die Konzerne, der Warenqualität große Aufmerksamkeit zu widmen, die Waren ständig zu modernisieren, neue Modelle und Erzeugnisse herauszubringen und Mittel für die Werbung aufzuwenden. Zu einem sehr wichtigen Konkurrenzmittel wird auch der Service. Seine Formen sind auf den ersten Blick fortschrittlich. Aber unter der Herrschaft der Konzerne kommt es zu Verschwendungen, wer-

den große Geldsummen zum Fenster hinausgeworfen, werden Arbeit und Talente unnütz vergeudet, und zwar besonders in den Industriezweigen, wo die Firmen ihre Waren unmittelbar an die Verbraucher verkaufen (Kraftfahrzeuge, elektrische Haushaltsgeräte, Zigaretten).

Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution können die führenden Leute der Konzerne nicht darauf rechnen, daß ihre Konkurrenten erst eine lange Zeit brauchen, um sie zu verdrängen. Im Überfluß kommen synthetische Materialien und Ersatzstoffe aller Art auf den Markt, neue Produktionsmethoden werden entwickelt, und die Lebensdauer der Waren wird kürzer. Die Patente können jetzt die Positionen der Monopole nur innerhalb einer begrenzten Frist schützen. Die Konzerne werden daher anfälliger. Das Monopol kann die Konkurrenz nicht beseitigen, sie besteht neben ihm weiter und wird immer erbitterter. Die Konzerne sind gezwungen, große Mittel aufzuwenden, um Forschungen durchzuführen, den technischen Fortschritt zu verfolgen und neue Produktionen zu organisieren.

Die Kosten für diese Art von Konkurrenzkampf bewirken die Beibehaltung hoher Preise und ihr weiteres Ansteigen. Einen wichtigen Platz unter den Faktoren, die zum Steigen der Preise beitragen, nimmt die Selbstfinanzierung ein. Einen großen Teil ihrer Akkumulationsmittel schöpfen die Konzerne aus inneren Quellen (nicht ausgeschüttete Profite und Amortisationsabschreibungen) und nehmen Gründerfunktionen in die eigenen Hände. Die führenden Männer der Konzerne erklären nicht selten ganz offen, daß sie die Preise erhöhen, um den Zustrom der erforderlichen Kapitalien zu vergrößern.

Von nicht geringerer Bedeutung ist das Anwachsen der sonstigen Gemeinkosten. Trotz des häufigen Wechsels der Modelle und der ständigen Erneuerung des Angebots gelingt es den Konzernen, die Produktionskosten zu senken. Aber parallel dazu wächst ihr Aufwand, bedingt durch neue Leistungsmethoden, durch die Heranziehung einer großen Zahl von Spezialisten zur Arbeit in den technischen Diensten und Laboratorien, durch die großzügige Bezahlung der Verwaltungsangestellten und die Formen ihrer Prämierung, durch Maßnahmen zur Organisierung des Absatzes, durch technische Hilfeleistungen für die Kundschaft, durch die Werbung u.ä. Schließlich trägt auch die ständige Modernisierung der Produktionskapazitäten zu einer Steigerung dieser Kosten bei.³²

Bei der Beschußfassung über neue Produktionszweige lassen sich die Konzerne in einzelnen Fällen nicht von der unmittelbaren, sondern von der weiteren Perspektive leiten, gehen sie Risiken und Verluste ein. Trotzdem fassen sie solche Beschlüsse in der Regel nur, wenn ihnen das nach ihren Berechnungen in verhältnismäßig kurzer Zeit Vorteile bringt. Bezeichnend ist auch, daß viele Entdeckungen und Erfindun-

32 Zu den sonstigen Gemeinkosten zählen die amerikanischen Firmen alle Ausgaben, die nicht unmittelbar mit der Produktion etwas zu tun haben: für die Amortisierung der Gebäude und Ausstattungen, für die Bezahlung indirekter Arbeit (Handwerker, Reparaturarbeiter, Wachen u.ä.), für Verwaltungsapparat, für die Organisierung des Absatzes und die Reklame sowie für die Forschungsarbeiten.

gen, durch die ganze neue Industriezweige geschaffen wurden, nicht in Konzernen gemacht wurden, sondern in Universitätslaboratorien oder von kleineren Firmen.³³

Einige Konzerne haben ganze Spezialabteilungen, die sich nur damit befassen, Patente aufzukaufen und kleine Firmen ausfindig zu machen, die einverlebt werden können, um so Patente und wertvolle Fachkräfte zu gewinnen.

Die größten Konzerne sind nicht fähig, alle Möglichkeiten der Wissenschaft zu nutzen; sie sind nicht imstande, die Mittel aufzubringen und einzusetzen, die beispielsweise die Schaffung einer Atom-, Flugzeug- und Raketenindustrie erfordern. Diese Ausgaben trägt jetzt der Staat. Ungefähr die Hälfte der Mittel, die die amerikanischen Konzerne für die Durchführung wissenschaftlicher Forschungen verausgaben, bekommen sie aus Verträgen, die sie mit dem Staat abschließen.

So gilt weiterhin Lenins These: „...da – wenn auch nur für eine bestimmte Zeit – Monopolpreise festgelegt werden, verschwinden bis zu einem gewissen Grade die treibenden Ursachen für den technischen und folglich auch für jeden anderen Fortschritt, für jegliche Vorwärtsbewegung.“³⁴

Auf Grund der angeführten Fakten können folgende Schlüsse gezogen werden: die Konzerne besitzen eine ökonomische Macht, die ausreicht, um die Preise und folglich das Konsumtionsniveau sowie die Entwicklung der gesamten Wirtschaft zu beeinflussen.

Die Konzerne sind nicht an der Festlegung der höchsten Preise interessiert, sondern solcher, die ihnen höchste Profite gewährleisten. Diesem Prinzip folgend bestimmen sie auch den Umfang der zu erzeugenden Produktion. Aber in vielen Fällen legen sie natürlich Preise fest, die weit über ihren Produktionskosten liegen. Die Formen der Monopolkonkurrenz tragen ebenfalls zur Steigerung der Preise bei.

33 Die Herstellung von Dieselloks wurde beispielsweise erst durch die Erfindungen und Experimente zweier kleiner Firmen vorangetrieben. Die Besitzer dieser Firmen verkauften sie an den Konzern „General Motors“ und setzten unter seiner Schirmherrschaft ihre Forschungen fort. Dadurch konnte der Konzern die Produktion in Gang bringen. Gegenwärtig produziert er 75 % aller Dieselloks, die in den USA hergestellt werden.

34 W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 27, S. 397 (russ.) Als deutliche Illustration für diese These kann die Eisen- und Stahlindustrie der USA dienen. Die in den USA geltenden hohen Monopolpreise führten bei den größten Konzernen zu Selbstzufriedenheit. Da sie überzeugt waren, ihre Profite zu erzielen, blieben sie in technischer Hinsicht zurück. So gehörte beispielsweise nach Angaben von Ende 1957 zu den Firmen, die Sauerstoffkonverter bauten oder bauen, nur eine (Johns and Laughlin) zu den acht größten Gesellschaften. Dadurch verloren die amerikanischen Stahlkonzerne nicht nur ihre ausländischen Märkte, sondern mußten sogar auf dem Binnenmarkt kurz treten. Erst in den Jahren 1964–1969 begannen sie, ihr Versäumnis nachzuholen und Sauerstoffkonverter zu bauen. Sie begriffen nicht gleich die Gefahr, die verbunden war mit der Konkurrenz neuer spezieller Stahlarten, die die Firmen benötigten, welche Ausrüstungen und Apparaturen für die Erschließung des Kosmos und die Atomindustrie sowie Elektronikerzeugnisse herstellten.

Marktaspkte der Monopolisierung

Die Methodologie der marxistischen Analyse von Monopol und Konkurrenz ist von prinzipieller Bedeutung im Kampf gegen bürgerliche Marktkonzeptionen und die Apologetik des Monopolkapitalismus. *W. I. Lenin*, der das ökonomische Wesen des Monopols aufdeckte, hob hervor, daß der hohe Konzentrationsgrad der ökonomischen Macht in der Wirtschaft insgesamt seinen Ausdruck erstens darin findet, daß in den entscheidenden Industriezweigen sowie in anderen Sphären des Wirtschaftsgefüges mehr oder weniger stabile Gruppen der größten Firmen entstanden sind, die die Produktion und den Absatz des größeren Teils der entsprechende Produktion und Dienstleistungen in ihren Händen konzentrieren. Zweitens darin, daß ein neues System der Wechselbeziehungen zwischen den großen Gesellschaften entstanden ist, daß sich Charakter und Formen der Konkurrenz verändert haben, und daß die Konkurrenzbeziehungen in Wechselwirkung stehen zu den Beziehungen einer planmäßig organisierten Kooperation und einer langfristigen Zusammenarbeit. Drittens bildet sich ein neuer Funktionsmechanismus der Wirtschaft heraus, bei dem die durch den Markt erfolgende Regulierung des Produktionsumfangs und der Ressourcenverteilung auf die Industriezweige verflochten ist mit einer privatkapitalistischen und staatlichen Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Bei der theoretischen Behandlung des Monopolproblems gibt es, genau so wie bei der Untersuchung der ökonomischen Realität der kapitalistischen Welt von heute, spezifische Marktaspkte, die in das Gebiet der Wechselwirkungen zwischen Monopol und Konkurrenz gehören. Dieses Gebiet umfaßt solche Fragen wie die Formen der Monopolisierung, den Charakter und die Formen der Konkurrenz unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus, den Charakter der Preisbildung und die Methoden der Marktregulierung sowie die Kriterien für die Klassifizierung der Märkte. Der marxistischen Theorie war eine metaphysische Gegenüberstellung von Monopol und Konkurrenz immer fremd. „*In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit*“ – schrieb Marx – „,sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten... Die Synthese ist derart beschaffen, daß das Monopol sich nur dadurch aufrechterhalten kann, daß es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt.“³⁵

Wie *W. I. Lenin* hervorhebt, ist die Wechselwirkung zwischen den Kräften des Monopols und der Konkurrenz die wichtigste Besonderheit des ökonomischen Mechanismus in der Herrschaftsperiode der Monopole.³⁶ Im Wirtschaftsleben des Monopolkapitalismus bestehen die verschiedensten Markttypen und wirken aufeinander ein. Typ oder Struktur des Marktes sind Ergebnis der Verflechtung von Faktoren zweifacher Art; die sich objektiv herausbilden und die Ergebnisse der Politik der großen Gesellschaften widerspiegeln.

35 K. Marx und F. Engels, Werke, Bd. 4, S. 166 (russ.).

36 Siehe *W. I. Lenin*, Gesammelte Werke, Bd. 27, S. 386. (russ.).

Zu den wichtigsten Kriterien, die die Struktur des Marktes bestimmen, gehören: a) die Zahl der Firmen – Verkäufer und Käufer, ihre relative Größe; b) die Besonderheiten des erzeugten Produktes (sein Bestimmungszweck, die Gesetzmäßigkeiten der Nachfrage und der Grad der Differenzierung³⁷); c) Charakter und Höhe der Barrieren, die den potentiellen Konkurrenten den Zutritt zu dem jeweiligen Markt erschweren.³⁸

Unter den Bedingungen einer dynamischen Wirtschaft bleiben die Faktoren, die die Struktur dieses oder jenes Marktes bestimmen, nicht unveränderlich. Damit im Zusammenhang stehen die Schärfe, die Angespanntheit und die Veränderung der Formen der Konkurrenz auf verschiedenen Märkten zu verschiedenen Zeiten. Davor wiederum hängen die Besonderheiten der Herausbildung der Produktionskosten und der Preise ab.

Die moderne Wirtschaft ist gekennzeichnet durch eine komplizierte Wechselwirkung zwischen den Märkten. Infolge der Konkurrenz der Warensubstitute, die in verschiedenen Industriezweigen erzeugt werden, decken sich die Grenzen des Marktes bei weiten nicht immer mit den Grenzen des Industriezweiges.³⁹

Der hohe Konzentrationsstand der Produktion und die Zentralisierung der Kontrolle über das Warenangebot in diesem oder jenem Industriezweig ist noch nicht identisch mit der Monopolisierung des Marktes, obwohl er eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen ist. Die Errichtung einer monopolistischen Kontrolle über die Märkte, auf denen einander substituierende Waren konkurrieren, die von verschiedenen Industriezweigen hergestellt werden, ist daher gleichbedeutend mit einem höheren Grad der kapitalistischen Vergesellschaftung im Vergleich zur Monopolisierung eines einzelnen Industriezweiges.

Aber unter den Bedingungen einer umfassenden Differenzierung der Produktion brauchen andererseits verschiedene Warenarten, die zu ein und demselben Industriezweig oder zu ein und demselben Warengruppe gehören, nicht unbedingt miteinander zu konkurrieren. Das eröffnet große Möglichkeiten für die Monopolisierung ihres Absatzes und die Erzielung von Monopolprofiten.⁴⁰

37 Unter Differenzierung von Waren einer bestimmten Art versteht man Unterschiede in der Qualität (reale oder eingebildete), in der Verpackung sowie auch in allen Umständen, die mit dem Verkauf zusammenhängen (Besonderheiten der Bedienung, Standort der Verkäufer usw.).

38 Unter ökonomischen Barrieren versteht man im Gegensatz zu juristischen die Höhe des Ausgangskapitals, das erforderlich ist, um effektive Produktion und Absatz zu organisieren; ferner Beschränkungen im Zusammenhang mit dem Eigentum an Patenten, Warenmarken usw.; Barrieren, die durch jahrelange Werbung geschaffen wurden; Begrenztheit der Rohstoffbasis.

39 Waren sind ökonomische Substitute, wenn sie hinsichtlich ihres Bestimmungszwecks, ihrer sachlichen Qualitäten, ihres Preises und ihrer Beschaffungsmöglichkeiten in den Augen des Verbrauchers mehr oder weniger gleichwertig sind.

40 So schuf und monopolisierte die amerikanische Firma „Dupont“ zusammen mit einer weiteren Gesellschaft, mit der sie ein Abkommen über Patentaustausch hatte, Anfang der 40er Jahre einen Markt für Zellophan im Lande und schirmte sich praktisch völlig gegen die Konkurrenz ab. Im Verlauf von mehr als 25 Jahren erzielte sie einen jährlichen reinen Durchschnittsprofit von 34,4 % zu dem Kapital, das sie in die Zellophanproduktion investiert hatte („American Economic Review“, June 1957, p. 469).

Für die kapitalistische Wirtschaft von heute sind Industriezweige und Märkte charakteristisch, auf denen Produktion und Angebot der wichtigsten Produktionsmasse in den Händen einiger großer Gesellschaften konzentriert sind. Ein bedeutender Teil der gesamten industriellen Produktion der USA wird unter den Bedingungen einer Industriezweigstruktur erzeugt, bei der drei, vier oder fünf große Firmen 60 und mehr Prozent der Produktion liefern. Die Lage wird sich nicht ändern, wenn wir von den Industriezweigen zu den Märkten übergehen. Ihr bestimmendes Merkmal ist der hohe Grad der Konzentration ihrer Kontrolle über die Warenproduktion und das Warenangebot.⁴¹ Ein solcher Typ der Monopolstruktur hat in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur den Namen „Oligopol“ erhalten. Dieser Terminus wird auch in marxistischen Arbeiten gebraucht, die die konkreten Formen analysieren, in denen das Monopol in der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft auftritt und in denen verschiedene Markttypen behandelt werden.

Unter Oligopol verstehen die Marxisten eine solche Lage in der modernen kapitalistischen Wirtschaft, bei der in den führenden Zweigen nicht nur eine Gesellschaft herrscht, sondern mehrere große, die trotz weiter bestehender gegenseitiger Rivalität gemeinsam als Gruppe die gemeinsame Monopolherrschaft über den Markt ausüben. Die ökonomischen Folgen einer solchen Monopolisierung können sich etwas von denen unterscheiden, zu denen es beim Monopol einer einzigen Firma kommen würde. Bei der Analyse des Oligopols heben die marxistischen Wirtschaftswissenschaftler hervor, daß das Wesen des Oligopols, die Besonderheiten und Ergebnisse seines Funktionierens nicht durch Marktfaktoren bestimmt werden, sondern durch den sozialökonomischen Typ der Teilnehmer dieses Oligopols. Gerade diese Seite wollen viele bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler, wie z.B. auch *E. Chamberlin* vertuschen.

Sie lösen das Monopol völlig in der Konkurrenz auf und befassen sich vorwiegend mit den reinen Marktfaktoren, wie z.B. dem Grad der Differenzierung des Produktes, der Konkurrenz der Warensubstitute, der Preiselastizität der Nachfrage und der Elastizität von Angebot und Nachfrage.⁴² Bei einem solchen Herangehen wird das reale Monopol zu einer theoretischen Abstraktion, zu einem „logisch denkbaren“, aber praktisch unerreichbaren Bereich. In der Darstellung vieler bürgerlicher Theoretiker gibt es die Monopolisierung der Wirtschaft überhaupt gar nicht. Es gibt nur einen endlosen Strom „monopolistischer Konkurrenz“. Das Oligopol ist nach

41 „Monopoly Power and Economic Performance“, New York 1964, p. 171.

42 Unter Preiselastizität der Nachfrage versteht man den Grad der Veränderung der Nachfrage bei Veränderung des Preises um 1 %. Als Beispiel für Waren mit äußerst unelastischer Nachfrage können einige Antibiotika dienen; selbst eine zehnfache Steigerung oder Senkung des Preises braucht den Stand der Nachfrage und das Volumen des Absatzes nicht unbedingt zu beeinflussen. Die „Kreuzelastizität“ der Nachfrage zeigt den Grad der Veränderung der Nachfrage nach einer bestimmten Ware in Abhängigkeit von der Veränderung der Preise für andere Waren (ergänzende Waren oder Warensubstitute).

Chamberlins Theorie nur eine Abart des Marktes der monopolistischen Konkurrenz.⁴³

Die Mitglieder des Oligopols in den entscheidenden Industriezweigen und auf den wichtigsten Märkten sind große Gesellschaften mit einer gewaltigen wirtschaftlichen Macht. Solche Gesellschaften haben in der Regel Abteilungen und Filialen in verschiedenen Industriezweigen und geografischen Bereichen, sie vereinigen unter ihrer Kontrolle Betriebe in der vertikalen Linie (sogenannte vertikale Integration) – von der Rohstoffgewinnung bis zum Absatz der fertigen Produktion. Daher wird die Position, die diese oder jene große Gesellschaft auf einem Markt hat, der Charakter der Beziehungen zwischen den Verkäufern und die Bedingungen für den Zutritt potentieller Konkurrenten durch die finanzielle Stärke der Gesellschaft insgesamt, ihre Struktur, ihre Positionen auf verschiedenen anderen Märkten, ihre Verbindungen zu Großbanken usw. bestimmt. Bei ihrem Auftreten auf verschiedenen Märkten haben solche Firmen die Möglichkeit, mit dem Produktionsumfang, den Preisen, den Aufwendungen zur Stimulierung des Absatzes zu manövrieren, wobei sie zu verschiedenen Zeiten bei verschiedenen Produktionsarten und gegenüber verschiedenen Kategorien von Käufern unterschiedliche Strategien und Taktiken anwenden.

Das Oligopol ist durch Wechselbeziehungen zweifacher Art gekennzeichnet: Konkurrenz nach dem Prinzip „der Gewinn des einen ist gleich den Verlusten des anderen“ und Zusammenarbeit, wenn durch abgestimmtes Vorgehen die Gruppe insgesamt und jeder ihrer Teilnehmer mehr gewinnen können als bei voneinander unabhängigen Aktionen. Analog sind auch die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen von Oligopolvertretern.

Die objektiven Beziehungen der gegenseitigen Abhängigkeit bedingen die Notwendigkeit und bewirken das Bestreben, die Konkurrenz zwischen solchen Rivalen einzuzgrenzen und ihr Verhalten bis zu einem gewissen Grade bestimmten „Spielregeln“ unterzuordnen. Jede große Gesellschaft muß ihre Politik unter Berücksichtigung der Folgen ihrer Handlungen für sich und für die Gruppe insgesamt aufbauen. Das gemeinsame Interesse der größten Gesellschaften in jedem Industriezweig besteht in der Ausübung der Kontrolle über die Produktion und den Absatz der Produktion sowie in der Regulierung des Marktes.

In der Praxis ist die Skala der Wechselbeziehungen recht breit: sie geht von der erbitterten Preiskonkurrenz in einzelnen Zeiträumen bis zu direkten Abmachungen über die Preise und die Aufteilung des Marktes. Diese Wechselbeziehungen werden

43 Die Positionen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler zu dieser Frage sind bekanntlich sehr unterschiedlich. Im Gegensatz zu den Anhängern Chamberlins sind die Theoretiker der „Industriegesellschaft“ der Meinung, daß Konkurrenz und spontane Marktregulierung, wie sie für den Kapitalismus charakteristisch sind, überhaupt der Vergangenheit angehören. Auf der Grundlage großer Gesellschaften und einer „Revolution der Verwaltungsteile“ soll angeblich eine völlig neue „Industriegesellschaftsordnung“ entstanden sein (siehe dazu J. K. Galbraith, „Die moderne Industriegesellschaft“, a.a.O). Zugleich sehen viele bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler im Oligopol das Schlüsselproblem und geben zu, daß das Oligopol die Hauptform der monopolistischen Marktstruktur ist.

bestimmt durch das Wirken vieler konstanter und vorübergehender Faktoren innerhalb und außerhalb des Marktes.

Die Monopolisierung des Marktes setzt die Kontrolle über die Preise voraus. Besonders scharf steht die Frage nach der Koordinierung der Preispolitik in den Industriezweigen, wo die erzeugten Waren sehr nahe Substitute sind (Industriezweige der Rohstoffindustrie: Stahl, Baumaterialien usw.). Die monopolistische Regulierung der Preise setzt nicht unbedingt Abmachungen voraus. Sie kann erfolgen als Ergebnis „natürlicher Führerschaft“, wenn in dem Industriezweig – wie das nicht selten zu sein pflegt – eine bestimmte Firma alle anderen überflügelt, die Rolle eines „Preisführers“ spielt, und die anderen es für günstig halten, ihr in ihrer Preispolitik zu folgen. Aber in der Regel sind die Verständigung zwischen den Oligopolen und die Durchführung der monopolistischen Regulierung verbunden mit bestimmten organisatorischen Maßnahmen und werden entweder durch Zusammenarbeit im Rahmen der legalen Tätigkeit von Handels- und Industrieverbänden und anderen Organisationen der Vertreter der „Big Business“ wie Industriezweigorganisationen, regionalen und gesamtnationalen Organisationen oder mit Hilfe geheimer Abmachungen und Vereinbarungen erreicht.

Die Praxis der „Preisführerschaft“ oder – mit anderen Worten – der Verzicht auf eine offene Preiskonkurrenz, ist zu einem herrschenden Merkmal geworden, das die Organisation und das Funktionieren der wichtigsten Warenmärkte bestimmt. Unter den Bedingungen einer starken Warendifferenzierung drückt sich das System dieser Führerschaft auf den großen Märkten in der Einhaltung einer entsprechenden Preisskala aus.

Für die großen Gesellschaften ist die Notwendigkeit, objektiv bestehende technisch-ökonomische und marktbedingte Faktoren und Verbindungen zu berücksichtigen und elastisch auf veränderte Bedingungen zu reagieren, nur eine Seite der Sache. Jede dieser Gesellschaften hat eine gewisse Möglichkeit und ist bestrebt, eine langfristige Politik zu betreiben, die darauf gerichtet ist, die Struktur des Marktes zu verändern, die Nachfrage zu beeinflussen und nach neuen perspektivreichen Möglichkeiten der Kapitalanlage zu suchen. Dadurch wirken sie direkt oder indirekt auf die wichtigsten Faktoren, ein, die die Marktsituation bestimmen.

Für eine große Firma dienen die Verkaufsmöglichkeiten, der Gesamterlös und der Profit als unmittelbares und wichtigstes Ziel, zugleich aber auch als operatives Kriterium für den Stand der Dinge auf jedem einzelnen Markt. Das bestimmt den Platz der Firma in der Welt des „Big Business“. Ein Nachlassen im Absatz – ganz zu schweigen von verringerten Verkäufen – muß zu einer Revision der Taktik und des Produktionssortiments führen, es kann als Anstoß dienen, um organisatorische Strukturen und Verwaltungsmethoden zu verändern. Gerade durch die großen Maßstäbe von Produktion und Absatz rentieren sich die Investitionen schnell, können die Vorteile der modernen Produktionstechnik und der Verwaltungsmethoden effektiv genutzt, die Produktionskosten gesenkt und der Gesamtprofit gesteigert werden.

Die Festigung der Positionen auf diesem oder jenem Markt und die Erhöhung des Profits als Ziel, das von den großen Gesellschaften verfolgt wird, decken sich nicht immer und können unter den Bedingungen von heute in Widerspruch zuein-

ander stehen. Jedoch langfristig gesehen ist die Steigerung der Profitmasse eine notwendige Voraussetzung zur weiteren Festigung der Positionen, und die Festigung der Positionen wird ihrerseits im Wachsen der Profitmasse realisiert.

Der ausschlaggebende Faktor, der Umfang und Richtung der Investitionen bestimmt, ist die Bewertung der Perspektiven hinsichtlich der künftigen Profite. Diese Einschätzungen fußen auf Berechnungen, in denen Prognosen angestellt werden über Veränderungen in der Nachfrage (laufende und langfristige), über die Technologie, die Lohntarife, die Kreditzinsen, die regulierende Politik des Staates u.a.⁴⁴

Die monopolistische Planung und Regulierung sind der Aufgabe untergeordnet, das mit der scharfen Konkurrenz verbundene Risiko zu mindern und sollen zuverlässige stabile und hohe Profite gewährleisten. Die Beschlüsse über die Investitionen beinhalten auch eine langfristige Preispolitik, da sie einen annähernden Verkaufspreis der Waren sowie ein Absatzvolumen (Marktanteil) voraussetzen, das die Firma erreichen will. Diese Preisorientierung wird zum Ausgangspunkt realer laufender Preise, die je nach den Absatzbedingungen korrigiert werden.

Als Orientierung legen die großen Firmen für sich eine „Zielprofitrate“ fest, die sie im Durchschnitt über längere Zeiträume hinaus erzielen wollen. Die Preispolitik und die Praxis der Preisbildung werden genutzt, um dieses Ziel zu erreichen. Eine solche langfristige Zielfestsetzung bedeutet durchaus nicht, daß die Firma auf die Möglichkeit verzichten will, ihre Monopolposition als erster Produzent eines neuen Produktes zu realisieren und nach Festlegung eines hohen Monopolpreises längere Zeit hindurch einen Superprofit zu erzielen.

Dabei wirken zweiseitige Erwägungen zusammen: einerseits die Erwägung, eine schnelle Realisierung der Investitionen zu erreichen, den „Rahm abzuschöpfen“ und ein Maximum an Gewinn durch das Patentmonopol sowie durch das geringe Angebot der neuen Ware zu erzielen, andererseits durch eine Politik niedriger Preise den Druck der potentiellen Konkurrenten zu schwächen und in Erwartung eines Massenabsatzes sowie einer wachsenden Profitmasse einen umfassenden Markt zu schaffen.

Bei der Erarbeitung und Verwirklichung ihrer langfristigen Strategie und Markttaktik haben es die großen Firmen mit vielen ständig sich verändernden Faktoren zu tun, über die sie nur begrenzte Informationen besitzen. Das Element des Unvorhergesehenen ist groß. Einen wichtigen Platz nehmen daher Experteneinschätzungen, Prognosen und Auswertungen vorhandener Informationen ein. Die Qualität der Leitung wird zu einer der ausschlaggebenden Voraussetzungen, die die Tätigkeitsergebnisse der Firma bestimmen.

So ist die ökonomische Tätigkeit großer Monopolfirmen eine komplizierte Verflechtung von Elementen zweifacher Art: einmal „passiver“ Art (Anpassung an bestehende Bedingungen, die als gegeben hingenommen werden) und zum anderen „aktiver“ Natur, darauf gerichtet, mit Hilfe verschiedener taktischer und strategischer Maßnahmen die vorhandenen Bedingungen zu ändern. All das macht das Gebiet ökonomischer Wechselbeziehungen sehr kompliziert. Diese Wechselbeziehungen lassen sich nicht in eine einheitliche Formel oder eine Formelsammlung pressen.

⁴⁴ „Profits in the Modern Economy“, Selected Papers from a Conference on Understanding Profits. Minneapolis 1967, p. 33–34.

Peter Hess

Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum

Auszug aus der Arbeit von Peter Hess,¹ Ziel und Rationalität des Wirtschaftswachstums im Kapitalismus sowie der Mechanismus ihrer Durchsetzung. In: *Ziele, Faktoren, Rationalität des ökonomischen Wachstums*, Berlin 1968, Akademieverlag, S. 37 ff. und aus: Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht. In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin, 5/1969. Zwischenüberschriften durch die Redaktion des Marxismus-Digest.

In der bürgerlichen ökonomischen Literatur wird der Begriff der Rationalität wesentlich, wenn nicht gar ausschließlich als rationales Handeln, rationales Wirtschaften verstanden. Wir betrachten das Rationalitätsproblem von einem breiteren Standpunkt, als eine Systemfrage.

Für uns ist die Rationalitätsproblematik mit dem historischen Prozeß verbunden und nimmt daher je nach der Ebene der Betrachtung unterschiedliche Aspekte an: Rationalität vom Standpunkt des Gesamtprozesses der Entwicklung der Menschheit; Rationalität vom Standpunkt der historischen Entwicklungsbedingungen einer Gesellschaftsformation; Rationalität vom Standpunkt des Gesamt- und der Teilsysteme einer Gesellschaftsformation; Rationalität des Handelns der Subjekte innerhalb eines Systems.

Die Geschichte der Menschheit ist der widerspruchsvolle Gang ihrer wachsenden Herrschaft über die Natur durch die Entwicklung ihrer Produktivkraft. In der Auseinandersetzung mit der Natur verändert der Mensch diese selbst, seine eigene Natur und die gesellschaftlichen Beziehungen, in denen er produziert. Das objektive, aber erst auf einer relativ hohen Entwicklungsstufe der Menschheit erkannte und damit bewußte Ziel des Prozesses ist, die Arbeit (Produktion) zu dem zu machen, wozu sie von Natur aus bestimmt ist – eine menschliche Funktion, freie bewußte Tätigkeit zu sein;¹ „denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen.“²

Dieses Ziel ist nicht als etwas Absolutes, als ein „Endziel“ zu betrachten, sondern als Ausgangspunkt eines Prozesses, in dem der Mensch „seine Totalität produziert“ und „nicht irgendetwas Gewordenes zu bleiben sucht, sondern in der absoluten Bewegung des Werdens ist.“³

Grundlage dieses Prozesses ist die „Schöpfung von viel disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit für die Gesellschaft überhaupt und jedes Glied derselben, d.h. Raum für die volle Entwicklung der Produktivkräfte der einzelnen, daher auch der Gesellschaft...“⁴

1 Vgl. Marx/Engels, Kleine Ökonomische Schriften, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 1+4.

2 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 596.

3 Grundrisse, a.a.O., S. 387.

4 Ebenda, S. 595.

Also die Schaffung disponibler Zeit für den Menschen und die Gesellschaft, mittels der Durchsetzung der Ökonomie der Zeit in der Produktion und Reproduktion ihres materiellen Lebens, das ist das Mittel zum Zweck der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Der Marxismus hat die verschiedenen gesellschaftlichen Formen, in denen sich der Prozeß der Auseinandersetzung von Mensch und Natur vollzogen hat und vollzieht, niemals wesentlich vom moralischen Standpunkt betrachtet, sondern stets von der historischen Funktion bei der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft her.

Aus diesem Gesichtswinkel muß man, bei der Erörterung des Rationalitätsproblems, auch den Kapitalismus betrachten. Der Kapitalismus ist ein System, das gegenüber den ihm vorangegangenen Formen einen gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte gebracht hat.

„Es (das Kapital – d. Verf.) ist so, malgré lui, instrumental in creating the means of social disposable time, um die Arbeitszeit für die ganze Gesellschaft auf ein fallendes Minimum zu reduzieren, und so die Zeit aller frei für ihre eigne Entwicklung zu machen.“⁵ Daß das Kapital nicht anders kann, als diesen Prozeß in gegensätzlichen Formen voranzutreiben, wird im weiteren Gegenstand der Erörterung sein.

Kapitalistische Rationalität

Der Kapitalismus, insofern er den objektiven Auftrag der Geschichte erfüllt, ist vom Standpunkt des historischen Gesamtprozesses ein rationelles System, das unrationell dann wird, wenn die Bedingungen durch sein Wirken herangereift sind, daß ein höheres (das sozialistische) System in der Lage ist, den Menschen unmittelbar in den Mittelpunkt zu stellen, den allgemein-menschlichen Zweck zu seinem spezifischen zu machen. Aber die Rationalität des Kapitalismus ist, da sein spezifischer Zweck der Profit ist, notwendig widerspruchsvoll, relativ, und so auch seine von einem bestimmten Punkt an vorherrschende Unrationalität.

Das Kapital entwickelt die Produktivkräfte rücksichtslos (und das ist auf diesem Standpunkt rechtgewollt), rücksichtslos gegenüber den Produzenten und seine eigenen Grundlagen. Da allein der Profit unmittelbarer Zweck und treibendes Motiv der Produktion ist, setzt sich das Kapital schon in seiner Blütezeit beständig Schranken (die in Überproduktionskrisen ihren allgemeinen Ausdruck finden), die es ebenso beständig zu überwinden sucht. Der Zweck der Produktion, die höchstmögliche Verwertung des Kapitals (Profitrate), wird beständig durch die Mittel, mit denen dieser Zweck angestrebt wird, zunichte gemacht; denn diese Mittel sind Rückverwandlung von Mehrwert im Kapital (Akkumulation), Konzentration der Produktion, technischer Fortschritt, wodurch die Akkumulation beschleunigt und die Profitmasse erhöht wird, der Anteil der vergegenständlichten Arbeit im Produktionsprozeß sich gegenüber der lebendigen Arbeit erhöht, also auch die organische Zusammensetzung des Kapitals, und die Verwertung des Kapitals schwieriger wird, die Pro-

5 Karl Marx, Grundrisse..., a.a.O., S. 595/596.

fitrate sinkt. Der kapitalistische Produktionsprozeß wäre längst zum Erliegen gekommen, wenn nicht – abgesehen von den allgemeinen von Marx entwickelten „entgegenwirkenden Ursachen“ – eine periodische Vernichtung und Entwertung des Kapitals stattfände, also Produktivkräften in ihrer kapitalistischen Form, die sich im vormonopolistischen Kapitalismus hauptsächlich in den Krisen durchsetzen. „*Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung...*“⁶

Marx wies aber gleichzeitig auf „*Momente, die diese Bewegung aufhalten, anders als durch Krisen*“⁷ hin und nannte in diesem Zusammenhang vor allem: „*die beständige Entwertung eines Teils des existierenden Kapitals; die Verwandlung eines großen Teils des capital fixe, das nicht als Agent der direkten Produktion dient; unproduktive Vergeudung einer großen Portion des Kapitals; Schöpfung neuer Produktionszweige, wo Produktivkraft nicht so entwickelt ist; Monopole.*“

Das Gesetz des Wertes ist die Grundlage des Mechanismus, der die gesellschaftliche Arbeit im Kapitalismus auf einer spiralförmig wachsenden Stufenleiter verteilt. Der Profit als unmittelbarer Zweck und treibendes Motiv der kapitalistischen Produktion setzt die dem Kapital gemäße Proportionalität, das heute so oft heraufbeschworene volkswirtschaftliche Gleichgewicht, durch. Aber es ist dies eben eine spezifische Proportionalität, weder eine „allgemeine“, die abstrakt dem Charakter der Produktivkräfte entsprechen würde, noch die Proportionalität, die die einfache, noch gar die, die die sozialistische Warenproduktion verlangt. Es ist ein grundlegender Irrtum jener Wachstumstheoretiker, die meinen, Marx hätte in den Reproduktionsschemata (deren Charakter allzu oft völlig verkannt wird) die allgemeinen Gleichgewichtsbedingungen einer „allgemeinen“ Volkswirtschaft dargestellt.

Der Kapitalismus verlangt eine solche Proportionalität (und setzt sie auch durch), die dem Kapital in der Tendenz den Durchschnittsprofit sichert – oder allgemeiner, die dem Kapital die Verwertung ermöglicht.

Ebenso wie es keine Produktion im allgemeinen gibt, so auch kein allgemeines Wachstum. Das Wachstum der Produktivkräfte vollzieht sich im Kapitalismus als ein durch den Profitmechanismus vermittelter spontaner Prozeß des Wachstums des Kapitals, und das ist gleichbedeutend mit Akkumulation und Konzentration des Kapitals, Produktion auf wachsender Stufenleiter, Vertiefung der Arbeitsteilung, Ausdehnung der Macht des Kapitals. Diese Prozesse werden begleitet von einer Entwertung des vorhandenen Kapitals und dem tendenziellen Sinken der Profitrate. Die Entwicklung der Produktivkräfte bildet so eine immanente Schranke für die Kapitalverwertung, also auch für sein Wachstum, aber die Produktivkräfte können sich nicht anders als über den Umweg der Kapitalverwertung entwickeln – also Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte durch die Kapitalverhältnisse.

Diese Schranke ist aber nicht absolut aufzufassen. Für das Kapital ist jede Schranke nur dazu da, überwunden zu werden. Der Fall der Profitrate ist der Haupttrieb, die Akkumulation zu beschleunigen; die den Fall der Profitrate begleitende wach-

6 Ebenda, S. 635.

7 Ebenda, S. 636.

sende Profitmasse und die Unterordnung aller gesellschaftlichen Kräfte unter das Kapital sowie die wachsende Masse der Gebrauchswerte, die als Aufsauger der lebendigen Arbeit dienen können, ermöglichen trotz fallender Profitrate die Beschleunigung der Akkumulation. Die periodische Entwertung des Kapitals hält den Fall der Profitrate auf und beschleunigt – über periodische Krisen – ihrerseits die Akkumulation.

Die Tendenz des Kapitals ist wachsende Ökonomie auf der Ebene des Einzelkapitals und wachsende Verschwendungen (weil periodisches Überschreiten der eigenen Schranken) auf der Ebene der Gesellschaft. Die Ökonomie der Zeit setzt sich mittels der Vergeudung gesellschaftlicher Arbeitszeit durch, die Rationalität mittels der Unrationalität.

Es wäre dabei aber falsch zu glauben, daß die Rationalität allein im Bereich des Einzelkapitals zu finden wäre, die Unrationalität allein auf der Ebene der Gesellschaft. Dem Profitmotiv folgend, ist der Kapitalist mit allen Mitteln bestrebt, die notwendige Arbeitszeit zu kürzen. Aber sein Handeln zur Durchsetzung dieses Ziels erfolgt ja nicht schlechthin in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, denn dieser ist zugleich ein Ausbeutungsprozeß, die Leitungsfunktion des Kapitalisten zugleich eine Ausbeutungsfunktion.

Das ökonomische Handeln auf der Ebene des kapitalistischen Unternehmens wird ebenso durch die Eigenschaften des gesellschaftlichen Systems wie durch den Charakter des Arbeitsprozesses bestimmt. „*Die Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel*“ sagt Marx, „...wird in der Hand des Kapitals zugleich zum systematischen Raub an den Lebensbedingungen des Arbeiters während der Arbeit...“⁸ Die fanatische Sucht nach Ökonomisierung, die dem Kapital immanent ist, geht mit der ungeheuerlichsten Verschwendungen an menschlicher Produktivkraft einher. Ferner wird die rationale Organisation des Arbeitsprozesses im kapitalistischen Betrieb notwendig durch die Wechselfälle des Marktes durchkreuzt. Weiterhin zwingen die gesellschaftlichen Verhältnisse dem Einzelkapital faux frais in Form von Zirkulationskosten auf, die mit der Entwicklung des Kapitalismus wachsende Bedeutung erlangen. Trotz dieser notwendigen Einschränkungen bezüglich der Durchsetzung der Rationalität im kapitalistischen Unternehmen auch in der Aufstiegsphase des Kapitalismus, besteht der Hauptgegensatz zweifellos in der Ökonomisierung auf der Ebene des Einzelunternehmens und der Vergeudung im gesellschaftlichen Maßstab.

Andererseits wäre es aber wiederum einseitig, besonders in der hier zunächst in Betracht gezogenen Aufstiegsphase der kapitalistischen Produktionsweise, auf gesellschaftlicher Ebene nur Unrationalität zu sehen. Das würde schon der aufgestellten Grundthese widersprechen, daß vom Standpunkt der Geschichte, jedes System rational ist, solange es als Entwicklungsform der Produktivkräfte dient. Weiter, wenn wir Rationalität wesentlich darin erblicken, daß disponibile Zeit im höchstmöglichen Maß freigesetzt wird, dann verquickt sich auf der gesellschaftlichen Ebene des kapitalistischen Systems eine ungeheure Verschwendungen zweifellos auch mit Ökonomie der Zeit. Das Wertgesetz, das dem Einzelkapital als Zwangsgesetz der Konkurrenz er-

8 Marx/Engels, Werke, Bd. 23, (Das Kapital, Bd. I.) S. 449.

scheint und es nötigt, ständig die in einer Ware gebundene Arbeitszeit zu senken, reduziert die zur Produktion notwendige Arbeit beständig auf das gesellschaftliche Maß. Die durch das Profitstreben und die Konkurrenz erzwungene Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit erscheint nicht nur als Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit, führt nicht nur zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, sondern ist auch gesellschaftlich bestimmt. Marx weist eingehend nach, daß die Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals einerseits Resultat des gesellschaftlichen Charakters der unmittelbaren produktiven Arbeit ist, andererseits – vom Standpunkt eines Produktionszweiges – das Resultat der Ökonomie in anderen Produktionszweigen. Die durch die Produktion im großen ermöglichte Ökonomie wird erstmalig und notwendig von der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt.

Wirkungsweise des Wertgesetzes

Woher stammt aber die im Zusammenhang mit unserem Thema entstandene Auffassung der – gewissermaßen – absoluten Rationalität im Rahmen des einzelnen kapitalistischen Unternehmens und absoluten Unrationalität im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft? Einerseits, wie uns scheint, durch die von der bürgerlichen Ökonomie mit ungenügender kritischer Durchleuchtung übernommene Trennung der Ökonomie in Mikro- und Makroökonomie. Wir sind weit davon entfernt, diese Begriffsbestimmung, und das was sie ausdrückt, in Bausch und Bogen zu verwerfen. Aber die absolute Trennung beider Bereiche, die Vorstellung, das spezifische Gesetze die Entwicklung des einen und des anderen für sich bestimmen, ist zweifellos un dialektisch, wie schon das oben erwähnte Wechselverhältnis zwischen Ökonomie des Kapitals im Einzelunternehmen und in der kapitalistischen Produktionsweise als solcher beweist. Dies führt im konkreten Zusammenhang andererseits dazu, daß vorausgesetzt wird, daß das kapitalistische Unternehmen, da es ein einheitliches Ziel in Gestalt des Profits besitze, alle Mittel zum rationalen Handeln integrieren könne, während die kapitalistische Produktionsweise kein solch einheitliches Ziel besitze, das die Tätigkeit der Einzelunternehmer integrieren könne.

Daß es im Kapitalismus kein einheitliches Organ gibt und geben kann, das alle Teiltätigkeiten planmäßig (also bewußt) einem erkannten Zweck zuführt, ist natürlich im Prinzip unbestritten. Wir werden auf das Planungsproblem im gegenwärtigen Kapitalismus zurückkommen. Muß man aber nicht die Tätigkeit des Einzelnen und der Gesamtheit in ihrer Wechselwirkung mit den objektiven ökonomischen Gesetzen betrachten? Setzt sich nicht der allgemeine und notwendige Zusammenhang durch die Tätigkeit des einzelnen durch, ebenso wie dessen scheinbar willkürliche (scheinbar nur verstandesmäßige) Tätigkeit durch den allgemeinen Zusammenhang in enge Grenzen gebannt ist? Nehmen wir die Kategorie des Profits. Was strebt der Einzelkapitalist an? Eine Maximierung seines Profits. Was kann er nach Ausgleich aller Schwankungen erzielen? Den Durchschnittsprofit, und dieser ist eine gesellschaftliche Kategorie, die Kategorie der (vormonopolistischen) kapitalistischen

Produktionsweise. Es ist ja nur der Schein, daß die individuellen Ziele der Einzelkapitalisten in totaler Anarchie aufeinandertreffen, als ob sie willkürlich und unabhängig von einem außer ihnen bestehenden Zusammenhang handeln können. In Wirklichkeit liegt ihrem Tun ein regelndes Gesetz zugrunde, das als Gesetz des Durchschnittsprofits sich äußernde Wertgesetz. Und wenn abstrakt dieser Durchschnittsprofit sich erst als Ergebnis der Konkurrenz der Kapitalien durchsetzt, so wird er in der Praxis – wie es Marx ausdrückt – zur vorausgesetzten Konvention „Wirkung der einzelnen Kapitalien aufeinander bewirkt eben“, schreibt Marx, „daß sie als Kapital sich verhalten müssen; das scheinbar unabhängige Wirken der einzelnen und ihr regelloses Zusammenstoßen ist grade das Setzen ihres allgemeinen Gesetzes.“⁹

Die (vormonopolistische) kapitalistische Produktionsweise hat also durchaus ein allgemeines objektives, auch quantifizierbares Ziel, nämlich den (Durchschnitts-) Profit; und dieses objektive Ziel erscheint dem Einzelunternehmer als Zwangsgesetz der Konkurrenz, als Minimum der Kapitalverwertung, das er erzielen muß, das ihn zum unaufhörlichen Streben nach höchstmöglicher Verwendung, daher auch nach optimaler Kombination der Elemente des Produktionsprozesses, nach maximaler Senkung der Produktionskosten, treibt. Die isolierte Betrachtung des Einzelkapitalisten muß unbedingt in die Irre führen; womit wir es zu tun haben ist der Gesamtkapitalist. „Das Gesamtkapital erscheint als das Aktienkapital aller einzelnen Kapitalisten zusammen.“¹⁰ Diesen Gedanken verfolgend, schreibt Marx an anderer Stelle: „Das Kapital kommt sich in dieser Form (des Durchschnittsprofits – d. Verf.) selbst zum Bewußtsein als eine gesellschaftliche Macht, an der jeder Kapitalist teil hat in Verhältnis seines Anteils am gesellschaftlichen Gesamtkapital.“¹¹

Es ist also durchaus falsch, nur den Gegensatz der Interessen der Einzelkapitalisten zu sehen, der sich im Kampf um einen möglichst großen Anteil am Gesamtprofit ausdrückt, und die gleichzeitige Identität der Interessen aller Kapitalisten zu übersehen, die sich mittels der Konkurrenz durchsetzt. Die allgemeine Profitrate bringt diese Identität gerade zum Ausdruck.

Das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise ist die Grundlage ihrer widerspruchsvollen, historisch vorübergehenden Rationalität.

Der Kapitalist ist der bewußte Träger des sich verwertenden Wertes und, wie Marx sagt, die objektive Bewegung wird sein subjektiver Zweck, er ist personifiziertes Kapital. Als solches kann er nur fungieren, wenn er den Surpluswert immer wieder zur neuen Verwertung anlegt. Er ist daher der „rationelle Schatzbildner“, denn nicht der einzelne Gewinn interessiert ihn, sondern die rastlose Bewegung des Gewinns.¹² Was den Kapitalisten mithin von den vorkapitalistischen Produzenten vor allem unterscheidet, ist, daß er Träger eines maßlosen, rücksichtslosen Prozesses des Wachstums der Produktivkraft, in ihrer kapitalistischen Gestalt, der Durchsetzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit, ist. Diese Funktion des Kapitalisten ist objek-

9 Karl Marx, Grundrisse..., a.a.O., S. 550.

10 Marx/Engels, Werke, Bd. 24 (Das Kapital, Bd. II) S. 431.

11 Marx/Engels, Werke, Bd. 25 (Das Kapital, Bd. II) S. 205.

12 Marx/Engels, Werke, Bd. 23 (Das Kapital, Bd. I), S. 168.

tiv bedingt, sowohl was die Voraussetzungen, als auch was die Grundlagen, den Rahmen, die Grenzen betrifft. Man darf daher den Einzelkapitalisten niemals anders denn als personifiziertes Kapital betrachten, seine subjektiven Zwecke, Triebe und Tätigkeiten niemals getrennt von der objektiven Bewegung.

Staat und Monopolisierung

Wenn wir nun zur Betrachtung der Ziel-, Rationalitäts- und Mechanismusproblematik im monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihrer Bedeutung für das Wachstum übergehen, so genügt der Ausgangspunkt nicht, daß das Ziel der Profit geblieben ist. Das ist selbstredend, da es sich nur um Entwicklungsstufen des kapitalistischen Systems handelt. Man muß davon ausgehen, daß gerade der Zwang, Profit zu produzieren (und das schließt die Verwandlung von Profit in Kapital ein) zu solchen Bedingungen der materiellen Produktion geführt hat, die diesem kapitalistischen Ziel feindlich gegenüberstehen.

An einem bestimmten Punkt führt dies notwendig zum Monopol, nämlich dann, wenn die Neuanlage von Kapital nicht nur periodisch, in den allgemeinen Überproduktionskrisen, sondern prinzipiell behindert wird. Dieser Punkt ist erreicht, wenn auf der Basis der gewachsenen Konzentration sowie der nationalen und internationalen Verflechtung der Produktion die freie Konkurrenz unmöglich wird. „*Sobald es (das Kapital – d. Verf.) anfängt sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.*“¹³

Der auf dem Wert beruhende Profitmechanismus bedarf der freien Konkurrenz, um die Faktoren des kapitalistischen Wachstums rein oder annähernd rein durchzusetzen. Indem die freie Konkurrenz eingeschränkt wird, wird dieser Mechanismus untergraben, aber der Profit als letzter Zweck der Produktion, als alleiniges regelndes Motiv bleibt. Anders ausgedrückt: Die Produktivkräfte können schon nicht mehr mit dem dem Kapitalismus seinem Begriff gemäßen Profitmechanismus adäquat bewältigt werden durch die freie Wirkung der Einzelkapitale aufeinander, sie verlangen gesellschaftliche Anwendung, aber ihre Entwicklung hängt nach wie vor vom Profit ab. Der Maßstab der Produktion erfordert jetzt zunehmend längerfristige Dispositionen, größere Kontinuität, Planmäßigkeit, systematische und regional weitgreifende Organisation von Beschaffung, Produktion und Absatz, eine gewisse Sicherheit des Marktes als Voraussetzung der Kapitalanlage, eine Sicherung der gemachten Kapitalanlage durch Einschränkung der Konkurrenz. Der Maßstab der Produktion, der Umfang der Kapitalanlage erfordert, die Produktion und Realisierung von Profit langfristig zu sichern. Das bedeutet zweifellos eine qualitative Entwicklung des Profitzieles.

13 Karl Marx, *Grundrisse*., a.a.O., S. 544/545.

Das Monopol entspricht den von den Produktivkräften gesetzten neuen Bedingungen für die Profitproduktion in einem bestimmten, durch seine eigene Kapitalmacht begrenzten Rahmen. Auch dieser wird aber bald zu eng. Heute ist es ganz offensichtlich, daß die Bewältigung der herangereiften Probleme die zusammengefaßte Kraft der gesamten Gesellschaft verlangt, langfristige Lösungen, von denen immer mehr Sein oder Nichtsein der Gesellschaft abhängt, und das ist für den Kapitalismus insofern relevant, da er den Zusammenhalt der Gesellschaft als Voraussetzung seiner eigenen Existenz sichern muß.

Die Durchsetzung selbst der kapitalistisch-relativen Rationalität verlangt heute die gesellschaftliche Anerkennung der Tatsache, daß die Produktivkräfte den Maßstab des Privatkapitals, auch des monopolistischen Gesellschaftskapitals, längst überschritten haben.

Der Widerspruch besteht darin, daß die Produktivkräfte, längst entwickelt genug, um den eigentlich-menschlichen Zweck der Produktion zu verwirklichen, nach wie vor in die Schranken des Profits gebannt sind. Eine kapitalistische Lösung dieses Widerspruchs kann nur in einer höheren Stufe der Monopolisierung liegen. Die Monopolisierung im Rahmen des Privatmonopols muß erweitert werden zu einer kapitalistischen Monopolisierung im Rahmen der Gesellschaft, die dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte gleichzeitig relativ angepaßt ist und im Gegensatz zu ihm steht. Diese höhere Stufe der Monopolisierung kann nur der Staat verwirklichen. Der Staat, das politische Instrument der herrschenden Klasse, muß notwendig mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mittel der staatlichen Gewalt in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, um von dieser Höhe die Bedingungen der Profitproduktion und das weitere Funktionieren des längst für seine Ablösung reifen kapitalistischen Systems zu sichern. Das wesentlich Neue der von diesen Grundlagen ausgehenden heutigen kapitalistischen Regulierung besteht gerade darin, daß das dem Kapitalismus gemäßige Profitgesetz einerseits daran gehindert werden muß und wird, seine Funktion der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit spontan zu erfüllen, daß monopolistische Macht und Gewalt, staatliche Monopolisierung an seine Seite getreten sind und immer mehr in den Vordergrund treten, das Kapital aber andererseits nach wie vor nur auf den Profit reagiert, eine andere Regulierung als durch den Profit nicht möglich ist, die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion nicht beseitigt wird, sondern jetzt die Konkurrenz der Monopole auf den nationalen und internationalen Märkten sich verquickt mit der Konkurrenz und Anarchie auf der staatlichen Ebene.

Das Profitziel gilt nach wie vor als bestimmender Zweck und treibendes Motiv aller vom Kapital und vom Staat ausgehenden Prozesse. Aber die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse erzwingen jetzt eine (mehr oder weniger bewußte) Berücksichtigung der Bedingungen der Profitproduktion und das sind in erster Linie Bedingungen der fortwährenden Verwandlung von Profit in Kapital, also Bedingungen des Wachstums des Kapitals (daher staatliche Wachstumspolitik), während im vor-monopolistischen Kapitalismus der spontane, durch die freie Konkurrenz vermittelte Preis- und Profitmechanismus diese Bedingungen beständig erneut hinter dem Rücken der Produzenten setzte. Heute verlangt die Realisierung des Profitmotivs Umwe-

ge, Zwischenglieder und -lösungen, die der unmittelbaren Realisierung selbst widerspruchsvoll gegenüberstehen können.

In einer Gesellschaft kapitalistischer Warenproduktion kann die Verteilung der Arbeit letztlich nur durch den Profit bestimmt werden. Aber wir sahen, daß die annähernd reine Durchsetzung des Profitgesetzes die freie Konkurrenz voraussetzt. Indem Monopol und Staatsmonopol die freie Konkurrenz aufheben, beseitigen sie den Mechanismus, der die Produzenten spontan den ökonomischen Gesetzen gemäß handeln ließ. An die Stelle der freien Konkurrenz tritt die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt der Monopole und des Staates, d.h. die monopolistische und staatlich-monopolistische Konkurrenz. Diese tritt den Produzenten jetzt gegenüber, sie bringt die innere Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise den Produzenten gegenüber als Zwangsgesetze des Handelns zur Geltung.

Tendzieller Fall der Profitrate-Staat-Kapitalentwertung

Die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt wird zum Exekutor der ökonomischen Gesetze, sie geht aber nicht von der im Besitz der Produktionsmittel befindlichen Gesellschaft aus. Es ist nicht der assoziierte Verstand der Produzenten, der hier planmäßig die erkannten Notwendigkeiten durchsetzt. Es ist vielmehr die Macht und Gewalt des monopolistischen Kapitals und seines politischen Organs, deren Streben nicht auf die gesellschaftlichen Erfordernisse, sondern auf die Verwertung des Kapitals gerichtet sind.

Die Planung im Kapitalismus bringt daher nicht den gesellschaftlichen Charakter der Produktion schlechthin zum Ausdruck, sondern die Vergesellschaftung auf der Basis und innerhalb der Schranken des Kapitals. Die staatliche Planung reflektiert das Maß der Zusitzung des Konflikts zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung, sie ist das objektiv notwendig gewordene und subjektiv gewollte Streben zur Durchsetzung der Interessen des Kapitals mit staatlicher Gewalt gegen die gesellschaftlichen, vornehmlich in der Arbeiterklasse verkörperten Interessen. Es ist bei alledem zu beachten, daß die kapitalistische Planung als Bestandteil der staatlichen Wirtschaftspolitik die Konkurrenz nicht beseitigt. Einmal wird der Inhalt der staatlich-kapitalistischen Pläne durch den Kampf der Monopole zur Erhaltung ihrer monopolistischen Positionen gekennzeichnet, und zwar sowohl auf nationaler Ebene (gegen Outsider, nichtmonopolistisches Kapital, gegen die Arbeiterklasse und andere nichtkapitalistische Schichten der Bevölkerung), wie auf internationaler Ebene (gegen ausländische Monopolgruppierungen). Zum anderen wird der Inhalt staatlich-kapitalistischer Pläne durch spezifische Profitinteressen einzelner nationaler Monopolgruppierungen bestimmt, wobei in jedem konkreten Fall sich bestimmte Interessen durchsetzen. D.h. die staatlichen Pläne stellen keinen Durchschnitt der Monopolinteressen dar, sie werden selbst durch das zeitweilige, labile, wechselnde Ergebnis des monopolistischen Konkurrenzkampfes bestimmt. Beide Aspekte durchkreuzen und beeinflussen sich gegenseitig.

Die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit kann unter den überreifen Bedingungen der kapitalistischen Gegenwart nicht mehr „dem zufälligen, sich wechselseitig aufhebenden Treiben der einzelnen kapitalistischen Produzenten überlassen“¹⁴ werden, noch wird sie schon dem assoziierten Verstand der Gesellschaft untergeordnet. Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes Erscheinungsform des Übergangscharakters des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die gesellschaftliche Arbeit wird also nach wie vor nach dem Profit verteilt; aber es treten Modifikationen von grundsätzlicher Bedeutung ein:

1. Die Durchschnittsprofitrate, das Prinzip „jedem Kapital entsprechend seiner Größe“ hatte die freie Konkurrenz zur Voraussetzung; die Abweichungen waren zufällig und glichen sich in der Tendenz aus. Das Monopol setzt eine andere Verteilung des Mehrwerts zu seinen Gunsten durch, folglich auch eine neue, dem Monopolprofit entsprechende Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit. Die Abweichungen des Profits vom Durchschnitt werden zur Regel, und dies ist möglich durch die künstliche Hinderung der reinen Durchsetzung des Profitgesetzes. War es Aufgabe des Staates in der Aufstiegsphase des Kapitalismus, alle künstlichen (darunter vornehmlich staatlich-gesetzgeberische) außerökonomischen Hindernisse der freien Entwicklung der ökonomischen Prozesse zu beseitigen, so heute gerade die Schaffung von gesetzlichen und außerökonomischen Zwang zur Beseitigung der ökonomischen Hindernisse der freien Bewegung des Kapitals.

2. Angesichts der Stufe, die der Zusammenhang und der Widerspruch zwischen Ökonomie und Politik erreicht hat, kann die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit schon nicht mehr allein nach dem Profit erfolgen.

Ökonomisch liegt dem Zwang zur privaten wie staatlichen Monopolbildung vor allem die Notwendigkeit zugrunde, der Tendenz der abnehmenden Profitrate (noch allgemeiner: den wachsenden Schwierigkeiten der Verwertung) einerseits, der durch die Entwicklung der Produktivkräfte selbst erzeugten und in den periodischen Überproduktionskrisen sich gewaltsam durchsetzenden Entwertung des Kapitals (als Negation seiner Verwertung) andererseits entgegenzuwirken.

Kapitalentwertung ist einerseits nichts anderes als der kapitalistische Ausdruck für den technischen Fortschritt, andererseits entspringt sie auch direkt der kapitalistischen Form der Produktion selbst, die sich nur disproportional und sprunghaft entwickeln kann. Diese Tendenz wird durch die Untergrabung des sich selbst regulierenden Preis- und Profitmechanismus eher verstärkt als abgeschwächt. Der Zwang zur Kapitalverwertung, über die allein die erweiterte Reproduktion möglich ist, und die gerade dadurch herbeigeführte Entwertung des Kapitals stehen im Widerspruch zueinander. Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz waren – vom laufenden und kurzfristigen Standpunkt aus – die kapitalvernichtende Wirkung des spontanen Preis- und Profitmechanismus und – in längeren Abständen – insbesondere die Krisen wichtigste Äußerungs- und Lösungsformen dieses Widerspruchs. Vom Standpunkt der langfristigen, historischen Entwicklung des Kapitals leistet sein Konzen-

14 Marx/Engels, Werke, Band 25 (Das Kapital, Bd. III), S. 887.

trations- und Zentralisationsprozeß und auf dieser Basis der sich fortwährend entwickelnde private und staatliche Monopolisierungsprozeß den gleichen Dienst.

Der gerade durch den tendenziellen Fall der Profitrate herbeigeführte Zwang zur beschleunigten Akkumulation sowie Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital, führt auf der Grundlage der allgemeinen Spontaneität dieses Systems notwendig zur periodischen Überakkumulation, die eine reale Entwertung des gesellschaftlichen Kapitals insofern bedeutet, als ein Teil dessen sich nicht bzw. das Gesamtkapital sich nur zu einer niedrigeren Rate verwerten kann. Entwertung ist begrifflich nur die Unfähigkeit zur Verwertung, was auch immer die Ursachen sein mögen. Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz stellte sich die Sache so dar, daß in der Krise ein Teil des Kapitals ganz oder teilweise brachlag und der andere sich zu niedrigerer Rate verwertete¹⁵.

Wie Marx in diesem Zusammenhang betonte, muß eine Brachlegung von Kapital auf alle Fälle stattfinden. Insbesondere findet eine Vernichtung von Kapitalwerten statt (Entwertung des fiktiven Kapitals, Fall der Preise, Entwertung der Elemente des fixen Kapitals), die Krise war unvermeidlich, indem sie eben durch Vernichtung und Entwertung des Kapitals, durch seine zeitweilige Brachlegung einschließlich eines Teils der Arbeiter die Bedingungen für erneute Verwertung und damit für die weitere Entwicklung von Produktivkräften und Produktion schuf. Die Krise war wesentlich der Mechanismus zur Vernichtung von überschüssigem, auch veraltetem Kapital. Die Wirkung des spontanen Preis-Profit-Mechanismus und die Krise waren der entscheidende Mechanismus, der das der ganzen kapitalistischen Produktionsweise zugrunde liegende Gleichgewicht zwischen der Entwicklung der Produktion und der Verwertung des Kapitals periodisch und zeitweilig wieder herstellte und den technischen Fortschritt durchsetzte.

Diese Wiederherstellung des kapitalistischen Gleichgewichts vollzieht sich aber auf einer stets wachsenden Stufenleiter der kapitalistischen Vergesellschaftung. Sicherung der Existenz (gleich Verwertungsbedingungen) des monopolistischen Kapitals bedeutet in erster Linie, der Tendenz der abnehmenden Profitrate einerseits und der durch die Entwicklung der Produktivkräfte selbst erzeugten und in den periodischen Überproduktionskrisen sich gewaltsam durchsetzenden Entwertung des Kapitals andererseits entgegenzuwirken. Das ist überhaupt der wesentliche ökonomische Sinn des Monopols. Gesellschaftlich betrachtet ist das allerdings ein Widerspruch in sich, denn die Kapitalentwertung ist das Hauptmittel zur Aufhaltung des Falls der Profitrate; die gleichzeitige Bekämpfung beider Tendenzen scheint daher unmöglich zu sein. In der Tat, für die Gesellschaft entspricht der Schein der Wirklichkeit, für das monopolistische Einzelkapital kann es aber anders sein und ist es anders.

15 Vgl. K. Marx/F. Engels, a.a.O., Bd. 25 (Das Kapital, Bd. III), S. 262.

Extraprofit und Monopolprofit

Die Lösung ist im Prinzip nur möglich, indem Einzelkapitale sich auf Kosten des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und Einkommens Profit durch Umverteilung aneignen. An und für sich ist es nichts Neues, daß Einzelkapitale sich in der Konkurrenz Vorteile auf Kosten anderer Kapitale und nichtkapitalistischer Produzenten verschaffen. Der so erzeugte Extraprofit bedeutet seinem Wesen nach einen Umverteilungsprozeß. Marx ist an vielen Stellen seines Werkes auf die Möglichkeiten, Formen und Bedingungen der Erzielung von Extraprofit eingegangen. Der Extraprofit ist einerseits auf zufällige Marktvorgänge, die der Konkurrenz entspringen, beispielsweise auf die Übervorteilung des einen Kapitalisten durch einen anderen, zurückzuführen, andererseits aber hauptsächlich auf die durch diesen oder jenen Umstand existierende höhere Produktivität des einen Kapitals gegenüber dem anderen, die Möglichkeit mit relativ weniger lebendiger und vergegenständlichter Arbeit, geringerem Kostpreis also als im Durchschnitt, zu produzieren. Diese Möglichkeit ist, wie Marx hervorhebt, entweder durch die ausnahmsweise große Kapitalmasse, die in einer Hand konzentriert werden konnte oder durch exzeptionelle Produktionsbedingungen anderer Art – neue Produktionsmittel und Produktionsmethoden – bedingt.¹⁶ Dieser Extraprofit war unter den Bedingungen des vormonopolistischen Kapitalismus, unter denen nicht nur die gegenseitigen Übervorteilungen der Kapitale sich ausgleichen, sondern auch allen Kapitalen die Bedingungen der Produktivitätsvorteile des besonderen Kapitals über kurz oder lang zur Verfügung standen und von ihnen ausgebeutet werden konnten, eine immer wieder entstehende und immer wieder verschwindende Erscheinung. Die Konkurrenz beseitigte über kurz oder lang alle Extraprofite und stellte die allgemeine Profitrate auf neuem Niveau wieder her.

Marx ging in diesem Zusammenhang auf eine für die hier behandelte Fragestellung ungeheuer wichtige Ausnahme ein. Es handelt sich um das berühmte Beispiel mit dem Wasserfall, das einleitend zur Theorie der Differentialrente, die ja nichts anderes als fixierter Extraprofit ist, untersucht wird. Dieser Wasserfall stellt in dem Marxschen Beispiel eine monopolisierbare Naturkraft dar, die nicht gleichermaßen allen Kapitalen in der betreffenden Produktionssphäre zur Verfügung steht, sondern nur denen, „die über besondere Stücke des Erdbodens und seine Appartenentien zu verfügen haben.“¹⁷ Extraprofite, die Marktzufälligkeiten oder Produktivitätsvorteile allgemeiner Art entspringen, entstehen nur innerhalb der fraglichen Produktionssphären, sie verschaffen dem Kapital einer bestimmten Produktionsrichtung einen Extraprofit gegenüber den Kapitalen der gleichen Produktionsrichtung. Das Monopol, das nicht mehr eine nur „ausnahmsweise große Kapitalmasse“ darstellt, fixiert die gewonnenen Produktivitätsvorteile im Monopolprofit (von anderen Quellen des Monopolprofits wird hier abgesehen). Die erste Wirkung des Monopols ist es, den in seiner Produktionssphäre gewonnenen Profit zu seinen Gunsten dauerhaft umzuverteilen. Die Macht des Monopols gestattet es auch, über seine Produktionssphäre

16 Vgl. ebenda, S. 655.

hinaus Mehrwertbestandteile an sich zu ziehen, die im vormonopolistischen Kapitalismus sich immer wieder ausgleichende gegenseitige Übervorteilung der Kapitalisten, zu einem einseitigen und dauerhaften Prozeß gegenüber nichtkapitalistischen Produzenten zu gestalten.

Das Beispiel des Wasserfalls besagt aber noch etwas anderes. Hier wird ein Teil des gesellschaftlichen Profits der gesamten Kapitalistenklasse durch die Eigentümer der Naturkraft entzogen, indem diese die besonderen Kapitalisten, hier die Agrarkapitalisten, zwingen, die in ihrem Produktionsprozeß wirkende Naturkraft, die an und für sich nichts kostet, zu bezahlen. Wären diese Kapitalisten selbst Eigentümer der Naturkraft, dann wäre der erzeugte Extraprofit bei ihnen dauerhaft fixiert, sie könnten sich auf Kosten der übrigen Kapitalisten einen dauerhaften Extraprofit aneignen, weil Elemente der von ihnen eingesetzten ver gegenständlichten und lebendigen Arbeit nicht bezahlt zu werden brauchten bzw. weil sie in der Lage wären, ver gegenständlichte und lebendige Arbeit nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft zu sparen.

Das Wesentliche am Marxschen Beispiel ist, daß hier eine produktivitätssteigende Kraft monopolisiert wird, die nur deshalb von den spezifischen kapitalistischen Produzenten bezahlt werden muß, weil andere (die Grundeigentümer) über diese Kraft verfügen. Marx wählte deswegen das Beispiel der Naturkraft, um einerseits das Entstehen der kapitalistischen Grundrente zu erklären, andererseits aber, weil unter vormonopolistischen Bedingungen eine herstellbare Kraft gegenüber anderen Kapitalisten nicht monopolisierbar war. Gibt es aber nicht unter monopolistischen Bedingungen produktive Kräfte, die anders als Naturkräfte zwar Arbeitsaufwand erheischen, aber monopolisiert sind und dem Monopolkapital unentgeltlich, d.h. wie eine monopolisierte Naturkraft, folglich auf Kosten der übrigen Mitglieder der Gesellschaft, zur Verfügung stehen?

Kapitalverwertung durch Kapitalentwertung

Der Staat, dessen ökonomische Hauptfunktion im heutigen Kapitalismus eben darin besteht, die Anforderungen der Produktivkräfte, d.h. den technischen Fortschritt, mit den Erfordernissen der Kapitalverwertung in Übereinstimmung zu bringen, erwirkt die Monopolisierung produktiver Kräfte und stellt sie dem Monopolkapital zur Verfügung, indem er in wachsendem Maße Kapital mobilisiert und anwendet, ohne es unmittelbar, als Kapitalanwender, zu verwerten, d.h. so, daß die Verwertung, der Profit, sich bei den Monopolisten realisiert.¹⁸ Die Kapitalentwertung findet so in starkem Maße auf gesellschaftlicher Ebene statt, und zwar – wor-

17 Ebenda, S. 658.

18 Die theoretische Bedeutung der Tatsache, daß der Staat als Kapitalanwender dieses Kapital nicht verwertet, hat zuerst K. Zieschang hervorgehoben (vgl. zuletzt in „Konjunktur und Krise“, Heft 4/1966, S. 276).

auf noch eingegangen wird – sowohl die Entwertung, die nur kapitalistischer Ausdruck des technischen Fortschritts ist, als auch die, die aus der kapitalistischen Form der Produktion selbst entspringt, echte Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit darstellt. Die wesentlichsten Ansatzpunkte zur Erfüllung dieser Aufgabe seitens des Staates sind offenbar die Hauptkomponenten des technischen Fortschritts – Wissenschaft, Bildung und strukturelle Wandlungen.

In dem Maße, wie die Wissenschaft zu einer besonderen Form der Kapitalanlage wurde, unterliegt sie wie jede andere Form allen Widersprüchen und wachsenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung. Diese spezifische Form der Kapitalanlage ist aber schon von der Natur der Sache her mit wesentlich höheren Risiken behaftet als sonstige Kapitalanlagen. Hinzu kommt, daß die Forschung – obwohl sich die Fristen von der wissenschaftlichen Entdeckung bis zur industriellen Nutzung in den letzten hundert Jahren im allgemeinen merklich verkürzt haben – im Prinzip eher eine Form der Verausgabung menschlicher Arbeit auf lange Sicht ist, soweit sie auf echte Neuerung und nicht bloß auf Entwicklung von Bekanntem gerichtet ist. Das Kapital strebt aber auch heute nach möglichst sicheren kurzen Rückflußfristen. Große, zum Teil sogar das Finanzierungspotential von Superkonzernen übersteigende Kapitalvorschüsse für Laboratorien, Apparaturen und Ausrüstungen sowie für wissenschaftliches Personal mit einem überdurchschnittlichen Risikograd verbunden und auf längere Zeiträume für die Zwecke des Kapitals brachliegend (d.h. sich nicht verwertend), bedeuten folglich eine bedeutende Erhöhung des notwendigen Kapitalvorschusses und eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, mithin niedrigere Profitraten und die wachsende Gefahr einer sich tatsächlich auch vollziehenden Kapitalentwertung. Die kapitalistische Lösung ist die weitgehende Übernahme der Finanzierung und des Risikos durch den Staat.

Für das Monopolkapital bedeutet dies, daß es einen erheblichen und in seinem Gewicht wachsenden Teil des notwendigen Kapitalvorschusses nicht selbst zu finanzieren braucht, während andererseits die aus dieser Kapitalanlage entspringenden Profite sich bei ihm niederschlagen. Indem der Staat die entsprechende Finanzierung übernimmt, wird dem Fall der Profitrate für das Einzelkapital erfolgreich entgegengewirkt, die besondere Anfälligkeit des „Wissenschaftskapitals“ für Entwertung belastet nicht den Verwertungsprozeß des monopolistischen Kapitals. Für dieses ist der Widerspruch von dieser Seite her gelöst: Die Entwertung des Kapitals wird vermieden und dennoch das Sinken der Profitrate verhindert.

Indem so für die größten Monopole das Gleichgewicht im Sinne einer „befriedigenden“ Kapitalverwertung herbeigeführt und damit Raum für das Wachstum geschaffen wird, ist das gesellschaftliche Gleichgewicht vom Standpunkt der Ausnutzung der Potenzen der modernen Wissenschaft in erheblichem Maße und anhaltend gestört. So vollzieht sich ein großer Teil der staatlichen Finanzierung der Wissenschaft über (vom gesellschaftlichen Standpunkt unproduktive) Rüstungsaufträge (Kapitalentwertung im Sinne der Vergeudung der gesellschaftlichen Arbeit) und auch die eigenen Mittel der Monopole werden in starkem Maße auf militärische Objekte konzentriert, in der Erwartung profitabler staatlicher Aufträge. Das ist natürlich nur ein, wenn auch eminent wichtiges, Beispiel für den wachsenden Para-

sitismus des heutigen Kapitalismus in der Sphäre der Wissenschaftsanwendung, der sich ebenso gut in der zivilen Produktion nachweisen läßt.

Es ist dabei zu beachten, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus eine Stufe der Entwicklung der kapitalistischen Vergesellschaftung ist, auf der Reproduktionsprozeß durch die Entwicklung der Produktivkräfte, des materiellen Reichtums, durch die wachsende nationale und internationale Verflechtung immer komplizierter wird und der gesamtgesellschaftlichen Leitung unabdingbar bedarf. Es entstehen objektive gesamtvolkswirtschaftliche Probleme, die die Stabilität des Gesamtsystems, seine ökonomischen und politischen Grundlagen tief berühren. Gerade als Herrschaftsinstrument der Monopole muß der Staat auch Erfordernisse der Existenz der Gesellschaft selbst berücksichtigen und das macht es notwendig, in der Wissenschaft wie auf anderen Gebieten, Maßnahmen durchzuführen, die keinen unmittelbaren Zusammenhang mit Profitinteressen dieses oder jenes Monopols oder selbst des Monopolkapitals insgesamt aufweisen. Dies ist umso mehr der Fall, als der Staat, eine „öffentliche“ Einrichtung, auch dem Einfluß anderer gesellschaftlicher Kräfte ausgesetzt ist, nicht zuletzt dem der Arbeiterklasse und des sozialistischen Systems. Die jeweilige konkrete Politik des kapitalistischen Staates läßt sich nicht objektivieren, und sie ist auch nicht ausschließlich ökonomisch bedingt, sondern ebenso von politischen Prozessen im nationalen und internationalen Rahmen bestimmt. Entscheidend ist aber, daß der kapitalistische Staat seine Tätigkeit niemals neutral entfaltet, sondern immer als politischer Interessenvertreter der herrschenden Kräfte.

Wissenschaft, Bildung und monopolistische Kapitalverwertung

Es ergibt sich, daß der gesellschaftliche Charakter der Wissenschaft die staatliche Monopolisierung der Forschung in zunehmendem Maße erzwingt, daß damit ihrem gesellschaftlichen Charakter aber nur auf kapitalistische Weise entsprochen wird, in ihren Hauptzügen den Verwertungserfordernissen des Kapitals unterworfen und das kapitalistische Gleichgewicht (im Sinne der abstrakten Möglichkeit) gesichert wird, daß gleichzeitig die echten gesellschaftlichen Bedürfnisse in hohem Maße verletzt und die Potenzen der Wissenschaft für die Gesellschaft ganz unzureichend genutzt werden (kapitalistisch bedingtes gesellschaftliches Ungleichgewicht).

Was die Bildungsproblematik betrifft, so muß das Einzelkapital einmal für seine gegenwärtigen und absehbaren Verwertungsbedürfnisse Kapital für die Aus- und Weiterbildung eines Teils der bei ihm beschäftigten Arbeiter und Angestellten anlegen. Bildung und Ausbildung werden damit den Bedürfnissen der Kapitalverwertung unterworfen, die enge Spezialisierung dieser Arbeiterschicht, die im Widerspruch zu den Anforderungen der Produktivkräfte steht, wird erhalten, aer notwendigen Mobilität der Arbeiter entgegengewirkt und die Technik, wo immer möglich, eher den ungelernten Arbeitern angepaßt und der Charakter großer Teile der Arbeiter als Anhänger der Maschine verstärkt. Die großen Monopole haben natürlich die Möglichkeit, vorausblickend relativ „großzügiger“ zu verfahren und nicht nur mehr Mittel anzulegen, sondern auch – insbesondere für das leitende ingenieur-technische und

Verwaltungspersonal – die Tendenzen in der Entwicklung der Produktivkräfte in relativ größerem Umfang bei der Aus- und Weiterbildung zu berücksichtigen. Aber die Tendenz bleibt auch bei ihnen die Orientierung an der spezifischen Produktion, die Bindung der Arbeitskräfte an den Betrieb, die Stabilität der jeweiligen „Technostruktur“ (*Galbraith*) als Obergesichtspunkt und der Einsatz von un- und angelernten Arbeitern wo immer möglich.

Was die Vielzahl von kleineren Unternehmen betrifft, in denen nach wie vor ein großer Teil der Arbeiter beschäftigt ist, so können sie keine „höheren Gesichtspunkte“ walten lassen. Ihre relativ geringen Ausgaben für Aus- und Weiterbildung sind vorwiegend durch kurzfristige Profitinteressen bestimmt.

Die andere Tendenz ist, gerade weil das Einzelkapital die Bildungsanforderungen der modernen Produktivkräfte und damit Verwertung und Wachstum des Gesamtkapitals nicht sicherzustellen vermag, die zunehmende Notwendigkeit staatlicher Bildungsaufwendungen. Auch die noch immer breite und tendenziell vom Kapital erhaltenen Schicht von un- und angelernten Arbeitern benötigt eine bestimmte Bildungsgrundlage. Auch routinemäßige Handgriffe an automatischen Anlagen und ihre Überwachung schließen beispielsweise das Analphabetentum aus. Die Nivellierung der Arbeiten, die die Stellung der Arbeiter unverändert läßt, bewegt sich doch auf einem höheren bildungsmäßigen Niveau als im vormonopolistischen Kapitalismus. Hierdurch werden der Wert der Arbeitskraft und die wertschaffende Potenz der Arbeit erhöht, ohne daß die Kapitalisten entsprechende Aufwendungen für variables Kapital zu machen brauchen. Die Akkumulationskraft des Kapitals wird gleichzeitig erhöht; die bildungsmäßigen Voraussetzungen für die Entwicklung der Produktivkräfte werden – mehr oder minder, wie bereits dargestellt – hergestellt. Das Einzelkapital wird davor bewahrt, riskante und sich notwendig schnell entwedernde Kapitalanlagen zu machen. Das kapitalistische Gleichgewicht wird somit auch von dieser Seite gesichert.

Beide Tendenzen wirken gleichzeitig darauf hin, daß kapitalistisch bedingte gesellschaftliche Ungleichgewicht vom Standpunkt der vollen Ausnutzung der Produktivkräfte zu verstärken, indem die möglich und notwendig gewordene Universalität der Arbeiterschichten, die Herausbildung und Entwicklung all ihrer schöpferischen geistigen und materiellen Fähigkeiten unterbunden bzw. entscheidend gehemmt werden, ihre Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß wesentlich die alte bleibt und der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dadurch wesentliche Schranken auferlegt werden.

Auch hier tritt wieder die allgemeine Tendenz in Erscheinung: Indem der Staat Brachlegung und Entwertung des Kapitals bei den „Privaten“ verhindert, schafft er die Bedingungen für das kapitalistische Gleichgewicht im Sinne der Kapitalverwertung und transferiert unvermeidlich die kapitalistischen Folgen auf die Gesellschaft.

Zur Strukturproblematik

Der technische Fortschritt, der sich in der Entwicklung der Produktivkräfte reflektiert, ist ohne eine dauernde Veränderung und in bestimmten Perioden gar Umwälzung der Strukturen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses undenkbar, je teilweise mit ihnen identisch. Sie bedeuten eine ständige Neu- und Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, und das heißt unter kapitalistischen Bedingungen Neu- und Umverteilung des Kapitals. Die Durchsetzung des den technischen Fortschritt bedingenden und durch ihn wiederum herbeigeführten Strukturwandels kann sich im Kapitalismus nicht als harmonischer, geplanter Prozeß vollziehen, sondern nur im antagonistischen Aufeinanderwirken der Vielzahl individueller Kapitale, durch die kapitalistische Konkurrenz also, wobei Überholtes auf der Strecke bleibt, wenn die dort angesiedelten Kapitale sich nicht mehr oder nicht mehr ausreichend verwerten können und Neues im Zusammenhang mit günstigen Verwertungsbedingungen empor- und meistens über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinausschießt. Brachlegung, Entwertung und Vernichtung von Kapital sind unvermeidliche Begleitumstände. Das gesellschaftlich Notwendige setzt sich auch hier nur unter ungeheurem Vergeudung menschlicher Produktivkraft durch.

Die Entwertung des Kapitals, die mit der ständigen Aufhebung des Gleichgewichts der Produktionssphären und der gesellschaftlichen Tätigkeiten aller Art verbunden ist, mußte und konnte unter vormonopolistischen Bedingungen von den individuellen Kapitalen getragen werden. Strukturveränderungen setzten sich vornehmlich in den Krisen durch; anders ausgedrückt, die Krisen waren Mittel zur Anpassung der Strukturen an die sich in ihnen offenbarenden neuen Verwertungsbedingungen. Das war möglich, weil für neue gesellschaftliche Tätigkeiten verhältnismäßig geringe Kapitalvorschüsse erforderlich waren und weil der Untergang einzelner Kapitale die kapitalistische Gesellschaft nicht in Gefahr brachte. Heute aber treffen solche Strukturveränderungen die „großen, fertig eingerichteten“ Kapitale, deren Untergang das kapitalistische System selbst in Frage stellen würde, während gleichzeitig neue Produktionen solch große Kapitalvorschüsse erfordern, die wiederum nur die großen Kapitale (und auch sie oftmals nicht allein) aufbringen können. Daher betreibt der Staat in den entwickelten kapitalistischen Ländern „Strukturpolitik“ und auch diese Tätigkeit erweist sich, auf den ökonomischen Kern reduziert, als (natürlich nur von mehr oder weniger Erfolg gekrönt) Schutz der großen Kapitale vor der Entwertung ihres Kapitals.

Die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals in der beschriebenen Weise ist natürlich eine Abstraktion. Sie bedeutet nicht, daß in der Realität Profit- und Kapitalverluste auszuschalten wären. Der staatsmonopolistische Kapitalismus kann weder Fehlinvestitionen noch Überproduktion, noch Teil- und Gesamtkrisen usw. verhindern. Das kapitalistische Gleichgewicht, das der Sicherung der Verwertungsbedingungen entspricht, hat ebensowenig wie im vormonopolistischen Kapitalismus irgend etwas mit Harmonie oder Widerspruchsfreiheit der kapitalistischen Entwicklung zu tun. Was hier hervorgehoben werden sollte ist die Tatsache, daß die Brachlegung und Vernichtung von Kapital, das immerwährende und einzige Mittel

des Kapitalismus, den Fortschritt der Produktivkräfte zu gewährleisten, nicht mehr allein vom „privaten“ Kapital und nicht einmal mehr überwiegend von ihm getragen werden kann und getragen wird. Auf der heutigen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Vergesellschaftung, beim heutigen Stand der wissenschaftlichen Durchdringung des Produktionsprozesses, erfordert die Verwertung des Kapitals, also die Sicherung des kapitalistischen Gleichgewichts, also das kapitalistische Wachstum überhaupt, vor allem die Möglichkeit, für kürzere oder längere Zeit größere Teile des angewendeten Kapitals brachzulegen, ohne tiefgreifende Krisen und die damit verbundenen ruinösen Profitverluste für die Monopole. Nicht zuletzt ist dies Bedingung angesichts des hohen Grades der Fixiertheit des Kapitals, wozu auch die Sicherung der Beschäftigung der wachsenden Schicht von höhergebildeten Forschern, Ingenieuren, Technikern sowie Verwaltungs- und Organisationsspezialisten gehört, und des von der Arbeiterklasse und dem Sozialismus ausgehenden Druckes auf das kapitalistische System. Aber erstens sind das Kapital und seine Träger ein Teil der Gesellschaft und müssen ihren Teil der durch die kapitalistischen Widersprüche verursachten Verluste tragen. Zweitens kann sich das Kapital auch direkten negativen Einwirkungen auf den Profit keinesfalls entziehen.

Der Staat, dessen ökonomische Rolle bei der Sicherung des gleichgewichtigen kapitalistischen Wachstums zunimmt, erzeugt selbst keinen Wert. Seine Möglichkeiten hängen vom produzierten Wert ab, den er umverteilen kann und muß. Diese Umverteilung heißt aber die Reduzierung von Profit und Einkommen auf der einen Seite und ihre Stimulierung bzw. Erhöhung auf der anderen. Die staatliche Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung konzentriert sich beispielsweise in hohem Maße auf einige wenige Monopole und Industriezweige. Die gesamte Bevölkerung, einschließlich der nichtbegünstigten Kapitalisten, muß aber für die Finanzierung aufkommen.

Für die nichtbegünstigten Kapitalisten erhöhen sich damit die Schranken der Kapitalverwertung. Für sie ist das Gleichgewicht anhaltend gestört. Sie geraten in Abhängigkeit von den wenigen Großen oder gehen unter.

Der Kampf zwischen mehr oder weniger Begünstigten, zwischen Großen und Kleinen, vollzieht sich auch auf internationaler Ebene. Der Gesamtprofit des unter günstigeren Bedingungen operierenden „nationalen“ Kapitals wird positiv durch die Reduzierung des Gesamtprofits des unter weniger günstigen Bedingungen operierenden „ausländischen“ Kapitals beeinflußt.

Die Sicherung des „gleichgewichtigen Wachstums“ des monopolistischen Kapitals muß daher mit Notwendigkeit die Konflikte mit den kleinen Kapitalen und den nichtkapitalistischen Mitgliedern der Gesellschaft verschärfen. Gleichzeitig kann nicht verhindert werden, daß die Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals schwieriger wird, was nicht nur das Wachstum der gesamten kapitalistischen Wirtschaft negativ berührt, sondern auch rückwirkend das begünstigte Monopolkapital. Da der Umfang der Mittel, die der Staat notwendigerweise anwendet, unvermeidlich wächst, diese Mittel aber wesentlich zugunsten der Verwertung weniger großer Kapitale und daher auch in zunehmendem Maße gesellschaftswidrig ausgegeben werden (z.B. weitgehende Finanzierung der Forschung mittels Rüstungsaufträge),

bleibt die Lösung anderer wissenschaftlicher Aufgaben, die für die Reproduktion des Gesamtkapitals einschließlich des Monopolkapitals unerlässlich sind, mit Notwendigkeit zurück (zumindest relativ). Es entstehen strukturelle Ungleichgewichte in der Gesellschaft, die rückwirkend die Verwertung des monopolistischen Kapitals erschweren und damit das Gesamtwachstum der kapitalistischen Volkswirtschaft hemmen.

Daß sich die kapitalistische Ökonomie auf einem Wachstumspfad bewegen kann, der dem Kapital jederzeit eine „befriedigende“ Verwertung gestattet, ist folglich eine theoretische Abstraktion, die nicht zu realisieren ist. In Wirklichkeit verschärft sich der immanente Widerspruch zwischen Produktion und Verwertung, was allerdings, wie die Theorie und die geschichtliche Entwicklung zeigen, verschiedenartige Ausdrucks- und Entwicklungsformen annehmen kann, Profitziel und gleichgewichtiges Wachstum – sowohl vom engeren kapitalistischen Standpunkt, als auch insbesondere vom gesellschaftlichen Standpunkt – stehen sich feindlich gegenüber. Unter staatsmonopolistischen Bedingungen vollziehen sich Brachlegung und Vernichtung von Kapital als Voraussetzung des kapitalistischen Wachstums in unendlich größerem Maßstab als im vormonopolistischen Kapitalismus.

In dem Maße, wie es im staatsmonopolistischen Kapitalismus gelingt, die Entwertung im kapitalistischen Großunternehmen zu verhindern bzw. die profitreduzierenden Auswirkungen der realen Entwertung von den kapitalistischen Großunternehmen auf die Gesellschaft als Ganzes abzuwälzen, wird der Mechanismus der Krise untergraben. Auf der Oberfläche und im Bewußtsein der Kapitalisten, ihrer Wirtschaftspolitiker und Ideologen erscheint das allerdings umgekehrt. Die Bekämpfung der Krise an sich wird als eigenständiger Zweck hingestellt; insbesondere politische Faktoren geben dieser Anschauung einen Kern Wahrheitsgehalt. Die Krise aber hatte einen periodisch reinigenden Effekt für die kapitalistische Wirtschaft, und wenn auch einige Kapitalisten auf der Strecke blieben und die Mehrzahl Profitverluste erleiden mußte, so war die Krise doch für das System notwendige Bedingung des weiteren Wachstums. Was im heutigen Kapitalismus bekämpft wird, ist gerade dieser reinigende Effekt, und er muß bekämpft werden, um die Bedingungen der Verwertung aufrechtzuerhalten. Die periodische relative Gesundung der kapitalistischen Wirtschaft wird in dem Maße, wie die Bemühungen von Monopolen und Staat erfolgreich sind, verhindert und die Labilität des Systems gerade durch die Stabilisierung der großen Einzelkapitale gefördert. Die Untergrabung des Krisenmechanismus ist darum kein Zeichen für die Stabilität des Systems, sondern dafür, daß es schon nicht mehr auf seinen eigenen Grundlagen, nach seiner eignen Logik funktioniert.

Gerade weil der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht in der Lage ist, die großen Kapitale voll vor der Entwertung zu schützen, können Krisen nicht ausgeschaltet werden. Aber Überproduktionskrisen sind heute nicht mehr die einzige und nicht die hauptsächlichste Form, in der die Widersprüche zwischen Produktion und Verwertung zum Ausbruch kommen. Strukturkrisen, Währungskrisen, Bildungsnotstand, wachsende Rüstungshaushalte und andere Formen kommen hinzu bzw. übernehmen die Funktion der „klassischen Krise“. Ökonomisch bedeuten sie in viel grö-

ßem Maße Vernichtung gesellschaftlicher Produktivkraft, gesellschaftlich spitzen sie die Konflikte zwischen dem Monopolkapital auf der einen Seite, der Arbeiterklasse und den übrigen Werktäglichen auf der anderen in neuer Weise unvermeidlich zu.

Im heutigen Kapitalismus weitet sich mehr denn je die Kluft zwischen den Möglichkeiten und der realen Entwicklung der Produktivkräfte, der technische Fortschritt wird zunehmend in eine gesellschaftsfeindliche Richtung gedrängt, indem Kriegsvorbereitung und Aggression als wichtigste Formen des sich allgemein ausbreitenden Parasitismus zu beherrschenden Phänomenen des Systems werden, die moralische Degradierung der arbeitenden Menschen und ihre Entfremdung werden gewaltig vorangetrieben und die politische Reaktion seitens des Kapitals daher auch notwendig verschärft. Die kapitalistische Gesellschaft sieht sich mit der unvermeidlich wachsenden Zuspitzung der ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche und einer entsprechenden Zuspitzung der Klassenkämpfe konfrontiert.

Beiträge Die Septemberstreiks 1969

des IMSF 1 Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen

Herausgegeben vom IMSF, Frankfurt/Main
Redaktion: Dr. Jung, Prof. Schleifstein,
Dr. Steinhaus

408 Seiten, glanzkartoniert, DM 11.80
(erschienen als Lizenzausgabe im Pahl-Rugenstein
Verlag, Köln)

Die Streiks vom September 1969 waren ein herausragendes soziales Ereignis. Mit der vorliegenden Studie über Ursachen, Verlauf und Zusammenhänge der Septemberstreiks leistet das IMSF einen aktuellen Beitrag zur theoretischen Durchdringung der sozialen Widersprüche und Konfliktfelder im gesellschaftlichen System der Bundesrepublik. Darüber hinaus greift die Studie in die Auseinandersetzungen um Aufgaben und Position der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen System ein, die sich im Verlauf und in der Folge der Streiks zusätzlichen.

„Dieser erfreulich übersichtlich geordnete Band hat einen Vorteil: Die Ausgangsposition ist von der Arbeiterlage her bestimmt.“

Die ZEIT, 17.4.1970.

Paul Bocara

Überakkumulation – Monopole – staatsmonopolistischer Kapitalismus heute

Aus: *économie et politique*, Paris 1969, Heft 185. Erster Teil einer dreiteiligen Artikelserie mit dem Titel „Die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Kämpfe der Werktätigen I.“

Angesichts der allgemeinen Tendenz zum Anwachsen der Unzufriedenheit in allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung und des immer offensiveren Charakters der ökonomischen, ideologischen und politischen Kämpfe der Werktätigen in unserem Lande um die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lage, setzt die Regierung des Großkapitals alles daran, diese Bewegung abzustoppen. Sie unternimmt gleichzeitig gewaltige Anstrengungen auf dem Gebiet der Demagogie oder der sozialen „Integration“ und in der Taktik der Einschüchterung und Spaltung der Volksmassen.

Hinter allen Anpassungen und der schmeichelisch-optimistischen Aufmachung einer sich zusätzlichen Klassenpolitik, die sich als unfähig erweist, den neuen nationalen und internationalen Erfordernissen gerecht zu werden und die sich für die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung verhängnisvoll auswirkt, hinter den Drohungen und Verleumdungen gegenüber denen, die an vorderster Front mit den Volksmassen jene Politik bekämpfen, besteht die Realität der Strukturkrise, die der gegenwärtige Kapitalismus weltweit zu spüren beginnt. Es handelt sich dabei weder um einen vorübergehenden Umschwung noch um eine kontinuierliche, mechanische Verschärfung der ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten. Die neue Form, die das kapitalistische Ausbeutungssystem in den letzten Jahrzehnten angenommen hat, um sich aufrechtzuerhalten – die wir als staatsmonopolistischen Kapitalismus (sta.mo.Kap.) bezeichnen – funktioniert nicht mehr in der gleichen Weise wie in den Jahren 1945–1967.

Der sta.mo.Kap. wird von der Verschärfung seiner inneren Widersprüche erschüttert. Die gegenwärtigen ökonomischen Mechanismen erweisen sich als unfähig, den neuen sozialen Bedürfnissen, selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus, wirklich gerecht zu werden. Durch nichts lässt sich die Existenz dieser tiefgreifenden ökonomischen Schwierigkeiten vertuschen, die, unabhängig von den Konjunkturschwankungen dieser oder jener Jahre, zu einer dauerhaften Verschärfung tendieren, so dass die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur selbst in Frage gestellt wird. Dabei handelt es sich, so meine Hypothese, um einen langfristigen Prozess, der den neuen Bedingungen der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus entspricht. Er ist gekennzeichnet durch die Anpassungsbemühungen der herrschenden Klassen auf nationaler und internationaler Ebene, durch die Vertiefung der objektiven Widersprüche, die aus diesen Bemühungen selbst entspringen und durch die neuen, vielfältigen Kämpfe der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen.

Eine bessere Kenntnis der Ursachen dieser Strukturkrise des sta.mo.Kap. mag dazu beitragen, den Vorstößen der Finanzoligarchie und ihrer Regierung wirksamer zu begegnen und die Kämpfe selbst besser zu verstehen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass diese Kenntnis selbst ein fließender Prozess ist, der sich auf die vergangenen und auf die künftigen Erfahrungen der Massen und ihrer Organisationen stützt.

Um eine erste Erklärung für diese Krise zu liefern, ist es notwendig, auf die Hauptmerkmale des sta.mo.Kap. selbst zurückzukommen.

Die Stadien des Kapitalismus und der staatsmonopolistische Kapitalismus

Der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch die Beziehungen zwischen kapitalistischen Eigentümern und lohnabhängigen Arbeitern (Proletarien). Während sich das Wesen dieses grundlegenden Ausbeutungsverhältnisses nicht verändert, wandelt sich die ökonomische Struktur des Kapitalismus (die Beziehungen der Menschen untereinander, in der Produktion, der Zirkulation, der Verteilung und der Konsumtion der materiellen Produkte) im Laufe der historischen Entwicklung. Dieser aus dem Fortschritt der Produktivkräfte und der sozialen Kämpfe resultierende Wandel erlaubt dem Kapitalismus zunächst, die vorangegangenen Produktionsweisen zu überwinden. Später verschärfen sich die kapitalistischen Widersprüche, die das kapitalistische Grundverhältnis zunehmend in Frage stellen und es offenbart sich die Notwendigkeit des Übergangs zu einer höheren Produktionsweise.

Auf diese Weise durchläuft der Kapitalismus drei aufeinanderfolgende Hauptstadien:

– Ein Ursprungs- oder Jugendstadium, das noch durch die Überreste der feudalen Produktionsweise gekennzeichnet ist, die der Entfaltung der Warenkonkurrenz Schranken setzen und das im Bereich der Produktivkräfte durch die Entwicklung der Manufaktur charakterisiert ist. Es erstreckt sich in Frankreich ungefähr von der Mitte des 16. Jhdts. bis zum Ende des 18. Jhdts.

– Ein klassisches Stadium, in dem sich die kapitalistische Konkurrenz voll entfaltet. Kennzeichnend hierfür sind die in der industriellen Revolution des 18. Jhdts. entwickelten Produktivkräfte, aus der die Fabrik (fabrique) hervorgeht. Dieses Stadium reicht in Frankreich vom Ende des 18. Jhdts. bis zum Ende des 19. Jhdts.

– Ein höchstes oder Altersstadium, das auf dem Markt durch die wachsende Macht der Monopole, im Bereich der Produktivkräfte durch die Vollendung der industriellen Revolution gekennzeichnet ist, die mit der Entwicklung der automatisierten Fabrik (usine)¹ allmählich zu einer neuen technologischen Revolution überleitet. Dieses Stadium setzt in Frankreich gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein.

¹ Zum Unterschied von „usine“ und „fabrique“ vgl. den dritten Artikel der Serie „Einige Hypothesen über die Entwicklung des „Kapitals“ von Marx“, in: *économie et politique*, April 1961.

Die Entwicklung bleibt aber im Verlauf dieser Stadien nicht stehen. Deshalb hat man innerhalb des monopolistischen oder imperialistischen Stadiums, in dem wir leben, zwei aufeinanderfolgende Stufen bzw. strukturelle Phasen unterscheiden können: die des einfachen Monopolkapitalismus und die des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die letztere Phase bestimmt gegenwärtig den Weltkapitalismus als Ganzes.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus, auf den schon seit den Anfängen des imperialistischen Stadiums bestimmte Veränderungen hindeuten, tritt als Ausdruck der fortschreitenden imperialistischen Widersprüche deutlich hervor während des Krieges von 1914–1918 unter dem Druck des mörderischen Kampfes zwischen den kapitalistischen Staaten. Es erweist sich als notwendig, die Produktion maximal auszudehnen und dabei über die Grenzen der einfachen monopolkapitalistischen Verhältnisse hinauszugehen, indem man durch geplante Auftragsvergabe, öffentliche Finanzierung und Programmierung, die Staatsgewalt, als Ausdruck der konzentrierten Macht der Gesellschaft, systematisch in den Dienst der kapitalistischen Akkumulation stellt.²

Nach einer Periode des Rückgangs nach dem 1. Weltkrieg nimmt der sta.mo.Kap. während der „großen Depression“ der dreißiger Jahre mit ihrer Überproduktion und massenhaften Arbeitslosigkeit, in der gesamten kapitalistischen Welt, einen beträchtlichen Aufschwung. Die Kämpfe der Volksmassen gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und gegen die Arbeitslosigkeit erschüttern die kapitalistischen Länder tief und zwingen sie, soll das System nicht zusammenbrechen, einen Ausweg aus der Stagnation der Produktion und Beschäftigung zu finden, während die sozialistische Planung in der Sowjetunion ihre ersten Erfolge verzeichnen kann.³

Die nazistische Lösung durch Aufrüstung endete im zweiten Weltkrieg. Unmittelbar nach der Niederlage des Faschismus erzwingen die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte in unserem Land, wie in fast allen andern Ländern Westeuropas, demokratische Veränderungen im Rahmen des Kapitalismus (Sozialversicherung, Verstaatlichung bestimmter Banken- und Grundindustrien etc....), um den Malthu-

2 Zu diesem Zeitpunkt führt Lenin den neuen Begriff des sta.mo.Kap. ein, der beweist, wie sich die beginnende sowjetische Revolution auf diese objektiven Veränderungen stützen kann: „Die Dialektik der Geschichte ist gerade die, daß der Krieg, der die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ungeheuer beschleunigte, dadurch die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht hat. ... Und das nicht nur deshalb, weil der Krieg mit seinen Schrecken den proletarischen Aufstand erzeugt – keinerlei Aufstand kann den Sozialismus schaffen, wenn er nicht ökonomisch herangereift ist – sondern deshalb, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist...“, Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen sollte, Oktober 1917.

3 Damals lieferten die Wirtschaftspolitik Hitlerdeutschlands und die durch den „New Deal“ Roosevelts eingeleitete Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten zwei treffende Beispiele für die Entwicklung des sta.mo.Kap., um auf zwei verschiedenen Wegen, einmal von rechts, das andere Mal von „links“, das kapitalistische Ausbeutungssystem aus der Krise zu retten.

sianismus der Trusts zu bekämpfen und die Produktion unter friedlichen Bedingungen zu entwickeln. Dennoch gelingt es den Monopolen, wieder zur Offensive überzugehen und zwar mit „Hilfe“ des amerikanischen Imperialismus, wobei ihnen die Spaltung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Kräfte zugute kommt. Sie streben nicht nur danach, die weitere Entfaltung demokratischer Veränderungen zu unterbinden, sondern auch die schon erreichten Veränderungen immer unmittelbarer in den Griff zu bekommen. Gleichwohl sind sie genötigt, sich endgültig mit der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus abzufinden, um so ihre Profite und ihre Herrschaft zu festigen und zu vergrößern, trotz der tödlichen Herausforderung des Kapitalismus durch die Erfordernisse der modernen Produktivkräfte, die demokratischen Kämpfe der Arbeiter und der nationalen Befreiungsbewegungen, sowie durch die ökonomischen und sozialen Fortschritte der Länder, die das sozialistische Weltsystem begründet haben.

Der sta.mo.Kap. ist für den Imperialismus in seiner gegenwärtigen Phase charakteristisch. Er entwickelt die Formen des einfachen Monopolkapitalismus auf widersprüchliche Weise fort. Das kapitalistische Herrschaftssystem, das durch die privaten Monopole, das Finanzkapital und durch Kapitalexport bestimmt ist, wird ergänzt durch die Nutzung staatlicher Monopole, öffentlicher Finanzierung, staatlichen Kapitalexports („Entwicklungshilfe“) usw. im allgemeinen Interesse der dominierenden Kapitalgruppen.

Der ideologische Kampf um den staatsmonopolistischen Kapitalismus und seine theoretische Erörterung

Die neuen Formen des Kapitalismus sind Ausdruck der Entwicklung seiner Hauptwidersprüche. Sie erlauben die weitere Vertiefung dieser antagonistischen Widersprüche bis an die äußersten Grenzen. Gleichwohl bilden die relativ neuen Formen des gegenwärtigen Kapitalismus die Basis für einen ideologischen Kampf von großer Tragweite und erfordern die Weiterentwicklung marxistischer Theorie selbst.

Die bürgerliche Ideologie ist bestrebt, die neue Rolle des Staates, die systematische Intervention des öffentlichen Sektors, sowie die neue langfristige konjunkturelle Wachstumsphase als Indiz für einen grundlegenden Wandel der ökonomischen Verhältnisse anzuführen. Sie möchte weismachen, daß die neue öffentliche Intervention im Namen des „Gemeinwohls“ und nicht im allgemeinen Interesse der kapitalistischen Monopole geschieht. Sie versucht die Arbeiter in das System zu integrieren, indem sie die mehr oder weniger unsicheren oder durch den Druck der Monopole verwässerten Errungenschaften der Kämpfe der Werktagen als Ergebnis des „Fortschritts“ ausgibt, indem sie die großen Monopole und den sie stützenden Staat als Vorkämpfer der „modernen“ Veränderungen präsentiert.

Dagegen werden die ökonomischen und politischen Kämpfe der Arbeiter für die Verteidigung der einmal erkämpften, von den Kapitalisten ständig bedrohten oder ins Gegenteil verkehrten Errungenschaften, einschließlich des technischen Fort-

schriffts, dargestellt als Absagen an eindeutige Verbesserungen und als vom Standpunkt des modernen Fortschritts und seiner angeblichen Gleichgewichtsbedingungen aus gesehen überlebte Verhaltensweisen.

Im Bereich der ökonomischen Theorie verdrängen die Theorien des „gleichgewichtigen“, später die des „optimalen“ Wachstums, zunehmend die in der „Depression“ der dreißiger Jahre entstandenen Befürchtungen. Als letzter Schrei der Wissenschaft gilt die Illusion von der harmonischen Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus. Freilich ist diese Illusion so alt wie der Kapitalismus selbst. Sie reicht zurück bis zu den Apologien eines *J.-B. Say, MacCulloch* und anderer zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die wesentlichen Erkenntnisse marxistischer Theorie und die darauf aufbauende wissenschaftliche Analyse des Klassenkampfes werden im Namen angeblich neuer Forschungsergebnisse und aufgrund veränderter Bedingungen im 20. Jahrhundert als überholt zurückgewiesen.

Bruchstücke der bürgerlichen Ideologie dringen im Rahmen der gegenwärtigen Strukturen mehr und mehr selbst in Kreise ein, die sich sozialistisch oder gar marxistisch nennen.

Auch der Begriff des sta.mo.Kap. wird in diesem Milieu in Frage gestellt. Von rechtsopportunistischen Standpunkt wird im allgemeinen die Bedeutung der Staatsintervention im Verhältnis zu den Widersprüchen des Kapitalismus überschätzt. Es ist aber auch möglich, daß die charakteristische Rolle des Staates, wenn man sie nicht als Ausdruck der Fortentwicklung kapitalistischer Widersprüche begreift, als Äußerung einer angeblich grundlegenden Modifikation jener Widersprüche angesehen wird, die dem technischen Fortschritt und den „modernen“ Bedingungen des ökonomischen Wachstums entsprechen.

Ebenso kann man auch von einem linksopportunistischen Standpunkt die charakteristische Rolle öffentlicher Intervention erkennen, indem man, ähnlich eklektisch verfahrend, andere offensichtliche Veränderungen des heutigen Kapitalismus als grundlegend in den Vordergrund stellt (wie z.B. die Rolle der Konsumtion usw.) oder indem man dogmatisch, dabei die revolutionäre Bewegung gegenüber der bürgerlichen Ideologie schwächend, es bei der vereinfachenden Wiederholung der Imperialismustheorie und der Theorie des einfachen Monopolkapitalismus beläßt. Man verkürzt damit das leninsche Denken um den Teil, der sich mit dem sta.mo.Kap. befaßt und um seine Verbindung mit der Theorie des „Kapital“ von Marx. Übrigens schließen sich diese Verzerrungen gegenseitig keineswegs aus.

Rechts- wie Linksabweichler neigen dazu, sich den sogenannten wissenschaftlichen „Errungenschaften“ bürgerlicher Wachstumstheorien zu beugen. Die angebliche Abschwächung oder gar das Verschwinden der ökonomischen Grundwidersprüche rechtfertigt dann eine reformistische Kapitulationshaltung und mit dem neuerlichen Auftauchen offensichtlicher Schwierigkeiten die Suche nach neben-sächlichen oder rein oberflächlichen „Widersprüchen“, die vom antagonistischen Verhältnis von Arbeit und Kapital, das den Kern der kapitalistischen Produktionsweise bildet, losgelöst sind.

Die theoretische Auseinandersetzung mit dem sta.mo.Kap., seiner Erscheinungsform und seiner Entwicklung wie seiner beginnenden Krise, kann sich dagegen nur

auf die Theorie der Funktionsweise und Entwicklung des Kapitalismus im Allgemeinen stützen, wie sie im „Kapital“ dargelegt ist. Sie erfordert zudem eine Präzisierung und Weiterentwicklung dieser Theorie im Sinne der von Marx abgebrochenen Untersuchung über die unterschiedlichen Formen der unaufhebbaren antagonistischen Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, über ihre Beziehungen im ökonomischen Gesamtprozeß und über ihre Verschärfung unter den Bedingungen des Fortschritts der materiellen Produktivkräfte.

Abriß der theoretischen Erklärung des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die Erfahrung der kapitalistischen Wirtschaft zeigt, daß die Klassenwidersprüche, auf denen sie beruht, zu bestimmten Momenten offen ausbrechen. Es kommt zu einem Rückgang der Massenkaufkraft, zu Überproduktion (Absatzkrise) und Arbeitslosigkeit. Neben den alltäglichen Widrigkeiten des Kapitalismus und der dauernden Ausbeutung der Arbeiter tritt das absurde Phänomen auf, daß die wachsenden Schwierigkeiten der Volksmassen aus dem Fortschritt von Produktion und Technik selbst entspringen. Diese Erscheinungen werden verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die kapitalistische Produktion nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Produzenten, sondern die Akkumulation und den Profit zur erweiterten Akkumulation zum Ziele hat: Periodisch entsteht ein Überschuß an akkumuliertem Kapital, d.h. das Profitbedürfnis dieses Kapitals übersteigt die jeweils mögliche Profitmasse. Es handelt sich also nicht um einen Überfluß an Produktionsmitteln im Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten und den Bedürfnissen der arbeitenden Massen, sondern um einen Überschuß von Produktions- (und Austausch)mitteln, die in Form von Kapital akkumuliert, auf dem Markt einen entsprechenden Profit im Verhältnis zur begrenzten Mehrwertmasse fordern, die durch die Ausbeutung der Arbeitskraft, verbunden mit der Produktivitätssteigerung, zu erzielen ist und im Verhältnis zur begrenzten Kaufkraft der Arbeiter angesichts des Anstiegs der Warenpreise.⁴

Die kapitalistische Überproduktion ist Ausdruck des tendenziellen Falls der Profitrate und der Überakkumulation des Kapitals. Um aus den Schwierigkeiten herauszufinden, die sich bei der Kapitalvergrößerung ergeben, wälzen die Kapitalisten die Last dieser Schwierigkeiten auf andere ab. Mit der Arbeitslosigkeit werden die Arbeiter, trotz des Produktivitätszuwachses, zu weiterer Senkung ihres Lebensstandards gezwungen. Auf diese Weise kann die Rate des Mehrwerts gesteigert werden, was wiederum höhere Profite und damit erweiterte Kapitalakkumulation ermöglicht. Die Verluste und der Ruin vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen erlaubt

4 Die Preisinflation führt zu einer nominalen Profitsteigerung. Hierzu wird die durch Kredite und monetäre Erleichterungen aufgeblähte Nachfrage benutzt, mit der sich die Kapitalisten gegenseitig helfen, um das Wachstum der Produktion zu beschleunigen. Aber die Inflation bewirkt nichts anderes, als daß sie die Überproduktionskrise hinausschiebt und verschärft, indem sie die Kluft zwischen Preissumme der Waren und der Massenkaufkraft erweitert.

es den anderen kapitalistischen Unternehmen, ihre Absatzmärkte zu vergrößern und die Masse des Profit beanspruchenden Kapitals zu reduzieren. Gleichzeitig entsteht ein Druck auf die Preise der Produktionsmittel, während die Schwierigkeiten der Unternehmen, die für den privaten Konsum produzieren, darüberhinaus eine Verlagerung in den Produktionsmittelsektor nach sich ziehen können. Alle diese mehr oder minder anarchischen Lösungen der Überakkumulation lassen sich auf eine gewisse vorübergehende Einschränkung der Kapitalverwertung zurückführen, so z.B. wenn Unternehmen langsam ruiniert werden, schließen oder mit halber Kraft weiterlaufen müssen. Diese „Kapitalentwertung“, wie wir es nennen wollen, ermöglicht die Anhebung der Profitrate und die Wiederingangsetzung des Akkumulationsprozesses. In dem Maße aber, in dem die Masse des akkumulierten Kapitals ebenso wächst wie das Mißverhältnis zwischen den in Kapitalform akkumulierten Produktionsmitteln und den Möglichkeiten von Produktion und Realisierung von Mehrwert, gelangt man zu einem Punkt, an dem die Tendenz zur Überproduktion und zum Sinken der Profitrate nicht mehr mittels einer begrenzten Krise oder Rezession behoben werden kann. Sie kann Jahrzehnte andauern und nur von mehr oder minder sporadischen Pausen unterbrochen werden. Dann läuft die Entwicklung auf eine relativ dauerhafte und massenhafte Arbeitslosigkeit hinaus, währenddessen der Widerspruch zwischen den sozialen Bedürfnissen der Werktätigen und deren Befriedigung wächst. Unter solchen Bedingungen drängen die sozialen Kämpfe auf tiefgreifende strukturelle Veränderungen und entschlossene Lösungen, die auf die Infragestellung des ganzen Systems hinauslaufen. Um der Tendenz chronischer Überproduktion zu begegnen, kann eine permanente Kapitalentwertung eintreten, mit der ein bestimmter Wandel der ökonomischen Verhältnisse einhergehen kann.

So hat der Kapitalismus in Westeuropa und den Vereinigten Staaten zwischen 1873 und 1896 eine lange Phase anhaltender Schwierigkeiten in der Wirtschaftskonjunktur durchgemacht. Damals war er zum Übergang in sein imperialistisches Stadium gezwungen worden, das durch die Formen des Monopols, durch das Finanzkapital und den systematischen Kapitalexport in die ganze Welt und durch ebenso viele Formen der Kapitalentwertung gekennzeichnet ist. Stark vereinfacht lässt sich diese Entwertung damit erklären, daß das exportierte Kapital sich nicht mehr im Herkunftsland verwertet, sondern neue Quellen verwertbarer Arbeitskraft ausschöpft bzw. daß das vom Monopolkapital beherrschte sonstige produktive Kapital, oder das vom Finanzkapital (entstanden aus der Verschmelzung von Industrie und Bankkapital) an sich gerissene potentielle Geldkapital sich zugunsten des Monopolkapitals nur beschränkt zu verwerten vermag.

Die Transformation des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus oder Imperialismus hatte kein anderes Ziel, als die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kapitalistischen Akkumulation. Darum ist das System schließlich wieder an die neuen Grenzen der Produktion und Realisierung der Profitrate gestoßen, auf die die akkumulierten Riesenkapitalien angewiesen sind. Die „Belle Epoque“ des Kapitalismus zwischen 1896 und 1914 fand ein Ende. Ihr folgte eine Phase lang anhaltender Schwierigkeiten in den 20iger und 30iger Jahren. Nach der Krise von 1929 tragen die traditionellen Maßnahmen des einfachen Monopolkapitalismus, wie z.B. die

Einschränkung der Kapitalentwertung durch den Versuch, das Preisniveau zu halten, dazu bei, einen dauerhaften Aufschwung zu verhindern. Die Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten der verschiedenen Arbeitergruppen in den Städten und auf dem Land nehmen beispiellose Ausmaße an. Die Klassenkämpfe zwingen den Kapitalismus, mit dem Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einer letzten Transformation noch innerhalb des imperialistischen oder des allgemeinen monopolistischen Stadiums.

Diesem strukturellen Wandel entspricht ebenfalls die ständige Entwertung eines Teils des Kapitals. Hier kann man den typischen Fall weitgehender öffentlicher Finanzierung privater Kapitalakkumulation anführen. Der mit öffentlicher Kapitalhilfe finanzierte Teil eines Unternehmens stellt entwertetes Kapital dar, das für sich keinen Profit beansprucht. Der Kapitalist ist dadurch beim Vorschließen seines Kapitals entsprechend entlastet. Er wird den ganzen Gewinn seinem Eigenkapital zuführen, dessen Profitrate folglich steigt.⁵ Der überholte und parasitäre Charakter des Kapitalismus tritt dadurch, trotz wieder ansteigender Tendenz der Produktion, offen zutage. Das System des privaten Profits versagt in allen kapitalistischen Ländern ohne die verschiedensten Formen der Ausplünderung öffentlicher Ressourcen. Die Widersprüche des Kapitalismus verschärfen sich. Bevor wir die wesentlichen Aspekte des sta.mo.Kap. und die neue Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche erläutern, soll auf die tatsächliche Komplexität und Tragweite der Theorie der Überakkumulation und Entwertung des Kapitals, die bislang nur indirekt gestreift wurde, eingegangen werden.

Die Bedeutung der theoretischen Kontroverse

Die Theorie der Überakkumulation und Entwertung des Kapitals wurde sehr kurz auf der Konferenz von Choisy-Le Roi im Jahre 1966 beleuchtet. Dabei gingen wir von der Theorie der Überakkumulation aus, wie sie im dritten Band des „Kapital“ als Schlußfolgerung aus der Untersuchung des tendenziellen Falls der Profitrate entworfen wird.⁶ Wir haben 1966 wie auch 1968 darauf hingewiesen, daß eine Weiterentwicklung der fraglichen Theorie es erlauben würde, die Gegensätze der einseitigen Konzeptionen vom Typ der Unterkonsumtions- oder Überkonsumstheorien zu überwinden, die entweder den Bedingungen der Realisierung oder denen

5 Alle öffentlichen Interventionen tendieren zu einer Verbesserung der Bedingungen, unter denen die kapitalistische Profitrate, insbesondere die der monopolistischen Gruppen, produziert und realisiert wird.

6 Die großen Linien des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, der aus dem Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals folgt, sind allgemein bekannt. Diese organische Zusammensetzung des Kapitals kommt im Verhältnis von konstantem Kapital (den materiellen Produktionsmitteln, deren Wert sich nur erhält, indem er in den Wert der produzierten Ware eingeht) zu variablem Kapital (der Ware Arbeitskraft, als Quelle des Mehrwerts) zum Ausdruck. In der konkreten Realität verläuft die wesentliche Werttendenz mit dem Übergang von der Überakkumulation zur Kapitalentwertung in einer Zickzackbewegung.

der Produktion von Mehrwert den Vorrang einräumen, auf die man im Laufe der ganzen Entwicklung des ökonomischen Denkens stößt.

Die Schwierigkeiten, auf die die Kapitalakkumulation ab einem bestimmten Grad im Bereich der Produktionsbedingungen stößt, lösen Reaktionen aus, die auf eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der organischen Zusammensetzung des Kapitals hinzielen. Daraus entsteht ein Widerspruch zwischen dem Anwachsen der gesamten Warenmasse und den Grenzen ihrer Realisierung. Von daher leitet sich die Überakkumulation des Kapitals ab, die an der Oberfläche in Erscheinung tritt. Die relativen Lösungen der Kapitalentwertung durch Wertminderung des konstanten Kapitals und Erhöhung der Mehrwertrate, die am Ende der Zwischenperioden innerhalb des langanhaltenden Aufstiegs auftauchen, stoßen nun ihrerseits auf ihre spezifischen Grenzen. Daher auch die anhaltende Überakkumulation, die notwendig zu einer langandauernden Kapitalentwertung, insbesondere zum Rückgang der organischen Zusammensetzung, führt. Dies bringt beträchtliche Schwierigkeiten mit sich, die sich leicht in der Realisationssphäre und der Beschäftigung reproduzieren. Von daher ist auch der Druck der sozialen Kämpfe auf die ökonomischen Verhältnisse, der über die Errungenschaften früherer Produktionsweisen hinausweist, ebenso zu verstehen wie die strukturelle Kapitalentwertung, die das kapitalistische System selbst immer ernsthafter in Frage stellt.

Diese kurze Schematisierung des polyzyklischen und vielfältigen Gesamtprozesses bleibt notwendig in Andeutungen stecken und ist gegen Fehlinterpretationen nicht gefeit. Dennoch sind wir entschlossen, darin fortzufahren und einige Erkenntnisse der Dialektik marxistischer Theorie und ihrer jüngsten Entwicklung vorzutragen, die es erlauben, durch schrittweise Vermittlungen die Totalität der kapitalistischen Wirklichkeit darzulegen, im Gegensatz zu jenen Zerrbildern marxistischer Theorie, die von den direkten Gegnern oder den Revisionisten entworfen werden. Wir behaupten, daß die Theorie der Überakkumulation und Entwertung des Kapitals, die als solche im dritten Band des Kapitals nur kurz umrissen wird, die systematische Integration des Gesamtbeitrags des „Kapital“ von Marx erlaubt und die kapitalistische Realität in ihren oberflächlichen Erscheinungsformen wie in ihrer historischen Gesamtentwicklung zu erfassen vermag. Diese Theorie ermöglicht eine Weiterführung der unvollendet gebliebenen Untersuchungen aus dem zweiten und dritten Band des „Kapital“ und die Auflösung der scheinbar zwischen ihnen bestehenden Gegensätze, die einige Denker hatten sehen wollen.

Die marxistische, ökonomische Theorie des Kapitalismus mündet unserer Ansicht nach ein in die Theorie von der Überakkumulation und Entwertung.⁷ Wir sind darüber hinaus der Ansicht, daß die verschiedenen akademischen Wachstumstheorien neo-keynesianistischen oder neoklassischen Typs, oder die Theorien, die sich auf den Marxismus berufen und den gegenwärtigen Kapitalismus zum Gegenstand haben und die Marxsche Analyse des tendentiellen Falls der Profitrate als „überholt“ zurückweisen – gleichzeitig von einer profunden Unkenntnis der Er-

⁷ Zentrale Probleme des Sozialismus sind indirekt von der gleichen Entwicklung betroffen.

gebnisse marxistischer Theorie und von der Ahnungslosigkeit gegenüber dem wirklichen Gebiet, auf dem sie arbeiten, zeugen.

Die Revisionisten von rechts und links behaupten unter dem Einfluß der zeitgenössischen bürgerlichen Ideologie, daß mehrere zentrale Erkenntnisse der marxistischen Theorie im 20. Jahrhundert nicht mehr gültig seien. In Wirklichkeit sind sie es aber gerade, die, obwohl sie immer über den Dogmatismus lamentieren, die Entdeckungen von Marx über den Mehrwert, die produktive Arbeit, die Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals usw. – oberflächlich und dogmatisch verstehen. Sie sind unfähig zu sehen, daß gerade jene Theorien dank ihrer Präzision, die nichts mit akademischen Vereinfachungen gemein hat, in der Lage sind, die gegenwärtigen Veränderungen zu erfassen, wenn man sie entschlossen weiterentwickelt, anstatt sie abzulehnen. Sie können dagegen die Fakten und Statistiken der Gegenwart nicht anders als unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie erklären. Sie geben nur ihre vereinfachte und dogmatische Sicht des Marxismus zu Gunsten falscher Auffassungen⁸ der bürgerlichen Theorien auf, die sie in eine pseudomarxistische Theorie umzuwandeln versuchen. Wenn also der Revisionismus der Wortführer bürgerlicher Ideologie innerhalb des Marxismus ist – gleichgültig wie seine Absichten auch sein mögen –, steht er in enger Verbindung mit dem Dogmatismus, der faktisch das Feld der neuen Erscheinungsformen und deren theoretischer Durchdringung den Deformierungen des Klassenfeindes überläßt.

Da die „neuen“ Widersprüche aus dem Komplex der Grundwidersprüche zwischen Arbeit und Kapital und der Zusammenhänge von kapitalistischem Eigentum und kapitalistischer Ausbeutung herausgelöst werden, endet man bei einer opportunistischen Analyse. Dies betrifft die linksradikale Kritik der „Konsumgesellschaft“ ebenso wie die rechtsorientierte Kritik an den, trotz ihrer angeblich immer unerheblicheren Rolle in der heutigen Wirtschaft, verbliebenen Überresten „repressiver Gewalt“ der Kapitalisten.

⁸ Ein typisches Beispiel hierfür ist die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten, mittels dessen die Revisionisten im Anschluß an die bürgerlichen Theorien, die Tendenz zum Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals zurückweisen. Ohne hier näher die grundsätzlichen Unterschiede der beiden Relationen, noch die neuesten Erscheinungen, die sie betreffen und die Diskussion über die Zahlen (Daten) zu analysieren, braucht man doch nur die historische Entwicklung der Größen des Kapitalkoeffizienten genauer zu untersuchen, um einzusehen, daß er im Gegensatz zu seiner vorgeblich neuen, regelmäßigen Senkung im 20. Jahrhundert, vom langfristigen Konjunkturzyklus bestimmt wird.

⁹ Obwohl sie einen realen, aber einseitigen und verzerrten Ausgangspunkt haben, den die marxistische Theorie nachweisen kann.

Die Grundzüge des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Ein erstes charakteristisches Merkmal des sta.mo.Kap.¹⁰ besteht in der öffentlichen Finanzierung der privaten Akkumulation und Produktion. Dabei lassen sich folgende Arten der Finanzierung unterscheiden: Subventionen, Kredite zu Vorsagsätzen und -bedingungen, Zinsvergütungen (Übernahme eines Teils der Darlehenszinsen durch den Staat), Steuervergünstigungen, Staatsaufträge und öffentliche Abkommen zu günstigen Bedingungen, gemischtwirtschaftliche Gesellschaften (von denen ein bestimmter Kapitalanteil dem öffentlichen Sektor gehört), verstaatlichte oder öffentliche Unternehmen, usw. In allen Fällen handelt es sich um Formen der Entwertung von Kapital, die eine Steigerung der Profitrate der privaten Kapitalien, d.h. direkt oder indirekt die der monopolistischen, wirtschaftsbeherrschenden Kapitalien, gestattet.

Die verstaatlichten Unternehmen intervenieren, z.B. durch niedrige Tarife für die industriellen Großverbraucher, durch regelmäßige Auftragsvergabe für Großanlagen zu für die Lieferanten günstigen Preisen, wie auch durch die Tatsache, daß ihre sehr beträchtlichen Investitionen nicht den gleichen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert beanspruchen, wie die privaten Kapitalien. Diese sehr fortgeschrittene Form wurde von der Bewegung der demokratischen Kräfte und der Arbeiter durchgesetzt, um den Fortschritt der Produktion gegen den Malthusianismus der Monopole zu erreichen, ist dann aber ihren Zielen entfremdet worden. Sie setzt eine Enteignung voraus und deshalb läßt sich die Bourgeoisie nur widerwillig und gezwungenermaßen darauf ein. Wir werden sehen, daß die Verstaatlichungen im Rahmen der Krise des sta.mo.Kap. immer wieder in Frage gestellt werden.

Die einzelnen Gebiete der Finanzierung erstrecken sich zu allererst auf Sektoren wie das Verkehrswesen und die Energiequellen, die, infolge des Umfangs ihres konstanten und fixen Kapitals, ein großes Gewicht besitzen bei der Umverteilung des Mehrwerts, durch die die Profitrate gebildet wird. Aber diese Finanzierung dehnt sich dann auf die gesamte Wirtschaft aus.¹¹ So erstreckt sie sich auf die öffentliche

¹⁰ „Der gegenwärtige Imperialismus weist bestimmte neue Züge auf. Sein staatsmonopolistischer Charakter tritt stärker hervor. In immer größerem Umfang setzt er Hebel an wie: staatliche Förderung der monopolistischen Konzentration der Produktion und des Kapitals, staatl. Umverteilung eines immer größeren Teils des Volkseinkommens, Rüstungsaufträge an die Monopole, staatl. Finanzierung ökonomischer Entwicklungsprogramme auf nationaler Ebene, imperialistische Integrationspolitik, neue Formen des Kapitalexports.“ (Internationale Konferenz der kommunistischen Arbeiterparteien, von 1969).

¹¹ Im Bereich der Landwirtschaft richtet sich die öffentliche Finanzierung nach Sonderbedingungen. Sie fällt aber insofern in den allgemeinen Rahmen, als die Unbeweglichkeit des fixen Kapitals und die Art der Bewirtschaftung (Familienbetriebe) die besondere Gefahr der Überakkumulation erklären, die an den bedeutenden Einfluß der privaten Industriemonopole gebunden ist. Der Staat greift aus Gründen der politischen Sicherheit ein, um die massive und chronische Entwertung des Kleinkapitals in diesem Sektor aufzufangen und zu kanalisieren, und zwar im Rahmen der Versorgung der Industrie mit Arbeitskräften, die durch die Schwierigkeiten oder den Verfall der land-

Unterstützung bei der Gründung neuer Produktionseinheiten, auf die monopolistische Umstrukturierung und Konzentration im Interesse der mächtigsten Trusts auf nationaler, aber auch auf supranationaler Eben. Sie umfaßt ebenfalls die für die wissenschaftliche Forschung und ihre industrielle Verwertung benötigten Ausgaben. Auf diesem Gebiet ist die öffentliche Finanzierung (vor allem über die Vermittlung von Rüstungsaufträgen) in den Vereinigten Staaten besonders weit fortgeschritten.

Ein zweites charakteristisches Merkmal, das allerdings mit dem ersten eng zusammenhängt, betrifft die öffentliche oder kollektive Finanzierung bestimmter Konsum- und Dienstleistungsausgaben. Dieser Eingriff, der sich ebenfalls auf eine Entwertung von Kapital zurückführen läßt, bezieht sich zugleich auf die allgemeinen Produktions- und Absatzbedingungen.

Er umfaßt zwei sehr unterschiedliche Verwendungsweisen:

– die parasitären, zur Herrschaftssicherung verwandten Ausgaben, wie der größte Teil der Aufwendungen für Polizei, Rüstung und die Armee.

– die Ausgaben zur Entwicklung gesellschaftlicher Produktivkräfte wie der Forschung, Erziehung, Gesundheit, dem sogenannten Soziallohn (Sozialversicherung, Familienbeihilfen), Wohnungswesen und Städtebau, etc.

Die Ausgaben des zweiten Typus werden so weit wie möglich dem Interesse der kapitalistischen Monopole angepaßt, sie sind aber im wesentlichen erst unter dem Druck des Kampfes der Volksmassen entstanden. Wir werden noch sehen, wie der bürgerliche Staat sie einzuschränken sucht, um den größten Teil des gesellschaftlichen Fonds der Kapitalakkumulation vorzubehalten und wie ihre Rationierung sich in der gegenwärtigen Krise des sta. mo. Kapitals auswirkt.

Ein drittes Merkmal, das eng mit den beiden vorhergehenden verbunden ist, betrifft die Quellen der öffentlichen Finanzierung, die Belastung der privaten Einkommen und die Interventionen in die Geld- und Finanzkreisläufe.

Jene Formen der Kapitalentwertung gewinnen eine ganz neue Bedeutung. Übrigens erscheinen bzw. entwickeln sich in Verbindung mit der öffentlichen Finanzierung ganz neue Finanzsituationen.¹² Die chronische Inflation wie ihr zyklisches Auftreten, Kennzeichen der auf den zweiten Weltkrieg folgenden neuen, langanhaltenden Preisauftreibstendenz wird von nun an von jenen neuen Finanzmodalitäten bestimmt.

Ein viertes Merkmal, das aus den drei ersten hervorgeht, betrifft die öffentliche „Programmierung“, und die „Pläne“. Die öffentliche Intervention, die für das künftige Funktionieren des Kapitalismus wesentlich ist und bei der es sich um langfristige, umfassende Entscheidungen handelt, erfordert eine weit größere Koordinierung

wirtschaftlichen Betriebe freigesetzt worden sind. Doch wird diese Finanzierung, wie wir noch sehen werden, im Augenblick mehr und mehr von der Entwicklung der Antagonismen des sta.mo. Kap. überrollt.

¹² Für Frankreich wäre die Tätigkeit sogenannter Fachorganisationen anzuführen (Caisse des Dépôts, Crédit National, Crédit Foncier) wie auch die Rolle der verstaatlichten Banken und der Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, etc.

ihrer Einzelentscheidungen als je zuvor und zwar im Hinblick auf langfristige Perspektiven, durch Einbeziehung umfassender (Prognosen) und (Abstimmung) mit den Strategien der verschiedenen monopolistischen Unternehmen, um deren Profite und Wachstum zu begünstigen. Wenn bestimmte Länder wie z.B. die Vereinigten Staaten kein offizielles ‚Planungsverfahren‘ wie in Frankreich kennen, (wo es, ebenso wie die Verstaatlichungen, aus dem Nationalrat der Résistance hervorgegangen ist) so besteht ungeachtet dessen in allen sta.mo. Ländern eine öffentliche ‚Planung‘ oder ‚Programmierung‘. In den Vereinigten Staaten ist sie sogar besonders weit entwickelt und auch in den meisten übrigen Ländern verstärkt sich die Tendenz zur Ausweitung der offiziellen Planungsinstrumente.

Es handelt sich aber um keine wirkliche Planung, deren rationale und demokratische Praxis, vor allem durch das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktions- und Tauschmitteln, allein in sozialistischen Ländern besteht, sondern es handelt sich um eine globale Marktanalyse, in die die mittelfristige Politik und die Programme eingehen, die von den kapitalistischen Trusts und dem kapitalistischen Staat vorgesehen sind. Sie ist ihrem Wesen nach antidemokatisch. So haben in Frankreich die wenigen Arbeitervertreter in den Kommissionen keine wirkliche Macht und die ‚Planifikation‘ geht aus der gemeinsamen Konzertierung zwischen den Delegierten der führenden monopolistischen Gruppen und denen des bürgerlichen Staates hervor, die die kollektiven Machtmittel und die allgemeinen Interessen des Großkapitals vertreten.

Die kapitalistische ‚planification‘, wie die gesamte kapitalistische Wirtschaftspolitik befindet sich augenblicklich in großen Schwierigkeiten. Die Anarchie der Produktion schlägt sich besonders in der Tatsache nieder, daß die Planung des sta.mo.Kap. mit den Problemen der Preise und der Einkommen, Arbeitskräfte und des Außenhandels in Konflikt gerät. Unter den neuen konjunkturellen Bedingungen macht sie sich noch deutlicher bemerkbar.

Die an letzter Stelle zu nennenden Hauptmerkmale des sta.mo.Kap. beziehen sich auf die Weltwirtschaft. Der staatliche Kapitalexport stellt von nun an zunehmend eine Unterstützung des privaten Kapital- und Warenexportes durch öffentlich entwertetes Kapital dar, die eine Absicherung und Erhöhung der Profitraten gewährleistet. So ist die Ausfuhr öffentlicher amerikanischer Kapitalien mit der Marshall-Hilfe (neben Japan) zunächst nach Westeuropa gegangen. Diese Hilfe hat für den Absatz amerikanischer Produkte sehr wichtige Absatzmärkte erschlossen und gleichzeitig dazu beigetragen, die öffentliche, staatsmonopolistische Finanzierung in den entwickelten Ländern anzukurbeln, um so das kapitalistische Ausbeutungssystem zu retten. Nach 1950 hat sich der staatliche Kapitalexport der USA vor allem auf die Entwicklungsländer konzentriert.

Der staatliche Kapitalexport in unterentwickelten Ländern ist erst im Rahmen des Neokolonialismus allgemein geworden. Diese Kapitalien können Belastungen und Risiken auf sich nehmen, die mit den für die Infrastruktur notwendigen Ausgaben verbunden sind. Vor allem aber sind sie in der Lage, mit einer mehr oder minder an Bedingungen geknüpfte „Hilfe“ und mit Waffenlieferungen nicht nur die Regierungen zu unterstützen, die sich der imperialistischen Herrschaft fügen, son-

dern auch Absatzmärkte für Produkte zu begünstigen, die für die Entwicklung der beherrschten Länder häufig nutzlos und schädlich sind. (Waffen, Luxusgüter etc.) Die Trusts, die vor allem im Bergbau und in Plantagen investiert haben, orientieren die Wirtschaft dieser Länder an ihren weltweiten Interessen.

Neben die Ausbeutung durch die Kapitaleinnahmen (Gewinne) aus der Produktion insbesondere von Rohstoffen, tritt zunehmend die Ausplünderung durch Verschlechterung der ‚Terms of Trade‘ in Verbindung mit der Verschuldung der unterentwickelten Länder im Rahmen der öffentlichen Hilfe. Da aus jener Verschuldung nicht allein für diese Länder, sondern für die gesamte kapitalistische Welt eine Gefahr wächst, neigen die entwickelten Länder zu einer Einschränkung der neuen Hilfe, die wiederum die Gefahr erhöht.

Was nun die Beziehung der entwickelten Länder untereinander angeht, so wird hinter der entscheidenden ökonomischen Rolle des kapitalistischen Staates die massive Forderung der multinationalen, meist amerikanisch geleiteten, Trusts deutlich, die staatlichen Hindernisse zugunsten ihrer supranationalen Herrschaft aus dem Weg zu räumen, und zwar durch den Abbau der Zollschränken und eine gewisse Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Rahmen der langen Wachstumsphasen.

Während die verschiedenen ‚imperialistischen Integrationen‘ bis zu einem gewissen Grad dem Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktivkräfte entsprechen, die zu einer internationalen Kooperation drängt, so erlauben sie den Finanzoligarchien zusammenzuarbeiten, um ihre innere Herrschaft wirksamer gegen die sozialen Kämpfe des Volkes und insbesondere der Arbeiter abzustützen, und ein antisozialistisches Ablenkungsmittel gegenüber dem wachsenden gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den Bestrebungen der Völker zu finden. Gleichzeitig verschärfen sie die antagonistischen Widersprüche zwischen den verschiedenen Ländern und vertiefen die regionalen Niveaugefälle. Der private Kapitalexport zwischen den entwickelten Ländern selbst wächst ständig. Er geht besonders von den USA aus, die den einen oder anderen technologischen Vorsprung oder die Rolle des Dollars als Reservewährung nutzen, um beherrschende Positionen in wachstumsreichen Wirtschaftszweigen zu erobern.

Mit der summarischen Darstellung jener charakteristischen Merkmale des sta.mo. Kap. kann nachgewiesen werden, wie weit, trotz seiner demagogischen Parolen vom Allgemeininteresse und seiner Bemühungen, die Arbeiter ideologisch ins System zu integrieren, der sta.mo.Kap. davon entfernt ist, einem angeblichen ‚Allgemeininteresse‘ Rechnung zu tragen und die kapitalistischen Widersprüche zu überwinden; wie er im Gegenteil den parasitären Ausbeutungscharakter des Kapitalismus verschärft, indem er mehr und mehr die öffentlichen und nationalen Ressourcen in den Dienst der privaten Profite und der Interessen der Monopole stellt.

Anstatt vermindert, werden die antagonistischen, kapitalistischen Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit verallgemeinert und vertieft.¹³ Dabei liefern ihre neuen

13 „Die neuen Widersprüche leiten sich, anstatt den Grundwiderspruch zu ersetzen, der Kapital und Arbeit gegenüberstellt, letztlich von jenem ab, anstatt ihn zu verwischen, machen sie ihn noch akuter.“ (Thesenvorschlag für den 19. Kongreß der P.C.F.)

Formen günstige Bedingungen für den vom Proletariat ausgehenden revolutionären Kampf.

Verallgemeinerung und Vertiefung der kapitalistischen Widersprüche

Die kapitalistische Ausbeutung dehnt sich zunächst aus durch die von nun an entscheidende Rolle des „bürgerlichen Staates als kollektiven Ausbeuter“ zum Nutzen der privaten Monopole durch die Vermittlung eines umfassenden Steuersystems und einer systematischen Inflation. Die Einkommen aller werktätigen Schichten, einschließlich jener, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, selbständige Produzenten und Kleinunternehmer, werden auf diese Weise ausgeplündert. Die kapitalistische Ausbeutung des Proletariats bleibt jedoch im Zentrum des ökonomischen Systems. Die Inflation oder das Steuersystem unterstützt sie nur. Selbst wenn die Kaufkraft konstant bleibt, zieht der schnelle Fortschritt der Arbeitsproduktivität eine beträchtliche Erhöhung des Mehrwertes nach sich.

Eine weitere Verbreitung der kapitalistischen Ausbeutung resultiert aus der Ausdehnung der Lohnabhängigkeit auf die große Mehrheit der Gesellschaft.¹⁴ Der monopolistische Druck und die vom Staat begünstigte Kapitalakkumulation, führen zur Proletarisierung der städtischen und vor allem der ländlichen Kleinproduzenten. Während die kapitalistische Akkumulation die Zahl der lohnabhängigen Werktätigen erhöht, gleichgültig ob es sich um Arbeiter handelt oder nicht – führt die öffentliche Kapitalentwertung zur Verbreitung der Lohnarbeit auch in allen Bereichen, die außerhalb der materiellen Produktion stehen (wie Erziehung, Forschung, Gesundheit u. Verwaltung). Die Verallgemeinerung der Lohnarbeit macht es möglich, die Ausgaben auf ein Minimum zu reduzieren, die die Arbeitskraft in allen, von der materiellen Produktion unterschiedlichen Formen sozialer Tätigkeit betrifft, die (sehr) schnell im Rahmen des sta. mo. Kap. mit dem heutigen technischen Fortschritt anwachsen. Sie macht es ebenfalls möglich, Materialeinsparung durch optimale Betriebsgrößen zu erreichen und alle Kategorien von Werktätigen durch Befehlsgewalt des Kapitals und seines Staates unterzuordnen. Aber gleichzeitig können diese Ausgaben auch als „Gemeinkosten“ der kapitalistischen Profitproduktion behandelt werden, während den Werktätigen immer mehr die Möglichkeit genommen wird, auf ihre Arbeitsbedingungen Einfluß zu nehmen. Die Verallgemeinerung der Lohnarbeit vereinigt die Masse der Werktätigen in immer stärkerem Maße. Sie läuft darauf hinaus, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der erdrückenden Mehrheit der Lohnabhängigen, die vom Besitz an Produktionsmitteln ausgeschlossen sind, an jene der Arbeiterklasse anzunähern. Die Entlohnungen werden über die Zwischeninstanz des Arbeitsmarktes immer weiter gegenseitig abhängig.

¹⁴ In einem Land, das so lange durch seine bäuerliche und städtische Kleinbourgeoisie charakterisiert war wie Frankreich, bilden die Lohnabhängigen zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als 75 % der arbeitenden Bevölkerung.

Die außerhalb der materiellen Produktion stehenden Werktätigen, ob sie von Privatkapitalisten oder vom Staat bezahlt werden, beeinflussen durch ihre Tätigkeit in immer stärkerem Maße die Produktion und die Realisierung des Mehrwertes. Aber ihre Arbeit ist nicht selbst Schöpfer des Warenwertes oder des Mehrwertes. Daraus erklären sich übrigens, unter den Bedingungen der Krise des sta. mo. Kap., die neuen Belastungen ihrer Tätigkeit und deren Einschränkung gemessen an den Bedürfnissen. Sie werden nichtsdestoweniger ausgebeutet durch die Belastung ihrer Einkommen durch Steuern und Inflation, durch Erpressung einer immer intensiveren Arbeit, die die materielle Produktion im Wert bestimmt, auf die sie keinen Anspruch haben. Die wachsende Unsicherheit ihrer Existenzbedingungen ist an Ursachen gebunden wie die kennzeichnende Unsicherheit der Lage der Arbeiterklasse selbst, einschließlich Arbeitslosigkeit und Deklassierung. Die Bemühungen um „Integration“ der qualifiziertesten Schichten der Werktätigen in das System stoßen sich an der Realität ihrer Ausbeutung und der Ungewißheit ihrer Existenz, die sich unter den aktuellen Bedingungen weiter verschärft.

Die Arbeiterklasse, die den Mehrwert produziert, bewahrt nicht nur ihre Bedeutung als grundlegende revolutionäre Klasse, sie baut sie noch aus mit dem Anwachsen ihrer qualifizierten Schichten und ihren gestiegenen Möglichkeiten eines Bündnisses mit allen Lohnabhängigen, die nur die Entlohnungen ihrer Arbeitskraft bekommen und von Proletarisierung bedroht sind.

Die Interessen- und Kampfgemeinschaft aller Werktätigen der Welt vergrößert sich. Der Neokolonialismus, der die Grenze der politischen Unabhängigkeit und den Zusammenprall der nationalen Bourgeoisien mit dem Imperialismus verdeutlicht, sowie die Proletarisierung der unterentwickelten Länder, verstärkt die Kraft der sozialistischen Revolution.¹⁵

Der Sozialismus wird, ermutigt durch die Errungenschaften der sozialistischen Länder, zum Programm des Kampfes der Völker gegen die imperialistische Ausbeutung. Der parasitäre Charakter des Kapitals wird bis an seine äußerste Grenze getrieben. Zu den wachsenden Luxusausgaben der Oligarchie kommt die noch viel ungeheure Verschwendungen durch die gefährlichen Rüstungsausgaben hinzu, die von nun an in unterschiedlichem Maße zu einem konstitutiven Moment des Funktionierens des Kapitalismus wird. Dieser durch die Bedürfnisse des Profits und der kapitalistischen Akkumulation erzwungene Ausweg über die öffentliche Finanzierung der Produktion und der Forschung offenbart sich als immer kostspieliger und absurd. Die Finanzierung privater Bereicherung aus mehr oder weniger öffentlichen Quellen wird noch begleitet von einem ungeheuren Durcheinander bei der

¹⁵ Die neue Zuspitzung kapitalistischer Antagonismen läßt allgemein den Zusammenhang der unterschiedlichen Kämpfe gegen die Herrschaft des Kapitals besser erkennen. Mit den wachsenden Kämpfen in den entwickelten Ländern, die mit der Krise des sta. mo. Kap. zusammenhängen, verdeutlicht der Gegensatz von „reichen Ländern“ und „armen Ländern“ eher die Existenz des gemeinsamen Feindes, des imperialistischen Kapitals, als daß er sie verschleiert, aber auch die gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Arten kapitalistischer Unterdrückung und die Bemühungen imperialistischer Herrschaft über die entwickelten Länder selbst.

monopolistischen Akkumulation, von Doppelarbeit in den Riesenunternehmen, oder von enormen Verkaufsausgaben wie die der modernen Werbung oder auch durch die Kosten monopolistischer Produktdifferenzierung wie z.B. der Automobil¹⁶ um noch nicht einmal zu sprechen von der Geld- und Devisenspekulation im Rahmen der Krise des Währungssystems. Alle diese sogenannten „Investitionen“ tragen nur dazu bei, die Arbeit unergiebiger zu machen.

Der Antagonismus zwischen monopolistischem Profit und monopolistischer Akkumulation und den nationalen Interessen der verschiedenen Völker erfährt eine beträchtliche Verschärfung, selbst wenn sie partiell im Rahmen einer relativ langdauernden Wachstumsphase, die nun zu Ende geht, im Hintergrund verdeckt geblieben ist. Es handelt sich um Antagonismen zwischen imperialistischer Herrschaft und den unterentwickelten Ländern, die von den neokapitalistischen Kriegen gegen die Zivilbevölkerung geprägt sind, um Bedrohung des Weltfriedens und der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden Gesellschaftssystemen mit dem Wettlauf um nukleare Bewaffnung, um Antagonismen unter den imperialistischen Ländern selbst. Die großen supranationalen Firmen unter meistens amerikanischer Leitung benutzen das wachsende Bedürfnis nach internationaler Zusammenarbeit im Bereich der Produktion und der Forschung, des Austausches und des Geldes, sowie die Begünstigungen bürgerlicher Staaten im Rahmen der verschiedenen imperialistischen Zusammenschlüsse, um ihre Herrschaft über die entwickelten kapitalistischen Länder zum Nachteil der Interessen aller Kategorien von Werktägern, Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, und der nationalen Interessen auszudehnen. Die Antagonismen zwischen den entwickelten Ländern treten insbesondere im Rahmen der jüngsten Krise des Währungssystems und der Zahlungsbilanzen an den Tag.

Der Widerspruch zwischen fortschreitender Vergesellschaftung der Produktivkräfte und den privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen, die das Ziel von Profit und Akkumulation bestimmen, wirkt sich nicht mehr nur auf die Beschaffung und die Verteilung der produktiven Ressourcen aus. Die Tatsache, daß die Werktägten um die wesentlichen Früchte des technischen Fortschritts gebracht werden, gerät immer mehr in Widerspruch mit dem technischen Fortschritt selbst. Die Werktägten müssen nicht nur Schritt für Schritt gegen die unzureichende Befriedigung ihrer neuen Bedürfnisse wie Erziehung, Gesundheit, kollektive Einrichtungen jeder Art kämpfen, sondern viel mehr erfordert die volle Entwicklung des technischen Fortschritts von jetzt an eine nie gekannte Entwicklung der Menschen selbst, ihrer Qualifikation, ihres privaten und kollektiven Konsums, ihrer Freizeit. Die Anforderungen der neuen technologischen Revolution und der wissenschaftlichen Revolution, die sie nach sich zieht, befindet sich im Widerspruch mit den

16 Die Bedürfnisweckung durch die Werbung und die monopolistische Produktdifferenzierung verschärfen den Druck, den das Kapital schon immer auf die Arbeitskraft ausgeübt hat, mittels deren eigener Bedürfnisse in der Absicht die Ausbeutung fortzusetzen und ihre Rate zu erhöhen, während andererseits vitale Bedürfnisse, die auf dem Markt wenig oder gar nicht „rentabel“ sind, geopfert werden.

Tendenzen zur Arbeitslosigkeit und Deklassierung, sowie zur Überproduktion, zu den Handels- und Geldkrisen, usw. die von allen Anfang an im kapitalistischen System angelegt sind.

Die Benutzung der bürgerlichen Staatsmacht und ihre Aneignung, die zu einem ökonomischen und sozialen Leben im gemeinsamen Interesse der Privatmonopole zwingt, läßt den antagonistischen Widerspruch entstehen zwischen dieser Aneignung der konzentrierten Macht der ganzen Gesellschaft, die der Kontrolle der Werktägten entzogen ist und ihrer antidemokratischen Einmischung in immer weitere Bereiche des menschlichen Lebens. Im rein ökonomischen Bereich zieht der Widerspruch der Inanspruchnahme von Privilegien des öffentlichen Sektors durch den privatkapitalistischen Sektor Diskrepanzen zwischen beiden Bereichen nach sich, deren Gefahr mit der Krise des sta.mo.Kap. offenbar wird.

Von der Ebene der politischen Institutionen bis herunter zu den lokalen Einheiten oder den Unternehmen über die Informationsmittel wie Radio und Fernsehen, oder die Kommissionen, die seine Entscheidungen vorbereiten – verstärkt der Staat in noch weitergehendem Maße den autoritären und willkürlichen Charakter der Herrschaft des Monopolkapitals. Diese Herrschaft stützt sich immer mehr auf seine direkte Intervention in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die angebliche Konzertierung der Macht über den Klassen läuft darauf hinaus, die technokratischen Rechtfertigungen dieser Politik anzuerkennen, die die ökonomischen Interessen beschränkter Gruppen und die Eigentumsverhältnisse, die die „Konzertierung“ vorschreiben, verschleiert. Im Gegensatz dazu entwickeln sich die Bedürfnisse der Werktägten und aller Bürger nach Demokratie und Kontrolle gleichzeitig mit der Notwendigkeit ihrer Ausdehnung auf alle Bereiche immer weiter fort.¹⁶

Die Erweiterung und Vertiefung sowie die neuen Formen der kapitalistischen Widersprüche, die für den sta.mo.Kap. charakteristisch sind, bestimmen ganz allgemein die Bedingungen des Klassenbündnisses der Arbeiter, der Angestellten und der anderen werktäglichen Schichten, Intellektuellen, Bauern, Handwerker und Kleinhandler. Diese Merkmale kennzeichnen auch die übereinstimmenden Ziele der sozialen Kämpfe sowie die Tatsache, daß der Kampf für den Sozialismus in unserem Land über den entscheidenden Kampf für die ökonomischen Forderungen und politische Demokratie durch die Isolierung des Großkapitals und Verstaatlichung der wichtigsten Monopole führt. Aber die gegenwärtige Zuspitzung der antagonistischen

17 Man kann hier insbesondere die neue Bedeutung der Wirkungen der anarchischen und immer weiter umsichgreifenden Ausdehnung der kapitalistischen Industrie auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen anführen. Die wachsende Mobilisierung des Staatsapparates und der öffentlichen Gelder im Dienst dieser „Expansion“ für den Profit, gerät in Widerspruch mit den Notwendigkeiten und der wachsenden öffentlichen Verantwortung, für Aufrechterhaltung und Entwicklung des physischen und moralischen Potentials der Bevölkerung. Abgesehen von den Bedürfnissen nach kultureller Entfaltung der Menschen, die schon im Zusammenhang mit den Forderungen nach technischem Fortschritt erwähnt wurden, handelt es sich um Probleme von Industrieschäden, des Verschleißens der Werktägten, des Städtebaus, des Wohnungswesens, der Massentransportmittel, der Verkehrssicherheit usw.

Widersprüche unserer Gesellschaft, die mit der neuen langfristigen Überakkumulation zusammenhängt, entspricht ohne Zweifel genauer den Bedingungen der neuen Konfrontation von Arbeitermassen und sta.mo. Kap., dessen Krise von jetzt an offen ist.

Beiträge des IMSF 2 **Mitbestimmung als Kampfaufgabe**
Grundlagen – Möglichkeiten – Zielrichtungen.

Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik

Herausgegeben vom IMSF, Frankfurt/Main
Redaktion: Dr. von Heiseler, Dr. Jung,
Prof. Schleifstein, Dr. Steinhaus

348 Seiten, glanzkartoniert, DM 17.80
(erschienen im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln)

Kernstück der Studie ist eine soziologische Untersuchung in jeweils einem Konzerngroßbetrieb der Chemie-, der Automobil- und Stahlindustrie. Weitere Abschnitte behandeln u.a.

- Ideologische Strömungen zur Mitbestimmungsfrage im DGB
- Die Stellung der Unternehmer und der Parteien zur Mitbestimmung
- Grundlagen und Inhalt einer marxistischen Mitbestimmungskonzeption

In einem zusammenfassenden Abschnitt wird die Frage untersucht, welche Strategien die Arbeiterbewegung in der Mitbestimmungsfrage heute einschlagen kann. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß Mitbestimmung in ihrem Inhalt Erweiterung demokratischer Rechte der Arbeiter und Angestellten, ihrer Organisationen und Kontrolle des Großkapitals bedeuten muß, wenn echte Machtverschiebungen eingeleitet werden sollen.

Antonio Pesenti

Finanzkapital und Preisbildung im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Der nachfolgende Beitrag von Antonio Pesenti ist dem Band 2 seines Werkes *Manuale di economia politica* entnommen, das 1970 im Verlag editori riuniti, Rom, erschien. Der Beitrag umfaßt das Kapitel XXXIX mit dem Titel „Begriff und Charakteristik des ‚Finanzkapitals‘“ sowie einen Auszug aus dem Kapitel XLIV, das sich mit dem Begriff des ‚Marktes‘ im Imperialismus sowie mit der Preisbildung beschäftigt.

I. Das Finanzkapital – Begriff und Charakteristik

Die Kapitalkonzentration äußert sich nicht nur in der Konzentration des Angebots einer Ware (einer Erscheinung, die ebenfalls dem gewachsenen Umfang des typischen Produktionsbetriebes entspringt), sondern auch in der Herrschaft einer wachsenden Kapitalmasse, die in verschiedenen Betrieben und Produktionsbereichen investiert werden kann. Es realisiert sich so eine ökonomische Macht, die durch finanzpolitische und persönliche Bindungen wächst. Wir bekommen keine genaue Vorstellung von der Konzentration der Produktion, des Kapitals, der ökonomischen Macht und den sich daraus ergebenden Konsequenzen, wenn wir diese Erscheinung nicht auch unter dem finanzpolitischen Aspekt untersuchen, wenn wir nicht die Herausbildung geschlossener Gruppen berücksichtigen, deren Finanzen einheitlich geleitet werden. Diese Erscheinung gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Der Ursprung ist auch hier der Kapitalhunger, d.h. der Produktionsprozeß geht stets von der Notwendigkeit aus, über ein Anfangskapital zu verfügen, das im modernen Produktionsprozeß immer größer sein muß. Vorrangige ökonomische Aufgabe im Kapitalismus ist es also, sich möglichst viel Kapital anzueignen. Wir haben gesehen, daß das Hauptinstrument dafür die Aktiengesellschaft ist. Aber der Kapitalhunger kann aus dem Gebrauch dieses Instruments sowie aus direkten Kapitalanleihen und aus dem unmittelbaren Akkumulationsprozeß nicht voll gestillt werden. Es macht sich erforderlich, die Masse der flüssigen und nicht langfristig investierten Kapitalien an sich zu bringen und zu beherrschen, über die Ersparnisse der Konsumenten verfügen zu können, d.h. also jene Finanz- und Kreditinstitutionen zu beherrschen, die eben – wie wir das bei den Banken sahen – die Aufgabe haben, Geld als Kapital zu zentralisieren und den Kapitalisten zur Verfügung zu stellen.

Wir wissen ebenfalls, daß sich im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung auch auf dem Kreditsektor der gleiche Konzentrations- und Zentralisationsprozeß vollzog, so daß heutzutage einige wenige große Banken den größten Teil der Depositen kontrollieren, d.h. die dem Markt zur Verfügung stehenden Geldmittel, und daß einige wenige Finanzinstitutionen (wie auch immer sie sich nennen) die anderen Kapitalformen kontrollieren.

Die kapitalistische Entwicklung hat den Charakter und die Anforderungen der Produktion verändert. Im Imperialismus, d.h. in einer oligopolistischen Marktwirtschaft, in der — wie wir sehen werden — die Preise keine vom Markt bestimmte objektive und unabhängige Größe sind, sondern auf Grund einer komplexen ökonomischen Strategie bestimmt werden, muß der kapitalistische Großbetrieb alle Momente des Produktionsprozesses beherrschen, kann er nicht auf die vermeintliche „Spontaneität“ eines Marktes vertrauen, auf dem er angeblich mit Preisen, die für alle gelten, in gewünschter Menge alle „produktiven Faktoren“ finden kann, die er braucht.

Ausgehend von der herkömmlichen Vorstellung, die sich auf der Grundlage des Begriffs vom Unternehmen in einem vermeintlich konkurrenzfähigen Markt herausgebildet hat, ergab sich die optimale Größe und demzufolge die maximale Rentabilität eines Betriebes aus der Verbindung der „produktiven Faktoren“ nach der bekannten Gleichung von den ausgeglichenen Nebenleistungen. Es bestätigte sich, daß der Preis dieser Faktoren eine vom Betrieb unabhängige und vom Markt bestimmte Größe war, und daß zu diesem Preis die gesamte gewünschte Menge erworben werden konnte. Das Maximum war also ein technologisches Produktionskonzept mit feststehenden Preisen und einer Nachfrage, die bei diesen Preisen als unbegrenzt angenommen wurde.

Im modernen Großbetrieb, der auf einem oligopolistischen Markt und in einer Situation monopolistischer Konkurrenz operiert, in der die Preise von einem oder einigen wenigen Betrieben diktiert werden, sind auch die Preise für die „Faktoren“ keine feststehende Größe. Die optimale Größe ist also aus verschiedenen und spezifischen optimalen Größen zusammengesetzt. Wenn das so ist, kann gesagt werden, es gibt eine optimale Größe für die Nachfrage, eine für die Kapitalbeschaffung, d.h. für die Finanzierung, eine für die Beschaffungspolitik, eine für die Verkäufe und den Handel überhaupt und schließlich eine optimale technologische und produktionstechnische Größe alter Prägung, die die Verpflichtungen berücksichtigen muß, die sich aus anderen Bereichen sowie auch aus der Möglichkeit ergeben, die Preise zu beeinflussen. So wird die Strategie des Betriebes immer komplexer und dynamischer. Der Großbetrieb stiehlt Hirne, aber er muß sie in einer möglichst unmittelbar produktiven Weise nutzen, muß also einen gewissen Umfang, eine gewisse Unterschiedlichkeit der Interessen in verschiedenen Produktionsbereichen haben, die ihm die maximale Ausnutzung der technischen Entwicklung gestatten. Die gleiche Notwendigkeit ergibt sich aus dem Erfordernis, das optimale Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung, aufgeteilt auf Aktienkapital, Obligationen und Betriebskapital, zu bestimmen. Auch hierin liegt eine Notwendigkeit zur Bildung von Finanzgruppen mit unterschiedlichen ökonomischen und produktionstechnischen Interessen.

Diese besondere Eigenart des modernen Großbetriebes hat sich im Laufe der Zeit herausgebildet, und zwar über die bereits erwähnten Erscheinungen der horizontalen und vertikalen Konzentration bis hin zur Bildung geschlossener Komplexe, in denen es immer mehr Betriebe gibt, die nichts mit der Grundproduktion der jeweiligen Gruppe zu tun haben. Das Kapital sowie die Leitungsmethoden im Betrieb

nehmen immer mehr Finanzcharakter an. Das Kapital wird immer mehr zum „Finanzkapital“. Dies ist die augenblickliche Existenzform der Kategorie „Finanzkapital“, die wir bereits als eine der fünf Charakteristika kennengelernt haben, welche Lenin zur Definition des Imperialismus angeführt hat.

Analyse des Begriffes Finanzkapital

Es ist gut, auf diese wichtige und viel diskutierte Kategorie einzugehen, ihren historischen Entstehungsprozeß und ihr Wesen zu verfolgen, um besser beurteilen zu können, ob unsere Behauptung stimmt, daß — ausgehend von den verschiedenen Erscheinungsformen im modernen Imperialismus — der Begriff des Finanzkapitals im wesentlichen der gleiche geblieben ist, wie ihn Lenin in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ geprägt hat, d.h. ob es wahr ist, daß diese Charakteristik nicht nur auch für den Imperialismus von heute gilt, sondern sich noch verstärkt und erweitert hat, sodaß sie absolut und überwiegend für den modernen Monopolkapitalismus gilt.

Wir sagten bereits, daß Lenin in seinem Werk *Hilferdings* Definition anführt, sie dann korrigiert und ergänzt. Lenin sagt: „Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie“, schreibt Hilferding, „gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Anderseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.“ Das Finanzkapital ist also „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.“

Diese Definition ist insofern unvollständig, als ihr der Hinweis auf eines der wichtigsten Momente fehlt, nämlich auf die Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals in einem so hohen Grade, daß die Konzentration zum Monopol führt und geführt hat.

Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie — das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.“¹

Diese Worte wurden vor vielen Jahren von Lenin geschrieben, in einer anderen Situation als heute und ausgehend von der Definition *Hilferdings*, d.h. eines Verfassers, der später dann den finanziellen Aspekt seiner allgemeinen Wirtschaftskonzeption hervorhob und auch persönlich zum Reformismus überging. Er hatte sie eigentlich geschrieben, um eine Abweichung von der marxistischen Methode zu korrigieren. Daraus wird dann eine erste wichtige Tatsache klar.

¹ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970, S. 49 ff.

Das Finanzkapital ist nicht „das Kapital, über das die Banken verfügen, das aber von den Industriellen verwendet wird“ (übrigens eine Konzeption, die mit entsprechenden Ergänzungen heutzutage auch oft von nichtmarxistischen Wirtschaftswissenschaftlern gebraucht wird), sondern eine besondere Größe, die aus zwei untrennbar Momenten besteht: „Konzentration der Produktion; Monopolbildung; Fusionen und Symbiosen der Banken mit der Industrie“. Das Monopolkapital monopolisiert so große Summen Leihkapital.

Der Unterschied zwischen den beiden Definitionen und also auch Konzeptionen ist von nicht geringer Bedeutung und hat tiefe Wurzeln. In seiner Untersuchung der Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft geht *Lenin*, wie schon gesagt, in Übereinstimmung mit einer richtigen Anwendung der marxistischen Methodologie von der Analyse des Produktionsprozesses aus. Hier entsteht der Mehrwert, von hier geht der Akkumulationsprozeß aus.

„Das industrielle Kapital ist die einzige Daseinsweise des Kapitals, worin nicht nur Aneignung von Mehrwert, respk. Mehrprodukt, sondern zugleich dessen Schöpfung Funktion des Kapitals ist.“²

Die anderen Existenzformen des Kapitals – wir beschränken uns hier auf die Grundform, d.h. auf die des Anleihen- oder Geldkapitals – können also nicht autonom und losgelöst von Produktionsprozeß bestehen, auch wenn der Kapitalist bestrebt ist „Geld ohne die Vermittlung des Produktionsprozesses zu machen.“ Diese Existenzformen vertreten also Formen der Aneignung eines Mehrwertes, der im Augenblick der Produktion entsteht. Im Kapitalismus ist daher die Bildung von „Leihkapital“ der Bildung von „Industriekapital“ untergeordnet, das direkt im Produktionsprozeß investiert ist, d.h. es ist auch noch dem Akkumulationsprozeß untergeordnet, der seine Grundlage in der kapitalistischen Produktion hat.³

Das Überwiegen der einen oder der anderen Form, in der das Kapital innerhalb der Gesellschaft erscheint, kann auch wechseln. *Marx* stellt beispielsweise fest, daß der Kapitalismus geschichtlich anfänglich die Phase des Handelskapitalismus durchgemacht hat. Die Handelsprofite haben die Handwerker verschlachtet, es entwickelte sich dann die Manufaktur und später – mit der Einführung von Maschinen – die Industrie.⁴ Und in bezug auf die bereits reife kapitalistische Struktur sagt er richtig, daß es falsch wäre, die ökonomischen Kategorien so anzutragen, wie sie historisch entstanden sind. Ihre Aufeinanderfolge sei eher von dem Verhältnis bestimmt, in dem sie sich in der modernen bürgerlichen Gesellschaft zueinander befinden, und diese Reihenfolge sei genau das Gegenteil von dem, was ihre natürliche Reihenfolge zu sein scheint oder wie sie ihrer historischen Entwicklungsfolge entspricht.

Im kapitalistischen Produktionssystem herrscht also das Produktionskapital, das „*Mehrwert schafft*“⁵ und die Bildung des Handels- sowie des Leihkapitals erscheint den Veränderungen in der Struktur der kapitalistischen Produktionsprozesses untergeordnet und direkt mit ihnen verbunden.

Diese Feststellung bedeutet nicht, daß man nicht die besondere Existenzform des Leihkapitals gegenüber den anderen unterscheiden, nicht die autonome Funktion dieses Moments, seine Bedeutung und die Veränderungen in seinen organisatorischen Formen hervorheben sollte. Die Unterscheidung ist notwendig, und *Marx* mißt – wie wir bereits gesehen haben – dem Kreditsystem große Bedeutung bei, wobei er es im breiten Sinne verschiedenartiger und unterschiedlicher Finanzorgane (nicht nur die klassische Bank) versteht, wie dies ja das Beispiel der bereits entwickelten City von London gezeigt hat.

Das Kreditsystem ist – daran möchten wir noch einmal erinnern – in erster Linie ein Organ zur Kapitalzentralisation. Zu Anfang – sagt *Marx* – wird das Kreditsystem schüchtern als bescheidendes Hilfsmittel für die Akkumulation eingeführt und zieht mit unsichtbaren Fäden die Ersparnisse der Gesellschaft an sich, sowie auch die Gelder, die sich in den Händen einfacher oder assoziierter Kapitalisten befinden. Aber recht bald wird es zu einer zusätzlichen und schrecklichen Waffe im Konkurrenzkampf und entwickelt sich von da aus weiter zu einem wichtigen sozialen Mechanismus, der darauf gerichtet ist, das Kapital zu zentralisieren.⁶

Das Kreditsystem ist eine Voraussetzung, um die Kapazität des Produktionsprozesses zu erhöhen, um „Ersparnisse“ und „Geldfonds“ in „Kapital“ zu verwandeln, um die Vorräte an inaktivem Kapital zu verringern usw., und auch diese Funktion, die unmittelbar in den direkten Akkumulationsprozeß eingeht, ist von *Marx* besonders hervorgehoben worden.

Berücksichtigt man die andere, von den marxistischen Wissenschaftlern erkannte Tatsache, d.h. das größere Wachstumstempo des fiktiven Kapitals gegenüber dem realen, versteht man auch, wie die Bedeutung dieser Existenzform oder -weise des Kapitals mit der Entwicklung des Kapitalismus gewachsen ist.⁷

Die Bedeutung des Kapitals in seiner „flüssigen“ Form – um einen modernen oder in weitem Sinne geldbezogenen Ausdruck zu gebrauchen – wächst also außerordentlich in der imperialistischen Phase und auch während des Verlaufes derselben.

Es ist also richtig, ja sogar notwendig, dieses Existenzmoment oder diese Existenzweise des Kapitals gesondert zu analysieren, ohne jedoch die Einheit der gesamten kapitalistischen Produktionsweise aus dem Auge zu verlieren.

Die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Daseinsweisen des Kapitals ist auch von *Marx* vorgenommen worden, um besser die Gegensätze zwischen den Interessen der einzelnen Kapitalisten und – was uns hier betrifft – die Gegensätze

2 Karl Marx, *Das Kapital* Band II, MEW Band 24, Dietz Verlag Berlin 1969, S. 61. Auch wenn dann der Kapitalist, der Mehrwert produziert, ihn mit anderen Kapitalisten teilen muß.

3 Karl Marx, *Das Kapital* Band II, a.a.O., S. 61.

4 Siehe dazu auch Karl Marx, *Das Kapital* Band I, MEW Band 23, Dietz Verlag Berlin 1969, Kapitel 24, S. 741 ff. und Maurice Dobb, *Problemi di storia del capitalismo*, Rom, Verlag editori riuniti, 1970.

5 Karl Marx, *Das Kapital* Band I, a.a.O., Einleitung zum siebenten Abschnitt, S. 589 f. und Karl Marx, *Das Kapital* Band III, MEW Band 25, Dietz Verlag Berlin 1969, S. 822 ff.

6 Karl Marx, *Das Kapital*, Band III, a.a.O., V. Abschnitt, Kapitel 27, S. 451 ff.

7 Karl Marx, *Das Kapital*, Band III, a.a.O., V. Abschnitt, S. 350 ff. Siehe dazu auch nochmals W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, a.a.O.

zwischen „industrial and money interests“ zu verstehen. Diese Gegensätze waren bereits zu seiner Zeit recht stark, — nach Abschwächung des Gegensatzes zwischen „landlords“ und Unternehmern — berücksichtigt man die relativ starke, historisch begründete Trennung von Bankkapital und Industriekapital sowie den Prozeß der Herausbildung der weltweiten Rolle der City von London als Finanz- und Geldzentrum. Der Sterling war die unbestrittene Weltwährung, der Goldmarkt war in London, hier erfolgten die internationalen Zahlungen und in absolut beherrschender Weise die Finanzierung des Außenhandels und die Auslandsinvestitionen durch Kapitalexporte. Wie bereits gesagt, entstehen um 1870 in England die „Investment trusts“, deren Aufgabe es ist, Investitionen im Ausland vorzunehmen.

Die Finanzgeschäfte sind also in England von großer Bedeutung und von weltweiter Wirkung. Es entwickelt sich so auch eine „Spezialisierung“ der Institutionen und eine weitere Differenzierung der Interessen.

Aber auch dieser Prozeß bringt bekanntlich sein Gegenstück hervor.

Die wachsenden Erfordernisse der Akkumulation und der kapitalistischen Konzentration, die von allen marxistischen Wissenschaftlern und heute auch von vielen Nichtmarxisten erkannt und mehrfach erwähnt wurden, bewirken die Entwicklung der umgekehrten Erscheinung (wie dies übrigens bereits beim Bodenkapital geschehen war), nämlich die wachsende Konzentration im Produktionsbereich und wachsende Verbindungen bis hin zu „Symbiosen“ der beiden Kapitalformen, d.h. sie bewirken eine ökonomische und politische Einheit bis zur Entstehung des „Finanzkapitals“, wie es *Lenin* definiert hat.

Hier ergibt sich sehr oft eine rein formalistische Diskussion. Was ist die Basis dieser Symbiose? Der Industriekapitalismus oder das Bankkapital (oder das Leihkapital)? So gestellt, hat die Frage wenig Bedeutung.

Es muß hervorgehoben werden, daß diese Symbiose überall besteht, und das ist auch von nichtmarxistischen Wissenschaftlern anerkannt worden. Anders steht es, wenn die Art und Weise verallgemeinert werden kann, mit der dieser Symbiose-Prozeß historisch erfolgt ist und sich zeitlich abwickelt. Es besteht kein Zweifel, daß er in jedem Land mit eigenen Besonderheiten vor sich gegangen ist.

Einer der Vorwürfe nichtmarxistischer Autoren gegen *Lenin* und *Hilferding* besteht darin, sie hätten einen historischen Prozeß verallgemeinern wollen, der gesondert von der Entwicklung des deutschen Kapitalismus erfolgt sei. Daher stammt die Behauptung, die These vom „Finanzkapital“, jenem Leihkapital, das die Bankiers besitzen und die Industriellen benutzen und das sich so in Industriekapital umwandelt, stelle keine universelle Charakteristik des kapitalistischen Systems in der Phase des Imperialismus dar. Aber eine solche Kritik negiert die Wirklichkeit und den Begriff des „Finanzkapitals“ und hat daher keine ernstzunehmende Grundlage. Was zählt, ist das Wesen der Erscheinung, auch wenn die historische Seite ihrer Entstehung Bedeutung behält. Das Grundproblem des Kapitalismus — wiederholen wir — ist es, den Akkumulationsprozeß maximal zu gestalten, sich die maximale Menge an Mehrwert und an ständig wachsendem Kapital anzueignen.

Die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die sich daraus ergibt, hat — wie bereits gesagt — in der marxistischen Entwicklungstheorie eine

große Bedeutung. Daher wächst die Bedeutung des Anfangskapitals, das für die Aufnahme des Produktionsprozesses erforderlich ist, im Verlaufe der Zeit. In der Anfangsphase des Kapitalismus überwog bekanntlich das zirkulierende Kapital gegen über dem fixen Kapital, während es heute umgekehrt ist. Wie soll man diesen universellen Erfordernissen des kapitalistischen Produktionsprozesses begegnen? Logischerweise — wie uns die geschichtliche Erfahrung das lehrt — auf verschiedenen Wegen, je nach den verschiedenen historischen und lokalen Situationen. England, das als erstes Land unaufhaltsam in den kapitalistischen Produktionsprozeß mit der Großindustrie eintritt, begünstigt durch eine bemerkenswerte Anfangsakkumulation, und das bis 1870 fast eine Monopolstellung in der Welt einnimmt, stellt eine Entwicklung dar, die einer solchen Situation entspricht. Der Akkumulationsprozeß kann erfolgen durch Neuinvestierung der Profite (Selbstfinanzierung), die dann später, wenn die organische Zusammensetzung sich erhöht hat, durch die Entwicklung von Aktiengesellschaften unterstützt wird, d.h. durch direktes Ansichreißen von Ersparnissen und subsidiert durch den „Industriekredit“. Der Kredit der Banken dient vorwiegend als Betriebskredit oder als zirkulierendes Kapital. Es ist offensichtlich, daß die Kredit- und Finanzstruktur in einer solchen Situation zu einer Spezialisierung tendiert, wie dies tatsächlich in der City erfolgt ist, deren spezifische Einrichtungen *Bageshot* in seinem klassischen Werk „Lombard Street“ beschrieben hat. Emission und Unterbringung von Aktien erfolgen durch eigene Einrichtungen und über einen eigenen Markt, die internationalen Wechsel gehen über einen anderen, und die direkte industrielle Finanzierung wiederum über einen anderen Markt. Dann entwickeln sich die „clearing banks“, d.h. Geschäftsbanken, deren Haupttätigkeit darin besteht, Fonds zu sammeln und Kurzanleihen zu gewähren; ferner die „acceptance houses“, Spezialeinrichtungen, vorwiegend für den Außenhandel, die von englischen Lieferanten auf wenig bekannte ausländische Firmen gezogene Wechsel annehmen, die „discount houses“ zur Diskontierung kommerzieller Wertpapiere, dann entstehen die großen Finanzhäuser (Barings, Rothschild, Kleinwort usw.), darauf die „investment trusts“, die Börse wird autonom, eine Gruppe spezialisierter Mittelsmänner, „brokers, jobbers usw.“ entwickelt sich, und schließlich entsteht eine relative Neutralität des Staates gegenüber den verschiedenen kapitalistischen Gruppen (neben der entschiedenen Unterstützung von Auslandsinvestitionen), der „freie Austausch“ bildet sich heraus usw. Diese Differenzierung behindert nicht, sondern begünstigt sogar die Finanzkonzentration und ihre Symbiose mit dem Industriekapital in der imperialistischen Phase.

In einer solchen Situation ist die kapitalistische Akkumulation nicht möglich ohne entschiedenes Mitwirken des Kreditsystems und des Staates, d.h. des Staatskapitalismus, um das Gründungskapital zu schützen und eine hohe Profitrate zu gewährleisten. In Deutschland, um ein typisches Beispiel zu nennen (aber schließlich auch in Frankreich während der zweiten Republik), wie auch in Italien wären die nichtkapitalistischen Ersparnisse ohne das Mitwirken der kleinen Bankformen (auch Sparkassen, Postsparkassen usw.) in den „Sparstrümpfen“ geblieben, hätten sie sich ohne Vermittlung des Banksystems nicht in Kapital verwandelt. Die „gemischte“ oder deutsche Bank (Universalbank d. Übers.) ist also eine Einrichtung,

die spezifischen Erfordernissen entspricht. Das gleiche gilt für den Außenhandel. Andererseits wäre ohne staatliche Verfügungen und ohne eine passive und aktive protektionistische Politik (dumping) sowie eine entsprechende Steuerpolitik, d.h. ohne einen Staatskapitalismus, der darauf gerichtet ist, eine forcierte Akkumulation vorzunehmen und in differenzierter Weise die Profite steigen zu lassen, die stürmische Entwicklung des deutschen Imperialismus (und auch des italienischen) nicht möglich gewesen. Der springende Punkt ist also immer der Akkumulationsprozeß, der sich mit einer bestimmten Größe und Intensität vollziehen muß, mit welchen Methoden auch immer.

Wie auch immer der Herausbildungsprozeß in einem bestimmten Augenblick der kapitalistischen Entwicklung, in der Phase, die *Lenin* als die imperialistische bezeichnet hat, ist, sowie unabhängig vom historischen Entstehungsprozeß, unabhängig von den technischen Instrumenten, derer es sich bedient, unabhängig von den spezifischen Einrichtungen (es überwiegen die „investment trust“, die Privatbankhäuser, Finanzinstitute, Versicherungsgesellschaften u.a.) wird das „Finanzkapital“ als Symbiose der beiden Existenzmomente oder Existenzweisen des Kapitals überall zu einer Realität. Das ist eingehend für alle Länder in marxistischen Publikationen nachgewiesen worden.

Die Erfordernisse der Akkumulation sind dergestalt, die Notwendigkeit einer Mobilisierung des bestehenden Geldkapitals (Geldfonds oder Ersparnisse zur ausschließlichen Verwendung im kapitalistischen Sinne und zur Bekämpfung des tendenziellen Falls der Profitrate) ist dergestalt, und auch die Konzentration des Kapitals in seinen verschiedenen Formen ist derart, daß die Symbiose zwischen Industriekapital und Leih- oder Geld- oder Bankkapital – wenn unter Bankkapital jegliche Art von Kreditierung unabhängig von den organisatorischen Formen zu verstehen ist – überall vor sich geht. Die andere Bedingung, die zu einer solchen Symbiose drängt, ist die wachsende Bedeutung des fiktiven Kapitals und darüber hinaus die Konzentration der Monopolmacht auf das flüssige Kapital, auf das Geld (Bankkonzentration), um zu der Möglichkeit zu gelangen, Monopolpreise der „Politiker“ des Geldes, der Zinsen zu bestimmen, d.h. zur Kreditierung mittels der Politik billigen „Geldes“ (Kapitals) und schlechender Geldinflation.

Geht man von der richtigen Konzeption aus, daß das „Finanzkapital“ repräsentiert wird durch die Symbiose zwischen dem in der industriellen Produktionstätigkeit investierten Industriekapital und dem Geldkapital in seinen verschiedenen Formen des „Flüssigseins“, so wird es schwierig und hat es geringe Bedeutung, darüber zu diskutieren – wie das schon mehrmals erwähnt wurde – ob heute im Finanzkapital das Moment des Geldkapitals (oder Bankkapitals) oder aber das Moment des Industriekapitals vorherrscht. Diese Momente verflechten sich, gehen ineinander über und werden – auch physisch – von den gleichen Personen vertreten. Die persönlichen Bindungen untermauern eine objektive Tatsache.

Somit ist das Kapital von Fiat, von Montedison und von Pirelli in der gleichen Weise Finanzkapital wie das der Südbahnen, der Zentralbank, der Investbank, der Kommerzbank oder der Adria-Versicherungsgesellschaft. Die ökonomischen und persönlichen Bindungen sind derart eng, daß es oft eine müßige Diskussion ist, festzu-

stellen, welches der beiden Momente überwiegt. Wie wir gesagt haben, führt die gesamte ökonomische Tätigkeit des Kapitalismus in der imperialistischen Phase zur Bildung von Finanzkapital, und auch diese Erscheinung ist Bestandteil der Konzeption vom „Finanzkapital“. Sie wird heutzutage in der gesamten wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur anerkannt, und auch in den Vereinigten Staaten beginnt man schon über die Entwicklung von „conglomerates“ zu diskutieren.

In dieser Feststellung, die wir für richtig halten, liegt eine Gefahr, und zwar die, daß die konkreten Erscheinungsformen des Finanzkapitals, seine zeitliche Entwicklung und die Veränderungen in der technischen Instrumentation nicht unterschieden und also auch nicht verstanden werden.

Es ist eine Tatsache, daß besonders nach der großen Krise von 1929–1933 dualistische Erscheinungsformen, die einander zu widersprechen scheinen, zu Tage treten.

Einerseits haben wir eine klare Unterscheidung des Bank- oder Leihkapitals vom Grund- oder Industriekapital, das zur Investierung von fixem Kapital dient. Diese Erscheinung ist begleitet von einem Wachsen der Profitrate und mit ihr der Selbstfinanzierung und das drückt zweifellos ein Überwiegen des Produktionskapitals gegenüber dem Leihkapital aus. Andererseits ist ein Anwachsen der finanziellen Bindungen und damit der Macht des Finanzkapitals ein wachsendes finanzielles Kriterium in der Leitung der Betriebe.

Die Erscheinungen widersprechen sich nur dem Anschein nach.

Es ist logisch, daß die Aneignung von Ersparnissen in Krisenmomenten durch sogenannte „gemischte Banken“ gefährlich wird und Bankkrachs sowie ernste politische Folgen heraufbeschwört.

In allen Ländern haben wir also eine Unterscheidung zwischen Einrichtungen für Betriebskredite und solchen für echte Industrie- oder Investitionskredite. Es ist eine bekannte Tatsache, an die ich also nur noch erinnere, die in allen Ländern zur Entstehung von Finanzinstitutionen im Unterschied zu Institutionen für gewöhnliche Kredite geführt hat.⁸

Ist dies nur ein Zeichen von technischer Vervollkommenung und Perfektionierung oder aber einer Verschmelzung in den Machtverhältnissen zwischen den beiden Formen oder den beiden Momenten, in denen sich das Kapital präsentiert?

Es ist nicht leicht, diese Frage zu beantworten, die übrigens auch in der marxistischen Fachliteratur von *Sweezy* und von anderen gestellt wird. Mir erscheint es nicht sehr wichtig, ob man die Konzeption von der Symbiose akzeptiert und ob es das Finanzkapital von Dupont oder der „National City Company“ oder der „Chase Security“ ist, die letzten Endes auch von Dupont kontrolliert wird. Aber ich glaube, die Bedeutung einer solchen Unterscheidung kann nicht negiert werden, muß analysiert werden und ist in jedem Land anders.

⁸ So gingen in den USA aus der „National City Bank“ die „National City Company“, die „Chase National Bank“, die „Chase Security Company“, die „Guaranty Trust“, die „Guaranty Company“ usw. hervor. Vgl. dazu Sayers, Modern banking, Clarendon Press, Oxford, 1963.

Mattioli, der von der großen Operation spricht, die in Italien zur Bildung der „IRI“ und der „IMI“ und dann zu anderen Einrichtungen und zum Bankengesetz von 1936 geführt hat, bestätigte, daß sie auch zur Befreiung des Industriekapitals von der Last und der Abhängigkeit von den Banken führte und ihm so eine schnellere Entwicklung gestattete.⁹

Ich glaube, was Italien anbetrifft, d.h. ein Land, in dem die gemischte Bank herrschte, so hatte *Mattioli* recht, und ich glaube auch, daß die Verbindung zwischen den Formen oder den verschiedenen Momenten des Kapitals, besonders in Italien nach 1933, komplexere und mannigfaltigere Formen angenommen hat als in der Vergangenheit, und auch – wenn man so will – daß die Aktionsstütze des Finanzkapitals zum Produktionsort zurückgekehrt ist. Der große kapitalistische Industriebetrieb ist eine „Finanzholding“ mit mannigfaltigen Interessen geworden, wie ja bereits gesagt wurde. Mit seinen verschiedenen Erscheinungsformen kann der letztgenannte Aspekt auf die gesamte kapitalistische Welt ausgedehnt werden. Aber die ökonomische und politische Bedeutung einer solchen Erscheinung ist in jedem Land sehr unterschiedlich, und es kann nicht behauptet werden, dies sei endgültig, stelle also eine stabile Systematisierung der modernen kapitalistischen Struktur dar. Darüber hinaus müssen diese Veränderungen, die oft von technologischer Bedeutung sind, zurückgeführt und einbezogen werden in die große Erscheinung der Ausweitung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und folglich in die neuen Akkumulationsformen, die das öffentliche Einwirken hervorbringt.

Auf jeden Fall scheint auch mir, daß durch die Riesenprofite der Monopole der Ausgangspunkt des Akkumulationsprozesses und damit das Moment der ökonomischen Entscheidung zum Produktionsbetrieb zurückkehrt, in dem die direkte und ursprüngliche Akkumulation erfolgt. Bestätigung dieser Meinung ist der hohen Prozentsatz der Eigenfinanzierung, die den Betrieb weitgehend unabhängig vom Geldkapitalmarkt macht.¹⁰

Aber es ist, wie schon gesagt, der Betrieb, der heute typisch für das Finanzkapital ist. Er ist vertikal integriert und auch horizontal durch Finanzbindungen an andere Gruppen von Lieferanten oder Verbrauchern gebunden. Jede Monopolgruppe, die auf sich hält, ist eine „Holding“ und hat eine eigene Finanzgesellschaft und eine eigene Bank, um Ersparnisse in den beiden Formen des Grundkapitals und des Betriebskapitals, in das es sich verwandelt, an sich zu reißen. Außer der direkten Herrschaft übt die Gruppe als Verbraucher oder Klient auch über die Kreditinstitutionen eine indirekte Herrschaft aus, obwohl diese unabhängig erscheinen könnten oder es sogar sind, wie z.B. in Italien, wo sie staatliches Grundkapital haben. Man braucht sich nur einmal die Zusammensetzung ihrer Verwaltungsräte anzusehen.

Im allgemeinen verbinden eigentliche spezifische Finanzstrukturen (Holdings, investment trusts und Finanzgesellschaften) das Ganze. Typische Beispiele in Ita-

⁹ Siehe auch die inneritalienische Diskussion zu der Lektion von *Mattioli*, Die aktuellen Probleme des Kreditwesens in: *Mondo economico*, Mailand, Nr. 13, Februar 1962.

¹⁰ Siehe auch das Werk von d'Alessandro, *Autofinanziamento di impresa*, Rom 1962.

lien sind die Südbahnen, die „Centrale“ usw. Aber es wäre falsch, die Konzeption des Finanzkapitals auf diese letzten Formen oder auf die Investbanken zu beschränken. Das Finanzkapital ist das Ganze, die Symbiose, die heutzutage so eng ist, daß sie die Teile vergessen läßt, aus denen sie besteht. Auch hier kann der Prozeß nicht als endgültig betrachtet werden, d.h. als ein Prozeß, bei dem keine Brüche möglich sind. Die Haupterscheinung ist neu hinsichtlich der Epoche, in der *Lenin* geschrieben hat. Auch ist sie – wie wir sehen werden – durch den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“, durch die Art und Weise geprägt, in der er auf finanziellem Gebiet und auf dem des Anleihenkapitals agiert.

In allen Ländern ist vom formalen Standpunkt aus (durch Nationalisierungen u.a.) die Macht des Staates im Kreditwesen gewachsen und ist sehr hoch. Es gibt technische Möglichkeiten, dieses Instrument anders zu nutzen als in der Vergangenheit, und zwar nicht im Dienste der Monopole, d.h. des Finanzkapitals, sondern in gewissen Grenzen auch gegen die Monopole.

Natürlich, um das zu tun, muß man in erster Linie die Profite des Monopols beeinflussen, muß die Eigenfinanzierung möglichst einschränken und begrenzen, und zwar so, daß die Monopolgruppen gezwungen sind, das Kreditsystem außerhalb ihres Bereiches in Anspruch zu nehmen.

Aber es ist auch klar, wenn man keine antimonopolistische Politik im grundlegenden und direkten Akkumulationsprozeß, der sich in der Produktion vollzieht, betreibt, diese auch nicht – eben wegen der Existenz des Finanzkapitals – im Kreditwesen betrieben werden kann, sei es, was den Akkumulationsprozeß anbetrifft oder die Kapitalverteilung über Kredite. Ein Beispiel haben wir in der Art und Weise, in der in Italien die „Nationalisierung“ der Elektroindustrie vollzogen wurde. Zweifellos hat sie dem Finanzkapital einen Schlag versetzt, indem sie ihm eine direkte Akkumulationsquelle sowie einen entscheidenden Bereich für ihre ökonomische Entwicklung entzog. Aber nachdem mit staatlichen Konzessionen die Bereitstellung enormer Geldmittel erleichtert wurde und eine effektive und antimonopolistische Kontrolle der Investition ausblieb, sind die Gruppen des Finanzkapitals – wie wir das gesehen haben – in andere Bereiche eingedrungen und haben ihr Netz wiederhergestellt.

Seit *Lenin*, d.h. seit der Epoche der stabilen Goldwährung, hat sich vom ökonomischen Standpunkt aus eine sehr wichtige Tatsache entwickelt. Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat, wenn nicht die Figur, so doch die ökonomische Bedeutung des Rentiers fast verschwinden lassen, d.h. einer Erscheinung, die nicht nur von *Lenin*, sondern auch von *Pareto*, einem bürgerlichen Theoretiker der imperialistischen Phase, als parasitär betrachtet wurde. Durch Inflationen, Abwertungen, gesteuerte Währungen und billige Kredite, d.h. billiges Kapital erfolgte eine forcierte, Akkumulation, die sich nicht nur in periodischen Aktionen der Ausplünderung des Rentiers äußert, in der Einvernahme, bei geringer politischer Gegenleistung, der nichtkapitalistischen Ersparnisse, sondern auch – und das ist viel wichtiger – in der regelmäßigen Steigerung des Preisniveaus, die die Werktätigen immer wieder um ihre Löhne und Gehälter bringt.

Die technischen Mittel, die der Staat in die Hand bekommen hat, dienen dazu,

die Profite der großen Gruppen des Finanzkapitals zu erhöhen und die Volksmassen auszubeuten. Das ist allgemein bekannt.

Es kann heute daran gezweifelt werden, ob die Nationalisierung von Produktionsbereichen dies sowie die Beziehungen zwischen den beiden Kapitalformen durch Hervorhebung der Bedeutung des Kapitals in seiner flüssigen Form bzw. seiner Form als Industrie- oder Produktionskapital verändern kann.

Anzeichen in dieser Richtung gibt es, erleichtert durch die Art, mit der „Nationalisierungen“ vorgenommen werden. Bedeuten sie doch sehr oft nur ein „Freiwerden“ von Geldkapital für Investitionen, um das Eindringen von Finanzkapital in neue Bereiche zu erleichtern. Andere Anzeichen bestehen in der anwachsenden internationalen Finanzspekulation. Aber Veränderungen in dieser Richtung, die aufmerksam zu verfolgen sind, würden nicht das Wesen des Finanzkapitals verändern, das immer aus der „Symbiose“ des Industriekapitals mit dem Geldkapital besteht und nicht aus einer einzigen Form allein. Und sein Ursprung liegt immer unmittelbar im Prozeß der Produktion von Mehrwert.

So ist der Begriff „Finanzkapital“, wie ihn *Lenin* geprägt hat, immer noch notwendig, um eine charakteristische Eigenart des modernen Imperialismus zu beschreiben. Seine Existenzweise hat heute die gleiche differenzierte Struktur und Natur wie der kapitalistische Betrieb, wie wir das ja bereits auf den vorangegangenen Seiten darlegten, d.h. wie der Betrieb, in dem die Verbindung zwischen der Finanzseite des Kapitals und seiner Produktionsseite vollzogen ist.

Anmerkungen

Auch für dieses hochaktuelle Thema findet man Angaben und andere Beurteilungselemente in Periodika und offiziellen Publikationen, die bereits in dem Kapitel zitiert wurden, in dem wir über die Tätigkeit der Banken von heute gesprochen haben. Vom theoretischen Standpunkt sind die bereits zitierten marxistischen Veröffentlichungen zu Rate zu ziehen.

Außer dem „Finanzkapital“ von *Hilferding*, das bereits zitiert wurde, mit dem schönen Vorwort von *Pietranera*, der nochmaligen Lektüre von *Lenin*, dem Artikel von *Pesenti* in „Critica marxista“ (1963) sind zu lesen:

Alhadeff – „Monopoly and competition in Banking“, Univ. of California Press, USA, 1954.

Balogh – „Les Banques anglaises et leur organisation“ (Die englischen Banken und ihre Organisation), Paris 1949.

Riesser – „Die Deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland“, Jena, 1961.

Sweezy – „Il presente come storia“ (Die Gegenwart als Geschichte), Turin, Einaudi, 1962.

Tridente – „La concentrazione bancaria della prima guerra mondiale ai nostri giorni“ (Die Konzentration der Banken vom ersten Weltkrieg bis zu unserer Zeit), editore Laterza, Bari, 1956.

Arbeitsmaterialien des IMSF

Eine neue Publikationsreihe
des
Instituts für Marxistische Studien und Forschungen
Frankfurt/Main

Internationale Konzerne und Arbeiterklasse

Band 2 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF
ca. 350 Seiten, Format DIN A 4 broschiert, erscheint im Oktober 1971

Der Band wird u.a. folgende Dokumente enthalten

- I. Materialien der Konferenz von kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder Europas vom 11.-13.1.1971 in London zum Thema:
Der Kampf der Arbeiterklasse kapitalistischer Länder Europas angesichts der Entwicklung internationaler Konzerne.
Abgedruckt sind u.a. Materialien zu folgenden Themen:
Die französische Arbeiterbewegung und die Entwicklung der multinationalen Konzerne
Die französischen Monopole im Prozeß der weltweiten Konzentrationsbewegung
Die Entwicklung der multinationalen Konzerne (Tabellarische Übersicht)
Ausländische multinationale Konzerne in Italien
Die Auslandsbeteiligungen italienischer Konzerne
Die multinationalen Konzerne in Belgien
Außenexpansion westdeutscher Konzerne
- II. Materialien des IBFG, des WGB und des DGB zum Thema des Bandes.
- III. Statistiken, Aufstellungen, Tabellen und Verzeichnisse zum Thema aus sowjetischen, US-amerikanischen, BRD und DDR-Quellen.
- IV. Zeitschriftenaufsätze und ein Auszug aus einer 1970 eingereichten Dissertation zum Thema: Internationale Verflechtung und Expansion der Monopolbanken führender imperialistischer Länder in der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Klassenkämpfe in Italien

Band 3 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF
ca. 350 Seiten, Format DIN A 4 broschiert, erscheint im Oktober 1971

Der Band gliedert sich in vier Abschnitte

- I. Gesamtdarstellung der Kämpfe der italienischen Arbeiterbewegung 1969/70 und ihre Resultate
- II. Gründe für die Bewegung 1969/1970
- III. Politische Bedeutung der Kämpfe und ihre Ergebnisse
- IV. Perspektiven und Probleme der italienischen Arbeiterbewegung nach 1970

Die einzelnen Abschnitte enthalten in der BRD weitgehend unbekannte Dokumente vor allem der CGIL, der CGIL-FIOM, der CISL und der CISL-FIM sowie der Arbeitskammern von Mailand und Rom. Hinzu kommen wichtige Dokumente der PCI sowie Interviews zu Schlüsselproblemen der italienischen Arbeiterbewegung mit führenden Repräsentanten der CGIL (Lama, Scaglia, Accornero) und der PCI, die dem IMSF gewährt wurden.

Band 4 der Reihe erscheint zum Jahresende mit dem Titel: **Klassenkämpfe in Frankreich**
Band 1 der Reihe ist zum Thema: **Armut in der BRD**, bereits in 2. Auflage erschienen.

II. Der „Markt“ im Imperialismus und die Preisbildung

Eine Untersuchung über die marxistische Werttheorie hat *De Cindio* in seiner Schrift *Le ragioni di scambio in oligopolio*¹¹ gemacht. Dies ist ein interessantes Werk, das zu lesen man nur empfehlen kann. *Marx* hatte seine Mehrwerttheorie auf der Grundlage der Hypothese einer einfachen Merkantilgesellschaft ausgearbeitet, und in der Folge gezeigt, daß der „Produktionspreis“ in einer hypothetischen kapitalistischen Wettbewerbswirtschaft eine neue „Wertform“ ist, so wie der kapitalistische Profit die Erscheinungsform des Mehrwerts darstellt.

Der Wert einer Ware ist auf dem Markt durch die zu ihrer Herstellung „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ bestimmt. Der Begriff „gesellschaftlich notwendig“ ist seinerseits an den der Arbeitsproduktivität gebunden, welcher sich entsprechend der Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit ändert.

Der Wert einer Ware ist also auch in der kapitalistischen Wirtschaft durch $c+v+m$ bestimmt und zeichnet die Grenze oder Ausdehnung des Marktes, auch wenn der Produktionspreis $c+v+p'$ (nach dem empirischen full cost Prinzip) entspricht. Aber p' ist nicht unabhängig von m , sondern wird aus letzterem abgeleitet; p' bedeutet nur eine andere Verteilung von m , und zwar auf der Grundlage des vom Kapitalisten investierten Kapitals. Es handelt sich also um eine ursächliche Erklärung des allgemeinen Preisstandes.

Welche Situation finden wir in einer vorwiegend monopolistischen oder oligopolistischen Wirtschaft vor? Unterschiedliche Techniken mit unterschiedlich hohem Grad der Arbeitsproduktivität und individuell verschiedenen Werten können nebeneinander existieren. Ferner besteht für ein Unternehmen anders als in einer hypothetischen Konkurrenzwirtschaft nicht die Möglichkeit, von einer Größenordnung oder von einer Technik zur anderen überzugehen, gerade wegen der unterschiedlichen Menge benötigten Anfangskapitals und wegen der Hindernisse, die mit der monopolistischen Struktur des Marktes zusammenhängen.

Dieses Beharren der Unterschiede in der Arbeitsproduktivität und folglich in dem Verhältnis von $c+v+m$ erlaubt die Fortdauer von unterschiedlichen Profiträten, das heißt m wird nicht zu gleichen Teilen auf der Grundlage des investierten Kapitals angehäuft und verteilt, sondern bleibt dort wo er produziert wird; aus diesem Grunde folgt auf einem oligopolistischen Markt die Preisentwicklung mehr als gewöhnlich der Werttheorie.

Welches ist der gesellschaftlich notwendige Wert in einer solchen Wirtschaft?

Dieser ist immer bestimmt durch das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit zur Herstellung der Menge von Waren, die nach *Sylos Labini* der Marktbreite und nach *Marx* dem Quantum des zahlungsfähigen gesellschaftlichen Bedürfnisses entspricht.¹² Der gesellschaftliche Marktwert ist somit durch die Technik bestimmt,

11 Francesco de Cindio, *Le ragioni di scambio in oligopolio*, editore Giuffre, Mailand, 1967.

12 Karl Marx, *Das Kapital* Band III, a.a.O. II. Abschnitt: Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit. Speziell das 10. Kapitel ist hier von aktuellem Interesse.

welche den größten Teil der Ware produziert: wenn die Menge der produzierten Waren kleiner ist als die Nachfrage, stabilisiert sich der Wert auf der Ebene der Kosten des Unternehmens, das die rückständigste Technik besitzt, das heißt dessen Arbeitsproduktivität am niedrigsten ist (das ist nach den Klassikern der Fall, den man in der Landwirtschaft findet); wenn die Nachfrage dagegen niedriger ist als das Angebot, wird sich der Wert dem Kostenstand des Unternehmens mit der fortschrittlichsten Technik, d.h. mit der höchsten Arbeitsproduktivität anpassen. Auf jeden Fall besteht immer eine Divergenz zwischen individuellem und gesellschaftlich notwendigem Wert, die heute zur Kristallisation und Zunahme tendiert: ist die Nachfrage größer als das Angebot, entstehen mehr oder weniger permanente Differentialrenten, im entgegengesetzten Fall besteht die Tendenz, weniger produktive Unternehmen vom Markt auszuschließen.

Auf einem oligopolistischen Markt gilt nicht mehr das „Konkurrenzgesetz“, welches zu einer mittleren und uniformen Profitrate und in gewissem Maße auch zu einem gleichen Lohn führt. Es existiert nicht einmal das der Konkurrenz eigene Gesetz, nach welchem jedes Unternehmen dahin tendiert, die Produktion auszudehnen, und den Verkaufspreis zu senken, um somit den Markt zu erweitern und die Nachfrage zu erhöhen.

Das führende Unternehmen, welches den größten Teil der verkauften Ware produziert und den Markt beherrscht, fixiert seinen Preis unter Berücksichtigung der Marktverhältnisse am Maximalpunkt. Dieser Maximalpunkt findet nach der Grenznutzentheorie seinen Ausdruck in der geknickten Absatzkurve und tendiert zu einer Maximierung des Mehrwertes oder Profits. Nach dem full cost Prinzip dagegen, welches durch den von *Sylos Labini* geprägten exakteren Begriff der Industriestruktur vervollständigt worden ist, hängt der Maximalpunkt von der Tatsache ab, daß die Grenzbetriebe, welche die führenden Unternehmen auf dem Markt behalten wollen, einen Minimalprofit von ungefähr 5% erlangen. Wenn somit der Verkaufspreis von dem leitenden Unternehmen der Automobilindustrie auf 120 fixiert worden ist, um ein Beispiel von *De Cindio*¹³ zu benutzen, kann sich folgende Situation ergeben:

Marktpreis der Automobilindustrie = 120

Unternehmen	Kosten-K $c+v$	Mehrwert	Wert Verkaufs- preis	Profit
A	100	20	120	20
B	110	10	120	10 circa
C	115	5	120	4 circa

13 De Cindio, a.a.O. S. 111.

Die marxistische Werttheorie erlaubt, auf die heutige Oligopolisituation angewandt, eine ursächliche, d.h. theoretische Erklärung für die, wenn auch in der Ausarbeitung von *Sylos Labini* besser spezifizierten, empirischen Thesen zu geben, die auf dem full cost Prinzip basieren; und nicht nur das, sie ist überdies in der Lage dem „Niveau“, d.h. dem Maß des Profits eine exakte Grundlage zu geben.

Es ist unserer Ansicht nach klar, daß diese Lösung, welche vom formalen Standpunkt aus exakter und ursächlich entsprechend dem Wertgesetz motiviert ist, immer noch einen hohen Grad von Unbestimmtheit läßt, welcher anderseits jedem ökonomischen Phänomen inhärent ist, insofern als es durch menschliche Beziehungen bestimmt ist und auf seiner Grundlage immer ein Klassenkampf stattfindet, der eine dauernde Veränderung aller ökonomischen Parameter, auf denen die ökonomische Rechnung basiert, mit sich bringt. Auch das Kräfteverhältnis zwischen dem oder den führenden Unternehmen und anderen – das nicht nur von dem technologischen Sprung und den Ertragszuwachsen abhängt, sondern auch von der sehr komplexen Strategie des dominierenden Unternehmens – kann nicht genau bestimmt werden. Das was der Marxismus behauptet hat und die heutige Wirklichkeit bestätigt, ist die Tendenz, den Akkumulations-, Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals und damit auch das technologische gap und das der Kräfteverhältnisse zu verstärken, d.h. das was andere kumulative Effekte genannt haben. Dies ist die Grundlage auch der Ausbeutung durch die Auferlegung von „falschen Kosten“, um entweder den Markt zu erobern oder Konkurrenten auszuschalten, und zwar nicht auf der Basis des Wertgesetzes, sondern mit Halsabschneidermethoden, die *Marshall* schon hinsichtlich der Formierung der großen Monopolbetriebe in den USA beschrieben hat.

Die Werttheorie, so wie sie auf die Oligopolisituation anwendbar ist, gibt uns außerdem die theoretische Grundlage zum Verständnis der drei Aspekte der indirekten Ausbeutung:

a) gegenüber der gesamten Gesellschaft durch die Festsetzung von Preisen, die die Kosten unter Einschluß einer vernünftigen Profitrate übersteigen, und somit werden die Beobachtungen *Pareto*, der Konkurrenztheoretiker und unter anderen Aspekten die von *Robinson* und anderen modernen Ökonomen bestätigt;

b) sie gibt uns eine Erklärung für den überdurchschnittlich hohen Anteil an Mehrwert, worauf *Baran* und *Sweezy* nachdrücklich hinwiesen;

c) sie gibt uns ferner eine theoretische Erklärung der Ausbeutung der unterentwickelten Länder durch Systeme nicht equivalenter Preise.

Das Anwachsen des Unterschiedes zwischen gesellschaftlichen und individuellen Kosten

Als erstes ist hervorzuheben, daß auch nichtmarxistische Ökonomen heute offen das Anwachsen der falschen Kosten, welche der oligopolistischen Marktstruktur innewohnen, zugeben.

Die Kosten enthalten vom kapitalistischen Gesichtspunkt aus gesehen die „Verkaufskosten“ (selling costs) und insbesondere die Kosten für Werbung, in welcher letzterer Form sich die monopolistische Konkurrenz verwirklicht. Es ist klar, daß diese keine realen Kosten sind, insofern sie dem Produkt keinen Wert zufügen. Es sind Kosten, die der Konsument trägt, zusätzlich zu den psychologischen, nämlich getäuscht und gelangweilt zu werden, auch wenn er ins Kino geht oder das Fernsehen anschaltet. Es handelt sich um falsche Kosten und, wie gesagt, hat sie *Marx* schon als solche definiert. Die Unterscheidung zwischen gesellschaftlichen und individuellen Kosten wird bei steigender Bedeutung des Monopols immer eindeutiger; der Unterschied zwischen beiden wird immer größer.¹⁴

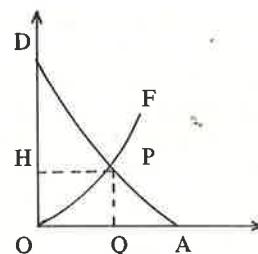
Und dennoch sind diese falschen Kosten ein Teil des Verkaufspreises der Waren und werden somit vom Konsumenten getragen.

Es ist klar, daß diese so festgesetzten Preise, welche höher sind als die echten Produktionskosten und permanent unterschiedliche Profitraten bestehen lassen, nur auf Grund der angewachsenen Herrschaft des Kapitals über die gesamte Gesellschaft möglich sind. Anders gesagt, der Kapitalist als Klasse übt heute eine größere Macht als in der Vergangenheit aus, seine Klasse befindet sich in einer stärkeren Monopolisituation. Beweis dafür ist, daß heute ein weit größeres Anfangskapital nötig ist als in der Vergangenheit, um in den Kreis der Kapitalisten, insbesondere der führenden, einzutreten: die Differenzierung zwischen den Klassen ist im wirtschaftlichen Sinne wesentlich deutlicher geworden, wenn auch in gesellschaftlicher Hinsicht das Bewußtsein durch die Entwicklung der mittleren und Dienstleistungsbetriebe (z.B. Reperaturwerkstätten, Reinigungen usw.) oder des tertiären Sektors getrübt ist, oder die Führungs- und Leitungskräfte unter den abhängigen Arbeitskräften sich oft als einen Teil der Kapitalistenklasse betrachten, obwohl sie wirtschaftlich abhängig bleiben.

Auf jeden Fall, selbst wenn man das wirtschaftliche Phänomen der Schaffung und Verteilung des Sozialprodukts nur vom Gesichtspunkt des Marktpreises aus betrachtet, welcher ohne Zweifel der Träger ist, mittels dessen das Volkseinkommen verteilt wird, kann man zu anderen Schlüssen kommen. Schon die ökonomische Theorie aus der Zeit des Konkurrenzkapitalismus hatte behauptet und graphisch bewiesen, daß die Konkurrenz zur Expansion der Produktion und zur Erhöhung des Warenangebots von Seiten des Unternehmens führte, welches zu den niedrigsten Stückkosten produzierte, und daß sie infolgedessen für die gesamte Gesellschaft vorteilhafter war. In der Tat tendierte das Gesamtwarenangebot dahin, die größte Menge zu den niedrigsten Preisen auf den Markt zu bringen.

Die graphische Darstellung der Behauptung ist die folgende: Wenn wir AD die Nachfragekurve und OF die Angebotskurve nennen, ergibt sich folgendes:

¹⁴ Vgl. dazu *Economia del Benessere*, A. C. Pigou NCE, Turin, 1934.

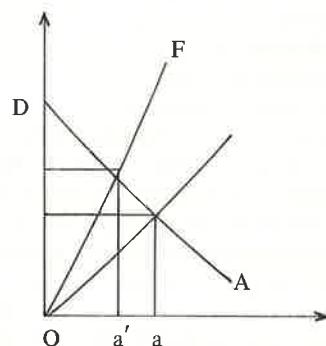


OQ ist die hergestellte und konsumierte Menge, QP der Gleichgewichtspreis. Die Fläche HPD stellt, wie die Ökonomen es genannt haben, die Konsumentenrente dar (die Differenz zwischen den Kosten, welche die einzelnen Konsumenten bereit gewesen wären zu tragen und dem den sie effektiv tragen).

Die Fläche HPO stellt den Profit der Unternehmer dar. Die Konkurrenz tendiert dahin, den Punkt P nach A zu verschieben, d.h. den Absatz und somit die Konsumentenrente zu vergrößern und die Profite zu verringern. Die Konkurrenz würde folglich im ganzen gesehen der Allgemeinheit einen realen Reinverdienst bringen, da der Gewinn der Konsumenten größer ist als der Verlust der Unternehmer.

Offensichtlich ist eine solche Beweisführung nichts anders als eine *repetitio in re ipsa*, eine Tautologie.

Die Monopol- oder Oligopolsituation vermindert oder verhindert dagegen die Konkurrenz und begrenzt somit gegenüber der möglichen die effektive Angebotsmenge, das heißt die Produktion selbst.



Wenn graphisch gesehen sich die verkaufte Menge von QQ auf QQ' verkleinert und der Preis von QP nach Q'P' steigt, verringert sich die sogenannte Konsumentenrente, die Profite der Unternehmer, die aus dem Markt ausscheiden, gehen verloren und die Profite der Monopolisten nehmen zu, womit sich ein gesellschaftlicher Nettoverlust ergibt.

Das Monopol verursacht nach *Pareto*¹⁵ einen Transfer von Reichtum, der dadurch, daß er die Bedingungen der freien Konkurrenz verändert, notwendigerweise von einer Zerstörung von Reichtum begleitet ist, da „jedes Monopol eine Zerstörung von Reichtum verursacht“.

Die Apologeten des heute vorherrschenden Oligopolis wiesen darauf hin, daß nur die großen Unternehmen den technischen Fortschritt und damit die Verminderung der Produktionskosten garantieren können; da sie aber Großunternehmen und Oligopol verwechselten, bemerkten sie nicht, daß das Monopol zwar die Produktionskosten herabsetzen kann, aber nicht dazu gezwungen ist, um zu überleben wie das für den Kapitalisten in der Konkurrenzsituation der Fall ist, und daß diese Kostenreduktion sich nicht notwendigerweise in einer Preismäßigung und Produktionserhöhung zum Vorteil der Kollektivität ausdrücken muß (und in der Tat nicht ausdrückt), sondern vielmehr in Monopolprofiten, mit Konsequenzen auch für die wirtschaftliche Entwicklung wie wir in der Folge noch sehen werden.

Natürlich wollten wir, indem wir *Pareto*s Ausführungen wiedergaben, keine absurden Überlegungen anstellen und einen Vergleich zwischen einem Konkurrenzsystem kleiner Unternehmen und dem heute existierenden System anstellen. Die aktuelle Oligopolsituation hat sich als notwendiger Prozeß aus der vorhergehenden Situation entwickelt, ein Prozeß, der nicht rückgängig zu machen ist; infolgedessen sind nur die Folgen heute zu betrachten, ohne Vergleiche mit der Vergangenheit anzustellen. Eine der Konsequenzen ist, wie wir gesehen haben, daß der Preis auf einem Niveau festgesetzt ist, das den Profit sichert, der die Fortdauer und das Wachstum der Monopolisituation erlaubt.

Daraus folgt ohne Zweifel eine Ausbeutung der sogenannten Konsumenten insgesamt und eine Verminderung des allgemeinen ihnen zur Verfügung stehenden Konsumfonds, eine Umverteilung des Reichtums von den Konsumenten zu den Kapitalisten, wie *Pareto* gezeigt hat; Nur-Konsumenten sind diejenigen, die keine Produktionsmittel besitzen, von den Proletariern zu den Kapitalisten. Innerhalb des Kreises der Kapitalisten vollzieht sich eine ungleiche Verteilung des Mehrwertes wegen der unterschiedlichen und konstanten Profitraten und infolgedessen eine zunehmende Differenzierung: die wirtschaftliche Macht, die das Kapital darstellt, konzentriert sich immer mehr in wenigen Gruppen, welche dank der größeren Macht einen immer stärkeren Teil des Volkseinkommens absorbieren.

Diese Feststellungen bestätigen, wie schon gesagt worden ist, die Gültigkeit der Werttheorie, d.h. des Grundprinzips, daß nur die menschliche Arbeit Reichtum schafft. Sie schafft ihn in größerer oder kleinerer Menge entsprechend dem Entwicklungsstand der anderen Produktivkräfte. Die menschliche Arbeit wird heute durch größere Produktionsinstrumente, perfektioniertere Produktionsmittel und eine zunehmende Kenntnis der Natur und ihrer Gesetze immer mächtiger, d.h. immer produktiver gestaltet. Das Produkt der menschlichen Arbeit wächst, aber ein-

¹⁵ *Pareto*, Corso di economia politica, Turin 1943, Bd. I, S. 107. Zu empfehlen ist auch hinsichtlich der praktischen Beweisführung des Theorems die Schrift von Barone, I sindacati, Neuausgabe der NCE, Turin, UTET, 1934, Band VII.

mal unter den gegebenen Bedingungen der Technik hergestellt, bleibt es was es ist, lediglich seine Verteilung kann sich verändern.

Wie wir gezeigt haben, ist die Summe der Produktionspreise im System des Konkurrenzkapitalismus gleich der Summe der Werte, so wie im jetzigen Oligopolystem die Summe der Preise aller Waren, die unter unterschiedlichen Bedingungen hergestellt werden (man darf nicht die Existenz der präkapitalistischen Produktionsformen und in der internationalen Arena die unterentwickelten Länder vergessen) gleich den Produktionspreisen und den Werten ist. Im Grunde ist dies die Aussage auch der Thesen *Paretos*, die wir illustriert haben. Natürlich zerstört dieser Prozeß des Transfers von Reichtum in die Hände der Oligopolisten in der Folge den schon produzierten Reichtum (auch in realem Sinn, wenn Vorräte vernichtet werden, um das Angebot zu vermindern) und den potentiellen Reichtum, d.h. den, der produziert werden könnte, wenn alle Produktionsquellen rationell genutzt und ausbeutet würden: dieser Prozeß ist verantwortlich für außergewöhnlichen Verlust und nicht realisierten Gewinn.

Aber die herrschende Monopol- und Oligopsituation schafft einen anderen wichtigen Tatbestand, d.h. eine erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft und der nicht kapitalistischen Volksschichten durch indirekte, außerbetriebliche Formen. Der Oligopolpreis ist eine dieser Formen, aber nicht die einzige.

Joan Robinson, die Cambridge-Ökonomin, hat in ihrem schon zitierten Werk „The economics of imperfect competition“ gezeigt, daß eine monopolistische Ausbeutung der Arbeit stattfindet, welche sich zu der gesellt, die schon *Marx* hervorgehoben und welche in der Aneignung des von der menschlichen Arbeitskraft geschaffenen Mehrwertes von Seiten des Kapitalisten besteht. *J. Robinson* hat, obwohl sie über *Marx* geschrieben, ihn nicht immer verstanden und akzeptiert seine Thesen nicht;¹⁶ so stimmt sie, was die Ausbeutung der Arbeit anbetrifft, nicht mit der Definition von *Marx* überein; für sie besteht die Ausbeutung in dem Tatbestand, daß im Oligopolystem bzw. in der unvollständigen Konkurrenz der Lohn geringer ist als er auf der Basis der „Grenzproduktivität der Arbeit“ sein müßte, und in einer Konkurrenzsituation sei. Die Arbeitskraft würde also geringer bezahlt als „*the proper wage*“, d.h. dem gerechten Lohn entspricht; der Lohn ist niedriger als der Wert des physischen Grenzprodukts. „In der vollständigen Konkurrenz erhalten die (Produktions-) Faktoren ihr physisches Grenzprodukt multipliziert mit dem Preis der Ware, die sie produzieren. Folglich kann in jedem Industriezweig ihr Reallohn dargestellt werden als

$$\text{physisches Grenzprodukt multipliziert mit } \frac{\text{Grenzeinkommen}}{\text{Preis}}$$

Unter den von uns jetzt angenommenen Bedingungen bleibt die physische Grenzproduktivität mit dem Aufkommen der Monopolisten unverändert. Und somit ist die Entlohnung der Faktoren im Verhältnis von Grenzeinkommen zu Preis vermindert worden.“¹⁷

16 Es empfiehlt sich, ihre „Essays of marxian economics“ zu lesen.

17 Joan Robinson, ebenda, S. 311 (ital. Ausgabe, Verlag Nuova editrice, Florenz).

Auch diese Betrachtungen, die wir hier nicht weiter vertiefen wollen, dienen dazu das zu bestätigen, was wir, wenn auch mit unterschiedlichen Überlegungen hinsichtlich der Situation der ökonomischen Kategorien in der aktuellen Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus oder Imperialismus festgestellt haben.

**Buchpublikationen des IMSF
im Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main**

Handbuch für Arbeiter und Angestellte
zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis, herausgegeben von
Dr. Heinz Jung und Dr. Heinz Schäfer
368 Seiten, 2. Auflage

Dr. Heinz Schäfer
Lohn, Preis und Profit heute
Mit einem ausführlichen statistischen Anhang aus der Wirtschaft der Bundesrepublik
117 Seiten, 4. Auflage

Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von Prof. Dr. Josef Schleifstein und Dr. Johannes von Heiseler
208 Seiten, 2. Auflage

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Herausgegeben von Jutta v. Freyberg und Dr. Kurt Steinhaus,
jeder Band 184 Seiten

Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus
Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von Horkheimer, Adorno,
Marcuse, Habermas.
Herausgegeben von Dr. Johannes v. Heiseler, Dr. Robert Steigerwald
und Prof. Dr. Josef Schleifstein
184 Seiten

Indochina im Kampf gegen den US-Imperialismus
Dokumente und Materialien.
herausgegeben von Gabriele Sprigath
und Dr. Kurt Steinhaus
130 Seiten

Prof. Dr. Josef Schleifstein
Kleines Lenin-Wörterbuch
80 Seiten, Reihe Sozialistische Klassiker

Caspar Schirmeister

Zum Monopol als Herrschaftsverhältnis – aktuelle Aspekte der Leninschen Analyse

Aus: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin, 4/1970.

Geringfügige Kürzung und Zwischenüberschriften durch die Redaktion des Marxismus-Digest.

In seiner grundlegenden Arbeit über den Imperialismus unterzieht *Lenin* die Auffassung *Kautskys* von der letzten Phase des Kapitalismus einer tiefen Analyse und einer entscheidenden Kritik. Dabei kritisiert *Lenin* unter anderem die Trennung der Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik, die für *Kautsky* charakteristisch ist. *Lenin* schreibt: „*Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik.*“¹

Im Mittelpunkt des Leninschen Werkes steht die Analyse der ökonomischen Grundlagen des Imperialismus. Die politische Charakteristik des monopolistischen Kapitalismus wird dabei jedoch in vielen Zusammenhängen dargestellt. „... politisch ist Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion.“² An anderer Stelle werden die „politischen Eigenschaften des Imperialismus“ hervorgehoben, der „... die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole (ist), die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet – das ist das Ergebnis dieser Tendenzen. Insbesondere verschärfen sich auch die nationale Unterdrückung und der Drang nach Annexionen,...“³

Lenin geht also auch bei der politischen Charakteristik des Imperialismus von den kapitalistischen Monopolen, vom Finanzkapital aus: „*die überallhin den Drang nach Herrschaft tragen*“. Damit wird unterstrichen, daß es sich beim Monopol, dem grundlegenden Produktionsverhältnis der letzten Phase des Kapitalismus, auch um das grundlegende politische, das reaktionäre Herrschaftsverhältnis dieser Gesellschaftsordnung handelt, ganz gleich, welche Form die politische Ordnung der einzelnen imperialistischen Staaten auch hat. „*Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.*“⁴

Um jedes Mißverständnis darüber auszuschließen, daß für das Monopol und die von ihm geprägte Gesellschaftsordnung die Anwendung sowohl ökonomischer als

auch außerökonomischer Mittel der Herrschaft und der Gewalt charakteristisch sind und daß diese beiden Seiten einander durchdringen, unterstreicht *Lenin* diesen Zusammenhang an vielen Stellen seines Hauptwerks über den Imperialismus und in anderen Arbeiten: „*Das Monopol bricht sich überall und mit jeglichen Mitteln (Hervorhebung C. S.) Bahn, angefangen von ‚bescheidenen‘ Abstandszahlungen bis zur amerikanischen ‚Anwendung‘ von Dynamit gegen den Konkurrenten.*“⁵

„*Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen ‚Details‘.*“⁶

Lenin weist nach, daß das Monopol das grundlegende gesellschaftliche Verhältnis des Imperialismus ist, d.h. das typische Produktionsverhältnis für diese Phase des Kapitalismus wie das grundlegende politische (Herrschafts-)Verhältnis dieser Phase. Die erweiterte Reproduktion des kapitalistischen Monopols als gesellschaftliches Verhältnis, die Durchdringung aller Gebiete des öffentlichen Lebens durch das Kapital ist gekennzeichnet durch die Kombination aller Mittel des ökonomischen und außerökonomischen Zwanges. Das einzelne Monopol und die verschiedenen monopolistischen Gruppierungen dehnen dabei ihre Einflußsphären innerhalb wie außerhalb der jeweiligen Länder nach dem Prinzip der Teilung nach der Macht aus. Dieses Prinzip wurde von *Lenin* vor allem im Zusammenhang mit der für das kapitalistische Monopol, für die vom Monopol geprägte Phase des Kapitalismus charakteristischen Expansionstendenz untersucht. Es würde aber der Leninschen Methode der Analyse des Imperialismus widersprechen, wollte man daraus schließen, daß dieses Prinzip nur für die Expansion des kapitalistischen Monopols nach außen gelte. Für das monopolistische Expansionsprinzip der Teilung nach der Macht gibt es weder eine nationale Beschränkung noch eine Einschränkung dieses Prinzips auf die Außenexpansion. Die erweiterte Reproduktion des Monopols verläuft national wie international entsprechend den gleichen grundlegenden Gesetzmäßigkeiten. *Lenin* schreibt: „*Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung ‚nach dem Kapital‘, ‚nach der Macht‘ vorgenommen ... Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung; ... ob diese Verschiebungen nun ‚rein‘ ökonomischer Natur oder außer ökonomischer (z.B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage, die an den grundlegenden Anschauungen über die jüngste Epoche des Kapitalismus nichts zu ändern vermag.*“⁷

Die erweiterte Reproduktion des kapitalistischen Monopols als Produktions- und Herrschaftsverhältnis kulminiert im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

1 W. I. Lenin, „Werke“, Dietz Verlag, Berlin 1955–1965, Bd. 22, S. 274.

2 Ebenda, S. 273.

3 Ebenda, S. 302.

4 Ebenda, S. 211.

5 Ebenda, S. 212.

6 Ebenda, S. 241.

7 Ebenda, S. 257.

Die Fragestellung für den staatsmonopolistischen Kapitalismus

Der monopolistische Kapitalismus antwortet auf die Herausforderung des Sozialismus zur Systemauseinandersetzung mit der Durchdringung des entscheidenden Gebiets des öffentlichen, politischen Lebens, des Staates, durch das Monopol, mit der Orientierung der gesamten staatlichen Tätigkeit auf die Garantie der Existenz und der Expansion des Monopols. Das Monopol als kapitalistisches Produktionsverhältnis kann nur durch die Verschmelzung der Mechanismen des ökonomischen und des außerökonomischen Zwanges im Widerspruch zum gesellschaftlichen Charakter der Produktion aufrechterhalten werden.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus bedeutet Durchdringung des Staates durch das Monopol und die Tendenz der Verwandlung der Staatsmacht in ein Instrument der Herrschaft lediglich eines kleinen Teils der Bourgeoisie – des Finanzkapitals – über das gesamte Volk, um dessen Beherrschung ein ständiger Kampf zwischen den einzelnen Monopolen und Monopolgruppen geführt wird.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus erfahren die beiden von *Lenin* charakterisierten Grundzüge des Monopols

– Durchdringung *aller* Gebiete des öffentlichen Lebens durch das kapitalistische Monopol,

– Expansion des Monopols mit *jeglichen Mitteln* des ökonomischen wie außerökonomischen Zwangs; Ausdehnung der Herrschaftssphären der einzelnen Monopole, Monopolgruppen wie imperialistischen Staaten entsprechend dem Prinzip der „Teilung nach der Macht“,

ihre volle Ausbildung.

Die Organe des Monopolkapitals und des imperialistischen Staates verschmelzen zu einem einheitlichen Mechanismus.⁸

So versucht das Finanzkapital, die Vollstreckung der auf Grund der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion herangereiften Notwendigkeit der Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum zu verhindern, der Herausforderung des kapitalistischen Systems durch den Sozialismus zu begegnen und die Arbeiterklasse sowie alle anderen Werktätigen und sogar die Produktionsmittel besitzenden nichtmonopolistischen Klassen und Schichten niederzuhalten. Herrschaft und Gewalt, diese Wesenszüge des Monopols, werden aber nicht nur im Interesse der einfachen Niederhaltung aller nichtmonopolistischen Klassen und Schichten ins Extrem gesteigert. Sie sind auch ein entscheidendes Mittel des imperialistischen Staates zur Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit – einschließlich der Umverteilung von Profit, bzw. Mehrprodukt der nichtmonopolistischen Produktionsmittel-eigner – im Interesse der Expansion des kapitalistischen Monopols, d.h. zur staatsmonopolistischen Regulierung.

Der imperialistische Staat setzt mittels ökonomischen wie außerökonomischen Zwanges Monopolbedingungen.⁹

8 Vgl. Autorenkollektiv, „Imperialismus heute“, Dietz Verlag, Berlin 1968, S. 140 ff.

9 Vgl. Autorenkollektiv, „Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, Akademie Verlag, Berlin 1967, S. 9 ff.

Diese kapitalistische Form der Vergesellschaftung im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist aber eben keine Vergesellschaftung, die den Widerspruch zum gesellschaftlichen Charakter der Produktion aufhöbe. Sie bringt eine höhere Stufe der kapitalistischen Konkurrenz – staatsmonopolistische Konkurrenz¹⁰ – hervor. Jetzt konkurrieren die Monopole und Monopolgruppen um ihren Anteil an der staatsmonopolistischen Umverteilung und ihren Einfluß auf die Bestimmung der Strategie und Taktik des imperialistischen Staates, kurz, um ihren Anteil an der ökonomischen und politischen Macht des imperialistischen Staates. Jetzt werden andererseits die Verbindungen einzelner Monopole und Monopolgruppen mit bestimmten Abteilungen der staatlichen Macht zu entscheidenden Waffen im Konkurrenzkampf der Monopole untereinander. Diese staatsmonopolistische Konkurrenz ist der höchste Ausdruck des Prinzips der „Teilung nach der Macht“.

Diese Tendenz wirkt als Gegentendenz gegen den Hauptprozeß der Zentralisation der Diktatur des Finanzkapitals und erhöht die innere Labilität des imperialistischen Herrschaftssystems. Sie führt zu einer Forcierung der Monopolisierung jener „Gebiete des öffentlichen Lebens“, die von zentraler Bedeutung für die Ausübung der imperialistischen Herrschaft sind. Diese Tendenz zur Erhöhung der Labilität des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems durch die staatsmonopolistische Konkurrenz führt in einzelnen Fällen zur Entwicklung bestimmter monopolistischer Organisationen, beispielsweise von Unternehmerverbänden, zu begrenzten Parallelapparaten der imperialistischen Staatsorgane.

Die entscheidende Ursache für die Erhöhung der Labilität des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, für die Verschärfung der Widersprüche über die Grundlinien von Strategie und Taktik innerhalb des Monopolkapitals und auch für die Entstehung von Parallelapparaten in diesem Prozeß ist die Offensive der Kräfte des Sozialismus. Das Monopolkapital fürchtet um die Funktionsfähigkeit der Institutionen des imperialistischen Staates und baut die Herrschaftsapparate der Monopole und Monopolgruppen bis hin zu Parallelapparaten der Staatsorgane aus. Der Hauptprozeß der Zentralisation der Diktatur des Finanzkapitals kann unter diesen Bedingungen der zunehmenden Labilität des Herrschaftssystems nur durch Verstärkung der Aggressivität nach außen sowie der Tendenz zur faschistischen Diktatur im Innern aufrechterhalten werden. Die Angst vor der wachsenden Macht der antimonopolistischen Kräfte und der Eroberung politischer Machtpositionen durch die Arbeiterklasse ist auch die Ursache dafür, daß die staatsmonopolistische Regulierung nicht nur durch Ausdehnung der Befugnisse der Organe des Staatsapparats, sondern auch durch Delegierung staatlicher Autorität, Übertragung des Rechts zur Ausübung staatlichen Zwangs, von den Staatsorganen auf bestimmte monopolistische Organisationen – beispielsweise auf Unternehmerverbände – geschieht.

Westdeutsche Beispiele hierfür sind unter anderem die Tätigkeit des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW), die Übertragung wesentlicher Teile der Lenkung des beruflichen Bildungswesens auf die Unternehmerverbände

10 Vgl. K.-H. Thielecke, „Die Arisierungen des Flick-Konzerns“, unveröffentlichte Dissertation, Berlin 1963.

„Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA) und „Deutscher Industrie- und Handelstag“ (DIHT) und deren „Arbeitsstelle für berufliche Bildung“ (ABB) oder der Übergang der Zinsregulierung von der Bundesbank auf die Unternehmerverbände des Kreditgewerbes.

Staatsmonopolistische Regulierung bedeutet also monopolistische Regulierung mit Hilfe der staatlichen Zwangsorgane, aber nicht in jedem Fall die Anwendung des Regulierungsinstrumentariums direkt durch den Staatsapparat. Ihren Wesen nach handelt es sich bei diesen Erscheinungen um Zwangsmobilisierung mittels des Staates. Sie stellen das Pendant des Prozesses dar, in dem die Monopolisierung solcher „Gebiete des öffentlichen Lebens“ voranschreitet, die im System der Herrschaftsausübung eine zentrale Rolle spielen und der schließlich auf eine Umverteilung des Anteils bestimmter Monopole und Monopolgruppen an der ökonomischen und politischen Macht des Staates gerichtet ist. Die Zwangsmobilisierung im Interesse bestimmter Monopole und Monopolgruppen (Delegierung staatlicher Vollmachten) und die forcierte Monopolisierung von Schlüsselbereichen des Herrschaftssystems, um den Interessen bestimmter Monopole und Monopolgruppen im imperialistischen Staat stärkere Geltung zu verschaffen, sind nur zwei Seiten einer Medaille, Ausdruck des Prinzips der „Teilung nach der Macht“.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus begann sich in der Vorbereitung und Führung des ersten imperialistischen Weltkriegs durch das monopolisierte Kapital herauszubilden. Schon in diesem staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus wurde die heute voll entwickelte Tendenz zur forcierten Monopolisierung derjenigen „Gebiete des öffentlichen Lebens“ deutlich, die für die Ausübung auch der politischen Herrschaft durch das Finanzkapital von zentraler Bedeutung sind. Die Rüstungsentwicklung und -fertigung, die Medien der Massenmanipulation, die Zentren der Sammlung und Entwicklung von Herrschaftswissen und Herrschaftsstrategien (Meinungsforschung; strategische Forschung à la RAND-Corporation, Hudson Institute, westdeutsche Stiftung „Wissenschaft und Politik“, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“; Wirtschaftsforschung usw.) wie die Zentren der für die Realisierung und Steuerung der wissenschaftlich-technischen Revolution grundlegenden Forschungen und Entwicklungen sind besonders hoch monopolisiert und realisieren – vor allem über den imperialistischen Staat – Superprofite. Diese hochmonopolisierten Bereiche des öffentlichen Lebens können deshalb mit Hilfe zwangsweiser Umverteilung hervorragend zur Realisierung von Superprofit durch die sie beherrschenden finanzkapitalistischen Gruppierungen beitragen, weil sie im System des außerökonomischen Zwanges, im System der Machtausübung durch das Finanzkapital eine besonders hervorragende Rolle spielen. Gerade diese Rolle ist es, die es den hier agierenden Monopole ermöglicht, in erster Linie mittels des Staates unter dem Motto der Erhaltung der längst vom Monopol negierten „heiligen Güter“ des Privateigentums und der bürgerlichen Freiheiten vor dem Ansturm der Kräfte des Sozialismus der ganzen Gesellschaft den Tribut zur Mehrung des Monopolprofits abzupressen. In diesem Prozeß der Monopolisierung von Schlüsselbereichen des Herrschaftsmechanismus dehnt das Finanzkapital seine Herrschaft über die ganze Gesellschaft – also auch über die nichtmonopolistische Bourgeoisie und die

einfachen Warenproduzenten – weiter aus, verschärfen sich Klassenpolarisation und finanzkapitalistische Diktatur.

Unternehmerverbände – Form der Herrschaftsausübung des Finanzkapitals

In seinem Hauptwerk über den Imperialismus unterscheidet *Lenin* insbesondere vier Hauptarten der Monopole oder Haupterscheinungsformen des Monopolkapitalismus:

1. Entstehung der Monopole aus der Konzentration der Produktion,
2. monopolistische Beherrschung der wichtigsten Rohstoffquellen,
3. monopolistische Verschmelzung von Bank- und Industriekapital,
4. Kolonialmonopol.¹¹

Mit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus analysiert *Lenin* weitere Haupterscheinungsformen des Monopolkapitals. In der Schrift „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ weist er auf das Vorantreiben der Monopolisierung durch den imperialistischen Staat, d.h. durch die Kombination des ökonomischen Monopolisierungzwangs mit außerökonomischem Zwang hin. In diesem Zusammenhang werden die Unternehmerverbände – wie auch in seinem Hauptwerk über den Imperialismus und in seinen Vorarbeiten dazu, den „Heften“ – als Monopole charakterisiert.¹²

Ausgangspunkt für die Leninschen Überlegungen waren hier vor allem die deutschen Gesetze im Zusammenhang mit der Kriegsrohstoffbewirtschaftung im ersten imperialistischen Weltkrieg. In grundlegenden Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterparteien, so zum Beispiel auf der Moskauer Beratung vom Juni 1969, in den Reden der Genossen *Leonid I. Breschnew*, *Walter Ulbricht* und *Gus Hall* sowie im Hauptdokument der Beratung,¹³ wird auf die besondere Bedeutung der Rüstungsforschung und -produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus und auf die Verschärfung des reaktionären Charakters der Herrschaft des Monopolkapitals hingewiesen. In den erwähnten Dokumenten und in Einzeluntersuchungen¹⁴ ist

11 Vgl. W. I. Lenin, a.a.O., S. 304 f.

12 Vgl. ebenda, Bd. 22, S. 203; Bd. 39, S. 21, 22, 144 u. 149; J. Chmelnikaja, „Der westdeutsche Monopolkapitalismus“, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1962, S. 19.

13 „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969“, Protokoll, Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 175 ff., S. 267 ff., S. 523 ff., S. 12 ff.

14 Vgl. z.B. H. Tammer/W. Hahn, „Eine neue Etappe monopolistischer Machtkonzentration in Westdeutschland“, „DWI-Berichte“, Nr. 2/1969, S. 2 ff.; H. Tammer, „Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Westdeutschland im Jahre 1968“, „DWI-Berichte“, Nr. 6/1969, S. 2 ff.; K. Engelhardt/K. H. Heise, „Westdeutsche Rüstungsmonopole in der Expansionsphase“, „DWI-Berichte“, Nr. 10/1969, S. 11 ff.; F. Knipping, „Monopole und Massenmedien“. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1969; auch nichtmarxistische Wissenschaftler kommen mitunter dicht an dieses Problem heran, so wird z.B. in der Arbeit von Bruce L. Smith, „The Rand Corporation“, (Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1966) die Frage aufgeworfen, ob sich mit der Herausbildung von Monopolinstituten, die in erster Linie strategische Konzeptionen an den Staat verkaufen, eine neue Art und Weise des Regierens (government) herausbilde.

vielfach bewiesen worden, daß die Monopolisierung vor allem in den mit der Rüstung verbundenen Zweigen von Forschung und industrieller Fertigung sowie beispielsweise in den Medien der Massenmanipulierung und anderen „Gebieten des öffentlichen Lebens“, die Instrumente unmittelbarer Herrschaftsausübung durch das Finanzkapital sind, sowie auf Schlüsselgebieten von Wissenschaft und Forschung besonders rasch forschreitet und daß vom imperialistischen Staat dieser Prozeß besonders forcierter wird. Dieser Prozeß ist auch Ausdruck der reaktionär-kapitalistischen Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution, im Spätkapitalismus.

Als weitere Haupterscheinungsformen des Monopolkapitals – Hauptarten der Monopole – im Sinne der vorstehenden Leninschen Bestimmung sind also für den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakteristisch:

– Zwangsyndizierung mit Hilfe des Staates, Zwangsvereinigung beispielsweise der Industriellen in Verbänden, das heißt Einsatz staatlichen Zwanges zur Forcierung der Monopolisierung¹⁵.

- staatlich forcierte Monopolisierung von Rüstungsforschung und -fertigung;
- Monopolisierung der Wissenschafts, insbesondere
- a) der Schlüsselbereiche für die wissenschaftlich-technische Revolution,
- b) von Herrschaftswissen (auch dieser Prozeß wird vom imperialistischen Staat besonders beschleunigt);

– Monopolisierung der Medien zur Massenmanipulierung.

Alle diese „Hauptarten der Monopole“ sind direkter Ausdruck der Verschmelzung von Monopolkapital und Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie sind ökonomisch Zentralisation von Kapital, politisch Zentralisation der reaktionären Herrschaft des Finanzkapitals über das ganze Volk.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus werden so wesentliche Bereiche des staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus direkt zu Hauptformen der Monopolisierung, zu bedeutenden Anlagenphären von monopolistischem Kapital (sowohl von staats- als auch von „privat“-monopolistischem) und damit zu entscheidenden Bereichen der Produktion von Monopolprofit. Das ist eine der wesentlichen Formen, in denen sich im Spätkapitalismus die Expansion des Monopols als Herrschaftsverhältnis vollzieht.

Wichtige Impulse für die konkrete Anwendung der Leninschen Monopoltheorie gab schon vor Jahren *Fred Oelßner* in seiner bekannten Arbeit zu diesem Thema.¹⁶ In der Diskussion über Arten und Formen des Monopols unter den gegenwärtigen staatsmonopolistischen Bedingungen kommt es vor allem darauf an, das kapitalistische Monopol als Prozeß zu verstehen. In diesem Prozeß bilden sich Monopole unterschiedlicher Qualität und Stabilität heraus. Diese sind vor allem davon abhängig,

– welche Bedeutung der jeweilige monopolisierte Bereich, die monopolisierte Kapitalanlagenphäre für den Prozeß der erweiterten Reproduktion der jeweiligen

15 Vgl. ebenda, Bd. 25, S. 352.

16 F. Oelßner, „Ein Beitrag zur Monopoltheorie“, in: *Probleme der Politischen Ökonomie*, Bd. 3, Akademie-Verlag, Berlin 1960, S. 12 ff. (Siehe die Auszüge in diesem Heft).

staatsmonopolistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse hat, das heißt, um welche Hauptart der Monopole – nach der oben dargestellten Leninschen Definition – es sich handelt;

– welche Kapitalfunktionen monopolisiert sind. Auf der Tatsache, daß Monopole in unterschiedlichem Grad nur bestimmte oder sämtliche Kapitalfunktionen erfassen, beruht bereits die von *Lenin* charakterisierte Erscheinung, daß ein Monopol Bestandteil eines anderen, ein Konzern beispielsweise Bestandteil eines Kartells sein kann.¹⁷

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich nicht nur neue Hauptarten der Monopole herausgebildet, sondern auch neue Organisationsformen des Monopols. *Lenin* sprach zu seiner Zeit von Kartellen, Syndikaten, Unternehmerverbänden, Konzernen und Trusts. Die Herausbildung weiterer Organisationsformen hat unter anderem folgende Gründe: die Notwendigkeit für das Finanzkapital, ange- sichts der Systemauseinandersetzung Kapitalismus – Sozialismus Umfang und Tiefe der Monopolisierung zu verschleiern; die Monopolisierung neuer „Bereiche des öffentlichen Lebens“; die Herausbildung des staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus; der internationale staatsmonopolistische Kapitalismus. In diesem Zusammenhang sei auf die Arbeit von *Lola Zahn*¹⁸ hingewiesen, die die Herausbildung von Monopolen internationaler Größenordnung untersucht.

Unternehmerverbände als Organisationsform des Monopols

Einige Probleme der Herausbildung neuer Hauptarten des Monopols und neuer monopolistischer Organisationsformen lassen sich am Beispiel der Unternehmerverbände besonders gut verdeutlichen. Zwar bildeten sich die Unternehmerverbände, zumindest was Deutschland betrifft, zum Teil schon vor der Periode des Imperialismus heraus. Da aber ihre Tätigkeit seit ihrem Bestehen auf den Staat orientiert und mit dem Staat verbunden war¹⁹, haben die Unternehmerverbände die im staatsmonopolistischen Kapitalismus vor sich gehenden Entwicklungen des Monopols als erste vollzogen, sie teilweise sogar forciert.

Drei Besonderheiten zeichnen die Unternehmerverbände aus:

- Sie sind im jeweiligen Land faktisch konkurrenzlos, „absolute“ Monopole, aber in ihnen sind nur bestimmte Kapitalfunktionen zentralisiert. Die dominierende Rolle in den Unternehmerverbänden spielen deshalb Monopole, die einen weit größeren Teil der Kapitalfunktionen zentralisieren – Konzerne, Monopolbanken usw.

- Die bedeutenden Unternehmerverbände sind wesentliche Bestandteile des politischen Herrschaftsmechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

17 W. I. Lenin, a.a.O., Bd. 22, S. 255 f.

18 L. Zahn, „Zur Globalstrategie und inneren Struktur von Monopolunternehmen internationaler Klasse“, „Wirtschaftswissenschaft“, Heft 1/1968, S. 1830 ff.

19 Vgl. J. Kuczynski, „Monopole und Unternehmerverbände“ („Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus“, Bd. 1), Dietz Verlag, Berlin 1948.

— Die Unternehmerverbände stellen eine der umfassendsten Formen der Einbeziehung nichtmonopolistischer Kapitale und einfacher Warenproduzenten in die erweiterte Reproduktion des Monopols dar. Die Verfügungsgewalt der kleinen Kapitalisten und anderen Warenproduzenten über ihr Eigentum wird eingeschränkt — mit der Tendenz zur schließlichen Expropriation.

Auf diese Tendenz der Einbeziehung aller Produktionsmitteleigentümer in die erweiterte Reproduktion des kapitalistischen Monopols hat *Lenin* zum Beispiel in seiner Arbeit „Zur Revision des Parteiprogramms“ wie folgt hingewiesen: „*Auch die offenkundig nicht kapitalistisch organisierte Produktion, die kleinen Handwerker, die Bauern, die kleinen Baumwollproduzenten in den Kolonien usw. usw., sind von den Banken und überhaupt vom Finanzkapital abhängig geworden. Wenn wir vom ‚Weltkapitalismus‘ im allgemeinen sprechen (und nur von ihm kann man hier sprechen, wenn man nicht in Fehler verfallen will), so schließen wir, wenn wir sagen, die Monopolverbände haben ‚entscheidende Bedeutung‘ erlangt, keinerlei Produzenten von der Unterstellung unter diese entscheidende Bedeutung aus. Den Einfluß der Monopolverbände auf die ‚kapitalistisch organisierte Produktion‘ zu beschränken, ist falsch.*“²⁰

Am Beispiel Westdeutschlands soll näher auf den Charakter der wesentlichen Unternehmerverbände als Zwangsverbände, auf die Wahrnehmung „klassischer“ Monopolfunktionen durch diese Verbände sowie auf die Rolle der Unternehmerverbände als Herrschaftsorganisationen des Finanzkapitals eingegangen werden.

Im westdeutschen Unternehmerverbandssystem sind im wesentlichen drei Gruppen von institutionell wie personell zu einem System verflochtenen Verbänden zu unterscheiden:

- sogenannte wirtschaftspolitische Verbände (z.B. „Bundesverband der Deutschen Industrie“ — BDI —, „Bundesverband Deutscher Banken“);
- sogenannte Arbeitgeberverbände, auch als sozialpolitische Verbände bezeichnet, Dachverband aller Organisationen dieser Gruppe ist die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA);
- sogenannte Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, deren wichtigste die im „Deutschen Industrie- und Handelstag“ (DIHT) zusammengeschlossenen Industrie- und Handelskammern sind.

Nachdem in bestimmten Phasen der Entwicklung des deutschen Imperialismus die Mitgliedschaft in Unternehmerverbänden gesetzlicher Zwang war (während des ersten imperialistischen Weltkriegs auf Gründ der von *Lenin* bereits analysierten Gesetze zur Kriegsrohstoffbewirtschaftung, während des Hitlerfaschismus auf Grund des Gesetzes über die „Neuordnung der deutschen Wirtschaft“ und der Nachfolgegesetze), besteht dieser Zwang in Westdeutschland gegenwärtig in modifizierter Form. Die entscheidende Ursache hierfür ist, daß die wesentlichen Unternehmerverbände eng mit dem imperialistischen Staat verschmolzen sind, daß man sie als institutionalisierte Verschmelzung bezeichnen kann.

20 W. I. Lenin, a.a.O., Bd. 26, S. 151.

Hier sei nochmals auf die faschistische Tradition der Zwangsmitgliedschaft hingewiesen. Da die westdeutschen Unternehmerverbände tatsächlich und auch erklätermaßen²¹ die Tradition der faschistischen Reichsgruppen und Wirtschaftskammern fortsetzen, bedeutete ein Ausscheren aus den wiedergegründeten Verbänden die Einnahme einer krassen Außenseiterposition. Tatsächlich gibt es hierfür in keiner der drei Verbandsgruppen nennenswerte Beispiele. Dies beruht aber nicht nur auf der Tradition. In den Industrie- und Handelskammern besteht eine direkte Zwangsmitgliedschaft dadurch, daß jede natürliche und juristische Person bei Erlangung einer Gewerbeerlaubnis automatisch Mitglied wird.

Bei den sogenannten Arbeitgeberverbänden besteht der Zwang zur Mitgliedschaft vor allem in der „Tarifhoheit“. Diese Verbände sind der Verhandlungspartner der Gewerkschaften in Tariffragen und anderen Fragen der Arbeitsbedingungen der Werkätigen. Sie vereinbaren mit den Gewerkschaften Tarifverträge für ganze Wirtschaftszweige. Nur durch Mitgliedschaft im Verband besteht für den einzelnen Kapitalisten zumindest die theoretische Möglichkeit, die Tarifverträge zu beeinflussen. In der umfassenden Arbeit von *Manfred Banaschak*²² wird auf andere Seiten der Tätigkeit dieser Verbände (z.B. Antistreik-Fonds) ausführlich eingegangen, die ebenfalls als Zwang zur Mitgliedschaft wirken.

Bei den sogenannten wirtschaftspolitischen Verbänden fällt es schwerer, außer der Fortsetzung der historischen Tradition und außer der Tatsache, daß alle Unternehmerverbände Westdeutschlands in vielfacher Weise miteinander verflochten sind, knapp den Zwang zur Mitgliedschaft zu begründen. Zur Erklärung der Tatsache der faktisch vollständigen Organisiertheit des westdeutschen Kapitals und der übrigen Warenproduzenten auch in dieser Gruppe wird deshalb auf die folgende Darstellung über die Wahrnehmung „klassischer“ Monopolfunktionen und über die Rolle der Unternehmerverbände als Herrschaftsorganisation hingewiesen.

Wenn man von der Wahrnehmung „klassischer“ Monopolfunktionen durch die Unternehmerverbände spricht, so muß noch einmal darauf verwiesen werden, daß sie nur bestimmte Kapitalfunktionen zentralisieren. In diesen Zwangsverbänden geht die Konkurrenz weiter

— auf allen nicht zum Tätigkeitsbereich des jeweiligen Verbands gehörenden Gebieten,

— um die Bestimmung der Tätigkeit des Unternehmerverbandes.

So sind die Unternehmerverbände — wie jede „niedrigere“ Monopolform — Katalysator für die Entstehung und Expansion „höherer“ Monopolformen.

Bei der Wahrnehmung „klassischer“ Monopolfunktionen haben die monopolistischen Verbände außerdem die Tendenz, ihren Tätigkeitsbereich ständig auszudehnen — eine Tendenz, die jeder Monopolform eigen ist und die im Fall der Unternehmerverbände dazu führt, daß die theoretisch scharfe Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Verbandsgruppen vielfach durchbrochen wird.

21 Vgl. z.B. „Fünf Jahre Bundesverband der Deutschen Industrie“, Bergisch-Gladbach 1954: „Verhandlungen des IX. Deutschen Bundestages zu Köln am Rhein, 9., 10. Oktober 1958“, Verlag Fritz Knapp, Frankfurt (Main) 1959.

22 Vgl. M. Banaschak, „Die Macht der Verbände“, Staatsverlag der DDR, Berlin 1964.

Beispiel: Bundesverband des privaten Bankgewerbes

Als Beispiel für die Wahrnehmung „klassischer“ Monopolfunktionen durch Unternehmerverbände soll hier der „Bundesverband Deutscher Banken“ dienen.²³ Zwei der wichtigsten Funktionen des Verbands unter diesem Gesichtspunkt für alle privatrechtlichen Banken. Den letztgenannten Tätigkeitsbereich könnte man auch als Konditionenkartell bezeichnen. Das Zinskartell, das heißt die Herausgabe von „Empfehlungen“ von Soll- und Habenzinssätzen für alle privatrechtlichen Banken, löste am 1. April 1967 die staatlich dekretierte Bindung der Zinssätze an den Diskontsatz der Bundesbank ab. Auch die Verbände der übrigen Rechtsformen des Kreditgewerbes geben entsprechende „Empfehlungen“ heraus. Als Überkartell haben sie gemeinsam einen „Zentralen Kreditausschuß“ (ZKA) gebildet. Soweit der Verband auch nach bürgerlichem Recht Kartellfunktionen ausübt, genießt er dabei die Vorteile des § 102 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz), der das Kreditwesen ausdrücklich vom Kartellverbot ausnimmt. Da aber der Bankenverband den Rechtstatus eines eingetragenen Vereins besitzt, – wie übrigens fast alle bedeutenden Unternehmerverbände außer dem DIHT – ist seine Tätigkeit zur Zentralisation von Bankkapital vom bürgerlichen Recht von vornehmlich besonderen als „gemeinnützig“, d.h. „nicht auf wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet“, geschützt.²⁴

Vielfach geht die Monopolfunktion des Verbands aber auch über den Kartellrahmen hinaus, beispielsweise die Beteiligung des Verbands an der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit mbH Köln, an deren Gründung er beteiligt war. Diese Gesellschaft stellt im wesentlichen Beteiligungskapital zur Verfügung mit dem Ziel der „stärkeren Entfaltung der Privatinitiative in den Entwicklungsländern“.

Ähnlichen Charakter hat auch die Vermittlung von Bankbeteiligungen, die der Verband seit 1963/64 betreibt. Nachdem dieser eklatante Verstoß gegen den „Gemeinnützigenstatus“ des Verbands von konkurrierenden Verbänden angegriffen wurde, ging das Geschäft an die verbandseigene Bank-Verlag GmbH über. Diese übt nun die Funktion einer Börse für Beteiligungskapital aus und vermittelt den Austausch von Beteiligungsangeboten und Beteiligungsnachfragen zwischen den interessierten Privatbanken. Der Verbandsbericht bemerkt, diese Einrichtung werde „rege in Anspruch genommen“.²⁵

Mindestens Kartellcharakter hat auch der „Gemeinschaftsfonds“ des Bankenverbands, der ein Mittel zur Weiterführung der Zentralisation im privaten Bankgewerbe ist. Der Fonds soll bei drohenden oder bestehenden finanziellen Schwierigkeiten privater Kreditinstitute Zahlungen leisten und wird dazu von einem ent-

23 Vgl. C. Schirmeister, „Der Bundesverband des privaten Bankgewerbes = ein Spitzenverband der westdeutschen Finanzoligarchie“, „DWI-Berichte“, Heft 7/1967, S. 11 ff.

24 Vgl. z.B. auch den westdeutschen Kommentar zum Recht des eingetragenen Vereins von E. Sauter, „Der eingetragene Verein“, München und Westberlin, 1954.

25 Bundesverband des privaten Bankgewerbes, Jahresbericht 1964/65, S. 65.

sprechenden Ausschuß des Bankenverbands geleitet. Die Macht dieses von den Großbanken beherrschten Ausschusses wird daran deutlich, daß keinerlei rechtlicher Anspruch auf Leistungen aus dem Fonds besteht und der Ausschuß durch seine Verbindungen zum Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und zur Bundesbank über die Geschäftslage einzelner Banken unterrichtet wird. Kartellartigen Charakter haben ferner die gemeinsame Werbung des privaten Bankgewerbes und die Herstellung einheitlicher Werbemittel durch die Bank-Verlag GmbH. Auch Provisionen und Gebühren, einschließlich der Gebühren für das Wertpapiergeschäft, sind im privaten Bankgewerbe einheitlich. Hier kann dem Bankenverband die Funktion eines Konditionen- und Preiskartells zugesprochen werden, obwohl Ermittlungen des Bundeskartellamtes angeblich keinen Beweis erbrachten, daß entsprechende Beschlüsse oder Empfehlungen der Verbandsorgane bestehen.²⁶ Schließlich sei noch auf den Ausschuß für Organisations- und Rationalisierungsfragen des Verbands hingewiesen, der durch seine Tätigkeit zur Vereinheitlichung des Bankverkehrs im privaten Bankgewerbe und zur Vorbereitung der Automatisierung nach einheitlichen Prinzipien die Funktion eines Rationalisierungskartells ausübt.

Verhältnis von Unternehmerverbänden und Staat

Die entscheidende Grundlage für die Wahrnehmung „klassischer“ Monopolfunktionen durch die Unternehmerverbände sind ihre enge Verschmelzung mit dem imperialistischen Staat und der vor allem aus dieser Verschmelzung resultierende annähernd hundertprozentige Organisationsgrad der Kapitale und der einfachen Warenproduzenten in ihnen. Die Verschmelzung von Monopolkapital und imperialistischen Staat im Spätkapitalismus äußert sich unter anderem in der gegenseitigen funktionellen Durchdringung beider Seiten – der Sicherung und Übernahme von „klassischen“ Monopolfunktionen durch den imperialistischen Staat und der Übernahme von Herrschaftsfunktionen durch das Monopol, das heißt der Expansion des Monopols als Herrschaftsverhältnis. Die Expansion des Monopols als Herrschaftsverhältnis bis hin zur Delegierung staatlicher Herrschaftsfunktionen an das Monopol (gegenseitige funktionelle Durchdringung von Monopol und Staat) läßt sich an den Unternehmerverbänden besonders gut verdeutlichen.

Durch den Zwang zur Mitgliedschaft und den Zwang zur Unterordnung unter die – von den am höchsten monopolisierten finanzkapitalistischen Gruppen diktierte – ökonomische und politische Strategie des Verbands sind die Unternehmerverbände in der Lage, diese Herrschaftsfunktionen, in erster Linie über die Arbeiterklasse, auszuüben. Dieser Zwang in den Unternehmerverbänden, der eben eine der Formen darstellt, durch den die gesamte kapitalistische wie „auch die offenkundig nicht kapitalistisch organisierte Produktion“ in das Monopol einbezogen

26 Vgl. G. Buschmann, „Die Vereinbarungen und Zusammenschlüsse im Kreditwesen“, Westberlin 1963, S. 210.

wird, bedeutet eine partielle Ausschaltung des Kampfes zwischen den Kapitalen um die Bestimmung der staatlichen Strategie.

Er ist ein Instrument zur gewaltsamen Disziplinierung der gesamten Bourgeoisie durch das Finanzkapital im Interesse der Sicherung und der Expansion seiner reaktionären Herrschaft über die Arbeiterklasse. Auf diesen Zwang gründet beispielsweise auch die besondere Rolle der Unternehmerverbände im staatsmonopolistischen Parteiensystem, in Parlament, Gesetzgebung und Regierungsbürokratie, auf deren Behandlung hier verzichtet werden kann.²⁷ Nur auf einen begrenzten Bereich, in dem sich das Monopol über die Unternehmerverbände als reaktionäres Herrschaftsverhältnis realisiert, sei hier eingegangen.

Daß die Unternehmerverbände nicht nur mit dem Staatsapparat und den staatstragenden Parteien eng verflochten sind und auf diese Weise politische Herrschaft ausüben, sondern daß sie direkte Machtorgane zur Unterdrückung der Arbeiterklasse geschaffen haben, die mit staatlicher Vollmacht ausgestattet sind, wurde besonders im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen deutlich, die unter aktiver Mitwirkung der finanzkapitalistischen Unternehmerverbände ausgearbeitet wurden²⁸ und die die juristische Fixierung der Rechte des Kapitals und seiner Verbände zur unmittelbaren politischen Herrschaftsausübung wesentlich ausdehnten. Letzteres geschah auf zweierlei Weise: durch eine juristische Sanktionierung der Aussperrung einerseits und des Unterdrückungs- und Zwangsapparats des Kapitals andererseits.

Was die Aussperrung betrifft, so betonte die „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände“ (BDA) in ihrem Jahresbericht 1967, daß nach der in der Bundesrepublik herrschenden Rechtsauffassung das Streikrecht nicht grundgesetzlich gewährleistet sei.²⁹ Die BDA forderte, eine gesetzliche Sanktionierung bestimmter Streiks in den Notstandsgesetzen nur dann zuzulassen, wenn politische und sogenannte „wilde“ Streiks verboten und Aussperrungen gesetzlich legitimiert würden. Gegen den Widerstand einer Gruppe von SPD-Abgeordneten des Bundestages, die in dieser Frage gewerkschaftliche Forderungen vertraten, wurden die Gesetze gemäß den Forderungen der Unternehmerverbände beschlossen. Triumphierend konnte die BDA deshalb in ihrem Jahresbericht 1968 feststellen, daß in der grundgesetzändernden Notstandsregelung zu Artikel 9, Absatz 3 des Grundgesetzes „Streik und Aussperrung gleichgestellt sind. Das darf zweifellos als bedeutsames Faktum gewertet werden ... Da die Vorschrift nur von arbeitsrechtlichen Arbeitskämpfen der Koalitionen (gemeint sind die Gewerkschaften und „Arbeitgeber“-Verbände C.S.) ausgeht, schützt sie weder den politischen noch den wilden Streik.“³⁰

Durch die Notstandsgesetzgebung ist damit eine entscheidende Bestimmung erlassen worden, die die Rechte der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften nicht

28 Vgl. C. Schirmeister, „Zur Rolle der Unternehmerverbände bei der Formierung der politischen Herrschaft des Finanzkapitals in Westdeutschland“, „DWI-Berichte“, Heft 12/1969, S. 11 ff.

27 Vgl. C. Schirmeister, „Zum Einbau der Unternehmerverbände in die Staatsverfassung“, in: „Marxistische Blätter“, Frankfurt (Main), Heft 5/1968, S. 43 ff.

29 Vgl. „BDA-Jahresbericht 1967“, Köln 1967, S. 37.

30 Ebenda, S. 36.

nur für den Notstandsfall weiter einschränkt und gleichzeitig die Macht der Unternehmerverbände weiter festigt. Dies wird durch den Teil der Gesetze noch verstärkt, der die Unterhaltung eines bewaffneten Unterdrückungsapparats des Kapitals, koordiniert durch die Unternehmerverbände, unterstützt.

Die gesetzliche Legitimierung bewaffneter Formationen des Kapitals im Rahmen der „inneren Staatsreform“ muß im Zusammenhang mit den anderen neofaschistischen Aktivitäten gesehen werden. Die Unternehmerverbände haben auch bereits deutlich gemacht, daß sie ihre Machtmittel gegebenenfalls nicht nur gegen die Arbeiter und Angestellten der jeweiligen Betriebe anwenden würden. Dies wird mit der Behauptung zu recht fertigen versucht, die außerparlamentarische Opposition gefährde den Wirtschaftsablauf, weshalb „alle Verantwortung der tragenden Kräfte“ den Autoritätsverlust des Staates „beseitigen“ müßten: „Im übrigen darf die Beurteilung der außerparlamentarischen Opposition nicht darüber hinwegsehen, daß auch durch diese Erscheinung die solide Basis unseres Gemeinwesens erschüttert worden ist. Es sollte Aufgabe aller die Verantwortung tragenden Kräfte sein, den weiteren Autoritätsverlust des Staates zu beseitigen. Denn der hier sichtbar gewordene Unsicherheitsfaktor in unserem öffentlichen Leben muß auf die Dauer auch den Wirtschaftsablauf ungünstig beeinflussen.“³¹

Die „Verantwortung tragenden Kräfte“ der Unternehmerverbände haben zur Stärkung der Autorität des Kapitals und des Staates seit Beginn der 60er Jahre verschiedene Institutionen und Organisationen geschaffen, mit deren Hilfe die Monopolverbände unmittelbar politische Herrschaft über die Arbeiterklasse ausüben.³² Durch die Notstandsgesetze wurden die staatlichen Vollmachten dieses finanzkapitalistischen Unterdrückungsapparats wesentlich erweitert. Hier sei nur auf die von BDI, BDA und DIHT geschaffene Parallelorganisation zum „Verfassungsschutz“, die „Gesellschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft e.V.“ (GSW) und den Werk- bzw. Werkselbstschutz eingegangen. Die Spitzelorganisation GSW arbeitet vollkommen konspirativ. Sie faßt die mit der Überwachung der Belegschaften beauftragten Personen der kapitalistischen Unternehmen zusammen und erarbeitet Richtlinien für ihre Tätigkeit sowie für die Bespitzelung von Werksangehörigen durch Angehörige des Werkschutzes. Sie arbeitet eng mit der politischen Polizei und den Ämtern für Verfassungsschutz zusammen und liefert Unterlagen für den jährlichen Bericht des Bundesinnenministeriums über den „Linksradikalismus“. Ferner werden von der GSW verschiedene „Unternehmerwarndienste“ und auch bestimmte Publikationsorgane mit dubiosen Informationen über angebliche „kommunistische Unterwanderung“ von Unternehmen und Gewerkschaften sowie über die angebliche Taktik der westdeutschen Linkskräfte versorgt.

In einer an westdeutsche Unternehmen verschickten Propagandaschrift bietet die GSW folgende Dienste „gegen Zersetzung und Vorbereitung von Terroraktionen“ an:

31 „BDI-Jahresbericht 1967/68“, BDI-Drucksache Nr. 83, Köln 1968, S. 13.

32 Vgl. K. H. Roth, „Zur Militarisierung der Betriebe in der Bundesrepublik“, „Marxistische Blätter“, Frankfurt (Main), Heft 3/1967, S. 56 ff.; R. Rilling, „Bürgerkriegsvorbereitungen gegen die Arbeiterklasse“, ebenda, Heft 4/1968, S. 59 ff.

- Vermittlung von „Kenntnis der kommunistischen Taktik zur Anzettelung innerer Unruhen oder beim Einsatz von Banden,
- frühzeitiges Erkennen radikaler oder politisch verdächtiger Personen im Betrieb, um sie spätestens bei Beginn illegaler Aktionen zu entfernen,
- vorbereitende Organisation der Abwehr zur Sicherung des Werkes nach außen, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Werk,
- weitgehende Ausschaltung von kommunistischer Infiltration und Agitation,
- Verhinderung der materiellen und personellen Ausspähung,
- rechtzeitiges Erkennen und Unterbindung illegaler Streiks,
- Aufstellung eines Werkschutzes zur Bewachung des Werkes.“³³

In den letzten Jahren konzentrierten die Unternehmerverbände – vor allem BDI und DIHT – besondere Aufmerksamkeit auf den Auf- und Ausbau sowie die Koordinierung der Tätigkeit des Werkschutzes bzw. Werkselbstschutzes. Auch dabei wurden sie von Bundesregierung und Bundeswehr aktiv unterstützt. Auf der Grundlage von Empfehlungen des BDI wurden von vier westdeutschen Unternehmen Erprobungsmaßnahmen für den Aufbau und den Einsatz von Werkselbstschutzeinheiten durchgeführt³⁴, die in Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundeswirtschaftsministerium bis Ende 1966 stattfanden.

Der BDI-Arbeitskreis „Betriebs-Werkselbstschutz-Zivilschutzmaßnahmen“ wertete diese Erprobung zusammen mit den anderen Mitgliedsverbänden der „Zivilschutzarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Wirtschaft (ZAGW) aus, und die Ergebnisse der Auswertung wurden von der ZAGW dem Bundesministerium des Innern und dem Bundeswirtschaftsministerium übermittelt. „Der Bundesminister für Wirtschaft beabsichtigt, die in den beispielhaften Untersuchungen über die Aufstellung, Ausrüstung und Ausbildung eines Werkselbstschutzes gemachten Erfahrungen als Empfehlungen herauszugeben.“³⁵ An diesem Beispiel wird der enge wechselseitige Zusammenhang zwischen dem Ausbau der unmittelbaren autoritären Herrschaftsausübung durch das Kapital und seine Unternehmerverbände einerseits und der „inneren Staatsreform“ andererseits ebenso deutlich wie daran, daß der Text des sogenannten „Katastrophenschutzgesetzes“, das das alte Selbstschutzgesetz ablöst, in seinen Feststellungen über den Werkselbstschutz völlig den BDI-„Empfehlungen“ folgt.³⁶ Nach diesem „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“, das am 30. Mai 1968 im Bundestag durchgepeitscht wurde, werden „die bisher bestehende Zweigleisigkeit und die unterschiedlichen Kompetenzen für das Gebiet des Zivilschutzes einerseits und den Bereich des friedensmäßigen Katastrophenschutzes andererseits beseitigt und durch eine einheitliche zusammenfassende Ordnung mit klarer Zuständigkeitsregelung ersetzt“.³⁷

33 Zitiert bei R. Rilling, a.a.O., S. 52.

34 Vgl. „BDI-Jahresbericht 1967/68“, a.a.O., S. 178.

35 „DIHT-Bericht 1967“, Bonn 1968, S. 160.

36 Vgl. „BDI-Jahresbericht 1967/68“, a.a.O., S. 178.

37 Ebenda.

Die Kosten für den „Selbstschutz“ der Unternehmen werden nach diesem Gesetz weitgehend aus Steuermitteln finanziert; doch die staatlichen Organe besitzen keinerlei Weisungsrechte gegenüber dem Werkselbstschutz. Unter der Tarnung des Katastrophenschutzes werden auf dieser Grundlage die privaten bewaffneten Kräfte der Monopole weiter ausgebaut. Bereits im Jahre 1964 betrug die Zahl der bewaffneten Werk(selbst)schutzeinheiten mindestens 60 000 Mann³⁸. Die Bewaffnung reicht von Pistolen und Gasnahkampfwaffen bis zu Maschinenpistolen, wie die westdeutsche Zeitschrift „Pardon“ im Heft 6/1967 enthüllte. „Pardon“ bewies ferner, daß zu den Aufgaben des Werkselbstschutzes auch die Bekämpfung normaler und „wilder“ Streiks gehört. Dabei orientiert sich der Werkselbstschutz an der Strategie der „psychologischen Kampfführung“ der Bundeswehr. So veranstaltete beispielsweise die Bundeswehrschule für psychologische Kampfführung vor dem Arbeitskreis der Notstandsreferenten der Länderarbeitsgemeinschaften des DIHT und anderen Unternehmerverbandsräten ein Planspiel zu Fragen des „verdeckten Kampfes“ innerhalb und außerhalb von Betrieben. Der DIHT verbreitete die Ergebnisse dieses Planspiels mit dem Ziel, die bisher weniger interessierten Unternehmen zur Bestellung von „Sicherheitsbeauftragten“ und zum Ausbau des Werkselbstschutzes zu veranlassen. Laut DIHT vermittelte das „Planspiel einen instruktiven Einblick in mögliche Erscheinungsformen während eines länger anhaltenden Spannungszustandes. Dabei wurden Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt, den im verdeckten Kampf agierenden subversiven Kräften zu begegnen.“³⁹ Auch das Bestehen dieser Sicherheitstruppe des Kapitals – organisiert und koordiniert von den finanzkapitalistischen Unternehmerverbänden, finanziert aus Steuermitteln, doch keiner demokratischen Kontrolle unterworfen, ausgebildet unter Beteiligung von Bundeswehr und Bundesinnenministerium, ausgerichtet auf den Kampf gegen Streikende und gegen jede demokratische Opposition – macht das Ausmaß deutlich, in dem bereits heute unter maßgeblicher Beteiligung der Unternehmerverbände die unverhüllte Diktatur des Finanzkapitals für den „Eventualfall“ vorbereitet wird.

*

Zusammenfassend kann man folgendes zu den westdeutschen Unternehmerverbänden feststellen:

In den Unternehmerverbänden wird der monopolistische Grundzug von Herrschaft und Gewalt besonders deutlich. Sie stellen eine Organisationsform des Monopols zur Steuerung des imperialistischen Staates durch das Finanzkapital dar. Mittels der Unternehmerverbände übt das Finanzkapital seine Herrschaft sowohl durch den imperialistischen Staat als auch direkt über die Arbeiterklasse und die anderen werk-tätigen Klassen und Schichten aus.

38 Vgl. R. Rilling, a.a.O., S. 31.

39 „DIHT-Bericht 1967“, a.a.O., S. 169.

Die Unternehmerverbände verkörpern sowohl die Verschmelzung der Organisationsformen des Monopols und der Organe des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus als auch die sich in diesem Rahmen entwickelnde Tendenz zur Herausbildung monopolistischer Parallelapparate zu den Staatsorganen.

In den Unternehmerverbänden wird die grundsätzliche staatsmonopolistische Tendenz der gegenseitigen funktionellen Durchdringung von Monopolorganisationen und imperialistischen Staatsorganen, von Monopol und Staat deutlich.

Die Unternehmerverbände als Zwangsorganisationen sind Beispiele dafür, wie sich das Monopol durch eine Kombination von ökonomischem und außerökonomischem Zwang ausdehnt. Auch die Wahrnehmung „klassischer“ Monopolfunktionen durch die Verbände wird durch ihren Zwangscharakter erst ermöglicht oder zumindest entscheidend gefördert.

Die mit Hilfe des staatlichen Zwangs vollzogene Monopolisierung, wie sie in den Unternehmerverbänden vor sich geht, ist eine Form der staatsmonopolistischen Regulierung.

Das Monopol als Herrschaftsverhältnis ist seinem Wesen nach expansiv. Das Finanzkapital strebt danach, seine Herrschaft dadurch zu festigen, daß es der ganzen Gesellschaft die monopolistische Bewegungsform aufzwingt.

Bestimmte apologetische Gesellschaftstheorien – etwa von der pluralistischen oder der formierten Gesellschaft – sind ebenfalls darauf gerichtet, daß alle Widersprüche und Konflikte nach den Regeln der Konkurrenz der Monopole ausgetragen werden und daß sich auch die Organisationen der Arbeiterklasse als monopolistische Verbände verstehen sollen. Die Aufdeckung des Wesens des Monopols als reaktionäres Herrschaftsverhältnis ist auch unter diesem Gesichtspunkt für die Mobilisierung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen das Monopol bedeutsam – eines Kampfes, der erfolgreich nur außerhalb und gegen die Bewegungsformen des Monopols geführt werden kann.

Das wissenschaftliche Rüstzeug und die Orientierung in diesem Kampf bietet der Leninismus.

Neuerscheinung

Mitte April 1971 erschien im IMSF der

Informationsbericht Nr. 6

Kritik der „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971“
DIN A 4, 16 Seiten, Schutzgebühr DM 5, –

Bestellungen erbeten an IMSF, 6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Aspekte zum internationalen Konzern

Beitrag der *Communist Party of Great Britain* zur Konferenz von kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder Europas vom 11.–13. Januar 1971 in London zum Thema „*Der Kampf der Arbeiterklasse kapitalistischer Länder Europas angesichts der Entwicklung der internationalen Konzerne*.“ Die Übersetzung erfolgte nach dem Konferenzmaterial.

I. Der Wandel in der Struktur des Weltkapitalismus

Der Kapitalexport ist kein neues Phänomen. Seit mindestens einem Jahrhundert hat er eine wichtige Rolle in der Ausdehnung und Vereinheitlichung des Weltkapitalismus gespielt. Und über fünfzig Jahre ist es jetzt her, seit *Lenin* schreiben konnte: „Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden.“

Nichtsdestoweniger hat sich während des letzten halben Jahrhunderts, insbesondere während der letzten zwanzig Jahre, das Wesen der überseeischen Investitionen qualitativ verändert. Bis zum ersten Weltkrieg nahm der bei weitem überwiegende Teil des Kapitalexports die Form von Portfolio-Investitionen an. Natürlich gab es bedeutende Ausnahmen, bei denen Portfolio-Investitionen von einer aktiven Kontrolle der Auslandsgeschäfte begleitet waren, aber in der Regel war diese Kontrolle bei weitem nicht so verbreitet und scharf wie in der folgenden Ära der Direktinvestitionen. Mit der Expansion der riesigen Rohstoff- und Verarbeitungsfirmen trat die Portofolio-Investition, obwohl immer noch beträchtlich, hinter die Direktinvestition zurück, durch die die Unternehmen Betriebsanlagen in anderen Ländern erwerben oder installieren, über die sie einen hohen Grad an Kontrolle ausüben können und es in der Regel auch tun. Die Direktinvestitionen umfassen heute 75 Prozent des gesamten privaten Kapitalexports im Vergleich zu weniger als 10 Prozent vor dem ersten Weltkrieg.

Als ein Resultat dieser Art von Investitionen, existiert heute eine Anzahl riesiger Unternehmen, die ansehnliche Betriebe in zwei oder mehr Ländern besitzen. Nach Schätzungen betrug das Gesamtvermögen dieser „internationalen Firmen“ 1968 außerhalb ihrer Stammländer 94 Milliarden Dollar, ihr Gesamtumsatz war größer als das Bruttonsozialprodukt jedes Landes, mit Ausnahme der USA und der UdSSR.

Direktinvestitionen sind nicht der einzige Weg, auf dem internationale Unternehmen entstehen oder expandieren können. Ausländische Betriebsanlagen können mit Geldern gekauft werden, die in Übersee aufgenommen wurden. Amerikanische Tochtergesellschaften in Großbritannien zum Beispiel finanzieren nahezu die Hälfte ihrer Expansion durch lokal aufgenommene Mittel.¹ Als Alternative dazu können

¹ Board of Trade Journal, 26. Januar 1968. Das Gesamtvermögen der großen amerikanischen Tochterfirmen in Großbritannien betrug 1965 2 243,9 Millionen Pfund, abgesehen von der Ölindustrie und Finanzierungsgesellschaften. Das amerikanische Kapital, d.h. Direktinvestitionen,

zwei in verschiedenen Ländern operierende Unternehmen fusionieren, und dabei ein Unternehmen schaffen, dessen Handlungsspielraum weit internationaler ist, als der jedes einzelnen der ursprünglichen Unternehmen. Royal Dutch Shell und Unilever stellen zwei der erfolgreichsten und beständigen Beispiele für solche Fusionen dar. Trotz dieser Einschränkungen steht fest, daß Direktinvestitionen die wichtigste Methode zur Bildung und Expansion internationaler Unternehmen waren. Wie lange es dabei bleiben wird, ist noch nicht klar. Wenn Dunlop-Pirelli und andere neue gesamteuropäische Verbindungen erfolgreich sind, werden manche europäische Unternehmen Farbe bekennen. Darüberhinaus werden möglicherweise Fusionen zur Hauptmethode der Bildung von gesamteuropäischen Gesellschaften werden, wenn es der EWG gelingt, ein allgemeines Gesellschaftsrecht zu schaffen, oder wenigstens einige Steuern und andere Hindernisse auszuschalten.

Die Direktinvestitionen haben seit dem Zweiten Weltkrieg zwei Phasen durchlaufen. Die Knappheit an mineralischen Rohstoffen nach dem Krieg verursachte einen starken Abfluß von Kapital in die Erdölbranche und den Bergbau, wo in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg viel mehr im Ausland investiert wurde, als in der verarbeitenden Industrie. Als in den späten fünfziger Jahren die Knappheit nachließ, zog der Bergbau auch nicht mehr so viel neues Kapital an. Die Investitionen in der Erdölbranche, obwohl immer noch hoch, wurden mehr und mehr für die Raffinerie- und Marketing-Kapazitäten in den fortgeschrittenen Verbraucher-Ländern verwandt, als für die Förderung und Erschließung. 1965 war der Anteil der Erdölbranche und des Bergbaus an den US-Auslandsinvestitionen auf 39 Prozent gefallen – diese Zahl schließt die Raffinerie- und Marketing-Einrichtungen in den Industriestaaten ein. Die entsprechende Zahl für das Vereinigte Königreich betrug 36 Prozent. Die Bedeutung dieser Sektoren ist zurückgegangen und ihren Platz hat die verarbeitende Industrie eingenommen, die den dynamischsten Sektor der Auslandsexpansion während der sechziger Jahre darstellt. Ein großer Teil dieser Expansion hat in forschungsintensiven Industrien stattgefunden – die Betriebsausrüstungen für die Elektro-, Maschinenbau-, Chemie- und Fahrzeugindustrie machen vier Fünftel aller amerikanischen Ausgaben für Betriebsanlagen und -ausrüstungen im Ausland aus.

Diese Verlagerung in der Zusammensetzung der Investitionen, von der Rohstoff-Ausbeutung zu Verarbeitung, Weiterverarbeitung, Güterverteilung und verwandten Industrien, wurde von einer Verlagerung der Investitionsgebiete begleitet: von den meist kolonial abhängigen oder „unterentwickelten“ Rohstoff produzierenden Ländern zu den entwickelten kapitalistischen Ländern, die den Hauptmarkt darstellen.

Die amerikanischen Tochtergesellschaften in Westeuropa, Kanada, Japan, Australien und Südafrika vereinigten 67% aller amerikanischen Auslandsausgaben für Be-

hatte einen Wert von 1 133,9 Millionen Pfund. Die amerikanischen Firmen hatten daher 1 110,0 Millionen Pfund aufgenommen, um ihre Geschäfte zu finanzieren. Eine derartige Finanzierung aus lokal aufgenommenen Mitteln darf nicht mit der Expansion durch reinvestierte Profite verwechselt werden. Obwohl dies keine Kapitalüberweisungen von den USA einschließt, wird es in offiziellen Statistiken als Direktinvestitionen wiedergegeben.

triebsanlagen und Ausrüstungen im Jahre 1968 auf sich. 1969 gingen dreiviertel aller westdeutschen Direktinvestitionen in industrialisierte Länder. Für Großbritannien betrug der entsprechende Anteil über vierfünftel. Diese Veränderungen sollten uns allerdings nicht über die fortdauernde Ausbeutung der unterentwickelten Länder hinwegtäuschen, in denen die ausländischen Investitionen noch immer sehr hoch sind, wenn sie auch langsamer wachsen als in den entwickelten Ländern. Darüberhinaus gibt es Anzeichen für eine neue Welle von Investitionen in unterentwickelten Ländern. Nach Voraussagen des US-Handelsministeriums werden die amerikanischen Ausgaben für Betriebsanlagen und -ausrüstungen in Lateinamerika 1971 fast doppelt so hoch wie 1965 sein. Von den vorgesehenen etwa 830 Millionen Dollar oder mehr werden zwei Fünftel in den Verarbeitungssektor fließen.

Bis vor kurzem stellten nur zwei kapitalistische Länder den größten Teil der gesamten Direktinvestitionen der Welt: Großbritannien und die Vereinigten Staaten; die Niederlande, die Schweiz und Kanada hatten am Rest großen Anteil. Der Großteil der heutigen internationalen Firmen stammt daher aus diesen Ländern, besonders aus den USA, deren Anteil an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen 1966 über 60% betrug (vgl. Tabelle 1). Die beherrschende Rolle dieser wenigen Länder zeigt sich in Spalte (2) der Tabelle 2. Sie zeigt, in welchem Ausmaß die Expansion der verarbeitenden Firmen verschiedener Länder zwischen 1957 und 1965 von der Produktion ihrer ausländischen Tochterfirmen abhingen. Für die Schweiz sind keine Zahlen erhältlich. Bei den anderen vier großen Investoren (USA, Vereinigtes Königreich, Niederlande und Kanada), machte die Auslandsproduktion zwischen 13 und 20 Prozent der gesamten Expansion aus. Im Gegensatz dazu war die Auslandsproduktion für die anderen (Frankreich, Westdeutschland, Italien und Japan) relativ unwichtig und ihre gesamte Expansion auf ausländischen Märkten basierte praktisch auf Exporten.

Der Grad der Beherrschung der internationalen Investitionen durch amerikanische Konzerne wird aus dem Vergleich der amerikanischen Direktinvestitionen in den führenden kapitalistischen Ländern mit den Direktinvestitionen dieser Länder in den USA besonders deutlich (vgl. Tabelle 3). 1968 war der Wert der amerikanischen Direktinvestitionen in Kanada 7,3 mal so groß wie der kanadischer Firmen in den USA. Für ganz Europa betrug das Verhältnis 2,5 und für Japan 7,8. Die meisten europäischen Investitionen in den USA stammten aus dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und der Schweiz. Im Gegensatz dazu waren die Investitionen anderer europäischer Länder in den USA kaum erwähnenswert. Die amerikanischen Investitionen waren in Italien 13,8, in Westdeutschland 9,8, in Frankreich 6,6 mal höher als die Investitionen dieser Länder in den USA.

Die amerikanischen Investitionen in Europa konzentrieren sich naturgemäß in den strategischen Wachstumssektoren der Wirtschaft, und in einigen dieser Sektoren haben die amerikanischen Tochtergesellschaften mächtige, wenn nicht überwältigende Positionen (vgl. Tabelle 4). Professor John Dunning macht die Voraussage, daß der amerikanische Anteil an der britischen verarbeitenden Industrie von 10 Prozent (1966) auf 20 bis 25 Prozent (1981) steigen wird. Die Zahlen für die ganze europäische Industrie sind 6 Prozent bzw. 12–15 Prozent. Obwohl diese Zahlen hoch

sind, erreichen sie längst nicht die Höhe des amerikanischen Anteils in Kanada oder Australien, wo die amerikanischen Konzerne schon 40 Prozent und mehr der Produktion auf sich vereinigen. Sie sind immerhin erheblich höher als der amerikanische Anteil an der japanischen Produktion, der durch einschränkende Maßnahmen Japans gegen eindringendes ausländisches Kapital niedrig gehalten wurde. Um eine Vorstellung von der amerikanischen Kontrolle über die britische Wirtschaft zu vermitteln, wird im Anhang A, Tabelle 1 eine von dem TUC (Trade Union Congress) zusammengestellte Liste der amerikanischen Tochtergesellschaften wiedergegeben. Die relative Bedeutung von Export und Auslandsproduktion ist, wie wir schon herausgestellt haben, von Land zu Land sehr verschieden. Am einen Ende der Skala stehen solche Länder wie Japan oder Westdeutschland, deren Konzerne bis vor kurzem ihre Auslandsexpansion fast ausschließlich durch Export vorantrieben. Am anderen Ende stehen Großbritannien und die USA, deren Konzerne sich mehr auf die Auslandsproduktion als auf Exporte gestützt haben. Zwischen 1957 und 1965 betrug der Anteil der Auslandsproduktion fünf sechstel bzw. drei fünftel an der Auslandsexpansion der durchschnittlichen amerikanischen und britischen Industriekonzerne (vgl. Tabelle 2). Jedoch geben die Ziffern und Relationen der Tabelle 2 nicht das Ausmaß der Abhängigkeit der großen Konzerne der fünf wichtigsten Investoren-Staaten von der Auslandsproduktion wieder; denn die Angaben in Tabelle 2 beziehen sich auf Durchschnittsunternehmen, während die Masse der Auslandsproduktion von den großen Konzernen getätigt wird. Für diese Konzerne ist die Auslandsproduktion das charakteristische Mittel zur Belieferung wichtiger Märkte geworden. Exporte sind nur noch weniger bedeutenden Märkten und bei Produkten, für die die Auslandsnachfrage noch nicht groß genug ist, um ihre lokale Produktion zu rechtfertigen.

Was die großen britischen Industriekonzerne betrifft, so ist die Rolle der Auslandsproduktion durch den *Reddaway-Report* über die britischen Auslandsinvestitionen sehr deutlich geworden. Die 48 Industrieunternehmen, auf die sich diese Untersuchung erstreckte, sind im großen und ganzen im Anhang der Tabelle 2 unter 'verarbeitende Industrie' wiedergegeben. Einige von *Reddaway's* Firmen wurden nicht in die Tabelle aufgenommen, da sie inzwischen aufgekauft worden sind. Zwei Firmen mit ausgedehntem Operationsfeld, Courtaulds (Fasern) und Plessey (Elektronik), wurden hinzugenommen, obwohl sie nicht vom *Reddaway Report* erfaßt sind. Wenn wir die fünfzehn Länder betrachten, auf die sich die Untersuchungen des Reports im Detail erstreckten, dann finden wir folgende Fakten. In allen neun verarbeitenden Industrien verstärkten die großen Gesellschaften ihre Auslandsinvestitionen. In sieben dieser Industrien fielen die Exporte jedoch während des Untersuchungszeitraumes (1957–1963), während die Produktion der entsprechenden Tochtergesellschaften im Ausland zwischen 37 Prozent (Textil) und 180 Prozent (Papier) stieg. Wenn wir die Angaben über die investierenden Firmen aus der *Reddaway*-Untersuchung mit denen über andere britische Firmen vergleichen, wird die Bedeutung, die die Auslandsproduktion für sie hat, noch klarer. Die Exporte der, durchschnittlich kleineren, nicht investierenden britischen Firmen stiegen zwischen 1956 und 1963 um 42 Prozent. In der gleichen Zeit fiel der Export der

investierenden Firmen um 7 Prozent. Ihre Auslandsproduktion wuchs jedoch um 62 Prozent und erreichte damit den Punkt, wo sie fast mit dem gesamten britischen Export in diese fünfzehn Staaten gleich war und den Export der investierenden Firmen zwanzigmal übertraf. Diese Zahlen führen daher die Schlußfolgerung *Reddaway's*, daß im Durchschnitt Auslandsinvestitionen nur geringe Wirkungen auf den britischen Export haben, ad absurdum. Im Vergleich mit der Größe der betreffenden Märkte und der Exportleistung der nicht investierenden Firmen, erscheint die Exportleistung der Konzerne in *Reddaway's* Untersuchung als niedrig. Es ist aber unzweifelhaft, daß der Export dieser Firmen erheblich größer als 106,2 Millionen Pfund (1963) gewesen wäre, wenn sie nicht im Ausland investiert hätten.

Die Orientierung der großen kontinentaleuropäischen und japanischen Konzerne auf den Export anstatt auf die Auslandsproduktion wird wahrscheinlich nicht andauern. Ferner werden die großen Konzerne dieser Länder allmählich stark genug, um auf breiter Ebene im Ausland zu investieren. Und sie haben damit tatsächlich schon begonnen. Während der Jahre 1957–1960 zum Beispiel investierten westdeutsche, italienische und japanische Firmen etwa 230 Millionen Dollar pro Jahr im Ausland. 1961–1964 war die Zahl auf 480 Millionen Dollar pro Jahr gestiegen, 1967 betrug sie 600 Millionen und 1968 hatte sie 840 Millionen Dollar erreicht. Die Konzerne dieser Länder investierten 1968 im Ausland zusammen so viel wie die britischen Konzerne. Westdeutschland stellt den erstaunlichsten Fall dar. Nachdem die westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland in den letzten Jahren ständig gestiegen waren, übertrafen sie im Jahre 1969 bei weitem die ausländischen Direktinvestitionen in Westdeutschland. Bis jetzt wurde der Großteil der kontinentalen und japanischen Investitionen noch nicht in den USA angelegt. Es ist allerdings nur eine Frage der Zeit, bis die Nicht-Amerikaner in größerem Umfang beginnen, in den Vereinigten Staaten zu investieren. Immerhin entfällt nahezu die Hälfte des gesamten Verbrauchs der nicht-sozialistischen Welt auf die USA. Je protektionistischer die USA gegenüber Importen aus dem Ausland reagieren, desto eher wird diese Zeit kommen.

Vielelleicht sollte an dieser Stelle betont werden, daß die amerikanischen Konzerne in der Regel zwar größer sind, als ihre ausländischen Rivalen, der Unterschied aber nicht so groß ist, wie gewöhnlich angenommen wird. In den Tabellen 6 und 7 wird die Größe der amerikanischen und nicht-amerikanischen Konzerne verglichen. Zwischen 1957 und 1962 wuchsen die großen amerikanischen Konzerne viel langsamer als ihre Rivalen im Ausland, und zwar in allen in Tabelle 6 aufgeführten Branchen außer der Erdölindustrie.

In den nächsten fünf Jahren allerdings konnten sie ihre Position halten und die Größenverhältnisse verschoben sich nicht oder nur geringfügig. Mit dem Abflauen der Konjunktur in Amerika in den späten sechziger Jahren begann sich die Lücke wiederum zu schließen. Darüberhinaus haben Fusionen in Europa und Japan die nicht-amerikanischen Konzerne größer gemacht, so daß in einigen Branchen, wie der chemischen, pharmazeutischen, Maschinenbau- und Nahrungsmittelindustrie die Größenunterschiede unwesentlich geworden sind. In anderen Industriezweigen allerdings, zum Beispiel der Automobil- und Computerbranche sind die Unterschiede

immer noch beträchtlich, und was die Direktinvestitionen angeht, immer noch bedeutsam.

II. Die Logik der europäischen Entwicklung

Wir wir sehen, brechen die europäischen Konzerne aus ihren nationalen Grenzen aus und dehnen ihre Aktivitäten ins Ausland aus. Zur gleichen Zeit, sehen sie sich zu Hause einer wachsenden Bedrohung durch amerikanische Konzerne gegenüber, besonders in forschungsintensiven und anderen Wachstumsindustrien. Expansion im Ausland und Widerstand gegen das Eindringen der amerikanischen Konzerne erfordern zweierlei. Erstens müssen die europäischen Konzerne stark sein; sie müssen in der Lage sein, in einem Maßstab zu operieren, der groß genug ist, um sowohl in der Produktion wie im Marketing leistungsfähig zu sein. Sie müssen sowohl über die für umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsprogramme wie für im Sinne des Kapitalismus effektiv wirkenden in- und ausländischen Investitionen erforderlichen finanziellen- und materiellen Ressourcen verfügen.

Zweitens müssen die europäischen Konzerne eine staatliche Unterstützung erhalten, die ihren Bedürfnissen angemessen ist: zur Bereitstellung eines Teils der Mittel für Forschung, Entwicklung und Investitionen; die Garantie großer, sicherer Märkte für entwickelte Produkte wie Computer und Flugzeuge; die Verteidigung der europäischen Konzerne gegen die Aktionen anderer Staaten mit der Gewinnung von Auslandskonzessionen und mit Maßnahmen gegen ausländisches Kapital (indem bestimmte inländische Sektoren dem europäischen Kapital vorbehalten bleiben.).

Die Fusion ist der augenscheinlichste Weg zur Stärkung der europäischen Konzerne. Dadurch erfolgt die Zentralisation des Kapitals, das derzeit noch in einer Reihe kleinerer Einheiten verstreut ist, in einer Einheit. Selbst in den Industrien, wo die europäischen Konzerne eine ihren amerikanischen Rivalen vergleichbare Größenordnung erreichen, würden Vergrößerungen in vielen Fällen nützlich sein, argumentieren die Kapitalisten. Denn bei sonst gleichen Bedingungen mache ein Konzern mit wachsender Größe höhere Jahresprofite und sei ja auch eher in der Lage, kostspielige Investitionsvorhaben im Ausland zu finanzieren, besonders in den USA, wo Investitionen, wenn sie nicht in großem Maßstab vorgenommen werden, Geldverschwendungen seien. In Branchen, wo die europäischen Konzerne kleiner als die amerikanischen sind, sei das Erfordernis nach Vergrößerung natürlich entsprechend größer.

Eine Fusion kann national sein, in dem Sinne, daß sie zwischen Firmen der gleichen Nationalität, z.B. GEC und AEI in Großbritannien oder Montecatini und Edison in Italien, oder sie kann international sein, in dem Sinne, daß sie zwischen Firmen verschiedener Nationalität stattfindet, wie zum Beispiel zwischen der westdeutschen Agfa und der belgischen Gevaert oder zwischen Dunlop (Großbritannien) und Pirelli (Italien). Natürlich schließt eine nationale Fusion die Tochtergesellschaften der betreffenden Konzerne ein und sie kann daher in einem gewissen Maß eine internationale Konzentration des Kapitals darstellen. Für unseren Zweck jedenfalls

ist die Unterscheidung zwischen Fusionen wichtig, bei denen die Muttergesellschaften die gleiche Nationalität haben und jenen, wo das nicht der Fall ist.

Bis jetzt haben die meisten echten Fusionen (im Gegensatz zu den Aufkäufen) in Europa zwischen Konzernen gleicher Nationalität stattgefunden. Das Ergebnis davon ist, daß in manchen Branchen und in manchen Ländern kaum Raum für eine weitere Konzentration auf dem Wege der nationalen Fusion geblieben ist. Fahrzeugbau und Computerindustrie in Großbritannien stellen ein eindeutiges Beispiel dafür dar. In anderen Branchen und in anderen Ländern ist dieses Stadium noch nicht erreicht und eine weitere Welle nationaler Zusammenschlüsse ist möglich. In Westdeutschland zum Beispiel könnten die Automobilwerke Volkswagen und Daimler-Benz fusionieren oder die Chemie-Konzerne Bayer und Hoechst. Darüberhinaus können viele Vorteile wachsender Größenordnung, insbesondere bei Mitteln für Investitionen für Forschung und Entwicklung durch konglomerale oder vertikale Fusionen realisiert werden, bei denen sich Firmen verschiedener Industriezweige zusammenschließen. Wo dies der Fall ist, werden nationale konglomerale Fusionen die betreffenden Konzerne stärken.

Abgesehen von der Schwierigkeit, die geeigneten Partner der gleichen Nationalität zu finden, haben die nationalen Zusammenschlüsse verschiedene unerwünschte ideologische und politische Aspekte, die sie nur zur zweitbesten Lösung für die meisten, wenn nicht für alle europäischen Konzerne machen. Sie könnten zu einer Wiederbelebung des ökonomischen Nationalismus in einzelnen europäischen Staaten führen, mit der Folge, daß Westeuropa in isolierte Märkte auseinanderbräche, auf denen jede einzelne Branche von einem riesigen Monopol nationalen Charakters beherrscht und gegen ausländisches Kapital durch Handels- und Investitionsrestriktionen geschützt würde. Für Konzerne, die hoffen, ihren Geschäftsbereich auf ganz Europa ausdehnen zu können, wäre das eine Katastrophe. Darüberhinaus würde es die Kooperation zwischen den westeuropäischen kapitalistischen Regierungen behindern und dadurch die unter der Kontrolle des europäischen Kapitals stehende Macht des Staates schwächen. Die Notwendigkeit von Staatsinterventionen in für das Kapital unwillkommenen Formen würde wachsen und die sozialistischen Kräfte könnten gestärkt werden. Offensichtlich ist es für das Kapital sicherer, in jeder Branche zwei oder drei international kontrollierte Riesenkonzerne zu haben, die in ganz Westeuropa operieren und miteinander „konkurrieren“.²

Internationale Fusionen haben daher einige Aspekte, die sie für das europäische Großkapital in ideologischer und politischer Hinsicht attraktiv machen, auch wenn sie in ökonomischer Hinsicht nicht vorzuziehen sind. Um eine Vorstellung von den

² In ein oder zwei Branchen, wie der Triebwerk-Industrie, sind die effektiven Produktionskapazitäten so groß, daß alle westeuropäischen Ressourcen in einem Unternehmen zusammengefaßt werden müßten. Das ist in der Regel allerdings nicht erforderlich und das Konkurrenzverhältnis kann aufrechterhalten werden, indem zwei oder drei gesamteuropäische Giganten erhalten bleiben. Das Ausmaß der echten Konkurrenz zwischen diesen Giganten wird von ihren Möglichkeiten untereinander formelle oder informelle Absprachen zu treffen, sowie von der Schärfe der außereuropäischen Konkurrenz, abhängen.

Giganten zu geben, die durch solche Fusionen geschaffen werden könnten, enthält Tabelle 8 einige hypothetische Beispiele für internationale europäische Fusionen und vergleicht die entstehenden Konzerne mit den amerikanischen Riesen der gleichen Branche. Trotz der Problematik der Vergleiche und der Gefahren derartiger Rechnungen, ist klar, daß viele der noch bestehenden Größenunterschiede (gemessen in Umsätzen) durch internationale Fusionen beseitigt werden könnten, und daß in wenigstens einer Branche (Chemie) durch Zusammenschlüsse europäische Riesenkonzerne geschaffen werden könnten, die sogar wesentlich größer sind als ihre amerikanischen Gegenstücke. In der Erdölindustrie wären die Umsätze der beiden europäischen Großkonzerne nach Tabelle 7 höher als die des zweitgrößten amerikanischen (Mobil Oil). Der Umsatz in der Flugzeugindustrie würde in Europa ungefähr zwei Drittel der Umsätze von Boeing oder Lockheed betragen. In der Gummiindustrie wären die Umsätze höher als die von Goodyear oder Firestone. Der europäische Elektrokonzern würde ungefähr gleich viel umsetzen wie General Electric oder IBM. In der Fahrzeugbranche hätten die beiden europäischen Riesen ungefähr die gleichen Umsätze wie Chrysler. Zusammen wäre er etwa ebenso hoch wie bei Ford.

Wenn man die Zahl der Beschäftigten zugrunde legt, sind die europäischen Konzerne in den meisten Branchen fast so groß wie die amerikanischen. Durch Zusammenschlüsse würden sie wesentlich größer werden. Die hohen Umsätze der amerikanischen Konzerne sind die Folge ihrer höheren Produktion pro Beschäftigten, was wiederum auf ihren höheren Kapitaleinsatz und damit auf die intensiven und fortgeschrittenen Produktionstechniken zurückzuführen ist. Wenn die europäischen Zusammenschlüsse von hohen Investitionsraten und der Anwendung fortgeschrittenerer Techniken begleitet wären, würde die Produktion pro Beschäftigten der europäischen Konzerne die der amerikanischen langsam erreichen. Das hätte das Ergebnis, daß die größten Konzerne der Welt, und zwar in Bezug auf jedes Maß der Größe (Umsatz, Vermögen oder Beschäftigte), eher europäisch als amerikanisch wären. Das ist natürlich das Ziel des europäischen Großkapitals.

Wenn wir uns der Frage der staatlichen Unterstützung des europäischen Kapitals zuwenden, so argumentieren hier die den Eintritt in die EWG befürwortenden großen Monopolinteressen mit dem „Auseinanderbrechen“ Westeuropas in separate Nationalstaaten, deren Aktivitäten weitgehend unkoordiniert seien und deren Ziele sich häufig ausschließen. Die Ausgaben der westeuropäischen Regierungen für Forschung und Entwicklung (F & E) betragen (in Dollar) gerade etwas mehr als ein Viertel der entsprechenden Ausgaben der amerikanischen Regierung. Ein Teil der Differenz ist auf die militärischen F & E Ausgaben der USA mit nur geringen kommerziellen Anwendungsmöglichkeiten zurückzuführen. Tatsächlich sind die offiziellen F & E Ausgaben der USA mit kommerzieller Anwendung etwa doppelt so hoch wie die ganz Westeuropas. Die Summe ist allerdings in eine Anzahl konkurrierender Programme aufgesplittet, die oft in einem uneffektiv kleinen Maßstab betrieben werden und sich häufig überschneiden. Obwohl die westeuropäischen Regierungen insgesamt einen beachtlichen Betrag für solche Gebiete wie Luftfahrt- und Fernsehtechnik sowie elektronische Datenverarbeitung ausgeben, sind diese Aufwendungen

meist in gleicher Weise unkoordiniert und über eine große Anzahl von Konzernen verstreut. Im Ergebnis befindet sich das europäische Kapital gegenüber dem amerikanischen im Nachteil, da dieses sich auf eine umfangreiche und gesicherte Regierungs nachfrage stützen kann.

Der Mangel an Koordination hindert die westeuropäischen Staaten ebenfalls daran, ihre potentielle ökonomische Macht gegenüber anderen Staaten oder gegenüber nichteuropäischem Kapital zu realisieren. Der Zutritt zum westeuropäischen Markt, der insgesamt ungefähr drei Viertel des amerikanischen Marktes hat, könnte zum Beispiel als Handels-Schranke benutzt werden, um die Preise für Importe hinabzudrücken oder um Auslandskonzessionen für das europäische Kapital zu gewinnen. Die amerikanischen Konzerne, deren schnell wachsende Vermögen in Westeuropa 1968 einen Wert von etwa 20 Mrd. Dollar hatten, wären gegenüber solchen kombinierten staatlichen Aktionen besonders verwundbar. Das gleiche gälte für jene unterentwickelten Länder, deren Export zum größten Teil nach Westeuropa geht.

Da das Operationsfeld des europäischen Kapitals in wachsendem Maße international wird, wird der Ruf nach einer „unabhängigen und wirksamen Militärmacht“ stärker, die in der Lage ist, seine Interessen im Ausland, insbesondere die in den unterentwickelten Ländern, zu verteidigen und die von der gesamten EWG getragen wird. Einzelne westeuropäische Staaten können, wie die Beispiele Frankreich und Großbritannien zeigen, keine Militärmacht unterhalten, die in globalem Maßstab zu operieren in der Lage ist, ohne sich selbst zu ruinieren.

Zu diesen Hilfsfunktionen kommen andere Gebiete hinzu, auf denen koordinierte staatliche Aktion dem europäischen Großkapital als wünschenswert erscheinen. Ein internationales Gegenstück zur British Industrial Reorganisation Corporation (IRC) könnte die Bildung gesamteuropäischer Gesellschaften durch die Bereitstellung eines Teils der für Fusionen und Aufkäufe erforderlichen Mittel erleichtert werden und, wo erforderlich, durch Zwangseinschränkung der Industrie zum Vorteil des Großkapitals, erleichtern. Gleichfalls im Interesse des Großkapitals wäre eine staatliche Politik mit dem Ziel, in ganz Westeuropa die gleichen Kapitalverwertungsbedingungen herzustellen. Gegenwärtig wird eine europaweite Geschäftspolitik durch Konventionen und Standards technischer und geschäftlicher Art sowie durch finanzielle, gesetzliche und fiskalische Barrieren behindert wenn nicht verhindert. Schließlich würde die Bildung von im Rahmen Europas operierenden Gesellschaften und das Anwachsen des innereuropäischen Handels die einzelnen westeuropäischen Länder ökonomisch voneinander abhängiger machen und dadurch das Risiko von kumulativer Instabilität erhöhen, wie z.B. infolge der raschen Übertragung von in einzelnen europäischen Ländern entstehenden Rezessionen auf die anderen Länder. Abgesehen von ihren unmittelbar ökonomischen Folgen in der Form von sinkender Produktion und sinkender Profite würde eine solche gesamteuropäische Depression die für eine effektive Geschäftspolitik gesamteuropäischer Gesellschaften notwendige Integration bedrohen.

Die obigen Ausführungen können wie folgt zusammengefaßt werden. Die Tendenz der westeuropäischen Entwicklung geht in Richtung der Bildung von Gesellschaften, deren Geschäftspolitik sich auf ganz Westeuropa erstreckt. Die meisten

Schritte in dieser Richtung wurden bisher durch die Außenexpansion von Unternehmen mit nationaler Basis auf dem Weg der Direktinvestition unternommen. Aus verschiedenen Gründen werden allerdings internationale Fusionen, bei denen sich Unternehmen verschiedener Nationalität zusammenschließen, wahrscheinlich in zunehmenden Maße für das Großkapital attraktiv werden. Auf der politischen Ebene gibt es eine parallele und eng mit der ersten verbundene Tendenz, die auf eine Koordination der Politik der westeuropäischen Staaten und auf eine Zusammenlegung der staatlichen Mittel hinausläuft.

Zieht man aus diesen Tendenzen die logischen Schlüssefolgerungen, so laufen sie auf ein geeintes Westeuropa mit einem supra-nationalen Staat unter der Herrschaft einer winzigen Zahl von gesamteuropäischen Industriegiganten hinaus. In der Realität freilich, und das geht aus dieser Logik selbst hervor, entstehen Widersprüche und werden gegenläufige Kräfte in Bewegung gesetzt. Erstens ruft die wachsende Interdependenz in der westeuropäischen Wirtschaft, z.T. bedingt durch die Verbreitung gesamteuropäischer Gesellschaften, darauf hin, wir schon hingewiesen, die Notwendigkeit von Plänen für eine Wirtschafts- und Währungsunion hervor. Allerdings sind die entgegenstehenden politischen Hindernisse sehr groß, wie das jüngste ergebnislose Treffen der Sechs gezeigt hat. Zweitens gibt es viele Kräfte, die sich der Integration widersetzen.

Eine Umstrukturierung der europäischen Industrie durch Integration wäre für viele kleine Unternehmen ein Nachteil, die eventuell aufgekauft oder gezwungen würden, sich den Aktivitäten der Großkonzerne zu fügen. Selbst große Unternehmen in subventionierten oder protektonierten Branchen würden in Mitleidenschaft gezogen. Hinzu kommt die wachsende Opposition gegen den Eintritt in die EWG von Seiten der Mehrheit der britischen Bevölkerung und von Seiten nationalistischer oder anti-imperialistischer Schichten. Ohne eine detaillierte Analyse ist es allerdings unmöglich, die Stärke der verschiedenen sich der Integration widersetzen Kräfte einzuschätzen. Immerhin ist klar, daß sie über eine gewisse Kraft verfügen und es ist keineswegs eine ausgemachte Sache, daß die Integration so reibungslos und so weitgehend forschreiten wird, wie es sich führende Teile des europäischen Großkapitals wünschen.

Die Haltung des britischen Großkapitals

Die umfassendste Äußerung der britischen Unternehmer zur europäischen Integration enthält eine kürzlich veröffentlichte Publikation der Confederation of British Industries (CBI): *Großbritannien in Europa*. Dieser Bericht wurde vorbereitet vom „Hauptausschuß Europa“ des CBI, der von Repräsentanten der größten und international aktivsten Konzerne beherrscht wird, in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsausschuß des CBI. Der Bericht kann daher als ein verlässlicher Spiegel der Ansichten der herrschenden Kreise des britischen Großkapitals gelten.

In Bezug auf die westeuropäische Integration folgt der Bericht mehr oder weniger der oben aufgezeigten Argumentationslinie. Er stellt die Notwendigkeit einer

internationalen Zusammenarbeit und der Bildung gesamteuropäischer Unternehmen heraus, ebenso wie die Notwendigkeit einer koordinierten staatlichen Aktivität im Dienste des Großkapitals und der Herstellung gleicher wirtschaftlicher Bedingungen, unter denen die europäischen Konzerne operieren können. In der delicaten Militärfrage ist der Bericht aus offensichtlichen Gründen vorsichtig und beschränkt sich auf die ökonomischen Aspekte der internationalen Zusammenarbeit in Beschaffung, Entwicklung und Produktion. Schließlich stellt der Bericht aus gleichermaßen offensichtlichen Gründen den Aspekt der Konkurrenz in der europäischen Integration stärker heraus als die monopolistischen Effekte des europäischen Kartells, die das wahrscheinlichere Ergebnis der industriellen Neuordnung sein werden, die er empfiehlt.

Bei der Interpretation des Berichtes als einer Stellungnahme des britischen Kapitals, im Gegensatz zum Kapital anderer europäischer Länder, sollten die folgenden Punkte beachtet werden. Obwohl die britische Wirtschaft stagniert und hinter der kontinentalen Wirtschaft zurückfällt, sind die britischen Großunternehmen noch immer relativ fortgeschritten und konnten weiterhin hohe Wachstumsraten erzielen, indem sie im Ausland rasch expandierten. Sie haben gute Positionen in solchen Branchen wie Flugzeugmotoren-, Computer-, Flugzeug-, Chemie-, Kernkraft-, Erdöl- und Autoindustrie. Sie haben ausgeprägte internationale Beziehungen, die sie zu nützlichen Partnern für kontinentale Unternehmen machen und, da sie im Durchschnitt größer sind als ihre kontinentalen Gegenstücke, würden sie oft aus internationalen Aufkäufen und Fusionen, an denen sie beteiligt sind, als dominierende Partner hervorgehen. Daher ihr Enthusiasmus für eine europäische IRE, die ihnen helfen würde, kontinentale Unternehmen aufzukaufen oder wenigstens zu günstigen Bedingungen zu fusionieren. Je länger Großbritannien außerhalb der EWG bleibt, desto mehr werden sich diese Vorteile verringern, da die kontinentalen Unternehmen fortfahren werden, unter sich zu fusionieren bis sie ebenso groß geworden sind, oder sogar größer, als die britischen Konzerne. Im Ausland werden sie eigene Verbindungen herstellen sowie eigene Geschäftspolitik betreiben. Wenn Großbritannien in zehn Jahren der EWG beitreten würde, vorausgesetzt sie besteht dann noch, könnten die britischen Unternehmen daher nicht mehr auf eine führende oder auch nur mächtige Position rechnen. Schließlich widerspiegelt die Forderung des Berichtes nach einem nach außen gerichteten Westeuropa, das seine Unternehmen auf dem Weltmarkt und nicht nur in Europa konkurrenzfähig machen würde, direkt die ohnehin schon weitgehend internationale Natur des britischen Großkapitals.

III. Kapital und Nationalstaat

Aus den bisherigen Ausführungen geht eindeutig hervor, daß die Entstehung von internationalen Konzernen eine Antwort auf den steigenden Produktionsanteil der betrachteten kapitalistischen Länder darstellt. Es ist daher wichtig, ihre Beziehung zu dem Nationalstaat zu verstehen, in dem sie operieren.

Dieses Problem wurde von einigen Ökonomen auf zwei Wegen angegangen. Die einen legen bei der Beurteilung der internationalen Konzerne das Kriterium der (juristisch bestimmten) Nationalität ihrer Muttergesellschaften zugrunde und klassifizieren entsprechend zwei Hauptkategorien: je nachdem, ob der Schwerpunkt im Ausland oder im Inland liegt. Die Unternehmen der ersten Kategorie stellen demnach eine Bedrohung der nationalen Souveränität dar, die der zweiten aber nicht. Manchmal wird behauptet, daß internationale Konzerne, die ihren Schwerpunkt im Inland haben, die nationale Souveränität stärkten und als Gegengewicht gegen internationale Konzerne wirkten, die ihren Schwerpunkt im Ausland haben. Gemäß dieser Auffassung hat Großbritannien nichts von den amerikanischen Investitionen zu befürchten, da jeder Verlust an Souveränität, den das mit sich bringt, wieder durch die Gewinne an Souveränität ausgeglichen wird, die aus der Auslandsexpansion des britischen Kapitals resultieren.

Die zweite Auffassung meint die internationalen Konzerne hätten keine Nationalität. Aus dieser Ansicht folgt, daß der Verlust an Souveränität, den das Anwachsen dieser Konzerne impliziert, universell ist und daher im Endeffekt alle kapitalistischen Nationen gleich treffen wird. Das Problem wird daher als das des internationalen Konzerns schlechthin und des Nationalstaates schlechthin angesehen und es wird wenig Unterschieden zwischen den einzelnen Nationen oder Unternehmen.

Keine dieser Auffassungen ist richtig, obwohl beide richtige Elemente enthalten. Die juristische Nationalität eines internationalen Unternehmens spielt offensichtlich eine gewisse Rolle für die Beziehungen zu den Staaten, innerhalb deren es operiert. Wenn eine Regierung Druck ausüben will, so wird unter sonst gleichen Bedingungen ein Konzern, dessen Schwerpunkt in diesem Land liegt, dem Druck der Regierung mehr nachgeben müssen, als sein Rivale mit dem Schwerpunkt im Ausland. Er wird gleichermaßen eher in der Lage sein, sich die kapitalistische Staatsmacht zu seinem Vorteil zunutze zu machen. In dieser Hinsicht ist es daher richtig, Konzerne nach ihrer juristischen Nationalität zu unterscheiden.

Auf der anderen Seite ist es falsch, zu behaupten, daß lediglich ausländische Konzerne eine Bedrohung für die nationale Souveränität darstellen. Genau wie ihre ausländischen Gegenstücke, besitzen auch nationale Konzerne eine ganze Reihe von Möglichkeiten, sich der staatlichen Kontrolle zu entziehen. Durch Veränderung der Preise ihrer Importe und Exporte können sie zum Beispiel beträchtliche Geldsummen unter Umgehung der offiziellen Geld- und Währungsrestriktionen über die Grenzen transferieren. Selbst dort, wo sie sich nicht der staatlichen Kontrollen entziehen, können diese Unternehmen die nationale Souveränität einschränken, indem sie die internationale Arbeitsteilung vorantreiben und die Wirtschaft ihres Landes von Import oder von unsichtbaren auswärtigen Einkommen in der Form von Zinsen, Profiten und Dividenden abhängig machen.

Es ist jedoch eine grundsätzlichere Kritik an den beiden beschriebenen Ansätzen geübt worden. Der Begriff der nationalen Souveränität schließt die Annahme ein, daß der Staat versucht, gewissermaßen dem „nationalen“ Interesse gemäß zu regieren, das den Interessen der betreffenden internationalen Konzerne gegenübersteht. Das ist richtig, wenn eine radikale linke oder sozialistische Regierung gemäß den

Der Imperialismus in der BRD

Hrsg.: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
688 Seiten, 69 Tabellen, 4 Übersichten, 42 Abbildungen. Leinen 10,80 M
Lizenzausgabe für die BRD beim Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main

Das Buch analysiert die grundlegenden Merkmale und Widersprüche des Imperialismus in der BRD. Damit setzt es folgerichtig das 1965 erschienene Buch „Imperialismus heute“ fort. Folgende Schwerpunkte werden behandelt: Die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seine Entwicklung in der BRD; die politische und ökonomische Herrschaftsstruktur des Imperialismus der BRD; Reproduktion und Krisen; das staatsmonopolistische System der Ausbeutung; Integration und ökonomische Expansion; imperialistische Ideologie und ideologischer Klassenkampf; der Kampf gegen die Diktatur des staatsmonopolistischen Kapitalismus; das historische Dilemma des Imperialismus der BRD.

Ernst Haak/Hannes Wunderlich

Grundkurs zu Lenins Werk

„Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“

Hrsg.: Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED
240 Seiten, Broschur 2,50 M

Mit dieser Einführung in eines der bedeutendsten Werke Lenins weisen die Autoren die Allgemeingültigkeit und Aktualität der Leninschen Imperialismustheorie in unserer Zeit nach. Der Leser wird angeregt, selbständig tiefer in die von Lenin entwickelte Theorie über den Imperialismus einzudringen sowie Wesen und Bedeutung des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus zu erkennen.

Bitte informieren Sie sich über unser gesamtes Verlagsprogramm und verlangen Sie ein ausführliches Angebot.



DIETZ VERLAG BERLIN

DDR-1025 Berlin
Wallstraße 76-79

Interessen der breiten Masse des Volkes handelnd und gegen das Monopolkapital wirksam wird. Es mag ebenfalls noch richtig sein in dem Fall, daß eine kapitalistische Regierung Maßnahmen ergreift, um einen wichtigen Sektor der Wirtschaft zu schützen, der ausländischer Kontrolle unterliegt oder sogar durch die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet zu werden droht: Wenn einheimische oder ausländische internationale Konzerne die Politik bestimmen, wie es in Großbritannien in wachsendem Maße der Fall gewesen ist, dann werden, so weit wie der kapitalistische Staat betroffen ist, deren Monopolinteressen als das nationale Interesse ausgegeben. Indem die kapitalistischen Regierungen ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik nach den grundlegenden Bedürfnissen der Monopole ausrichten, geben sie diese Monopolinteressen für die nationalen Interessen aus, selbst wenn dadurch die nationale Wirtschaft geschädigt wird, mit dem Resultat einer Stagnation oder der Einschränkung der Sozialleistungen.

Wirksamkeit und Verwirklichung der nationalen Souveränität hängt vom politischen Charakter der an der Macht befindlichen Regierung und von den Klasseninteressen ab, die sie repräsentiert.

Die Interessen des internationalen Kapitals

Aus diesen Überlegungen geht hervor, daß die erste Frage, die behandelt werden muß, nicht die nach den Kräften sein kann, die dahin tendieren, die offizielle Politik den Interessen der internationalen Unternehmen unterzuordnen, sondern vielmehr die nach der Determinierung dieser Interessen selbst. Unter welchen Bedingungen wird es im Interesse der internationalen Konzerne, insbesondere der einheimischen, sein, daß die offizielle Politik dem ausländischen Druck in einem solchen Maße untergeordnet wird, daß zu Zeiten ökonomischer Krisen das Wachstum im eigenen Land zum Beispiel geopfert wird. Mit anderen Worten: unter welchen Umständen werden die internationalen Konzerne, insbesondere die einheimischen, als eine antinationale Kraft in Erscheinung treten, d.h. sich zu Zeiten ökonomischer Krisen einer autonomen nationalen Entwicklung entgegenstellen?

Innerhalb des kapitalistischen Systems kann eine autonome wirtschaftliche Entwicklung, sofern sie schneller wachsende Inlandsmärkte einschließt, für die internationalen Konzerne durchaus von Nutzen sein. Auf der anderen Seite können dadurch Maßnahmen notwendig werden wie Devisen- und Handelskontrollen, die zu Vergeltungsmaßnahmen des Auslands in Form von Handelsboykotten, Zöllen, Eingriffen in die Operationen der internationalen Unternehmen oder sogar zur Konfiskation oder Nationalisierung ihrer Vermögen führen könnten. Darüberhinaus greifen Devisen- und Handelskontrolle unmittelbar in die Freiheit der internationalen Unternehmen ein, ihre Handlungen durchzuführen, wie sie es wollen. Eine autonome Entwicklung innerhalb des kapitalistischen Systems bringt daher sowohl Vorteile, als auch Nachteile für die internationalen Unternehmen mit sich und von dem jeweiligen Verhältnis zwischen Vor- und Nachteilen wird es abhängen, inwieweit eine autonome Entwicklung im Interesse eines einzelnen Unternehmens liegt oder nicht.

Für die Bestimmung dieses Verhältnisses sind zwei Faktoren wichtig: das Maß der Außenorientiertheit des betreffenden Unternehmens und die Macht des jeweiligen Staates.

Je mehr ein Unternehmen in Bezug auf Produktion und Umsatz von der nationalen Wirtschaft abhängt, desto mehr wird es von einem schnelleren Wachstum dieser Wirtschaft profitieren und desto weniger wird es durch Vergeltungsmaßnahmen, die dieses Wachstum sichern sollen, beeinträchtigt werden. Auf der einen Seite stehen die binnengewirtschaftlich orientierten Unternehmen, die im wesentlichen ihre gesamte Produktion im Lande herstellen und absetzen. Sie werden von Vergeltungsmaßnahmen kaum betroffen sein. Auf der anderen Seite stehen Unternehmen, die den Großteil ihrer Produktion im Ausland absetzen oder herstellen. Sie wären Vergeltungsmaßnahmen gegenüber sehr empfindlich. Es sei vermerkt, daß außenorientierte Unternehmen nicht notwendig international sind (d.h. einen wesentlichen Anteil ihrer Produktion im Ausland produzieren). Exportunternehmen fallen möglicherweise auch unter diese Kategorie. In der Regel setzen die Exportunternehmen allerdings keinen so großen Teil ihrer Produktion im Ausland ab, wie internationale Unternehmen; bei ernsten zwischenstaatlichen Konflikten werden sie auch nicht so sehr in Mitleidenschaft gezogen, da sie sich nach anderen Märkten im eigenen Land oder im Ausland umsehen können, wohingegen internationale Unternehmen möglicherweise bestimmte überseeische Vermögen im Ausland gänzlich konfisziert werden.

Die Empfindlichkeit eines Unternehmens gegenüber Vergeltungsmaßnahmen hängt jedoch nicht allein vom Anteil der im Ausland erstellten und verkauften Produktion ab. Sie hängt gleichfalls von der Fähigkeit des betreffenden kapitalistischen Staates ab, Vergeltungsmaßnahmen gegen Produktion und Absatz seiner Unternehmen im Ausland zu verhindern. Ein mächtiger Staat wird in der Lage sein, enormen militärischen und ökonomischen Druck auf fremde Staaten auszuüben, um sicherzustellen, daß sie keine Maßnahmen gegen die Unternehmen, deren Interessen er verteidigt, zu ergreifen; ein schwacher Staat hingegen wird nur relativ wenig Druck ausüben können und Vergeltungsmaßnahmen gegen seine Unternehmen sind wahrscheinlicher.

Um zu sehen, wie diese beiden Faktoren, Außenorientiertheit und staatliche Macht, daß Maß bestimmen, in dem die Unternehmen an Wachstum im eigenen Land interessiert sind, selbst wenn es von Maßnahmen abhängt, die fremden Staaten mißfallen, wollen wir die bedeutendsten kapitalistischen Länder untersuchen.

Die Vereinigten Staaten gehören einer eigenen Kategorie an. Wie bei einer Reihe anderer Länder wird ein großer Teil ihrer Wirtschaft von im Land verwurzelten internationalen Unternehmen kontrolliert, die in globalem Maßstab operieren. Der Großteil der amerikanischen Unternehmen, einschließlich vieler global operierender, hängt in Bezug auf Produktion und Absatz weitgehend von der amerikanischen Wirtschaft ab. In jeder ökonomischen Krise würden sie daher beträchtlichen Nutzen aus einer protektionistischen Politik ziehen, die sicherstellt, daß die Binnengewirtschaft kontinuierlich wächst oder wenigstens von den schlimmsten Auswirkungen der Krise abgeschirmt wird. Zur gleichen Zeit haben die Vereinigten Staaten, anders

als andere investierende Länder, einen Staat, der sowohl auf ökonomischer, wie auf politischer Ebene mächtig genug ist, um seinen Unternehmen massive Unterstützung gegen fremde Staaten zu gewähren, falls diese Vergeltungsmaßnahmen gegen den amerikanischen Protektionismus ergreifen.

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten stehen Großbritannien und die anderen Länder, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren stark im Ausland investiert haben. Viele ihrer Unternehmen, besonders die großen, sind heute von Absatz und Produktion im Ausland stark abhängig, und zwar viel abhängiger als ihre amerikanischen Gegenstücke, deren Auslands-Expansion so viel Aufmerksamkeit erregt hat. Darüberhinaus ist die staatliche Macht dieser Länder, obwohl noch zur Ausübung von Zwang auf schwächere Nationen stark genug, nirgends ausreichend, um ihre Unternehmen gegen Vergeltungsmaßnahmen zu schützen. Sollten diese Länder während einer ernsten ökonomischen Krise versuchen, ihre Wirtschaft zu schützen, wären ihre internationalen Unternehmen und ihre Exportunternehmen natürlich scharfen Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt. Vorausgesetzt, daß sie ihren eigenen Interessen folgen, werden diese Unternehmen eine mächtige anti-nationale Kraft darstellen.

Es ist übrigens interessant, daß im Falle Großbritannien dieses antinationale Verhalten weder ein neues Phänomen, noch auf das industrielle Kapital beschränkt ist. Das britische Finanzkapital der Londoner City hat schon lange internationale Beziehungen und ist in hohem Maße außenorientiert. Aufgrund des Niedergangs der relativen Macht des britischen Staates und der Auflösung des Empire sind die Operationen des Finanzkapitals in wachsendem Maße abhängig geworden vom guten Willen der ausländischen Staaten und Kapitalisten und die Londoner City ist dementsprechend mehr und mehr von der Notwendigkeit besessen, deren Vertrauen zu erhalten. Da der Preis für dieses Vertrauen Arbeitslosigkeit, Stagnation und die Unterordnung der britischen Wirtschaft unter den Druck des Weltmarktes gewesen ist, hat sich die City, trotz ihres scheinbaren Superpatriotismus, als eine antinationale Kraft erwiesen. Diese wohlbekannte Tatsache hat zu der weit verbreiteten aber falschen Auffassung geführt, die Interessen des britischen Finanz- und Industriekapitals seien einander entgegengesetzt, das Finanzkapital sei antinational („unpatriotisch“) und das Industriekapital sei national („patriotisch“). Das mag einmal eine nützliche Vereinfachung gewesen sein. Heute jedoch ist sie völlig falsch. Da die britischen Industrieunternehmen in wachsendem Maße international in ihren Operationen und außengerichtet in ihrer Orientierung werden, nähern sich ihre Interessen immer mehr denen der City an, und sie werden, genau wie die City, antinational.

Souveränität

Wir wollen nun zur Frage der Souveränität zurückkehren. Internationale Unternehmen sind aus zwei Gründen schwer zu kontrollieren: wegen des Problems der Information und der Existenz anderer Staaten.

Ein Unternehmen kann die staatliche Politik dadurch behindern oder umgehen, daß es keine Informationen weitergibt oder sogar überhaupt keine Informationen

sammelt oder aber dadurch, daß es falsche oder irreführende Informationen bekanntgibt. Der Staat wird auf diese Weise daran gehindert, zu erkennen, was ein Unternehmen tut, warum es das tut oder was es dessen Stelle tun könnte. Durch ihre gerissenen Bürokratien und ihre ausgedehnten Auslandsoperationen sind internationale Unternehmen, besonders die im Ausland verankerten, eher in der Lage, sich dieser Art von Obstruktion zu bedienen, als andere Unternehmen. Darüberhinaus können schon kleine Veränderungen im Außenhandel oder im Investitionsverhalten von fünfzig oder sechzig internationalen Unternehmen dramatische Geld- und Währungskrisen verursachen. Ohne Bereitschaft zur Kooperation seitens der beteiligten Unternehmen, sind solche Veränderungen schwer auszumachen und ihre Ursachen bleiben möglicherweise immer im Dunkeln und ein Objekt verbaler Streitigkeiten. Passiver Widerstand solcher Art ist wahrscheinlich besonders erfolgreich gegen radikale oder revolutionäre Regierungen, denen die loyalen und dazu befähigten Kader fehlen, um ihn zu bekämpfen.

Selbst wenn der Staat weiß, was die internationalen Unternehmen tun, ist er möglicherweise nicht in der Lage diesen Informationen gemäß zu handeln, aus Furcht vor Konflikten mit anderen Staaten. So könnten zum Beispiel Versuche, die Profite von Auslandsunternehmen zu beschränken oder ihnen ihre Investitionspolitik vorzuschreiben zu Vergeltungsmaßnahmen im Ausland führen. Selbst wenn der Staat größere Freiheit zur Kontrolle der einheimischen internationalen Unternehmen hat, so wird er doch von der Macht der fremden Staaten immer noch eingeschränkt. Zum Beispiel würde man sich im Ausland Versuchen widersetzen, die einheimischen internationalen Unternehmen zu zwingen, einen größeren Teil ihrer Profite im eigenen Land anzulegen oder die Produktion von Gütern durch ihre Tochtergesellschaften im Ausland in Konkurrenz mit den Exporten der eigenen Wirtschaft einzustellen.

Internationale Unternehmen sind besonders schwer zu kontrollieren, wenn der Staat nicht in der Lage ist, Informationen über ihre Aktivitäten zu erhalten und wenn ein Großteil dieser Aktivitäten sich jenseits der Reichweite der Staatsmacht abspielt. Dies ist der wahrscheinlichste Fall, wenn die Operationen der betreffenden Unternehmen internationalen Charakters sind und wenn der Staat im Vergleich zu anderen Staaten schwach ist. Umgekehrt wird der Staat in der Lage sein, eine beträchtliche Kontrolle über ihre Aktivitäten auszuüben, wenn die Unternehmen stark abhängig sind von der nationalen Wirtschaft und wenn der Staat mächtig ist; in diesem Fall wird seine Souveränität auch dann nicht ernsthaft bedroht sein, wenn es sich um ausländische internationale Unternehmen handelt.

Was die einheimischen Unternehmen betrifft, so hängen die beiden Bedingungen – Abhängigkeit von der Binnenproduktion und der Macht des Staates – mit den Faktoren zusammen, die das Ausmaß, in dem die Unternehmen wahrscheinlich als nationale Kraft auftreten, bestimmen. Es gibt aber einen wichtigen Unterschied. Exportunternehmen, deren Staat schwach ist, werden, wie wir schon gesagt haben, sehr empfindlich gegenüber ausländischen Vergeltungsmaßnahmen sein, wenn der Staat versucht, die nationale Wirtschaft zu schützen und sie werden es daher wahrscheinlich vorziehen, die Wirtschaft dem externen Druck unterzuordnen. Auf der

anderen Seite wird staatliches Eingreifen in die Aktivitäten der Exportunternehmen mit geringerer Wahrscheinlichkeit Vergeltungsmaßnahmen im Ausland hervorrufen als das bei vergleichbaren Eingriffen in die Aktivitäten internationaler Unternehmen der Fall wäre, denn der Großteil ihrer Produktion findet innerhalb der nationalen Wirtschaft statt; folglich sind sie auch leichter zu kontrollieren. Obwohl die Exportunternehmen ebenso antinationale Interessen haben mögen, wie die internationalen Unternehmen, sind sie leichter zu kontrollieren und stellen aus diesem Grund keine so große Bedrohung für die nationale Souveränität dar.

Die Sanktionen des internationalen Kapitals

Im Hinblick auf das bisher Gesagte ist klar, daß die internationalen Unternehmen in vielen Situationen so handeln können, wie sie es wollen, sei es weil der Staat sie nicht kontrollieren will oder infolge des Mangels an Informationen oder Macht nicht kontrollieren kann. Unter diesen Umständen werden sie in der Lage sein, erheblichen Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik oder auf die Löhne und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse auszuüben. Kurzfristig können sie Devisen- bzw. Währungskrisen auf verschiedener Art verursachen: indem sie einen Teil ihrer riesigen Umlaufvermögen von einem Finanzzentrum ins andere transferieren; indem sie die Import-Zahlungen beschleunigen und die Export-Einnahmen verzögern; indem sie Direktinvestitionen im Ausland verstärken und im Inland beschneiden; indem sie den Rückfluß der Profite ins eigene Land hinauszögern. Längerfristig können sie ihre Produktionsanlagen ins Ausland verlegen, so daß sie weniger exportieren und mehr importieren. Abgesehen von den auf der Hand liegenden Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz, können Stagnation, Rückständigkeit und Arbeitslosigkeit in der nationalen Wirtschaft die Folge sein und diese Wirtschaft so umstrukturieren, daß sie abhängiger wird von Beziehungen mit Nationen unter reaktionären Regimen.

Natürlich können nicht nur internationale Unternehmen solche Schritte tun. Es ist vielmehr so, daß sie aufgrund ihrer internationalen Operationen in der Lage sind, solche Schritte auf breiterster Ebene und auf schwer zu beobachtenden und zu blockierenden Wegen zu unternehmen. Ein Beispiel aus jüngster Zeit kann das illustrieren. Vom dritten zum vierten Quartal 1968 sanken die ausländischen Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich (ausgenommen Erdöl und Versicherungen) von 148 Millionen Pfund auf 20 Millionen Pfund – das sind – 86 Prozent. Zur gleichen Zeit stiegen die britischen Direktinvestitionen im Ausland von 56 Millionen Pfund auf 133 Millionen Pfund an – eine Steigerung von 138 Prozent. Diese beiden Verschiebungen verursachten eine Verschlechterung in der Zahlungsbilanz von 205 Millionen Pfund innerhalb von drei Monaten. Verschiebungen dieser Größenordnung sind allerdings gering im Vergleich mit denen, die möglich wären, wenn der Anteil der internationalen Unternehmen (einheimische oder ausländische) an der britischen Wirtschaft in den nächsten Jahren im gleichen Tempo zu steigen fortfährt, wie es zur Zeit der Fall ist. Am Ende des Jahrzehnts würde dann über die Hälfte des gesamten

Exports auf internationale Unternehmen verschiedener Art entfallen und der Zu- und Abfluß der Direktinvestitionen (einschließlich der reinvestierten Profite) wird vielleicht ein Zehntel oder mehr des gesamten Zu- und Abflusses von Devisen ausmachen. Kleine ungünstige Verschiebungen in diesen Größen würden eine ernste Devisenkrise verursachen. Große Verschiebungen würden die britische Wirtschaft lahmlegen.

Diese riesige Macht der internationalen Unternehmen, die Wirtschaftspolitik des Staates nach Belieben zu beeinflussen, stellt eine der beiden Hauptgefahren für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Bevölkerung dar deren Interessen durch diese Unternehmen beeinträchtigt werden.

Der kapitalistische Staat vertritt die Interessen des mächtigsten Kerns der herrschenden Klasse. Aber das bedeutet nicht, daß der Klassenkampf und die Massenbewegungen, die dieser Kampf hervorbringt, machtlos sind. Machtvolle Massenbewegungen können erheblichen Einfluß auf den Staat ausüben; und sie können die Regierung zu einer Politik zwingen, die in Gegensatz und Konflikt zu den Interessen und dem Verhalten von Teilen der herrschenden Klasse gerät, selbst der mächtigsten internationalen Unternehmen.

Weil die autonome Macht der internationalen Konzerne zur Verhinderung einer solchen Politik eingesetzt wird, ist die staatliche Souveränität, selbst wenn es die Souveränität eines kapitalistischen Staates ist, in dem Maße von Wichtigkeit, wie die Arbeiterklasse betroffen wird. Die Abwehr der Bedrohung dieser Souveränität durch die internationalen Konzerne stellt ein wichtiges Element in der allgemeinen Strategie und Taktik der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Kampf gegen das Monopolkapital dar, sowohl in Bezug auf ihre unmittelbaren Interessen als auch hinsichtlich ihres weitergehenden Ziels der Umgestaltung der Gesellschaft.

Die andere Hauptgefahr, die von den internationalen Konzernen ausgeht, besteht in ihrer Kontrolle über die internationale Arbeitsteilung, über riesige finanzielle Ressourcen und über die internationale Verteilung der Produktivkräfte für gleiche oder ähnliche Waren.

Diese Kontrolle wird dazu benutzt, die Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen; durch Verlegung von Produktionsstätten Vorteile gegenüber den Arbeitern eines bestimmten Landes zu gewinnen; die in den weit verstreuten Betrieben akkumulierten Profite für eine Belagerungstaktik gegen jene Arbeiter zu verwenden, die in einem bestimmten Land gegen den Konzern kämpfen. Auf diese Weise steigert der Konzern die Ausbeutungsrate der Arbeiter in seinem ganzen Geschäftsbereich.

Bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie gegen die internationalen Konzerne müssen diese beiden Hauptgefahren: die Bedrohung der Souveränität der einzelnen Staaten und die Bedrohung der Möglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung aller Länder, sich gegen die gemeinsamen Ausbeuter zu vereinigen, im Vordergrund stehen.

IV. Schlußfolgerungen

Aus unserer Untersuchung der Rolle und der Aktivitäten der internationalen Konzerne schließen wir, daß die Arbeiterklasse auf drei Gebieten in Aktion treten muß.

(1) Erstens Aktionen, die von den Arbeitern und ihren Organisationen in Westeuropa durchgeführt werden können, um ihre Solidarität zu festigen und um den Kampf gegen die internationalen Konzerne zu koordinieren. Das würde den Austausch von Informationen über Löhne, Arbeitsbedingungen, zusätzliche Sozialleistungen, Verhandlungs- und Zahlungssysteme, Unternehmenspolitik, Profite, Beschäftigungslage und -pläne, technische Entwicklungen usw. zwischen den Gewerkschaften, die mit dem gleichen Unternehmen in verschiedenen Ländern zu tun haben und/oder in der gleichen Branche, einschließen. Solidarität bei Streiks und andere gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften (ob WGB oder IBFG-Mitglieder), einschließlich dem Austausch von Gewerkschaftsdelegationen, sollte ebenfalls zwischen den verschiedenen kapitalistischen Ländern Europas entwickelt werden. Es sollten Überlegungen zur Ausarbeitung von gemeinsamen Programmen für die Arbeiter eines bestimmten internationalen Konzerns, der in verschiedenen Ländern operiert, angestellt werden. Solche Entwicklungen könnten begleitet werden von der Bildung ständiger Gremien von Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern aus Betrieben, die zum gleichen internationalen Unternehmen gehören und in verschiedenen europäischen Ländern arbeiten.

2. Das zweite Gebiet beträfe eine Reihe von Aktionen, mit denen die Arbeiter, die Gewerkschaften und die politischen Parteien der Arbeiterklasse Druck auf ihre Regierungen ausüben könnten, um sie zu Kontrolle-Maßnahmen über die internationalen Konzerne zu zwingen. Diese könnten Bestimmungen erlassen, die die internationalen Unternehmen zwingen, wichtige Informationen über ihre Geschäftspolitik bekanntzugeben und zwar über Beschäftigungspläne, Pläne zur Standortverteilung der Produktionsstätten, Profite, Dividenden, Preispolitik, Größe und Entwicklung der Rücklagen, Handelspolitik, Forschungspolitik und ihre Ergebnisse.

Auf der Basis der so erhaltenen Informationen könnte die Regierung Maßnahmen treffen, um jene Aktivitäten der Konzerne einzuschränken die den Interessen der Arbeiterklasse widersprechen, die nationale Souveränität einschränken und den allgemeinen nationalen Interessen entgegenstehen. Der Kapitalexport und -import sollte vom Staat kontrolliert werden. Alle ausländischen Unternehmen, die in einem Land operieren, sollten gesetzlich verpflichtet werden, die Rechte der Gewerkschaften und die Löhne der Arbeiter zu respektieren und ihre industriellen Beziehungen auf der Basis dieser hart erkämpften Errungenschaften zu gestalten; die Regierung sollte Sanktionen gegen Unternehmer ergreifen, die diesen Bestimmungen zuwiderhandeln.

3. Drittens ist es wichtig, im Rahmen des Kampfes zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter gegen die Konsequenzen der Entwicklung der internationalen Konzerne und im Rahmen des Kampfes um Regierungskontrolle über die Konzerne die grundlegende Frage des Eigentums an diesen riesigen Monopolen zu stellen.

Die internationalen Konzerne sollten nationalisiert und damit öffentliches Eigentum werden, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu wahren, die nationale Souveränität zu gewährleisten, eine bessere Basis für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft zu schaffen und um für alle Seiten vorteilhafte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern.

Tabelle 1
Direktinvestitionen im Ausland — akkumulierte Vermögen der wichtigsten Länder

	USA	V.K.	Frankr.	BRD	Schweden	Kanada	Japan	Welt
1946	7.200	7.200					850	
1957	25.200	9.776					1.825	
1966	54.652	16.000	4.000	2.724	793	3.283	1.000	89.853

Quelle: Industrial Policy Group, *The Case for Overseas Direct Investment*, London 1970.

Tabelle 2
Auslandsexpansion 1957–65, Industrieunternehmen
Prozentsatz der Umsatzsteigerungen durch:

	(1) Exporte	(2) Auslandsproduktion
USA	2	13
V.K.	12	20
Frankreich	6	1
BRD	14	2
Italien	24	5
Niederlande	27	17
Kanada	33	13
Japan	17	2

Quelle: Robert Rowthorn, *International Big Business 1957–67*, C.U.P. (forthcoming), Table 22.

Tabelle 3
Direktinvestitionspositionen der USA mit ausgewählten Ländern, Ende 1968

	(1) durch die USA in ...	(2) in den USA durch	(3) (1) : (2)
	in Millionen Dollar		
Kanada	19.488	2.659	7,3
Europa, gesamt	19.386	7.750	2,5
EWG	8.992	2.790	3,2
davon:			
Benelux	963	273	3,5
Frankreich	1.910	288	6,6
BRD	3.774	387	9,8
Italien	1.272	92	13,8
Niederlande	1.073	1.750	0,6
Übriges Europa	10.394	4.960	2,1
davon:			
V.K.	6.703	3.409	2,0
Schweiz	1.463	1.238	1,2
andere Länder	2.255	313	7,2
Japan	1.048	181	5,8

Tabelle 4
Anteil des US-Kapitals an verschiedenen Industrien in Europa
Frankreich 1963 (Umsatz)

	Prozent
Erdölraffination	20
Rasierklingen und Rasierapparate	87
Autos	13
Reifen	über 30
Kohlenstoffe	95
Kühlschränke	25
Werkzeugmaschinen	20
Halbleiter	25
Waschmaschinen	27
Aufzüge	30
Traktoren und Landmaschinen	35
Telegraphische und Fernsprecheinrichtungen	42
Elektronische und statistische Maschinen	43
(davon 75% Computer)	
Nähmaschinen	70
Elektrorasierer	60
Rechenmaschinen	75

Großbritannien 1964 (Umsatz)

	Prozent
Raffinierte Erdölprodukte	über 40
Computer	über 40
Autos	über 50
Kohlenstoffe	über 75
Kühlschränke	33 1/3-50
Pharmazeutische Produkte	über 20
Traktoren und Landwirtschaftsmaschinen	über 40
Instrumente	über 15
Rasierklingen und Rasierapparate	annähernd 55

Westdeutschland (Kapitalanteil an Aktiengesellschaften)

	Prozent
Erdöl	38
Maschinenbau, Fahrzeuge, Metallprodukte (davon Autos 40%)	15
Nahrungsmittelindustrie	7
Chemikalien, Gummi etc.	3
Elektroartikel, optische Geräte, Spielzeug, Musikinstrumente (davon 84% Computer)	10

Quelle: Joh. H. Dunning, *Studies in International Investment*, London 1970.

Anhang A

Tabelle 1 (A)

Die wichtigsten ausländischen Tochtergesellschaften im Vereinigten Königreich (VK)

Tochtergesell.	Muttergesell.	Herkunftsland	Umsatz Mio. Pfund	1968 ausge- wiesener Pro- fit nach Steuer in 1000 Pfund	Beschäftigte in 1000
1000 Pfund					
Esso	Standard Oil (NI)	USA	521	19	11
Ford	Ford Corp	USA	488	47	40
Gallahar	American				
F. W.	Tobacco	USA	407	18	14
Woolworth	Woolworth*	USA	296	39	92
Vauxhall	General Motors	USA	216	12	36
Chrysler	Chrysler*	USA	176	3	24
U.K.	Corpn	USA			
Phillips	Phillips NU*	Niederlande			
Massey-	Massey-				
Fergusson	Fergusson	Kanada	127	1	28
IBM (UK)	IBM	USA	126	11	9
STC	ITT	USA	107	11	34
Mars	Mars Corp	USA	88	4	7
H. J. Heinz	Heinz Corp	USA	68	8	9
Alcan (UK)	Alcan	Kanada	67	2	7
Petrofina (UK)	Petrofina	Belgien	62	2	2
Goodyear	Goodyear	USA	59	5	9
Hoover	Hoover	USA	59	8	9
Proctor & Gamble	P & G	USA	50	4	4

Quelle: TUC

* = hält die Aktienmehrheit

Tabelle 2 (A)
Wichtige internationale britische Industrie- und Erdölunternehmen 1969

Industrie	Umsatz Mio. Pfund	Beschäftigte in 1000
<i>Nahrungsmittel, Getränke, Tabak, Haushaltswaren</i>		
Booker McConnell	77,8	30,0
Tate and Lyle	228,0	10,2 (VK)
British-American Tobacco	1.467,1	96,0
Cadbury Schweppes	262,4	35,0 (VK)
Distillers	382,4	17,3 (VK)
Reckitt and Coleman	156,8	26,0
Unilever*	1.144,8	101,1 (VK)
<i>Chemie</i>		
Albright and Wilson	120,5	15,0
Beecham Group	161,1	14,9 (VK)
Fisons	82,2	8,8 (VK)
I.C.I.	1.355,1	197,0
Wellcome Foundation	75,1	12,6
<i>Maschinenbau und Metallindustrie</i>		
(I) Elektroausrüstungen		
British Insulated Callendars Cables	404,0	40,0 (VK)
E.M.I.	176,3	41,9
Plessey	179,1	59,3 (VK)
G.E.C.	898,2	228,0 (VK)
(II) Nicht-Elektroausrüstungen		
Babcock and Wilcox	103,6	23,4
Mather and Platt	35,7	12,0
Stone-Platt Industries	52,4	13,9
Vickers	165,6	43,3
(III) Metall und Metallprodukte		
G.K.N.	511,7	105,3
Hawker-Siddeley	402,3	94,0
Metal Box	193,6	52,4
Tube Investments	294,5	66,7 (VK)
<i>Fahrzeugbau und Zulieferer</i>		
British Leyland Motor	970,0	196,4
Dunlop	495,0	108,0
Joseph Lucas	251,3	72,5 (VK)
Rolls Royce	299,4	87,1
Wilmot-Breeden	32,8	7,7 (VK)

Verschiedene Industrien

(I) Textil			
Courtaulds	626,5	160,0	
English Calico	152,4	36,0	
Coats, Patons	268,5	81,0	
(II) Papier			
Bowater	268,1	33,4	
Reed International	314,4	55,6	
Wiggins Teape	115,9	20,3	
(III) Baumaterial und andere			
Associated Portland Cement	145,3	14,4 (VK)	
BPB Industries	62,5	10,9	
Pilkington Brothers	9,76	30,6	
Rugby Portland Cement	35,8	3,3 (VK)	
Turner and Newall	113,3	36,7	
Industrie insgesamt:	<u>13.179,1</u>	<u>2.298,0</u>	
<i>Erdöl</i>			
B.P.	2.242,8	25,3 (VK)	
Shell Transport and Trading**	<u>2.352,2</u>	<u>69,2</u>	
Erdöl insgesamt:	<u>4.595,0</u>	<u>94,5</u>	

Quelle: W. B. Reddaway *Effects of U. K. Direct Investment Overseas* (C.U.P.)

Bemerkungen: sofern nicht ausdrücklich vermerkt enthalten die Angaben ausländische Tochtergesellschaften

*Britisch-Niederländisch

** Die Beschäftigtenzahl beträgt 40% der von Fortune für die Royal Dutch-Shell angegebenen Zahl.

Tabelle 5

Exporte und Auslandsproduktion des Vereinigten Königreichs (Mio. Pfund) in 15 Ländern

	1956	1963	Veränderung in %
1. Exporte des V.K.	1.450,3	2.000,5	+ 38%
2. Export der Firmen der Reddaway-Liste	114,2	106,2	- 7%
3. Auslandsproduktion der Firmen der Reddaway-Liste	1.321,4	2.137,8	+ 62%
4. Export des V.K. in 15 Länder abzüglich der Firmen der Reddaway-Liste	1.336,1	1.894,3	+ 42%

Bemerkungen und Quellen: W. B. Reddaway, *Effects of U. K. Direct Investment Overseas – an Interim Report* (Cambridge: Cambridge University Press, 1967), Tabel VI 5.

Die Auslandsproduktion wurde geschätzt, indem 150% des Wertes der Exporte der Unternehmen aus der Reddaway-Liste von dem Gesamtumsatz dieser Unternehmen in den 15 Ländern abgezogen wurden. Die zusätzlichen 50% sollen der Tatsache Rechnung tragen, daß die Umstände in Verkaufspreisen berechnet werden, wohingegen Exporte frei an Bord berechnet werden. Die 15 Länder sind: Westdeutschland, Malaysia, Italien, Indien, Brasilien, Ghana, Südafrika, Australien, USA, Jamaika, Kanada, Argentinien, Frankreich, Nigeria, Dänemark.

Tabelle 6

Verhältnis des Gesamtumsatzes der drei größten US-Unternehmen zum Gesamtumsatz der drei größten Nicht-US-Unternehmen der jeweiligen Branchen

	1957	1962	1967
Auto	11,6	6,2	6,4
Elektromaschinen	4,2	2,5	2,7
Erdöl	1,3	1,9	1,9
Chemie	0,8	0,8	0,8
Nahrungsmittel	2,5	2,1	2,1
Eisen und Stahl	4,7	2,3	1,8
NE-Metalle	1,8	1,5	1,3
Maschinenbau	1,7	1,6	1,5
Gummi	3,3	2,2	2,2
Papier		2,3	1,9
Textil		2,4	2,1
Flugzeug	3,4	4,1	

Quelle: Stephen Hymer and Robert Rowthorn, 'The Non-American Challenge' in C. P. Kindleberger, *The Multinational Corporation* (Harvard 1969)

Tabelle 7
Die relative Größe von US- und Nicht-US-Unternehmen

Nach Größe klassifizierte Unternehmen**	Umsätze 1967 (in Milliarden Dollar)		Verhältnis der relativen Größen?		
	US	Nicht-US	Umsatz	Vermögen	Beschäftigte
1-10	82,2	32,8	2,5	1,9	1,2
11-20	30,7	15,7	2,0	2,0	1,2
21-30	25,3	12,7	2,0	1,4	1,5
31-40	20,1	10,7	1,9	1,7	0,7
41-50	15,2	9,5	1,6	1,4	1,0
51-60	13,5	8,7	1,5	1,7	0,5
61-70	12,0	8,0	1,5	1,7	0,9
71-80	10,6	7,1	1,5	1,1	0,9
81-90	9,9	6,5	1,5	1,2	1,2
90-100	9,1	5,6	1,6	1,2	0,9
101-110	8,1	5,2	1,6	1,3	0,7
111-120	7,7	4,7	1,6	0,9	0,9
121-130	7,1	4,4	1,6	1,5	1,0
131-140	6,5	4,0	1,6	1,1	0,8
141-150	6,0	3,7	1,6	1,4	0,9
151-160	5,5	3,5	1,6	0,9	1,3
161-170	5,2	3,3	1,6	1,1	1,0
171-180	4,9	3,1	1,6	1,4	0,9
181-190	4,6	2,9	1,6	1,1	1,2
190-200	4,4	2,8	1,6	0,7	0,5
1-50	173,5	81,3	2,1	1,7	1,1
1-100	228,6	117,2	1,9	1,6	1,0
1-200	288,8	154,8	1,8	1,5	1,0

Quelle: Vgl. Tabelle 6

* Das Verhältnis der relativen Größe ist das Verhältnis des gesamten Umsatzes, des Vermögens oder der Beschäftigten der US-Gesellschaften zu Nicht-US-Gesellschaften innerhalb einer gegebenen Größenordnung.

** 1-10 bedeutet die 10 größten Unternehmen (gerechnet in Umsatzhöhe), usw.

Tabelle 8
Einige hypothetische Fusionen

	Umsätze 1969 (Millionen Dollar)	Beschäftigte 1969 (in 1000)
<i>Elektroindustrie</i>		
Phillips (Niederlande)	3.598	339
Siemens (BRD)	2.421	272
AEG-Telefunken (BRD)	1.787	164
Gesamt:	7.806	775
vgl. mit		
General Electric (US)	8.448	400
IBM (USA)	7.198	259
<i>Autoindustrie</i>		
Volkswagen (BRD)	3.537	168
British-Leyland (Großbritannien)	2.328	196
Renault* (Frankreich)	2.173	140
Gesamt	8.038	504
Daimler-Benz (BRD)	2.307	136
Fiat (Italien)	2.280	171
Citroen (Frankreich)	1.390	83
Gesamt	5.977	390
vgl. mit		
General Motors (USA)	24.295	794
Ford (USA)	14.756	436
Chrysler (USA)	7.052	235
<i>Luftfahrtindustrie</i>		
Hawker-Siddeley Group (Großbritannien)	965	94
British Aircraft (Großbritannien)	441	37
Societe Nationale (Frankreich)		
Industrielle Aerospatiale*	545	42
Gesamt	1.951	173
vgl. mit		
Boeing (USA)	2.835	121
Lockheed (USA)	2.075	98

Gummiindustrie

Dunlop (Großbritannien)	1.188	108
Pirelli (Italien)	1.067	75
Michelin (Frankreich)	1.062	75
	<u>3.317</u>	<u>258</u>

vgl. mit

Goodyear (USA)	3.215	134
Firestone (USA)	2.279	109

Chemische Industrie

I.C.I. (Großbritannien)	3.252	192
Hoechst (BRD)	2.266	98
A.K.Z.O. (Niederlande)	1.759	100
	<u>7.277</u>	<u>390</u>
BASF (BRD)	2.257	95
Bayer (BRD)	2.139	95
Montecatini-Edison (Italien)	2.483	145
Rhone Poulenc (Frankreich)	1.968	119
	<u>8.847</u>	<u>454</u>

vgl. mit

Du Pont (USA)	3.635	118
Union Carbide (USA)	2.933	104

Erdölindustrie

Burmah (Großbritannien)	434	26
B.P. (Großbritannien)	3.424	68
Cie Francaise des Petroles (Frankreich)	1.625	23
Petrofina (Belgien)	1.054	20
E.N.I.* (Italien)	1.617	63
	<u>8.154</u>	<u>200</u>

vgl. mit

Royal Dutch/Shell (Großbritannien/ Niederlande)	9.738	173
Standard Oil NJ (USA)	14.930	145
Mobil Oil (USA)	6.621	76
Texaco (USA)	5.868	73
Gulf (USA)	4.953	60

Quelle: Fortune

Bemerkungen: * = Staatseigentum

Eugenio Peggio

Internationale Konzerne, Integration und nationale Souveränität

Aus: *politica ed economia*, Rom 1971, Heft 2–3. Geringfügige Kürzungen durch die Redaktion des Marxismus-Digest.

Nach dem 2. Weltkrieg und insbesondere im letzten Jahrzehnt wurde die wirtschaftliche Entwicklung der kapitalistischen Welt u.a. durch das Wachstum der multinationalen Konzerne gekennzeichnet. Schon in der historischen Phase des Übergangs vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus, d.h. zu Beginn der imperialistischen Epoche, hatte sich das Aufkommen von Gesellschaften und kapitalistischen Gruppen abgezeichnet, die ihre operative Basis auf verschiedene Länder, die ihrerseits vielfach mehreren Kontinenten angehörten, aufgeteilt hatten. Aber das Phänomen der multinationalen Konzerne hat heute, nach den ersten Erfolgen damals und in stärkerem Maße in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts, neue Dimensionen und eine immer stärkere Bedeutung, insbesondere in den letzten zwanzig Jahren erlangt.

Die Rolle des amerikanischen Imperialismus

Am Ende des zweiten Weltkrieges hat eine Reihe von Prozessen unterschiedlicher Natur – technisch-wissenschaftlicher, wirtschaftlich-gesellschaftlicher und somit politischer Art den Anstoß zu einer außerordentlichen Entfaltung der Entwicklung der Produktivkräfte gegeben. Diese hat ihrerseits die Forderung nach einer zunehmenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens der einzelnen Länder noch dringender gemacht. In den zwei großen wirtschaftspolitischen Gruppen der entwickelten kapitalistischen Welt – Nordamerika und Westeuropa – bildeten sich auf diese objektive Forderung Lösungen heraus, die bei aller Verschiedenheit u.a. im Wachstum der multinationalen Konzerne übereinstimmen.

In den USA bedeutete die nach Beendigung des 2. Weltkrieges begonnene imperialistische Politik der aktiven politisch-militärischen und wirtschaftlichen Präsenz auf jedem Kontinent nicht nur einen indirekten Anreiz für die Verstärkung der Initiativen der großen amerikanischen Konzerne außerhalb der USA. Gleichzeitig, während in Westeuropa der von der Washingtoner Regierung unterstützte kapitalistische Wiederaufbau auf Formen der multinationalen wirtschaftlichen Integration ausgerichtet wurde, verstärkte innerhalb der einzelnen Länder der erneut auf der Ebene der Unternehmen in Gang gesetzte Konzentrationsprozeß die Macht der großen Monopolgruppen und ermöglichte somit deren Expansion außerhalb der nationalen Grenzen.

Aber das Wachstum der multinationalen Konzerne in Westeuropa und die Übernahme einer ausgeprägteren Rolle durch dieselben, mußte jene Prozesse besonders

beschleunigen, die in der Folge der gegen Ende der 50er Jahre eingeleiteten internationalen wirtschaftlichen Integration auftraten. An der Ingangsetzung des Prozesses einer europäischen Wirtschaftsintegration, der weit prägnanter war, als alle vorangegangenen Versuche, waren die USA keinesfalls unbeteiligt. Im Gegenteil: in dem andauernden Klima des Kalten Krieges hatte sich die Washingtoner Regierung, nachdem das französische Parlament die Ratifizierung des Vertrages für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) verweigert hatte, besonders aktiv gezeigt, einerseits was die Schaffung eines wirtschaftlich integrierten Gebietes in Europa anbetrifft und andererseits hinsichtlich der Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Der Entschluß, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen, war folglich das Ergebnis der Übereinstimmung der strategischen Interessen der USA mit den unterschiedlichen und artikulierten Interessen der sechs kapitalistischen Staaten, die an das System der sozialistischen Staaten unmittelbar grenzten.

Dieser Ursprung der Politik der europäischen Wirtschaftsintegration, die im Rahmen der EWG verwirklicht wurde, mußte in entscheidendem Maße nicht nur ihre allgemeinen Merkmale beeinflussen, sondern auch insbesondere den Expansions- typ der multinationalen Konzerne sowohl im „Kleinen Europa“ als auch außerhalb desselben.

Die Aussicht auf eine Zollunion bedeutete von Anfang an einen starken Anreiz für die Entwicklung der US-Investitionen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In der Tat war es für die amerikanischen Gesellschaften, welche schon früher in einem oder mehreren EWG-Ländern eigene Unternehmen errichtet hatten, vorteilhaft, die eigenen Produktionskapazitäten auch durch den Aufbau neuer Produktionseinheiten oder den Kauf von europäischen Unternehmen zu potenzieren, um die in der Folge der Zollunion zu erwartende Marktexpansion auszunutzen. Andere amerikanische Gesellschaften, die bis dahin darauf verzichtet hatten, eigene Produktionsinitiativen in der „Sechsergruppe“ zu realisieren, konnten es sich nun nicht mehr erlauben, weiterhin auf einem Markt von außergewöhnlicher Bedeutung zu fehlen (oder nur durch den Verkauf von anderswo produzierten Waren vertreten zu sein); der, was seine Aufnahmefähigkeit anbetrifft, nur dem amerikanischen nachstand.

In ähnlicher Weise verhielten sich einige große englische, schwedische und schweizerische Gesellschaften, die sich ebenfalls darum bemühten, die aus der Gründung der EWG sich ergebenden Vorteile wahrzunehmen.

Die Konzentration in den EWG-Ländern

Die größten Gesellschaften der EWG-Länder verfolgten, wenigstens in der ersten Phase, eine andere Taktik: sie versuchten, jede auf sich selbst gestellt, die eigene Dimension zu vergrößern, wodurch eine außerordentliche Konzentrationsentwicklung innerhalb der einzelnen Länder provoziert wurde und zwar in der Überzeugung, daß es ihnen nur auf diese Weise möglich sei, die nötige Wettbewerbskapazität (Produktionskoeffizienten, Marktanteile usw.) zu erreichen, um den Initiativen der

anderen Konkurrenten innerhalb der EWG und in Drittländern gegenüberzutreten. Diese Wahl veranlaßte sie in keiner Weise, auch nicht zu Beginn, die Politik der Auslandsinvestitionen, in der sie sich zuvor engagiert hatten, zu verlassen. Im ersten Jahrzehnt nach Abschluß des EWG-Vertrages überwog jedoch die Tendenz zur höchsten Konzentration in den einzelnen Ländern der EWG, eine Tatsache, die nicht wenig Überraschung bei den Mitgliedern der EWG-Kommission hervorrief.

Das Vorherrschen von großen Monopolorganisationen nationalen Ursprungs innerhalb eines jeden einzelnen Mitgliedlandes der Wirtschaftsgemeinschaft schien in der Tat in Widerspruch zu der Konzeption und den Prinzipien zu stehen, die den Prozeß der europäischen Integration inspirieren sollten, insofern man nämlich der Überzeugung war, daß auf diese Weise die Wirtschaftsgemeinschaft am Ende nur eine Entente zwischen den großen nationalen Monopolen darstellen und somit laufend der Gefahr der Auflösung ausgesetzt sein würde¹.

Ohne Zweifel schien diese Analyse jahrelang der Wirklichkeit zu entsprechen. Heute noch können eine Reihe von Fakten als Demonstration ihrer fortdauernden Gültigkeit erscheinen. Aber wahrscheinlich entging ihr, und um so mehr entgeht ihr heute, die Bedeutung einiger Elemente, die den Reflex selbst dieses intensiven Konzentrationsprozesses darstellen, der sich auf der Ebene der einzelnen Länder, seien sie schon Mitglieder oder nur der EWG assoziiert, entwickelte. In der Tat, einige Operationen wie die engen Verbindungen oder sogar Fusionen zwischen einigen großen Bankorganen verschiedener europäischer Länder, oder wie beispielsweise der Erwerb einer Beteiligung an den Citroën-Werken seitens des Fiatkonzerns, die quasi eine Kontrolle erlaubt, oder wie die Fusion zwischen Pirelli und Dunlop usw., die in den letzten zwei Jahren durchgeführt wurden, zeigten, daß sich aller Wahrscheinlichkeit nach eine neue Tendenz abzuzeichnen begonnen hat: die Tendenz einer weiteren Konzentrationsentwicklung, die sich jedoch nicht mehr im nationalen Rahmen erschöpfen kann und notwendigerweise die Grenzen der einzelnen Staaten überschreiten muß.

Außerdem sind die innerhalb der europäischen Länder bestehenden großen Monopolgruppen mit vorwiegend nationalem Charakter, abgesehen von Fusionen oder Verbindungen mit Gesellschaften anderer Länder, immer mehr dazu geneigt, massive Investitionen im Ausland vorzunehmen und somit auf diese Weise immer stärker die Merkmale „multinationaler Unternehmen“ anzunehmen. Ohne Zweifel tendieren diese multinationalen Gesellschaften dahin, sich zu verstärken, ihre Einfluss- sphäre zu erweitern und eine einschneidendere Rolle sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb der einzelnen Staaten zu erlangen.

Die Analyse der diese Expansion regulierenden Mechanismen, die von einigen marxistischen Wissenschaftlern, wie *Paul M. Sweezy* und *Harry Magdoff* durchgeführt worden ist, erscheint einwandfrei. Die Mammutiengesellschaft entwickelt sich auf Grund der Wirkung folgender Faktoren:

¹ In dieser Richtung drückte sich auch der Bericht über die Industriepolitik der EWG aus, der 1968 von einem damaligen Mitglied der Kommission, dem Botschafter Guido Colonna Palliano, dem jetzigen Präsidenten des Warenhauskonzerns La Rinascente (Mailand), vorgelegt wurde.

1) Überfluß an investitionsfähigem Kapital und nahezu unbegrenzte Kreditbeschaffungsmöglichkeiten zu günstigen Bedingungen sowohl auf den nationalen Geldmärkten als auch auf den ausländischen.

2) Ein bewährter Management-Pool, der entsprechend den Umständen an jede Stelle des Unternehmensbereiches versetzt werden kann.

3) Eine weite und wirkungsvolle Verkaufsorganisation, welche gleicherweise für alle Produktionseinheiten des Unternehmensbereiches versetzt werden kann.

4) Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, welche zur Lösung aller technologischen und Marktprobleme einsetzbar sind.²

Angriff auf die nationale Souveränität

Aber in der Folge ihrer Expansion entstehen tiefgreifende Interessenkonflikte zwischen den multinationalen Konzernen und den Ländern, in denen sie operieren. *Sweezy* und *Magdoff* weisen treffend darauf hin, daß die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von der Höhe und dem Einsatz des Surplus, d.h. der Akkumulation abhängt. Mit der Präsenz multinationaler Konzerne in einem Land geht die Kontrolle über beide (Maß und Nutzung des Surplus) in die Hände der Besitzer oder Manager des Kapitals über. Da die multinationalen Konzerne am Ende immer „*Feinde nicht jeglicher Entwicklung der Gastländer sind, aber wenigstens jeder Entwicklung, die den Interessen irgendeiner Klasse oder sozialen Gruppe im Inneren des Landes entsprechen, welche sich von den entnationalisierten und zum Dienst am ausländischen Kapital bestimmten Gruppen unterscheiden*“,³ muß man noch hervorheben, daß die Entwicklung der multinationalen Konzerne einen fortschreitenden Abbau der Staatssouveränität nicht nur der Länder, in die sie von außen her gelangen, sondern auch der Länder, in denen sie ihren Stammsitz haben, bewirkt. In den meisten Fällen ist der den multinationalen Konzernen zur Verfügung stehende Surplus zum größten Teil in den Ursprungsländern der Gesellschaften produziert worden. Wenn im Falle der USA, entsprechend dem bestehenden Verhältnis zwischen der amerikanischen Regierung und den multinationalen Konzernen, die Expansion der letzteren den US-Imperialismus verstärkt, so ist die Situation in anderen Ländern verschieden.

Die Erfahrung zeigt uns zum Beispiel, daß die italienische Souveränität nicht nur durch die immer einschneidendere Präsenz der großen amerikanischen Monopole und die der anderen Länder in entscheidenden Sektoren unserer Wirtschaft wie Energie, Elektronik, pharmazeutische Industrie usw. begrenzt und bedingt ist. In der Tat, die italienische Souveränität wird eingeschränkt und in Frage gestellt

2 Man vergleiche dazu den interessanten Artikel von Paul M. Sweezy und Harry Magdoff „*Note sulla società azionaria multinazionale*“, der in der italienischen Ausgabe der *Monthly Review* in den Heften November 1969 und Januar/Februar 1970 erschienen ist.

3 *Sweezy/Magdoff*, a.a.O.

auch durch Operationen wie sie der Fiatkonzern gegenüber den Citroënwerken und Pirelli gegenüber Dunlop durchgeführt hat.⁴

Die immer stärkere Charakterisierung der Fiat- und Pirelliwerke in multinationaler Richtung, erschwert dem italienischen Staat in zunehmenden Maße die Kontrolle über das Ausmaß und die Nutzung des Surplus, der in Italien von beiden Gesellschaften produziert wird.

Aber die Konsequenzen der Expansion der multinationalen Konzerne treten noch klarer hervor, wenn man die Vorteile in Betracht zieht, die diese Gesellschaften erreichen können und die wiederum Ausdruck der nicht nur wirtschaftlichen sondern auch politischen Macht sind, die sie schließlich übernehmen. Entsprechend der Aufzählung von *Charles Levinson* betreffen diese Vorteile:

„*Die Fähigkeiten, Investitionen unter günstigen Umständen vorzunehmen, wie zum Beispiel niedriger Lohnstand, Schwäche der Gewerkschaften, Steuergesetze und eine Gesetzgebung, die den modernen Techniken der Unternehmensführung entspricht;*

Die Möglichkeit, die Produktion von einem Land in ein anderes zu transferieren, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Streiks zu neutralisieren;

Die Möglichkeiten, Kompensationen oder Preismanipulation zwischen Filialen verschiedener Länder vorzunehmen mit dem Zweck, die Steuerlasten zu vermindern und die Profite zu maximieren;

Die Nutzung aller Vorteile, die von den Steuerparadiesen geboten werden und die Umgehung der Kontrollen, die der Verminderung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten dienen;

Die Konzentration der Forschung und Planung bei der Muttergesellschaft, um umfangreiche, die Möglichkeiten der nationalen Unternehmen überschreitende Ersparnisse zu erlangen;

Zutritt zum Weltkapitalmarkt und die Möglichkeit, Kredite in Gebieten mit niedrigem Zinssatz zu erhalten zur Finanzierung der Operationen von Filialen, in deren Gebiet der Zinssatz hoch ist. Emanzipation von den einzelnen nationalen Finanzmärkten.

*Befreiung des Unternehmens von den einzelnen nationalen Auflagen hinsichtlich verschiedener Tarife, Steuern, Bilanzveröffentlichungspflicht usw.*⁵

Levinson zieht aus der Beschreibung der Vorteile der multinationalen Gesellschaften den Schluß, daß die nationalen Regierungen und die Gewerkschaften gegen-

4 Inhaltsreich sind in dieser Hinsicht die Erklärungen, die der Präsident des Fiatkonzerns, Rechtsanwalt Giovanni Agnelli, anlässlich des Autosalons in Paris im Herbst 1970 abgegeben hat. Agnelli sagte, daß Fiat jetzt nach der Beteiligung an den Citroënwerken auch in Frankreich Produktionsstätten aufbauen könne, die der Produktion in Italien dienen sollen, und zwar augenscheinlich mit folgender doppelter Zielsetzung: einerseits, um die beiden Unternehmen zu integrieren, anderseits, um Bedingungen zu schaffen, die es erlauben, sowohl die italienischen Arbeiter als auch den italienischen Staat zu erpressen, insbesondere was die Politik der „incentives“ zur Industrialisierung Südaladiens anbetrifft.

5 Charles Levinson, *Imprese multinazionali e azione sindacale*, in: *Tempi moderni*, Luverno 1971, Nr. 5/S. 19.

über einer solch komplizierten und verzweigten Machtaddition entwaffnet sind und er fügt hinzu: „*Die Rolle der politischen Institutionen ist zu überprüfen, und es ist eine gewerkschaftliche modiale Gegenmacht zu schaffen, welche simultan auf den verschiedenen Ebenen handelt wo die multinationale Gesellschaft Front macht. Dies ist die historische Aufgabe der 70er Jahre.*“⁶

Italien und die multinationale Gesellschaften

An diesem Punkt sind einige kurze Hinweise auf die Art und Weise, wie sich das Problem der multinationale Konzerne in unserem Lande stellt, nützlich.

Uns scheint, daß in Italien das Wachstum der multinationale Konzerne einige besondere Charakteristiken aufweist, die im wesentlichen die allgemeinen Besonderheiten ihrer betriebswirtschaftlichen Struktur widerspiegeln. Zusammenfassend können diese Charakteristiken wie folgt dargestellt werden: dem äußerst hohen monopolistischen Konzentrationstrad, der in der italienischen Wirtschaft zwischen den beiden Weltkriegen und insbesondere in den letzten Jahrzehnten erreicht wurde, steht auf der einen Seite ein sehr starker Einfluß der öffentlichen Unternehmen, beziehungsweise derjenigen mit staatlicher Beteiligung und auf der anderen Seite eine beträchtliche Anzahl kleiner und mittlerer Betriebe, gegenüber. Hinzuzufügen ist, daß selbst die Präsenz der ausländischen multinationale Unternehmen in Italien schließlich, wenigstens zum Teil, Einschränkungen durch die Besonderheiten ihres strukturellen Aufbaus erfahren hat. Auf der einen Seite hat die schon seit einigen Jahrzehnten existierende hohe monopolistische Konzentration, und auf der anderen Seite die bedeutende Stellung der öffentlichen Unternehmen den ausländischen Investitionen in Italien nicht erlaubt, absolut und relativ den Anteil zu erzielen, der in anderen europäischen Ländern erreicht worden ist.

Damit sind wir selbstverständlich nicht der Meinung, daß die Präsenz von ausländischem Kapital in Italien (insbesondere von amerikanischem) zu unterschätzen sei. Eine breite Dokumentation⁷ zeigt, daß die Präsenz insbesondere in einigen Sektoren ziemlich entscheidend ist und in negativer Weise ihren Einfluß ausübt. Es ist auf jeden Fall empfehlenswert, die dargelegten Betrachtungen zu berücksichtigen, sobald man die politischen Schlüsse zieht, die aus dieser Situation gezogen werden können und auf die wir später noch zu sprechen kommen.

Die Probleme, die die Entwicklung der multinationale Konzerne und insbesondere die wachsende Internationalisierung des Wirtschaftslebens stellen, erfordern eine Überprüfung der Haltung und der Strategie der Gewerkschaftsbewegung und der Linkskräfte innerhalb der einzelnen Länder und auf internationaler Ebene.

6 Charles Levinson, ebenda.

7 Siehe „*La presenza in Italia di società multinazionali straniere*“, in: *politica ed economia*, Rom 1971, Nr. 2–3, S. 35–41. Deutsche Übersetzung in dem im Herbst 1971 erscheinenden Band 2 der Reihe *Arbeitsmaterialien des IMSF: Internationale Konzernbildung und Arbeiterklasse* (IMSF, Frankfurt/Main).

Forderung einer neuen Strategie der Linkskräfte

Wir haben festgestellt, daß die Entwicklung der multinationale Gesellschaften eine Beschränkung der Staatssouveränität mit sich bringt. Aber aus dieser Feststellung dürfen nach unserer Ansicht keine überstürzten und schematischen Schlüsse gezogen werden. *Paul M. Sweezy* und *Harry Magdoff* zum Beispiel ziehen aus ihrer Analyse, die in vieler Hinsicht scharfsichtig und ohne weiteres gültig ist, Schlüsse die wir nicht teilen, im Gegenteil zurückweisen müssen. „*Multinationale Gesellschaften und Staat*“ – behaupten sie – „*sind wesentlich und unerbittlich in gegenseitigem Widerspruch. Die Logik des einen, bis zum Ende durchgesetzt, bedeutet die Zerstörung des anderen*“.⁸

Auf der Grundlage eines solchen Urteils vertreten sie die Ansicht, daß sich aus der Expansion der multinationale Konzerne in nicht allzu langer Zeit folgende Alternative ergibt: entweder die Bildung eines Weltreiches unter der Leitung der amerikanischen Regierung oder vorher die sozialistische Weltrevolution. Da aber nicht die Aussicht auf eine baldige sozialistische Revolution in der ganzen kapitalistischen Welt zu bestehen scheint, läuft die Alternative, von der *Sweezy* und *Magdoff* sprechen, schließlich auf eine ziemlich vereinfachte Feststellung hinaus. Gemeint ist, daß sich der amerikanische Imperialismus als Ausdruck der großen multinationale Gesellschaften, die mehr oder weniger an die entscheidenden Zentren der wirtschaftlichen und ökonomischen Macht der USA gebunden sind, verhältnismäßig schnell durchsetzt. Im Hinblick darauf zitieren *Sweezy* und *Magdoff* einen Artikel aus *Business International*, in dem festgestellt wird: „*Die Utopie einer multinationale Aktiengesellschaft wäre die Weltregierung. Eine Welt ohne Grenzen. Absolute Freizügigkeit der Personen, Güter, Ideen, Dienste und des Geldes. Kein Heer, keine See- und Luftstreitkräfte, nur lokale Polizei und ein einziges globales Patentsystem... Eine einzige globale Währung. Eine einzige Zentralbank.*

Der Weltregierung gegenüber befänden sich die Nationalstaaten in dem gleichen Verhältnis wie die amerikanischen Staaten gegenüber Washington oder die schweizerischen Kantone gegenüber Bern. Offensichtlich würde man den Begriff „Zahlungsbilanz“ nur noch in den Geschichtsbüchern finden, die die barbarischen Zeiten beschreiben, in welchen die Menschen noch nicht gelernt hatten, friedlich auf dem gleichen Planeten zusammenzuleben“⁹

Die Realisation dieser Utopie erscheint natürlich weder den Verfassern dieser Schrift noch *Sweezy* und *Magdoff* nahe. Sie unterstreichen jedoch, daß ein Surrogat dieser Utopie bereits wirksam ist: die Regierung der USA sei entschlossen „*das Unmögliche zu versuchen, um eine Welt gehorsamer Satelliten zu erobern*“. Aber dieser Schluß, sei er noch so verführerisch, scheint nicht realistisch, da er von einer dialektischen Sicht der im Gang befindlichen Prozesse absieht, d.h. er trägt den wirtschaftlichen und politischen Widersprüchen keine Rechnung, die das Wachstum der

8 *Sweezy/Magdoff, Monthly Review*, italienische Ausgabe, Januar/Februar 1970, S. 6.

9 *The International Corporation and the Nation State*, redigiert und herausgegeben von *Business International*, New York, Mai 1968.

multinationalen Konzerne schafft, sowohl was das Verhältnis zwischen den USA und den anderen Industrieländern anbetrifft, als auch das der großen unterentwickelten zu den entwickelten kapitalistischen Ländern. Diese Widersprüche können nicht unterbewertet werden. Niemandem kann die Aggressivität und die Übermacht des amerikanischen Kapitalismus entgehen; aber es wäre ein großer Fehler, sähe man nicht, wie diese Übermacht eine Mobilisation auch von kapitalistischen und imperialistischen Kräften (in Europa, in Japan usw.) provoziert, die nicht gewillt sind, amerikanische Untertanen zu werden, und ihre eigene staatspolitische Souveränität behalten wollen.

Aber ausgehend von dem Konzept, nach dem die multinationalen Konzerne inkompatibel und unversöhnliche Einrichtungen sind, kann man noch zu anderen falschen Schlüssen gelangen. Man kann die Illusion hegen, daß es möglich sei, durch eine gründliche Aktion zur Verteidigung der Staatssoveränität die Entwicklung der multinationalen Konzerne zu verhindern. Wir haben schon hervorgehoben, daß das Wachstum der multinationalen Gesellschaften auf der Unternehmensebene die objektive Tendenz zur Internationalisierung und Integration des Wirtschaftslebens der einzelnen Länder ausdrückt: Dieser Tendenz, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte erzwungen wird, kann ohne Zweifel entgegengetreten werden. Die monopolistische und imperialistische Logik all jener Kräfte, die in der kapitalistischen Welt gerade aufgrund der Behauptung dieser Tendenz, ihre Basis zu erweitern versuchen, kann und muß Objekt einer heftigen Anklage und starker Angriffe seitens der demokratischen und sozialistischen Kräfte sein. Indem sie ihre eigenen gewerkschaftlichen und politischen Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene vorantreiben, können Arbeiterbewegung und demokratische Kräfte die Kontrolle und Konditionierung der konkreten Welt, in der diese Tendenz sich ausbreitet und ihre Verwirklichung findet, erreichen. Aber es wäre absurd und illusorisch anzunehmen, diese objektive Tendenz zur Internationalisierung der Wirtschaft und zur Entwicklung der multinationalen Konzerne negieren oder unterdrücken zu können.

Wie kann man sich der Übermacht dieser multinationalen Gruppen widersetzen? Wie kann man verhindern, daß die Prozesse der internationalen Integration durch monopolistische und autoritäre Kraft beherrscht werden? Entlang welcher Linie und zur Erreichung welcher Ziele kann eine Koordinierung der politischen Aktion der Arbeiterklasse und der im kapitalistischen Europa existierenden Linkskräfte festgesetzt werden? In erster Linie muß festgestellt werden, daß es nicht möglich ist, sich dem aktuellen internationalen Integrationsprozeß zu widersetzen, indem man autarkistische Positionen verteidigt und sich innerhalb der nationalen Grenzen verschanzt, d.h. verlorene Schlachten zur Verteidigung rückständiger wirtschaftlicher und sozialer Interessen kämpft. Außerdem ist die Existenz der sozialistischen Staaten in Rechnung zu ziehen und die objektive Konditionierung, welche diese hinsichtlich der in Gang befindlichen Integrationsprozesse in der kapitalistischen Welt ausüben. Und schließlich ist zu berücksichtigen, daß die multinationalen Konzerne nicht nur Industrieunternehmen sondern auch Finanzierungsgesellschaften und Bankorganisationen sind, die breite Wirtschaftssektoren der Länder kontrollieren, in denen sie operieren.

James O'Connor

Internationale Konzerne und wirtschaftliche Unterentwicklung

Aus: *Science and Society*, New York, Spring 1970, Vol. XXXIV, Nr. 1

I.

Internationale Konzerne der USA, Europas und Japans besitzen oder kontrollieren gegenwärtig direkt zwischen 20 und 30 Prozent der finanziellen Ressourcen in den unterentwickelten Ländern (eingeschlossen hierbei Kanada). Die indirekte Kontrolle des einheimischen Kapitals in Asien, Lateinamerika und Afrika ist ebenso tiefgreifend: Mobilisierung des einheimischen Kapitals¹, Kontrolle von Nebenverträgen und anderen vertraglichen Ergänzungen, „Management“-Verträge, die eine tägliche Kontrolle der Aktienspekulationen durch das ausländische Kapital² fordern und Lizenzverträge, die jegliche Anwendung von modernen Technologien durch Verbot von Grundlagenforschung³ verhindern – all dies erweitert noch das Übergewicht des ausländischen Kapitals und vervielfacht die quantitativen Auswirkungen des Mißbrauchs ausländischer Ressourcen durch die internationalen Konzerne.

Die allgemeinen Gründe für die Ausweitung des im Ausland angelegten Kapitals während der fünfziger und sechziger Jahre speziell jenes von den großen, international organisierten Konzernen US-amerikanischen Ursprungs angelegten Kapitals, sind wohlbekannt: An erster Stelle steht hier die Feststellung, daß die Wirtschaft der USA dazu neigt, volkswirtschaftlich effektiv mehr Surplus zu bilden, als die breite Interessen berücksichtigende inländische Geschäftswelt mit Profit absorbiert kann. Ausländische Investitionen nehmen wohl kurzfristig einen gewissen Anteil am Surplus auf, schaffen aber auf lange Sicht gesehen einen immer größeren Surplusbeitrag. Die großen Konzerne sind so gezwungen, sich immer expansionsorientierter auszurichten und neue Möglichkeiten zur Investitionsanalyse zu suchen.⁴ Wie

1 Zum Beispiel waren 1964 in Kanada 95 Prozent der U.S.-amerikanischen Investitionen kanadischen Ursprungs; 17 Prozent davon wurden direkt durch kanadische Institutionen, 78 Prozent durch zurückgeflossene Gewinne finanziert (vgl. hierzu Kari Levitt, Canada: Economic Dependence and Political Disintegration, in: *New World Quarterly*, IV, 2, 1968, S. 74).

1957 waren in Brasilien 74 Prozent der U.S. amerikanischen Investitionen brasilianischen Ursprungs; 36 Prozent davon wurden direkt durch brasilianische Finanzinstitute und andere Quellen finanziert, 38 Prozent durch Entwertung und zurückgeflossene Gewinne (vgl. hierzu Claude McMillan, *International Enterprises in a Developing Economy: A Study of United States Business*

2 Management Contracts abroad, Verlag Business International, 1963.

3 Hamza Alavi, *Indian Capitalism and Foreign Capitalism*, in: *New Left Review*, Mai/Juni 1967, S. 83.

4 Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, *Monopoly Capital*, New York 1966 (deutsch: *Monopolkapital*, Frankfurt/Main 1967, Suhrkamp Verlag), S. 104 ff. Eine eingehendere Analyse des Prozesses der Surplus-Absorption und der Schaffung von Surplus findet man in der Arbeit des Verfassers, *The Meaning of Economic Imperialism* (Radical Education Project, Ann Arbor, 1962, S. 12 ff.)

weiter unten gezeigt wird, absorbieren in Form von Zweigniederlassungen geplante Investitionen von US-Konzernen in den USA geschaffenes Surplus, indem sie für ähnlich produktionsorientierte Konzerne größere Exportmärkte schaffen.

Weiter ist festzustellen, daß die moderne Technologie bestimmte Rohstoffe erfordert, speziell Metalle, von denen einige ausschließlich in unterentwickelten Ländern gefunden werden. Da außerdem auf dem nordamerikanischen Kontinent nur unbedeutende Rohstoffvorkommen festgestellt werden konnten, wurden die US-Konzerne dadurch gezwungen, systematisch neue Funde in den unterentwickelten Ländern auszubeuten. Mehr noch, diese Konzerne stehen unter ständigem Druck, neue Rohstoffquellen zu erschließen – einmal, um den Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz zu erhalten, und zum anderen, um die Geschäftsrisiken durch Diversifikation zu reduzieren.⁵

Ebenso ist bekannt, daß sich US-Konzerne seit dem Ende des 2. Weltkriegs unter außergewöhnlich günstigen ökonomischen und politischen Bedingungen entfalten konnten. Politische Gründe konnten das US-amerikanische Kapital nur wenig daran hindern, in die militärisch besiegt Wirtschaftsräume Deutschland und Japan sowie in die zerfallenen englischen, französischen und niederländischen Wirtschaftsreiche in Asien und Afrika einzudringen. In Lateinamerika führte das Fehlen einer national ausgerichteten, Importe ersetzenden Industrialisierungspolitik dazu, daß, um eine fortschreitende ökonomische Entwicklung zu gewährleisten, die Durchdringung des lateinamerikanischen Kapitals durch die US-Konzerne sich erheblich beschleunigte.

Eine andere bekannte Tatsache betrifft die allgemeinen politisch-ökonomischen Auswirkungen der US-Kontrolle eines wachsenden Anteils der ökonomischen Ressourcen der kapitalistischen Welt: Kanadas unabhängige wirtschaftliche Außenpolitik z.B. ist auf den Bereich der Landwirtschaft beschränkt, der noch vom kanadischen Kapital kontrolliert wird. Indiens einheimische Wirtschaftspolitik, um ein anderes Beispiel zu nehmen, wird in jeder Phase von den USA kontrolliert, sei es aufgrund der Abhängigkeit von der US-„Entwicklungshilfe“, sprich Kontrolle der US-Regierung über einen großen Anteil der indischen Währung, sei es aufgrund des wachsenden Eindringens von privatem US-Kapital. Fiskalische und monetäre Politik in Brasilien, Argentinien und vielen kleineren Ländern wird oft durch den von US-amerikanischen Interessen beeinflußten Internationalen Währungsfonds diktiert. Überall in der unterentwickelten Welt beeinflußt oder kontrolliert die Weltbank in Aussicht genommene Projekte, eben aufgrund der geradezu monopolähnlichen Position dieser Bank auf dem internationalen Markt für langfristige Kapitalanlagen. Nur Kuba hat sich bisher endgültig aus dieser Abhängigkeit vom US-Imperialismus befreien können, obgleich auch in Guatemala, Kolumbien, Bolivien, Angola und an-

⁵ Nach wie vor die beste Einschätzung der Bedeutung von Rohstoffen für den modernen Kapitalismus gibt Harry Magdoff in seinem Werk *The Age of Imperialism*, New York 1969 (deutsch: *Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik*, Frankfurt/Main 1970, Verlag Neue Kritik; ein Auszug aus diesem Werk erschien unter dem Titel „Ökonomische Aspekte des US-Imperialismus“ in: *Marxismus-Digest* 2/1970, S. 272–300).

derswo revolutionäre Bewegungen bereits um die Befreiung ihrer Länder von dieser Abhängigkeit kämpfen.

Weniger bekannt ist gegenwärtig noch der Mechanismus, mit dem US-Konzerne wirtschaftliche Unterentwicklung verursachen oder eine in Gang kommende wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern zu verhindern suchen. Dank der Arbeiten von Andre Gundar Frank, Clifford Geertz, Gunnar Myrdal und anderen, vor allem aber der bahnbrechenden Arbeit von Paul Baran „The Political Economy of Growth“ verstehen wir jetzt den allgemeinen geschichtlichen Mechanismus des Prozesses Entwicklung-Unterentwicklung. Fast immer, wenn vorkapitalistische Gesellschaftsordnungen in das kapitalistische Weltsystem integriert oder reintegriert werden, war in den ökonomisch mehr zurückgebliebenen Teilen Unterentwicklung und in den fortgeschrittenen Teilen Entwicklung das Ergebnis dieses Prozesses. Wirtschaftliche Entwicklung und Unterentwicklung liegen nicht nur, historisch gesehen, dicht beieinander, sie bedingen vielmehr einander. Nur in einigen Gebieten, wie in Westafrika, wo das Vorhandensein von Brachland und unbeschäftigte Arbeitskräfte die Möglichkeit eröffnete, gleichzeitig den Ausbau einer eigenen Struktur sowie der Exportproduktion voranzutreiben, konnte durch die Spezialisierung auf die Rohstoffproduktion für den Export die eigenständige Landwirtschaft, die wenn auch begrenzte einheimische Gewerbebewirtschaft oder allgemeiner gesprochen, jeder einheimische Ansatzpunkt für eine eigenständige Entwicklung, nicht zerstört werden.

Obwohl in unserem Fall nicht ausgesprochen typisch, werfen beispielsweise die Beziehungen Großbritanniens zu seinen wirtschaftlichen und politischen Kolonien ein bezeichnendes Licht auf den Prozeß Entwicklung – Unterentwicklung. Großbritannien konnte gerade deshalb eine Wirtschaft mit ausgeglichener Industriestruktur entwickeln, die fähig war, sowohl bestimmte entwickelte Wirtschaftssysteme mit einem breiten Produktionsfächern als auch ganz allgemein ausländische Wirtschaftsbereiche zu sich in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, weil eben die meisten der britischen Kolonien (eingeschlossen die Wirtschaftskolonien Lateinamerikas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) unterentwickelt waren, d.h. ihre Wirtschaftsstruktur wurde im Verlauf der Entwicklung unausgeglichen, gleichsam nicht industriell, einzig und allein spezialisiert auf die Produktion von Rohstoffen für den Export.

Wir verfügen derzeit nicht über vergleichbare umfassende Berechnungen, wie die Entwicklung der internationalen Konzerne, hauptsächlich der in den USA ansässigen Konzerne, die Entwicklung in Asien, Lateinamerika und Afrika verhindern oder wie sie die Unterentwicklung in diesen Gegenden verursachen. Es steht außer Frage, daß man dieser Frage bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat. Glücklicherweise sind jetzt genügend Teilstudien verfügbar um eine generelle Analyse dieses Problemkomplexes zu beginnen. Hierfür Vorarbeiten zu leisten, ist in der Tat Aufgabe des vorliegenden Artikels.

II.

Zu Beginn wollen wir in loser Reihenfolge nach ihrer historischen Priorität die hauptsächlichen Formen der US-amerikanischen ausländischen Investitionen untersuchen. An erster Stelle müssen hier die Investitionen im Bereich der Rohstoffproduktion selbst genannt werden, die zugleich die hierzu notwendigen Investitionen für die Infrastruktur mit einschließen (vgl. z.B. die Investitionen der Firma Anaconda für die Kupferminen in Chile und der Firma Reynolds für ihre Bauxitvorkommen in Jamaika und Guajana). Weiter sind hier die Investitionen im Bereich der Verarbeitung der Rohstoffe zu nennen, wie z.B. bei der Nickelaufbereitung und -veredelung im vorrevolutionären Kuba. Drittens sind hier die Investitionen im Bereich der verarbeitenden Industrie zu erwähnen, die in ihrer schließlich Durchführung hauptsächlich die Form von Zweigniederlassungen gleichartiger US-Konzernne annehmen. Es handelt sich hier um die sog. „Tariff Hopping“ Investitionen, mit deren Hilfe Rohstoffe, Halbfertigprodukte, Einzelteile und manchmal sogar Fertigprodukte von einem gleichartigen Konzern aus einem entwickelten Land importiert werden und durch die schließlich der Absatz der Endprodukte auf dem einheimischen Markt finanziert und durchgesetzt wird.

Investitionen zum Aufbau von Zweigniederlassungen sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges immer mehr in den Vordergrund getreten und tatsächlich bilden sie für viele unterentwickelte Länder den einzigen Weg, um ausländisches privates Kapital anzuziehen. Ein anschauliches Beispiel hierfür bieten die vielen Zweigniederlassungen der US-amerikanischen Automobilindustrie in Lateinamerika. Der vierte Punkt bezeichnet die wirklichen „multi-nationalen“ Investitionen. Gemeint sind damit die Investitionen für Industriefirmen, die von Zweigniederlassungen eines Konzerns, die im gleichen oder in einem anderen Land ihren Sitz haben, kaufen und die ihrerseits die auf dieser Basis hergestellten Fertigprodukte an eine andere Zweigniederlassung des gleichen oder eines anderen Konzerns, deren Sitz beliebig ist, verkaufen; diese Investitionen kann man als „produktionsgezielt“ charakterisieren. Nur sind die nationalen Investitionen im allgemeinen auf die petrochemische und auf die Computerindustrie beschränkt, obwohl elektronische und ähnliche produktionsorientierte Zweigniederlassungen im nördlichen Mexiko, Puerto Rico, Formosa und Südkorea mit billigen Arbeitskräften oftmals für den Re-export des gleichen Konzerns produzieren.

Viele der internationalen Konzerne begrenzen ihre überseeischen Investitionen auf eine oder zwei der genannten Typen, obwohl einige von ihnen – International Telephone and Telegraf und Standard Oil of New Jersey sind hier nur zwei Beispiele – in allen der vier genannten Kategorien vertreten sind. Aus Gründen der Verständlichkeit und weil jeder Investitionstyp sehr verschiedenartige Wirkungen in den unterentwickelten Gebieten zeitigt, wird unsere Untersuchung den Schwerpunkt auf die spezifischen Wirkungen der verschiedenen Formen ausländischer Investitionen legen.

Erforderlich ist hier vor allem eine allgemeine Beschreibung des kapitalistischen Weltsystems vom Standpunkt der internationalen Konzerne aus. Diese Konzerne

planen in einem institutionalisierten Rahmen – besser gesagt im Rahmen einer genau berechneten Rohstoffnutzung – für viele unterentwickelte Länder, speziell für die kleineren, verwundbareren Wirtschaftsbereiche. Durch die Integration einer wachsenden Anzahl von Ressourcen in ihre eigene Struktur sind die Konzerne imstande, auf regionaler, ja selbst auf weltweiter Ebene Kapital zu mobilisieren, zu transferieren und darüber zu verfügen mit dem Effekt, daß sie sich selbst gleichsam als exterritoriale Körperschaften herausbilden.

Produktionsziele und Produktionstechniken, Investitionspolitik, Arbeitsverhältnisse, Preise, Profitverwendung, Einkauf, Vertrieb und Marktpolitik: all das wird bestimmt vom Standpunkt der Profitziele der internationalen Gesellschaft *gleichgültig ob diese Ziele mit der örtlichen Wirtschaftsentwicklung vereinbar* sind. Die Konzerne stellen die Hauptverbreitungswege von technologischen Modellen und von Konsummodellen dar; und auch hier kommt der Profit zuerst, örtliche Bedürfnisse erst an zweiter Stelle. Selbst die Ideologen des Großkapitals sind schon fast so weit, daß sie zugeben, was für Marxisten seit langem eine Binsenwahrheit ist; einer ihrer Vertreter räumt die Möglichkeit ein, daß die „Verwendung von Ressourcen zur Profitmaximierung“ mit den Interessen des „Gastlandes“ nicht „kompatibel“ sein kann.⁶

In welcher spezifischen Weise sind die Ziele und die Politik internationaler Gesellschaften der örtlichen Wirtschaftsentwicklung abträglich? Wir werden nacheinander die Auswirkungen der *Konzerninvestitionen*, der *Produktion* und der *Einkaufs- und Verkaufspolitik* auf die einheimische Wirtschaft betrachten und werden danach die Wirkungen diskutieren, die von den internationalen Konzernen auf den *technologischen Wandel* und auf die *Zahlungsbilanz* in den unterentwickelten Ländern ausgehen. Die Wirkungen ausländischer Investitionen auf die Produktion und Verarbeitung von Rohmaterial sind zu gut bekannt, um mehr als eine kurze Erwähnung notwendig zu machen.⁷ Zusammengefaßt kann man sagen, daß Investitionen in Grundstoffen tendenziell dazu führen, daß unterentwickelte Länder reine Anhänger von entwickelten Ländern werden, dadurch daß den unterentwickelten Ländern jede Möglichkeit für eine autonome und weiterführende ökonomische Entwicklung genommen wird und dadurch daß die Entwicklung einer Industrie und einer industriellen Bourgeoisie im Lande vereitelt wird.

Auslandsinvestitionen in der Industrie in Form von Zweigwerken und in Form von ganz oder teilweise in Eigentum des Konzerns befindlichen Tochtergesellschaften haben weniger bekannte Auswirkungen. Der Hauptzweck solcher Investitionen ist die Marktkontrolle, indem der Großkonzern die Möglichkeit erhält, trotz hoher Zölle Exportmärkte zu behaupten und zu erweitern, d.h. den Markt für Ersatzteile,

6 Gibert Clee, Guidelines for Global Business, in: Journal of World Business, 1, 1, Winter 1966.

7 Baran, a.a.O., siehe auch: Andre Gundar Frank, Capitalism and Underdevelopment in Latin America: Historical Studies of Chile and Brazil (New York, 1967); C. Rollins, Mineral Development and Economic Growth, in: Social Research, Herbst 1956; Alvin Wolfe, The African Mineral Industries, in: Social Problems, 1963; Dudley Seers, Big Companies in Small Countries, in: Kyklos, XVI, 4, 1963; James O'Connor, The Origins of Socialism in Cuba, Ithaca, 1970.

Teilstücke und Rohmaterialien zu kontrollieren. In Indien hat z.B. Pavlov gezeigt, daß die indische Zollpolitik vornehmlich die industrielle und branchenmäßige Zusammensetzung gemischter und hundertprozentiger Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne bestimmt.⁸ Das *National Industrial Conference Board* hat, nachdem es sich einen Überblick über die wichtigsten internationalen Konzerne verschafft hat, die Schlußfolgerung gezogen, daß „die Marktstrategie deutlich das vorherrschende Element bei Investitionsentscheidungen darstellt“. Eine Untersuchung, die 1963 durch das US-Department of Commerce gemacht wurde, hat enthüllt, daß über 1/3 der ausgewählten Konzerne im Ausland investierten, um vornehmlich ihre Exporte zu steigern. Weitere Beweise werden durch Daten über US-Exporte nach Lateinamerika geliefert: von der Gesamtsumme der US-Exporte an mit US-Firmen verbundene Unternehmen in Lateinamerika bestanden 1964 57 % aus Exporten in Gestalt von Kapitalausstattung und von Materialien für die Verarbeitung und Montage von Mutter- an Tochtergesellschaften.⁹ Zahlen über die Profite liefern weitere Beweise für die Bedeutung von Exportmärkten für Auslandsinvestitionen; einige Muttergesellschaften machen ihr meistes Geld im Ausland, indem sie Material und Ausrüstung an ihre Zweigwerke exportieren; nächstbedeutend sind Einkünfte aus Lizenz- und Tantiemen; die Dividendeneinkünfte spielen für diese Konzerne eine geringe Rolle.¹⁰

Kurz gesagt, die Bedeutung davon für die unterentwickelten Länder ist, daß die Investitionsentscheidungen nicht auf der Basis der Landesprioritäten gefällt werden und auch nicht, indem verschiedene mögliche Gewinne verglichen werden, sondern auf der Basis der Exportvergrößerung. Daher gibt es in einer Wirtschaft, die privates ausländisches Kapital in Form von Zweigwerken aufnimmt, eine Tendenz zu Überinvestitionen, hohen Kosten und Überkapazitäten – d.h. es gibt zu viele Produktionseinheiten, die alle zu klein sind, um effizient zu wirken. *Cy Gonick* beschreibt die Gesamtergebnisse dieses Prozesses in Canada in den folgenden Worten: „...Canada hat eine Wirtschaft, die in einigen Zweigen aus einer großen Anzahl kleiner produzierender Einheiten besteht, mehr als ein Land unserer Größe rechtfertigen könnte. Welches andere vergleichbare Land hat so viele automobilproduzierende Einheiten oder Gesellschaften, die Kühlschränke und andere Küchenmaschinen produzieren? Die Amerikaner können es sich leisten, auf jedem Feld wirtschaftlicher Unter-

8 V. I. Pavlov, India: Economic Freedom Versus Imperialism, New Delhi, 1963, S. 92, Fußnote.

9 Norman Girvan/Owen Jefferson, Corporate vs. Caribbean Integration, in: New World Quarterly, a.a.O., S. 53.

10 Diese Analyse versucht die These zu untermauern, daß innerhalb der Monopolkonzerne die „Produktion bildlich gesprochen, sich selbst genügt“ und daß Finanzierungen nicht länger als ein Problem anzusehen sind, so daß dem institutionalisierten Entscheidungsträger nur noch eine Funktion bleibt – nämlich die Funktion der Warenverwertung“ (James O’Connor, *Finance Capital or Corporate Capital?* in: *Monthly Review*, Dezember 1968, S. 34 ff.). Generell gesprochen, übertreffen die Branchengewinne und -dividenden bei weitem die Höhe der Lizenzgebühren und Zinsen, eben aufgrund der beschleunigten Konzentration der Produktionsinvestitionen in fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaftssystemen.

nehmungen tätig zu werden und drei oder mehr Konzerne mit oligopolistischer Konkurrenz hinzustellen. Aber für ein Land von der Größe Canadas ist das eine Absurdität. Die einzige Art, in der ein Land unserer Größe ökonomisch überleben kann ist seine Spezialisierung und seine Begrenzung auf einige Sektoren von überragender Bedeutung, so wie erfolgreiche kleine europäische Länder es gemacht haben. Entstanden ist dieses verrückte Flickwerk nur infolge der Ökonomie der internationalen Konzerne, für die ein zusätzlicher Absatzmarkt bei hohen Kosten eine interessante Sache ist.“¹¹

Zusätzlich besteht durch die Wirtschaftspolitik der Zweigwerke die Tendenz für die existierende einheimische Industrie, ausgemerzt zu werden infolge der Wirkungen der Marktüberfüllung auf die Profitrate, besonders da die einheimische Industrie nicht wie die Tochtergesellschaften Verluste auf die Muttergesellschaften retransfieren kann. Das Auslandskapital wirft das einheimische Kapital aus dem Rennen, teilweise infolge seiner Fähigkeit „sich selbst gegen Risiken zu versichern und die Kapitalbasis der abhängigen Gesellschaften durch den Transfer von schon entwerteter Ausstattung und schon entwerteten Fabrikationsmustern aus den fortgeschrittenen Mutterwerken zu inflationieren“ (David Felix). Das einheimische Kapital wird daher tendenziell entweder durch das Auslandskapital kooptiert oder auf besonders riskante Unternehmungen beschränkt. Weiterhin zerstückelt die Industrialisierung durch Zweigwerke den einheimischen Kapitalmarkt; Gewinne der Zweigwerke sind nicht in normaler Form für andere Sektoren der einheimischen Wirtschaft zugänglich, da sie entweder reinvestiert werden oder benutzt werden, um Dienstleistungen des einheimischen Kapitals zu kaufen oder aber ins Ursprungsland zurückgeführt werden. Zusammengefaßt: Investitionen in Zweigwerke fordern den Mißbrauch von Kapital heraus und bringen erdrückende Unbeweglichkeit auf den einheimischen Kapitalmärkten hervor.

Der dritte Typ ausländischer Unternehmen sind die rein „multinationalen“ Investitionen. Auch hier werden die Investitionen nicht aufgrund der Landesprioritäten oder mit Rücksicht auf die Landesressourcen und die Landesbedürfnisse getätigt. Das Motiv heißt eher, die Produktionskosten für den Konzern zu minimisieren. Wenn daher einmal ein beträchtlicher Markt für eine Standardware in den entwickelten Ländern etabliert worden ist, können die Konzerne ohne weiteres sich langfristig darin engagieren, in den unterentwickelten Ländern, wo die Arbeitskräftekosten niedrig liegen, Produktionsmöglichkeiten aufzubauen.¹² Diese Produktionsstätten importieren den größten Teil ihres Bedarfs, exportieren fast ihren gesamten Ausstoß und bleiben völlig von der Ökonomie des Landes ausgeschlossen.

11 W. Demas, The Economics of Development in Small Countries with Special Reference to the Caribbean, Montreal, 1965, S. 8 ff.

12 Siehe das von Raymond Vernon entwickelte Modell: International Investment and International Trade in the Product Cycle, in: *Quarterly Journal of Economics*, Mai 1966.

III.

Als nächstes wollen wir die Wirkung der Produktionspolitik der Konzerne auf die Entwicklung unterentwickelter Länder betrachten. Was die Grundstoffe anbetrifft, hat *Baran* gezeigt, daß die betreffende Produktion optimal nur vom Standpunkt der Profitgesamtstruktur des Konzerns ist oder vom Standpunkt der Bedürfnisse der entwickelten Länder. Z.B. haben die beiden internationalen Konzerne in Chile, die die Kupferproduktion monopolisieren, höhere Profite dadurch erzielt, daß sie den Ausstoß in konkurrierenden Regionen erhöht haben, was den Monopolen außerdem ermöglicht, auf die chilenische Regierung Druck auszuüben, um eine noch günstigere Vorzugsstellung im Lande zu erhalten. Man könnte Beispiele ohne Ende anfügen; zwei weitere stammen aus dem karibischen Raum: in den letzten Jahren haben Rivalitäten zwischen den in den Metropolen zentrierten internationalen Konzernen, die die karibische Bananenproduktion beherrschen, dazu beigetragen, die auf kleinem Maßstab produzierenden Bauern dadurch zu ruinieren, daß sie eine unbegrenzte Ausdehnung der Produktion förderten. Ebenfalls in den letzten Jahren haben die Bookers Sugar Estates Ltd. und die Demerara Co., die fast die gesamte Zuckerproduktion Guayanas beherrschen, in Nigeria Zuckerpflanzungen eingerichtet, in Konkurrenz mit Guayana und aus Profiten, die in Guayana erzielt wurden.¹³

Die Wirkungen der Produktionspolitik der Konzerne im industriellen Bereich zeigen etwas andere Probleme auf. Drei Hauptzüge treten hervor. Erstens ist es klar, daß die internationalen Konzerne allen Grund haben, ihre Exportmärkte zu verteidigen und daher ihrem Zweigwerk Anweisung geben, Zulieferer des Landes zugunsten von Importen aus der Muttergesellschaft zu diskriminieren. Es gibt keinen Beweis dafür, daß die Regierungen der kleineren unterentwickelten Länder fähig gewesen sind, die Konzerne zu zwingen, mit Zulieferern des Landes zu produzieren, obwohl einige der größeren Länder, wie etwa Brasilien, teilweise damit Erfolg gehabt haben.

Zweitens ist ebenfalls klar, daß die internationalen Konzerne – ausgenommen die wirklich multinationalen Gesellschaften – wenig oder kein Interesse daran haben, für den Export zu produzieren, besonders dann, wenn die Exportproduktion mit anderen Zweigen derselben Gesellschaft auf dem internationalen Markt konkurriert. Die Bedeutung dieser Tatsache ist die, daß eine Wirtschaft, die durch solche Zweigwerke industrialisiert wird, wenig oder keine Exportkapazität entwickelt. Ein Prozeß, der entscheidend für das Wachstum der entwickelten Länder Europas und ebenso für das Wachstum Japans und der Vereinigten Staaten war.

Drittens basiert die Waren nachfrage in den unterentwickelten Ländern in steigendem Maße auf der Verbreitung von Konsummoden aus den entwickelten Ländern, während die vorherrschende Sozialstruktur und Einkommensverteilung bleibt. Wie

13 George Beckford, Issues in the Windward-Jamaica Banana War, in: *New World Quarterly*, II, 1, 1965; Horace B. Davis, The Decolonization of Sugar in Guayana, in: *Caribbean Studies*, 7, 3, 1967, S. 37.

Levitt gezeigt hat, versuchen die internationalen Gesellschaften, die Weltnachfrage zu vereinheitlichen, um durch die erreichte Stufenleiter bei der Forschung in der Produktentwicklung die fixen Kosten zu verteilen und ökonomischer zu arbeiten. „... Jeder Einfluß, der den Widerstand einer Kultur gegen Konsumtionsmuster aus den Metropolen beseitigt, erhöht die Profitabilität der Muttergesellschaft, der Konzern hat daher ein objektives Interesse an der Zerstörung kultureller Unterschiede und an der Vereinheitlichung des Lebensstils (auf US-Manier) in der ganzen Welt.“ Zusätzlich „hängt die Verbreitung von Manufakturwaren unmittelbar sowohl von dem allgemeinen technologischen Niveau wie auch von der effektiven Nachfrage (in dem unterentwickelten Land) ab“, wie *Stavenhagen* gezeigt hat.¹⁴

Wir müssen zu der grundlegenden marxistischen Konsumtionstheorie zurückkehren, um die Bedeutung dieser Tatsache für die ökonomische Entwicklung begreifen zu können. *Marx* hat dargelegt, daß die Produktion nicht nur die Objekte schafft, die ökonomische Bedürfnisse erfüllen, sondern auch die ökonomischen Bedürfnisse schafft, die durch diese Objekte erfüllt werden; kurz gesagt, die Produktion bestimmt die Konsumtion. Heute neigt die Konsumtion in den unterentwickelten Ländern dazu, durch die Produktion in den entwickelten Ländern bestimmt zu werden und daher werden die ökonomischen Bedürfnisse der ersten kümmerlich oder unvollständig befriedigt. Genau gesagt, ist die Zweigwerkproduktion einer breiten Skala differenzierter Produkte, für die intensiv geworben wird, in armen Ländern mit kleinen Märkten eine äußerste Verschwendungen.¹⁵

IV.

Betrachten wir als nächstes die Wirkung der Kauf- und Verkaufspolitik der Konzerne auf die ökonomische Entwicklung. Diese Politik verstärkt die negativen Wirkungen der Investitions- und Produktionsentscheidungen der Konzerne. In Anlehnung an die Arbeiten von *John Kenneth Galbraith*, der ausführt, daß die Großkonzerne Entscheidungen, die früher im Markt gefällt wurden, administrativer Kontrolle unterwerfen, haben *Girvan* und *Jefferson* die Grundlagen für die Analyse

14 Rodolfo Stavenhagen, Seven fallacies About Latin America, in: James Petras and Maurice Zeitlin (Herausgeber), *Latin America: Reform or Revolution?* New York 1968, S. 25.

15 Richtig ist es, im Zusammenhang mit den kleineren unterentwickelten Ländern, die immer noch von ausländischen Banken beherrscht werden, die „Produktion“ von Bankkrediten durch Zweigstellen der in den kapitalistischen Hauptstädten ansässigen Großbanken zu erwähnen. Diese Bankniederlassungen tendieren von vornherein dazu, den Liquiditätsbedingungen dieser Großbanken gegenüber etwa denen der einheimischen Wirtschaft den Vorzug zu geben. Auf den karibischen Inseln z.B. kündigten die Banken in einem Augenblick den Kredit, als die einheimische Wirtschaft einen starken Exportaufschwung zu verzeichnen hatte und demnach über relativ hohe Devisenbestände verfügte; gerade dies wäre eine sichere Basis gewesen, die Kreditbasis erheblich zu erweitern, was indes nicht geschah.

dieses Problems gelegt.¹⁶ In dem von ihnen entwickelten Modell drängt der internationale Konzern in all seinen vertikal und horizontal integrierten Tätigkeitsfeldern zur möglichst großen Ausnutzung der Kapazität. Das Hauptmotiv ist, die allgemeinen Unkosten zu verteilen und die Zahlung von Profiten an andere Konzerne zu umgehen. Der internationale Konzern prämiert daher in hohem Maße den „*internen Produkten- und Faktorenfluß*“, was wiederum zu einer „*Starrheit im Produkten- und Faktorenfluß zwischen Gesellschaften, die ähnliche Warengruppen produzieren*“, führt „*gleichgültig ob diese Gesellschaften in der gleichen Region oder im gleichen Land produzieren oder nicht.*“ Das Ergebnis ist regionale ökonomische Zersplitterung; beispielsweise geht ein Teil von *Reynolds* guayanischer Bauxitproduktion in die venezolanische Aluminiumschmelzindustrie – auf dem Umweg über *Reynolds* Aluminiumwerke in den Vereinigten Staaten. Ein weiteres Ergebnis sind ökonomische Zersplitterungen im Landesmaßstab; nach *Girvan und Jefferson* „*ist Reynolds Bauxitausstoß in Guayana und Jamaika bislang für die existierende Verarbeitungsindustrie in beiden Ländern nicht zugänglich gewesen, weil deren Kapazitäten einem anderen Konzern gehören.*“¹⁷ Ein anderes Ergebnis ist, daß Käufer und Verkäufer innerhalb von Konzernen auf Wechselkursveränderungen nicht reagieren; beispielsweise wurde 1962 die Abwertung in Canada begleitet durch einen Importzuwachs von 17 %.

Ökonomische Zersplitterung bedeutet, daß viele der „*Grundstoffe (des karibischen Raumes und Lateinamerikas) das Ursprungsland in einer verarbeiteten Form auf dem Umweg über Verarbeitungsfabriken in den Vereinigten Staaten erreichen.*“ Auf der einen Seite nimmt die Hauptmasse der US-Grundstoffimporte die Form von Importen von abhängigen Gesellschaften und Zweigen zu den Muttergesellschaften in den Vereinigten Staaten an; führende Beispiele sind das karibische Bauxit, Eisenerzmangan, Flußspat, Blei, Zink und Asbest aus Mexiko, chilenisches Kupfer, Blei und Zink und Mangan aus Brasilien. Auf der anderen Seite wird allein im karibischen Raum über 1/3 der Importe an Metallwaren, Maschinerie und Transportausrüstung der vier größten Territorien durch die Vereinigten Staaten geliefert.

Aus dieser Untersuchung schließen *Girvan und Jefferson* richtig, daß die bestehende *Konkurrenz der unterentwickelten Länder* ein schlechter Wegweiser zu einer möglichen ökonomischen *Komplementarität* ist. Darüber hinaus behindert ein eingebaute Vorurteil zugunsten von Importen von den Muttergesellschaften

16 John Kenneth Galbraith, *The New Industrial State*, Boston 1967 (deutsch: *Die moderne Industriegesellschaft*, München 1968, Droeher und Knaur); Norman Girvan and Owen Jefferson, *Corporate vs. Caribbean Integration*, a.a.O., S. 52 ff.

17 Eine kürzlich veröffentlichte Studie kommt zu der Schlußfolgerung, daß ein nationaler oder auch nur regionaler Zusammenschluß bei Aluminiumherstellern in höchstem Grade unwahrscheinlich ist, da die Entwicklungsaussichten sowohl bei Schmelzbetrieben als auch bei Schürfkapazitäten in den unterentwickelten Ländern als ausgesprochen ungünstig beurteilt werden müssten. (Sterling Brubaker, *Trends in the Aluminium World Industry*, Baltimore 1967). Auch sollte hier in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß in der Erdölindustrie die weitverbreitete Praxis herrscht, Halb- und Fertigprodukte zwischen den Gesellschaften auszutauschen.

solche Industrialisierungsprogramme, die Importe ersetzen sollen. Der karibische Raum zeigt den Extremfall – einheimische Regierungen haben die Industrialisierung Jahre hindurch gefördert; ein Ergebnis ist das Wachstum des Prokopfeinkommens. Aber ein gleichzeitiger Wandel in der Importstruktur hat nicht stattgefunden. Im besten Fall verändert unter dem Vorzeichen der Anwesenheit internationaler Konzerne eine Industrialisierung zum Ersatz von Importen die Zusammensetzung des Imports, die jedoch die Dynamik der Expansion bei dem traditionellen Exportsektor beläßt.

Ein allgemeines Verständnis der Wirkung der Kaufs- und Verkaufspolitik auf unterentwickelte Länder erfordert eine kurze Übersicht über die Preispolitik der Konzerne. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der internationale Konzern ein effektives Instrument ist, um die Mehrwertaneignung von abhängigen Wirtschaften durch die Wirtschaften der Metropolen zu maximieren. Auf der einen Seite verlangt die Muttergesellschaft von ihren Zweigwerken, sowohl was den Grundstoff als auch was den Verarbeitungssektor betrifft, den höchstmöglichen Preis, um sowohl die beim Export erzielten Profite zu maximieren als auch, um Einschränkungen der Profitrückführung von seiten der Regierungen der Länder zu begegnen. (Konzerne, die im Ausland zu reinvestieren beabsichtigen und daher die ausländischen Profite zu maximieren und die im Inland angegebenen Profite zu minimieren wünschen, um die US-Steuern zu umgehen, sind die Ausnahme).

Infolgedessen wird den Interessen der Muttergesellschaften am besten gedient, indem die Endproduktpreise in dem unterentwickelten Land so hoch als möglich gehalten werden, – in Übereinstimmung mit der Rolle des Zweigwerks als dem Exportmarkt der Muttergesellschaft.

Auf der anderen Seite kauft die Muttergesellschaft Grundstoffe von ihren Zweigen und den ihr abhängigen Gesellschaften zum niedrigst möglichen Preis. Neben anderen Mineralien neigen z.B. Eisenerz, Bauxit und Kupfer dazu, unterbewertet zu werden.¹⁸ Die Gründe sind einfach: erstens versuchen die Großkonzerne, den Ausstoß von kleinen unabhängigen Produzenten zu gedrückten Preisen aufzukaufen; zweitens entmutigen niedrige Preise die Entwicklung neuer unabhängiger Produzenten und infolgedessen mögliche Konkurrenz; drittens reduzieren gedrückte Preise die Risiken des Außenhandels, wenn einheimische Regierungen versuchen sollten, die Profitrückführungen zu verringern; und schließlich bedeuten niedrige Kaufpreise, daß die Konzerne weniger Steuern und niedrigere Abgaben und Löhne zahlen.

V.

Schließlich haben wir die Auswirkungen der internationalen Konzerne sowohl auf den technischen Wandel in unterentwickelten Ländern, als auch auf die Zahlungsbilanz der abhängigen Wirtschaften zu betrachten. Wie wir gesehen haben, ver-

18 Girvan and Jefferson, a.a.O., Seers, a.a.O., Frank, a.a.O.

suchen die internationalen Konzerne, selbst über die Technologie die Kontrolle zu behaupten. In den Worten von Alavi „wird typischerweise eine strenge Kontrolle über die Anwendungen der importierten Techniken versucht. ... Der Lieferant einer neuen Technik schützt sich oft vollständig vor der Weitergabe einer vollständigen Technologie durch Klauseln, die ausdrücklich ‚Grundlagenforschung und Entwicklung‘ ausschließen... der indische Konzern wird oft erfolgreich daran gehindert, Produkte oder Prozesse an die Gegebenheiten und Materialien des Landes anzupassen und daran, örtliche Hilfsindustrien zu begünstigen und wird daher sogar mehr abhängig von importiertem Nachschub.“¹⁹ Im Ergebnis bedeutet die Kontrolle über die Technologie (Auslandskapital neigt dazu, technologisch mehr integriert zu sein als einheimisches Kapital und die Auslandsproduktion neigt dazu, stärker spezialisiert zu sein) die Kontrolle über Märkte.

Internationale Konzerne schließen nicht nur Verträge ab, die die einheimische Kontrolle der Technologie beschränken, oft nehmen sie ihren Zweigwerken den Mut, die technischen Mittel den einheimischen technischen Engpässen anzupassen. So führten die US-amerikanischen Zuckerfirmen im vorrevolutionären Kuba kaum Forschung auf dem Gebiet der Erhöhung der Zuckerrohrerträge, auf dem Gebiet der Erhöhung des Socroseanteils im Zuckerrohr, oder auf dem Gebiet der Mechanisierung der Ernte durch. Ebenso geben die US-amerikanischen Aluminiumkonzerne in Jamaika nichts für die Entwicklung von Techniken der Eisentrennung aus, obwohl gerade das jamaikanische Bauxit einen hohen Eisengehalt hat; auf der anderen Seite finanzieren die gleichen Gesellschaften eine intensive Forschung auf dem Gebiet der Aluminiumausbeutung aus hochaluminiumhaltigen Tonerden in den Vereinigten Staaten.

In den unterentwickelten Ländern, die in gewissem Grade eine Industrialisierung durch Zweigwerke erleben, ist die Wirkung der internationalen Konzerne ebenfalls negativ. Montagewerke und andere Dienstleistungen, die auf höherer Fabrikationsstufe ausgerichtet sind, haben einen verhältnismäßig kleinen Umfang, erreichen nicht die Vorteile der Produktion in großem Maßstab und verkörpern häufig altmodische Techniken. Versehen mit Produktionseinheiten kleinen Maßstabs und mit obsoletter Ausrüstung, ist die Ökonomie der Zweigwerke gekennzeichnet durch „*fortdauernde und sichere Rückständigkeit in Forschung und Technik*.“²⁰

Die internationale Verbreitung der Technologie steht daher unter der Kontrolle der internationalen Konzerne. Die vielleicht bezeichnendste Konsequenz für die unterentwickelten Länder ist, daß die Großkonzerne ihre technologischen Entscheidungen mit Rücksicht auf die Ressourcen (oder die „*Relativfaktorversorgung*“) der Vereinigten Staaten oder des Weltkapitalismus als ganzes und nicht mit Rücksicht auf die Ressourcen des unterentwickelten Landes oder der unterentwickelten Regionen treffen. In den Worten von Felix: „*trotz ihrem Engagement in Feldern, in denen angeblich die erzielten Profite auf der dauernden Vervollständigung technischer Vorteile beruhen, haben weder einheimische Firmen, noch solche im Aus-*

19 Alavi, a.a.O.

20 Levitt, a.a.O. S. 81.

landsbesitz (in Lateinamerika) versucht, die importierte Technologie oder die importierten Produkte durch örtliche Forschung und Entwicklung zu modifizieren.“ Daß hat zur Benutzung von Techniken geführt, die die Arbeiterschäftigung in der unterentwickelten Welt nur gering erhöht. Die Industrialisierung der Zweigwerke stabilisiert daher nicht nur technische Rückständigkeit und verhindert die Entwicklung von Produktionsprozessen und Produkten, die den lokalen Bedingungen angepaßt sind, sondern behindert auch das Wachstum der Industriebeschäftigung. In Lateinamerika insgesamt stieg z.B. der Anteil der Industrieproduktion an der Gesamtproduktion von 1950 bis 1960 um 16,5%; gleichzeitig fiel der Anteil der Industriebeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung um 10%.²¹

An diesem Punkt können wir unsere Aufmerksamkeit der Auswirkung der internationalen Konzerne auf die Zahlungsbilanz der unterentwickelten Länder zuwenden. Zusammengefaßt verursachen die besonderen Wirkungen der Konzerne, die wir oben bereits diskutiert haben, eine schwere Bürde auf der Zahlungsbilanz der betroffenen Länder. Einmal bedeutet die mangelnde Integration der Auslandsinvestitionen in die Wirtschaft des Landes und besonders die Existenz von Zweigwerken, die nur dazu da sind, um für die Muttergesellschaft einen Markt abzugeben, einen schweren Druck auf die Devisenreserven. Wie Furtado gezeigt hat, zwingt eine Verlagerung von der traditionellen Orientierung auf Grundstoffexporte hin zu Industrien, die durch die Produktion von Endprodukten Importe substituieren; die unterentwickelten Länder den Kapitalimport zu steigern, was zu ernsthaften Zahlungsbilanzproblemen führt.²² Zweitens führt die Profitrückführung, gleich ob in einer offenen oder in einer versteckten Form, zu einem starken Abfluß der geringen Devisen und stellt eine Art von andauerndem Schuldendienst dar. Ebenso wirken technologische Monopole, die teuere Lizizenzen, Managementhonorare und Gehälter ausländischer Techniker bedeuten. Zusätzlich führt die Verbreitung von Konsummustern, die mehr auf der Nachfrage in den entwickelten Ländern als auf den ört-

21 Die „Industrialisierung“ von Trinidad und Tobago ist ein extremes Beispiel für die negativen Folgen branchengezielter Investitionen auf den Beschäftigungsgrad. (Siehe hierzu: Edwin Carrington, *Industrialization by Invitation in Trinidad and Tobago since 1950*, in: *New World Quarterly*, a.a.O.). Wie Baran gezeigt hat, schafft importierte Technologie selbst in den traditionellen Rohstoffzweigen nur eine geringe Erweiterung des Beschäftigtengrades. In Chile z.B. beschäftigt die Kupferindustrie gerade 5 Prozent der disponiblen Arbeitskräfte; in Venezuela schafft die Erdölindustrie nur für 3 Prozent der Arbeitskräfte ausreichende Arbeitsplätze.

22 Celso Furtado, *Development and Underdevelopment*, Berkeley, 1967, fünftes Kapitel.

Im vorliegenden Artikel haben wir unsere Analyse auf die Auswirkungen privater internationaler Zusammenarbeit begrenzt; wir haben dabei die Rolle der U.S. Regierung sowie der internationalen Finanzinstitutionen nicht berücksichtigt. Überflüssig allerdings wäre es, extra zu betonen, daß die öffentlichen Zielsetzungen neuerdings wieder in verstärktem Maße dazu tendieren, das schon bestehende Schema des Mißbrauchs von Hilfsquellen noch zu erweitern. Furtado stellt z.B. die reaktionäre Rolle des Internationalen Währungsfonds heraus, der fortfährt, mit Vorschlägen zu Währungslösungen strukturelle ökonomische Probleme zu verdecken, die umgekehrt erst gewisse Währungssymptome hervorbringen.

lichen Bedürfnissen beruhen, zu unnötigen Importen sowohl von Konsum- wie Kapitalgütern. Und schließlich verhindert die mangelnde *regionale* Integration Handel und Investitionen zwischen den unterentwickelten Ländern und verbraucht unnötigerweise noch mehr von den knappen harten Devisen. Obwohl es anscheinend keine einfache Methode gibt, um die Wirkung dieser Faktoren auf die Zahlungsbilanzen der unterentwickelten Länder quantitativ einzuschätzen, kann die dadurch gegebene Belastung nur äußerst groß sein. Nimmt man z.B. Lateinamerika während der Zeit von 1961 bis 1963, so machen Profitrückführungen, Schuldendienst, Lizenzen u.a. unsichtbare finanzielle Dienste, allein nahezu 40 % von den Deviseneinkünften der Region aus.

VI.

Obwohl die kritische Untersuchung der Rolle der internationalen Konzerne in unterentwickelten Ländern (insbesondere in der Fabrikindustrie) noch in den Kinderschuhen steckt, ist es vielleicht nicht voreilig, einige allgemeine Beobachtungen anzustellen.

Das uns zur Verfügung stehende Beweismaterial legt in starkem Maße nahe, daß die Entwicklung der internationalen Großkonzerne im Inland und infolgedessen die Entwicklung der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, die Ursache der Unterentwicklung der ökonomisch rückständigen Länder und Regionen darstellt. Die Beziehungen zwischen den entwickelten und unterentwickelten Polen im kapitalistischen Weltsystem haben sich daher nicht grundsätzlich verwandelt, selbst wenn viele der Ausgangsformen verändert sein mögen.

Mit Gewißheit kann diese Schlußfolgerung auf die kleinen unterentwickelten Länder angewandt werden, so wie es *Lloyd Best* in seiner zusammenfassenden Beschreibung der Wirtschaft des karibischen Raumes tut. Die internationalen Konzerne, schreibt *Best*, „... bilden Treibriemen eines umfassenden internationalen Systems zur Verteilung der Ressourcen. Das gilt für die Bergwerkgesellschaften, die Zuckergesellschaften, die Hotelketten, die Bankhäuser, die Ratenzahlungsbanken, die Versicherungshäuser, die Werbefirmen, die Zeitungen und die Fernseh- und Radiostationen ... Insofern als eine Abstimmung zwischen diesen Konzernen stattfindet, wird sie zum größten Teil innerhalb des Zusammenhangs der Ökonomie der Metropolen, wo ihr Ursprung liegt, erreicht und nicht in der peripheren Wirtschaft der Länder, in denen die Konzerne tatsächlich wirken. Darüber hinaus wird die Konzernpolitik durch die Muttergesellschaften, die irgendwo weitab arbeiten, bedingt und nicht durch die örtlichen Bedürfnisse, die Industrien zu integrieren und den wechselseitigen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft zu verstärken. Die Ökonomie (der Länder in der karibischen See) ist daher kaum mehr als die Stätte für eine Produktion, die aus einer Anzahl von Fragmenten besteht, dürfzig zusammengehalten durch Regierungskontrollen – die selbst wiederum oft von woanders stammen. In anderen Worten ... es scheint der Struktur der

internationalen Konzerne, die in der Region tätig sind, immanent zu sein, daß die Wirtschaftsstruktur der karibischen Länder zerstückelt und unintegriert bleibt...“²³

Die politische Bedeutung dieser ökonomischen „Balkanisierung“ ist einleuchtend. Im Fall von Bolivien nach der Nationalisierung der Zinnbergwerke hatte die Regierung der Vereinigten Staaten bei ihren Manövern, die bolivianische Regierung nach rechts zu drücken, die stärksten Hebel in der Hand, zum Teil deshalb, weil das Land „bei Fabrikation und Verkauf unter der Kontrolle der gleichen Großkonzerne lebt.“²⁴ *Levitt* beschreibt für Canada den Prozeß der „Balkanisierung der politischen Struktur, durch die die wachsende ökonomische Macht der Konzerne und der Provinzregierung den (kanadischen) Nationalstaat zu zerstören drohen“²⁵ und selbstverständlich hat Kuba seine politische Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten nur zu einem sehr hohen ökonomischen Preis behauptet. Die ökonomische und politische Zerstückelung ist daher das wesentliche Kernstück des Neokolonialismus, wie im Bericht der 3. Konferenz aller afrikanischen Völker, die 1961 in Kairo stattfand, festgestellt wurde. Zu den „Ausdrucksformen des Neokolonialismus in Afrika“ gehörten „die Umgruppierung von Staaten vor oder nach ihrer Unabhängigkeit durch eine imperialistische Macht in Föderationen oder Gemeinschaften, die mit dieser imperialistischen Macht verbunden waren.... Die Balkanisierung als eine bewußte politische Zerstückelung von Staaten durch die Erschaffung von künstlichen Einheiten sowie z.B. im Falle von Katanga, Mauritanien, Uganda usw.... Der Aufbau von wirtschaftlichen Bastionen durch die Kolonialmacht vor der Unabhängigkeit, und die Fortsetzung der ökonomischen Abhängigkeit nach der formellen Anerkennung der nationalen Souveränität.... Die Integration in koloniale Wirtschaftsblöcke, die den unterentwickelten Charakter der afrikanischen Wirtschaft aufrechterhalten.“²⁶ In den Extremfällen – Beispiele liefern einige karibische Länder, Südkorea und Thailand – sind die internationalen Konzerne in der Lage, ein Land gegen das andere auszuspielen, genau wie sie zu Hause ein Bundesland gegen das andere ausspielen, wenn sie versuchen, niedrige Unternehmenssteuern, billige ungelernte Arbeitskräfte, eine Reserve technischer Facharbeitskräfte u.a. Vergünstigungen zu erlangen.

Der Gang dieser Untersuchung führt zu der Frage wirklicher Wirtschaftsreformen und insbesondere zur Frage der Wirksamkeit ökonomischer Integration in unterentwickelten Regionen und Ländern. Das allgemeine Thema Wirtschaftsreform ist groß und komplex, und wir können es hier nicht einmal ansatzweise angemessen behandeln, ausgenommen insoweit es sich auf das Problem ökonomischer Integration bezieht.

Gewiß hatten die Regierungen in Brasilien, Mexiko und Indien einen gewissen Erfolg in der legislativen Regulierung der nationalen wirtschaftlichen Integration,

23 Lloyd Best, Size and Survival, in: New World Quarterly, Guayana Independence Issue, 1966, S. 61.

24 Allen Young, Bolivia, in: New Left Review, 39, 1966, S. 66.

25 Levitt, a.a.O., S. 81.

26 Neo-Colonialism, in: Voice of Africa, I, 4, April 1961, S. 4.

indem sie die internationalen Konzerne zwangen, einen immer größeren Teil ihres Bedarfs am Ort zu kaufen. Inzwischen hat jedoch das ausländische Kapital insbesondere in Brasilien einen größeren Anteil an der Wirtschaft des Landes übernommen. Obwohl sich von einem rein ökonomischen Standpunkt ein beträchtlicher Spielraum dieser Länder für die Entwicklung einer Reihe von Kapitalgüterindustrien ergibt, bleibt jedes Land in der unterentwickelten Welt in weitem Maße abhängig vom Import von Maschinerie und anderer Kapitalausstattung. Wahr ist, daß es die für eine fortlaufende autonome Entwicklung notwendigen Strukturveränderungen in der Landwirtschaft und in der Staatspolitik, besonders in der Steuerpolitik sowie in der Vermögens- und Einkommensverteilung, nie gegeben hat und nie geben wird, es sei denn durch eine sozialistische Revolution. Nur in Mexiko gab es eine „bedeutende“ Agrarreform, d.h. der Ejido-Sektor wurde durch den kapitalistischen Sektor ersetzt, in dem die Großkonzerne dominieren. Jedoch ist die Einkommensverteilung in Mexiko viel zu ungleich, um eine Sättigung des inländischen Marktes auf die Dauer zu gewährleisten und aus diesem Grunde richtet sich die mexikanische Wirtschaft immer mehr auf Mittelamerika aus, das seit langem von den USA beherrscht wird. Die Steuerreform ist in den meisten Ländern der unterentwickelten Welt ein Witz; die chilenische Regierung hatte z.B. die Steuern und Staats-einkünfte nie benutzt, um die Kupferindustrie in die Wirtschaft des Landes zu integrieren, (ebensowenig wie Chile die Abgaben aus der Salpeterindustrie im 19. Jahrhundert für diesen Zweck verwandt hat), sondern sie benutzte sie, um den Import von Konsumgütern zu erhöhen und die Regierungsausgaben zu finanzieren. Und von allen unterentwickelten Ländern hat nur Kuba eine tiefgehende Umverteilung der Vermögen und Einkommen gefördert.

Vorschläge zur *regionalen* wirtschaftlichen Integration in der Form von Freihandelszonen und gemeinsamen Märkten – besonders in der karibischen See, Mittelamerika, Lateinamerika und Afrika – sollten ebenfalls skeptisch betrachtet werden, wenn man das vorherrschende Integrationsmuster, das durch die internationalen Konzerne aufgezwungen wird, voraussetzt. Seit 1966 hat das ökonomische Integrationsprogramm (EIP) des mittelamerikanischen gemeinsamen Marktes nur zwei „integrierte Industrien“ entwickelt – die eine für Reifen und Schläuche, die andere für Ätzsoda und Insektenvertilgungsmittel. Das EIP ist nicht vorangekommen, weil die internationalen Konzerne nicht wollen, daß Mittelamerika seine eigenen grundlegenden Kapitalgüterindustrien entwickelt, und weil es nur wenig Unternehmerinteressen in Mittelamerika gibt, die Willens und in der Lage sind, örtliche Märkte für sich selbst zu entwickeln. Die Konzerne wünschen nicht, durch die EIP kontrolliert zu werden, die darauf besteht, Preise zu regulieren, um Monopolmissbrauch zu verhindern, das Modell der industriellen Ansiedlung zu bestimmen und bei anderen grundlegenden ökonomischen Entscheidungen mitzusprechen. Daher haben die Großkonzerne ihre Investitionen auf bestimmte mittelamerikanische Länder beschränkt, wo die Entwicklung nicht durch die EIP gelenkt wird und wo es keinen oder wenig Widerstand gegenüber weiteren Zweigwerken und abhängigen Werken gibt, die Konsumgüter produzieren und fertigstellen.

In Lateinamerika war die bedeutendste Entwicklung ökonomischer Integration

die lateinamerikanische Freihandelszone (LAFTA). Die wirtschaftliche Integration, zum größten Teil das geistige Kind der ökonomischen Kommission für Lateinamerika (ECLA) und lange Zeit bekämpft durch die Regierung der Vereinigten Staaten, wird nun in Reformkreisen als die „Lösung“ für die lateinamerikanische Entwicklung angesehen. Es ist unnötig zu sagen, daß sie in Lateinamerika durch die internationalen Konzerne längst integriert wurde. Steuerermäßigungen, die Aufhebung von Importquoten und die Aufhebung von Kontrollen über ausländische Devisen können nur die Position der Konzerne verstärken.²⁷ In den Wörten der Zeitschrift Fortune „verheißen der gemeinsame Markt für das US-amerikanische Privatkapital verlockende neue Möglichkeiten... US-amerikanische Geschäftsleute fangen an, im lateinamerikanischen gemeinsamen Markt die Vorteile zu erkennen, die sie auf dem europäischen bereits ausgenützt haben: die Chance zu größerer Konkurrenzfähigkeit und der möglicherweise profitableren Aufgabe zu kommen, einen Markt zu versorgen, der groß genug ist, wirtschaftlich zu sein... In vielen Konferenzräumen wird der gemeinsame Markt zu einem ernsthaften Element in der Planung für die Zukunft.“²⁸

Hier haben wir sicher den Grund, warum die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt die ökonomische Integration bevorzugt und warum sich schließlich eine „Interessenharmonie“ zwischen den Vereinigten Staaten und den der ECLA entwickelt hat. Außer den revolutionären Kräften in der unterentwickelten Welt bleiben nur wenige ökonomische und politische Interessengruppen übrig, wenn überhaupt welche übrig bleiben, die nicht in die internationalen Konzerne integriert oder mit ihnen versöhnt werden können. Das ist das Wesen des modernen Imperialismus, eines weltweiten Systems gesellschaftlicher Produktion, in dem die riesigen Konglomerate der internationalen Konzerne die höchste und (letzte) Form der gesellschaftlichen Integration, die mit dem Privateigentum der Produktionsmittel vereinbar ist, darstellen.

27 Miguel Teubal, The failure of Latin America's Economic Integration, in: Petras and Zeitlin a.a.O.

28 Berechnet von Edie Black, Whose Common Market Is It? in: NACLA Newsletter, August 1967.

Anhang I

Symposium „Probleme der Monopolisierung unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus“

Aus: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin, 3/1971. Kürzungen und Zwischenüberschriften durch die Redaktion des Marxismus-Digest.

Vom 14. bis 19. Dezember 1970 fand in Bad Saarow die konstituierende Tagung der internationalen Arbeitsgruppe „Probleme der Monopolisierung unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus“ statt. Eingeladen zu dieser Tagung hatte das Deutsche Wirtschaftsinstitut, Berlin.

Der Einladung waren fünf Wissenschaftler aus der Sowjetunion – Professor Dr. *Judanow*, Prof. Dr. *Salkowski*, Dr. *Chesin*, Dr. *Kotow* und Dr. *Shenajew* –, zwei Wissenschaftler aus der ČSSR – Dr. *Roubal* und Dr. *Rumler* – und je ein Wissenschaftler aus der Volksrepublik Polen – Professor Dr. *Kleer* – und aus der Volksrepublik Bulgarien – Dr. *Fundulis* – gefolgt. Ferner nahmen auf Einladung des Deutschen Wirtschaftsinstituts zwei Wissenschaftler des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main – Dr. *Jung* und Dr. *Schäfer* –, an den Beratungen teil. Das DWI hatte auch einige seiner Kooperationspartner gebeten, Mitarbeiter zu der Tagung zu entsenden. Von der Universität Rostock beteiligte sich Professor Dr. A. *Klein*, von der Technischen Universität Dresden Dr. *Rätzel* und Dr. *Werlisch* und von der Humboldt-Universität Berlin Dr. *Hummel*. Das DWI war durch eine Delegation unter Leitung von Professor Dr. *Heininger* und Professor Dr. *Hess* vertreten. Im Namen des DWI begrüßte *Heininger* alle Anwesenden und hob die dringende Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit der marxistischen Wissenschaftler gerade in bezug auf das so bedeutsame und zentrale Problem der Monopolisierung hervor.

Hess ging auf die marxistisch-leninistische Auffassung des Monopolproblems ein und betonte insbesondere die Notwendigkeit, bei der Bearbeitung der Monopolisierungsprozesse den politischen Bereich der Gesellschaft, das politische Herrschaftssystem, seine Strategie und seine Herrschaftstechniken einzubeziehen. Die breite Palette von Fragen, die die Monopolisierungsprozesse aufwerfen, mache es notwendig, für die Tätigkeit der internationalen Gruppe eine begrenzte Thematik zu finden. Des weiteren ging *Hess* auf das Problem der Verbindung der konzeptionellen theoretischen Diskussion mit der konkreten empirisch-theoretischen Forschung in der Arbeit der internationalen Arbeitsgruppe ein, in deren Ergebnis gemeinsame Publikationen angestrebt werden sollten.

Wesen, Etappen, Besonderheiten des Monopolisierungsprozesses

Die inhaltliche Diskussion wurde von *Shenajew* eröffnet. Er erläuterte seine schriftlich vorgelegten Thesen „Zu Problemen der Monopolisierung der kapitali-

stischen Wirtschaft“. *Shenajew* ging insbesondere auf drei Fragen ein, auf das Wesen des Monopolisierungsprozesses, auf die Etappen des Monopolisierungsprozesses und auf die Besonderheiten des gegenwärtigen Monopolisierungsprozesses. In diesem Zusammenhang unterstützte er die Aussage, die in den schriftlichen Thesen von Dr. *Hahn* – „Zu einigen Entwicklungslinien in der Konzentration von Kapitalmacht in der BRD“ – enthalten waren über den Zusammenhang zwischen der Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus und dem Konzentrationsprozeß. Der Prozeß des Wachstums der Produktivkräfte und der zunehmenden Vergesellschaftung verschärfe den Widerspruch zum privatkapitalistischen Eigentum. Die einzige Lösung dieses Widerspruchs im Rahmen des Kapitalismus sei die maximale Erweiterung der Maßstäbe der Produktion, die durch die absolute und die relative Konzentration vonstatten gehe, die Veränderung der Arbeits- und Produktionsorganisation, die verstärkte Beherrschung des Marktes und neue Formen der Wirtschaftsführung. Das Monopol sei untrennbar mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse verbunden. Die Konzentration der Produktion spiegele die Entwicklung der Produktivkräfte wider, die Konzentration des Kapitals als die dominierende Erscheinung, die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, beide Prozesse seien auf die Erzielung von Profit gerichtet.

In Zusammenhang mit den Besonderheiten des heutigen Monopolisierungsprozesses erwähnte *Shenajew* den Übergang zur Multizweigkonzentration und stellte an *Hess* die Frage, wie die in dessen schriftlichen Thesen „Monopol und Konkurrenz“ dargelegten Unterschiede zwischen dem Prozeß der Diversifikation und der Konglomeratbildung zu verstehen seien. Er stellte kritisch fest, daß eine Definition für die Konglomerate fehle. Des weiteren ging er auf die in den Thesen von *Hess* enthaltenen Voraussagen hinsichtlich der Entwicklung multinationaler Konzerne in Westeuropa ein.

Shenajew sagte, daß er nicht so kategorisch behaupten würde, die Entwicklung westeuropäischer multinationaler Konzerne werde keine beherrschende Tendenz in den siebziger Jahren sein.

In der Diskussion hierzu ergriffen *Hahn*, *Kotow* (der seine schriftlichen Thesen „Zur Frage der horizontalen und vertikalen Konzentration in der Wirtschaft der BRD“ erläuterte), *Kleer*, *Chesin* (der seine schriftlichen Thesen „Wissenschaftlich-technische Revolution und die Konzentration von Produktion und Kapital“ erläuterte), *Hess*, *Hummel*, *Schirmeister* und *Fundulis* das Wort.

Ausgehend von der Wirtschaft der BRD, ging *Kotow* auf die Prozesse der horizontalen und der vertikalen Konzentration ein. Er wies auf die kontinuierliche Vergrößerung der Betriebsgrößen in Zusammenhang mit der Entwicklung des technischen Fortschritts hin. In der Industrie der BRD betrage der Anteil der Arbeiter, die in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten tätig seien, 28 Prozent der Gesamtzahl. Dies sei nicht viel weniger als in den USA, wo der entsprechende Anteil 31 Prozent betrage. Dagegen bleibe die mittlere Betriebsgröße, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, in der BRD beträchtlich hinter der in den USA zurück. In allen Zweigen bildeten sich optimale Betriebsgrößen heraus, aber unterschiedlich je nach dem Zweig. Im Zuge des Übergangs von der Konzentration zur Monopolisierung

würden die mittleren und kleinen Betriebe organisch in das Monopol einbezogen. Gleichzeitig wies *Kotow* darauf hin, daß insbesondere die großen kapitalistischen Firmen ihre Umsätze in mehreren Zweigen erzielen, darunter sogar vornehmlich in nichtindustriellen Zweigen (Handel, Transport, Wohnungsbau, Bank- und Kreditwesen, Versicherungen u.a.). Als Ursachen für diesen Prozeß führte der Redner produktionstechnische Notwendigkeiten, die wachsende Erweiterung der Produktionsstruktur auf ein und derselben Rohstoffgrundlage, die Tendenz, den Handel mit den jeweiligen Erzeugnissen in die Konzerne einzugliedern, die Eingliederung der Rohstofflieferanten, günstige Bedingungen für die Anlage von Kapital im eigenen Konzernbereich u.a. durch die degressive Abschreibung, Veränderungen in der Struktur der effektiven Nachfrage, die es riskant machen, eine enge Spezialisierung aufrecht zu erhalten, an. Aus den Prozessen der Konzentration zog *Kotow* eine Reihe von Schlußfolgerungen, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der monopolistischen Konkurrenz und der Profitrate. Es entstünden große Unterschiede in der Profitratenentwicklung zwischen den Zweigen, wobei die Profitrate in einem Zweig wenig über die tatsächliche Profitrate innerhalb eines Monopols aussage, wenn dieses eine Vielzweigstruktur besitze.

Kleer vertrat hinsichtlich der Rolle der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse eine andere Meinung als *Shenajew*. Er meinte, daß unter den heutigen Bedingungen der dominierende Einfluß von den Produktivkräften ausgehe. Bei der Erforschung der neuen Qualität des Monopols müsse man von den neuen Wachstumsquellen ausgehen, so von der Rolle der Wissenschaft, und dürfe das Monopol nicht getrennt von der staatlichen Tätigkeit betrachten. Hiervon ausgehend ließen sich einige Erscheinungen erklären, für die die bisherige Monopoltheorie keine Erklärung wisse: Warum habe es in der Nachkriegszeit eine Beschleunigung des Wachstums gegeben, warum eine rasche Entwicklung des technischen Fortschritts, warum ist das Monopol auch ohne Profitmaximierung existenzfähig? Zu den in den Ausführungen *Kotows* angestellten Konzentrationsvergleichen meinte *Kleer*, daß die Zahl der Beschäftigten kein reales Bild vermittele. Die Optimalgröße der Betriebe sei in verschiedenen Zweigen unterschiedlich, bei den führenden Zweigen würde diese Größe etwa 500 bis 1000 Beschäftigte ausmachen, bei anderen Zweigen wiederum eine eine andere Zahl. Am besten könne man die Konzentration der Produktion auf der Grundlage der technischen Ausrüstung je Beschäftigten ermessen. In Zusammenhang mit der Herausbildung von internationalen Konzernen stellte *Kleer* die These auf, daß unter dem Einfluß des Eindringens amerikanischen Kapitals in die westeuropäische Wirtschaft, sowohl die technische als auch die Organisationslücke sich verringere, daß heute die Tendenz zur Angleichung des Niveaus der imperialistischen Länder vorherrsche.

Chesin ging auf die Revolution in der Entwicklung der Produktionsmittel ein, die er als das wichtigste Element der wissenschaftlich-technischen Revolution bezeichnete. Hierdurch würden erstens neue materiell-technische Möglichkeiten für die Konzentration geschaffen, zweitens, in Zusammenhang mit der Veränderung der Nachfragestruktur für Produktionsmittel und Konsumtionsmittel günstige Möglichkeiten für das Wachstum und damit für die Konzentration, drittens habe die Revolution

der Produktionsmittel die Notwendigkeit geschaffen, immer größere Produktionseinheiten zu schaffen, das effektive Betriebsoptimum zu erweitern. Auch *Chesin* vertrat in diesem Zusammenhang die Ansicht, daß die Anzahl der Arbeiter und Angestellten kein zuverlässiger Indikator für das Konzentrationsniveau sei. Des weiteren ging *Chesin* auf die Erhöhung der Fondsintensität ein und bezeichnete die Konzentration als eine Methode der Ökonomie des fixen Kapitals und damit der Steigerung der Profitrate und der Profitmasse. Hier wandte sich *Chesin* gegen die von *Kleer* vertretene Meinung hinsichtlich des Ziels des monopolistischen Kapitals. Selbst wenn über längere Zeiträume kein Profit erzielt würde, bleibe doch die Maximierung des Profits das treibende Motiv. *Chesin* wies dann auf die strukturellen Verschiebungen infolge der Revolution in der Produktionstechnik hin. Der technische Fortschritt führe zur Diversifikation und damit auch zur Veränderung der Struktur der Konzerne. In diesem Zusammenhang unterstützte *Chesin* die von *Hess* vertretenen Auffassungen zur Konglomeratsfrage und meinte, daß die Erfahrungen in den USA beweisen, daß die Konglomerate keine stabile Grundlage besitzen.

Auch *Hahn* ging in der anschließenden Diskussion auf die Frage der optimalen Betriebsgröße ein und stellte zwei Fragen:

1. Ist die Konzentration der Produktion immer identisch mit dem Erreichen optimaler Betriebsgrößen oder selbst dem Streben nach solchen. Beantworte man diese Frage positiv, meinte *Hahn*, so bedeute das eine Vereinfachung der Wechselbeziehungen zwischen Konzentration der Produktion und Konzentration des Kapitals, die als ein harmonischer Prozeß der Wechselwirkung erscheinen würden. Der Konzentrationsprozeß, als Prozeß der Konzentration ökonomischer Macht könne auch irrational verlaufen und dennoch zur Profitmaximierung führen.

2. Kann man die Frage des Betriebsoptimums unabhängig von den allgemeinen Verwertungsbedingungen aufwerfen? Es gebe kein Produktionsoptimum im gesellschaftlichen Vakuum. Solche sogenannten Produktionsnebenbedingungen wie Ballungsgebiete, Arbeitskräfteervoir, Transportprobleme, Zulieferbetriebe und andere haben wichtige Auswirkungen auf das Betriebsoptimum.

Abschließend verteidigte *Hahn* seine schriftlich formulierte These von rückläufigen Tendenzen in der Produktionskonzentration. Statistisch sei die Konzentration sehr schwer nachzuweisen, aber zweifellos gebe es eine sichtbare Tendenz zur Dezentralisierung der Produktionsstruktur.

Profitmaximierung und Konglomeratbildung

In der weiteren Diskussion ging *Hess* auf die Fragen der Profitmaximierung und der Konglomeratbildung ein. Er vertrat die Auffassung, daß Profitmaximierung kein zureichender Begriff sei. Es gehe objektiv für das Kapital immer um die Sicherung der Verwertungsbedingungen, und das bedeute insbesondere für das monopolistische Kapital, daß es nicht zu jedem Zeitpunkt den höchstmöglichen Profit ansteuere, sondern langfristig. Letzter Zweck und treibendes Motiv sei immer Profit, aber gerade deswegen könne nicht zu jedem Zeitpunkt Maximalprofit erzielt werden. Die Kon-

glomerate seien Ausdruck einer spezifischen Form monopolistischer Konkurrenz, aber keine stabile Monopolform. Es gehe gegenwärtig darum, neue Größenmaßstäbe der Kapitalmacht zu erreichen, um in der internationalen kapitalistischen Konkurrenz und insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus zu bestehen. Die Konglomeratbildung sei eine geeignete Form der raschen Zentralisation des Kapitals im Hinblick auf die erforderlichen Größenmaßstäbe. Wenn diese aber einmal erreicht seien, lasse sich aus einer Vielzahl von Gründen annehmen, daß die weitere Monopolisierung wieder mehr den traditionellen, technologisch bedingten Anlagesphären folgen werde. Für die BRD sagte *Hess* voraus, daß Konglomerate hier keine beherrschende Erscheinung sein werden.

Hummel sprach zum Monopolisierungsprozeß im Bankwesen und wies auf den gegenwärtig vor sich gehenden Konzentrationsprozeß hin. Die Banken beherrschen immer mehr alle Sphären des Reproduktionsprozesses und stellen insofern Konglomerate dar.

Schirmeister meinte zur Frage der Konglomerate, daß ihre Bildung auch davon abhänge, wie das System der Kapitalumverteilung durch den Staat und das Kreditsystem funktioniere. Dieses System sei in der BRD effektiver als in den USA, und deshalb sei die Konglomeratbildung gegenwärtig keine zwingende Notwendigkeit für das Monopolkapital. Zur Frage des Maximalprofits sagte *Schirmeister*, daß diejenigen, die behaupten, die Profite der Monopole stiegen immerfort, nicht berücksichtigen, daß die Profite kleinerer Kapitalisten und der nicht monopolisierten Wirtschaft zu einem Teil in die Profite der Monopole eingehen. Dagegen übersähen die, die meinen, die Profite der Monopole könnten zeitweilig verschwinden, daß zum Beispiel Ausgaben für Wissenschaft eben Profitverwendung darstellen.

Fundulis nahm zu den gleichen Fragen Stellung. Das Ziel der Monopole sei der Maximalprofit. Wenn Profit zeitweilig nicht realisiert werde, dann nicht deswegen, weil die Monopole auf ihn verzichten. Ein Konglomerat sei auch ein Monopol bzw. das Produkt großer Monopole. Das Konglomerat sei vor allem durch die Tätigkeit der Tochtergesellschaften in anderen Ländern charakterisiert, sei aber auch das Resultat des Strebens der Monopole nach Optimierung der Produktion. Besonders große Bedeutung erlange die Konglomeratbildung dort, wo die Monopole über freie Finanzierungsmittel im großen Umfang verfügen.

Fundulis ging auf die Perspektiven des Konzentrationsprozesses ein und meinte, daß die Zukunft vom wachsenden Widerspruch zwischen der Politik der Monopole und der Politik des Staates bestimmt sein werde. Der Übergang zur Eigenfinanzierung sei Ausdruck des Kampfes der Monopole gegen die übergreifende Macht des Staates in der Wirtschaft. Schließlich machte der Redner auf die Bedeutung der sozialen Aspekte des Monopolisierungsprozesses aufmerksam.

Monopole und imperialistische Integration

Die nächste Etappe der Diskussion wurde mit einem Beitrag von *Judanow* eingeleitet, der seine schriftlich vorgelegten Thesen „Monopole und imperialistische

Integration“ erläuterte. *Judanow* ging insbesondere auf folgende drei wichtige Erscheinungen des Zusammenhangs von Konzentration und Integration ein: Die günstigeren Bedingungen für die Zentralisation des Kapitals durch die Bildung der EWG, die Besonderheiten des Konzentrationsprozesses unter den Bedingungen der Integration; das Streben der Monopole der BRD, die Spitzenposition bei der Schaffung internationaler Monopole einzunehmen.

In Zusammenhang mit der ersten Erscheinung behandelte *Judanow* drei Hauptformen der Zentralisation des Kapitals, die horizontale Zentralisation, die vertikale Zentralisation und die komplementäre Zentralisation. Letztere Form bezeichne im wesentlichen die produktions- und kapitalmäßige Kooperation von Industrievereinigungen. Hier entstünden keine festen organisatorisch-juristischen Formen.

Auch *Judanow* sprach zur Frage der Konglomeratbildung. Er definierte Konglomerate als große Kapitalkomplexe unter der einheitlichen Kontrolle einer Holdinggesellschaft. Für Westeuropa sah er keine großen Aussichten für die Konglomeratbildung. Einmal würde die Verteilung von Kapital auf eine Vielzahl von Zweigen der Produktion im großen Maßstab hemmen und daher die Konkurrenzbedingungen ungünstiger gestalten. Weiter beständen geringere Möglichkeiten, im großen Rahmen wissenschaftliche Forschung, Marktforschung und Reklame durchzuführen. Schließlich falle es im Rahmen von Konglomeraten schwer, die Mittel für die Bezahlung einer Vielzahl von leitenden Kadern zu schaffen.

In Westeuropa sei ebenfalls ein großes Wachstum des Bedarfs an leitenden Kadern zu verzeichnen. Der Mangel an Managern sei für die westeuropäischen Konzerne das wichtigste Problem, die wesentlichste Lücke sei die „Managementlücke“ und nicht die sogenannte „technologische Lücke“. Was die Besonderheiten des Konzentrationsprozesses unter den Bedingungen der Integration betrifft, so vertrat *Judanow* die Ansicht, daß die Schaffung europäischer Kapitalgiganten zu einer äußerst aktuellen Frage der nächsten Jahre werde. Multinationale Konzerne würden im breiten Maße auftreten. In Zusammenhang mit dem Vorherrschaftsstreben der Konzerne der BRD betonte *Judanow* die spezifische Erscheinung des Zusammenschlusses dieser Konzerne mit Konzernen kleinerer westeuropäischer Länder. An *Kleer* gewandt, fragte *Judanow*, welchen anderen Stimulus als das Streben nach Maximalprofit es für Konzerne geben könnte. Ohne dieses Streben würden die Konzerne auseinanderfallen.

In der Diskussion zu diesem Komplex ergriffen *Hess*, Dr. *Röder*, Dr. *Nehls*, *Schirmeister*, *Chesin*, *Klein* und *Kleer* das Wort.

Hess erläuterte seine Auffassung zu den Aussichten der Entwicklung multinationaler Konzerne in Westeuropa, die er in seinen schriftlichen Thesen vertreten hatte. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die enge Wechselbeziehung zwischen Ökonomie und Politik. Es seien insbesondere politische Rücksichten, die die Schaffung multinationaler Konzerne hemmten. Um eine selbständige Strategie zu verfolgen, sei die Verfügung der einzelnen Regierungen über „ihre“ Wirtschaft notwendig. Die Gesamtstrategie lasse sich aber nicht unmittelbar und ausschließlich aus Profitrücksichten ableiten, sie sei durch eine Vielzahl von Prozessen und Einflüssen bestimmt und daher unterschiedlich in den einzelnen kapitalistischen Ländern. Gleichzeitig benötigten die „nationalen“ Monopole „ihren“ Staat im internationalen Kon-

kurrenzkampf und müßten daher auf der Hut sein, wenn durch Verflechtungen ausländische Monopole einen zu starken Einfluß auf die „nationale“ Wirtschaftspolitik erlangten. Es seien hier also widersprechende Tendenzen zu verzeichnen, und seine These wolle nur auf die gegen die Bildung multinationaler Konzerne wirkenden Tendenzen aufmerksam machen. Die Frage *Röders*, ob es denkbar sei, daß die Herausbildung gemeinsamer Strategien die Tendenz zur Bildung multinationaler Konzerne unterstützen könne, wurde von *Hess* bejaht.

Nehls nahm ausführlich zu diesem Problemkreis Stellung. Sie hob hervor, daß die ökonomischen und die politischen Interessen der Monopole einerseits und der Regierungen andererseits sich nicht einfach decken. Die Bildung multinationaler Konzerne sei eine generelle Tendenz. Gerade die größten Konzerne entwickelten sich zu internationalen Konzernen. Dies sei durch die wissenschaftlich-technische Revolution und die weltweite Auseinandersetzung von Kapitalismus und Sozialismus bedingt. Die westeuropäischen Konzerne hätten gar keine Möglichkeit, als dieser Tendenz zu entsprechen, wenn sie sich als Monopol realisieren wollten. Die Formen würden sich allerdings von denen unterscheiden, die für die amerikanischen Konzerne typisch seien. Die amerikanischen Konzerne seien dem Eigentum und der Kontrolle nach national. Die westeuropäischen Konzerne beschritten andere Wege: Erstens sei hier der Weg der Kooperation auf Teilgebieten als Form der Internationalisierung zu erwähnen. Zweitens sei der Austausch von Beteiligungen an bestehenden und noch zu bildenden Tochtergesellschaften typisch. Es bildeten sich gemeinsame Zentren für die Durchsetzung einer gemeinsamen Strategie heraus bei Aufrechterhaltung der juristischen Selbständigkeit der beteiligten Kapitalgruppen. Auf diesen Wegen schreite der Prozeß der Internationalisierung des Monopols in Westeuropa fort, trotz aller politischen Widersprüche zwischen den westeuropäischen Ländern, sozusagen über die Köpfe der Regierungen hinweg. Als ein zusätzliches Beispiel hierfür erwähnte *Nehls* die Herausbildung des Euro-Anleihe-Marktes gerade zu dem Zeitpunkt, als die Entwicklung der EWG stagnierte.

Auch *Schirmeister* vertrat die Ansicht, daß trotz vorhandener Widersprüche und gegenläufiger Tendenzen der Prozeß der Herausbildung multinationaler Konzerne in Westeuropa unaufhaltsam sei. Das langsame Tempo der staatlichen Integration könne hierfür kein entscheidendes Hemmnis sein. Seine Auffassung belegte *Schirmeister* mit Beispielen der Herausbildung internationaler Bankengruppierungen, die zur Entstehung einer westeuropäischen Finanzgruppe führte.

Chesin nahm ebenfalls zu dieser Frage Stellung und betonte die günstigen Bedingungen, die in letzter Zeit für die Herausbildung multinationaler Konzerne entstanden seien. Er erwähnte insbesondere die Erhöhungen der Akkumulationsrate und der Kapitalmasse, die die Tendenz zur Bildung von anlagesuchendem Kapital verstärkt haben, daher das Streben nach Kapitalexport, der die Grundlage für die Schaffung von multinationalen Konzernen bilde. Weiter seien die Fortschritte der staatlichen Integration zu beachten, die die Konkurrenzbedingungen ausgleichen, und schließlich auch das verstärkte Eindringen amerikanischen Kapitals in Westeuropa.

A. Klein fügte hinzu, daß die neue Rolle der Wissenschaft und ihre Anforderungen ein zusätzlicher begünstigender Faktor für die Bildung multinationaler Konzerne sei und vertrat ebenfalls die Meinung, daß diese Tendenz zunehmen würde.

Kleer begründete seine Auffassung, daß gegenwärtig die Tendenz zur Angleichung des Entwicklungsniveaus der kapitalistischen Länder stärker sei als die Tendenz der ungleichmäßigen Entwicklung. Er erwähnte insbesondere, daß in den letzten Jahren der Kapitalanteil der westeuropäischen Konzerne am Gesamtkapital im Steigen begriffen sei, daß die „technologische Lücke“ sich verkleinere. Es bestehe eine Tendenz der Umbildung von nationalen Konzernen mit internationaler Struktur in multinationale Konzerne. Für die Zukunft sehe er die Herausbildung von multinationalen gemischten amerikanisch-westeuropäischen Konzernen. Die Haupttendenzen zur Angleichung des westeuropäischen und des amerikanischen Entwicklungsniveaus seien durch die Annäherung des Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung, des technischen Niveaus, der Produktivität, des Niveaus der Einführung von Neuerungen, durch die Umkehr des „brain drain“ gekennzeichnet. Auch die Differenz im Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung verringere sich.

Judanow vertrat demgegenüber eine andere Auffassung. Er ging auf die Unterschiede der Arbeitsproduktivität ein und betonte, daß man in diesem Zusammenhang nicht allein die Industrie betrachten dürfe. Was die Ausgaben für Wissenschaft beträfen, so sei hier keine Annäherung festzustellen. In Westeuropa gebe es einen erheblichen Rückstand hinsichtlich der Verfügbarkeit führender Wirtschaftskader, des Tempos der Einführung von Neuerungen und einen Mangel an allgemeinen Konzeptionen für die Entwicklung der Wirtschaft. Anhand von Faktenmaterial stützte *Judanow* seine These, daß es keine Annäherung des Entwicklungsniveaus gebe.

Kleer erklärte hierzu, er würde bestimmte Fakten anders interpretieren. Er führte den wachsenden Export von Maschinen aus Westeuropa nach den USA, das schnellere Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Industrie als in anderen Bereichen und das wachsende technische Niveau in Westeuropa, nicht zuletzt infolge der amerikanischen Kapitalinfiltration an.

Sozialökonomische Probleme der monopolistischen Konzentration

Der folgende Diskussionskomplex wurde durch einen Beitrag von *Salkowski* eingeleitet, der seine schriftlichen Thesen „Sozialökonomische Probleme der monopolistischen Konzentration“ erläuterte.

Salkowski ging insbesondere auf den Einfluß der monopolistischen Konzentration auf die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft und auf Probleme der Arbeiterbewegung unter den heutigen monopolistischen Bedingungen ein. Kernfragen seiner Ausführungen bildeten der Einfluß der monopolistischen Konzentration auf den Wert der Ware Arbeitskraft und die Rolle solcher Erscheinungsformen wie „Erfolgsbeteiligung“ und „Mitbestimmung“ im Kampf zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital. Die monopolistische Konzentration führe zu einer Erhöhung und zur regionalen Ausgleichung des Wertes der Arbeitskraft. Was den Zusammen-

hang von Arbeiterbewegung und Monopolisierungsprozeß betrifft, so betonte *Salkowski* die Rolle der Sozialpolitik, die von Monopolen und Staat betrieben wird. Die gewaltigen finanziellen Mittel der Monopole ermöglichen soziale Ausgaben, die sich die kleineren Kapitalisten nicht leisten könnten. Die Monopole gewährten zusätzliche Einkommen für ihre Angestellten, die nicht in den Tarifabkommen festgelegt würden und daher in der Rezession gestrichen werden könnten. Der Preis der Arbeitskraft verringere sich dann, ohne daß die Tarife berührt würden. So verlören die traditionellen Kollektivverträge ihre Wirksamkeit. Die Konzentration erhöhe die Manövriertfähigkeit auf dem Gebiet der Umverteilung des Einkommens. Gleichzeitig versuchten die Monopole die Arbeiter am Erfolg der Unternehmen zu interessieren.

Die Ausführungen *Salkowskis* lösten eine lebhafte Diskussion aus, an der sich Dr. *Zieschang*, *Klein*, Dr. *Röder*, Dr. *Schäfer*, *Shenajew*, *Schirmeister*, *Hess* und Dr. *Jung* beteiligten.

Zieschang betonte die Notwendigkeit, über den Wert der Ware Arbeitskraft zu diskutieren und nicht nur über Lohnfragen. Die Bedingungen der Reproduktion der Ware Arbeitskraft hätten sich stark verändert, ein immer größerer Teil könne nur gesellschaftlich reproduziert werden, stelle gesellschaftliche Konsumtion dar. Dieser Teil des Wertes der Arbeitskraft könne immer weniger durch noch so große Monopole reproduziert werden. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit des unmittelbaren Zusammenwirkens des privaten und des staatlichen Monopols, wobei das private Monopol der unmittelbare Nutznießer sei. Diese Frage zu klären, betonte *Zieschang*, sei von größter Bedeutung für viele Fragen des praktischen Klassenkampfes.

Auch A. *Klein* hob hervor, daß die gesellschaftlichen Bedürfnisse und die Möglichkeiten, sie zu befriedigen, weitgehend in den Wert der Ware Arbeitskraft eingingen. Daher könnten Lebensstandardvergleiche nicht ohne Berücksichtigung der Produktivkräfteentwicklung und der Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse sowie der Möglichkeiten, diese zu befriedigen, angestellt werden. A. *Klein* warf die Frage auf, ob es auch Prozesse gebe, die in Richtung einer Senkung des Werts der Arbeitskraft wirken.

Röder behandelte Konsequenzen hinsichtlich der Stellung der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat. Wenn es so sei, daß ein wesentlicher Teil des Wertes der Arbeitskraft durch die staatliche Umverteilung reproduziert würde, dann ergäben sich hieraus zwei Wirkungen auf die Arbeiterklasse. Erstens finde eine Politisierung der sozialen Auseinandersetzungen statt, indem die Arbeiterklasse ihre Forderungen hinsichtlich sozialpolitischer Probleme mehr und mehr an den Staat richte. Zweitens aber nähre diese Auffassung über die Rolle des Staates auch Illusionen über den Charakter des Staates. Der Staat erscheine als Garant des sozialpolitischen Fortschritts.

Schäfer ging auf das Verhältnis von Wert der Arbeitskraft und Lohn ein und stellte die Frage, ob es hier ein Auseinanderfallen gebe. Weiter warf er die Frage auf, welche teils günstigen, teils hemmenden Wirkungen von der Untergrabung des Preis-Profit-Mechanismus und der heutigen Rolle des Staates auf den Kampf der Arbeiterklasse ausgingen. Günstig seien die neuen Möglichkeiten, materielle Zugeständnisse angesichts der Wachstumspolitik und der geringeren Rolle der industriellen Reserve-

armee zu erkämpfen. Dies führe aber vom Standpunkt der Monopolbourgeoisie zur Notwendigkeit, die Demokratie einzuschränken.

Schäfer stellte die Frage, welche Politik die Gewerkschaften angesichts der neuen Entwicklungen verfolgen sollten. Sollten sie ihre Politik stärker zentralisieren oder sich stärker auf die Betriebe konzentrieren?

Shenajew ging in diesem Zusammenhang zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Wert der Ware Arbeitskraft ein. Die Arbeitskraft sei eine besondere Ware, deren Wert nicht mit dem Wachstum der Arbeitsproduktivität sinke. Hierum müsse aber gekämpft werden. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution sei das Wachstum des Lohnes gesetzmäßig. In diesem Zusammenhang setzte sich *Shenajew* mit der Theorie der Lohn-Preis-Spirale auseinander.

Schirmeister unterstützte die Ausführungen *Shenajews* über die Lohn-Preis-Spirale, warnte aber davor, einen Kausalzusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn herzustellen. Der Lohnkampf dürfe nicht an irgendeine Kennziffer der Kapitalentwicklung gebunden werden. *Schirmeister* wandte sich gegen die Theorie der produktivitätsorientierten Lohnpolitik, weil dies den Kampf der Arbeiterklasse einenge. Zum Beitrag *Salkowskis* hob er hervor, daß ein Problem darin bestehe, daß das Monopolkapital bestrebt sei, eine partielle Interessenidentität mit den Gewerkschaften in einzelnen Industriezweigen oder Unternehmen herzustellen und die Einzelgewerkschaften von der Gesamtbewegung zu isolieren. Die gewerkschaftlichen Forderungen müßten vom Standpunkt der Erhöhung der Macht und des Einflusses der gesamten Arbeiterklasse und nicht nur eines Teiles ausgehen. Eine andere Frage sei freilich die Ausnutzung regionaler oder betrieblicher schwacher Punkte des Kapitals.

Zieschang ging noch einmal auf die Frage ein, daß und warum es wichtig sei, zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft und dem Lohn zu unterscheiden. Hier sei besonders zu beachten, wer heute die Reproduktionsbedingungen der wichtigsten Produktivkraft realisiere. Betrachte man nur den Lohn, dann wäre die heutige Konfliktproblematik nicht zu erfassen. Es sei richtig, daß die Untergrabung des Preis-Profit-Mechanismus den Kampf um Lohnerhöhungen erleichtere. Dies sei gefährlich für das System. Preiserhöhungen würden hauptsächlich zu dem Zeitpunkt vorgenommen, da Gewerkschaften Lohnforderungen auf Grund vorangegangener Investitionen durchsetzen. Was hier vor sich ginge, sei ein gigantischer Umverteilungsprozeß. Mit Hilfe der Inflationierung gelinge es den Monopolen, die erforderlichen Löhne zu zahlen. Das heißt, die Gesellschaft zahle einen großen Teil der Lohnsteigerungen. Es handele sich also um eine typische Form eines monopolistischen Tributs. Das Gleiche gelte für die gesamte, über die staatliche Umverteilung finanzierte Steigerung der gesellschaftlichen Konsumtion.

Eine andere Frage sei, auf welche Art und Weise heute das staatsmonopolistische System die objektiven Anforderungen bewältige, die die Entwicklung der Produktivkräfte stellt. Dies sei unter anderem deshalb so wichtig, weil damit gleichzeitig die Frage gestellt sei, auf welche Art und Weise die Reproduktion der Arbeitskraft gewährleistet würde. Die Anlage von Kapital werfe unter den heutigen Bedingungen unmittelbar einen Komplex ökonomischer und sozialer Fragen auf, das Problem der

Reproduktion der Ware Arbeitskraft spiegele die gesamte Konfliktsituation zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Möglichkeiten des kapitalistischen Systems auf der heutigen Entwicklungsstufe wider. Hier zeigten sich nicht nur die Haupttriebkräfte künftiger sozialer Auseinandersetzungen, sondern auch die eigentlichen Grenzen des Systems. Das eigentliche Problem der siebziger und achtziger Jahre bestehe für den Kapitalismus darin, wie lange man die Masse der Bevölkerung in dem Glauben halten könne, daß die physische Konsumtion das eigentliche und letzte Ziel des Lebens sei. Dies sei kein moralisches Problem. Marx habe bereits dar gestellt, daß die eigentliche objektive Schranke des Systems darin bestehe, daß die Arbeitsproduktivkraftentwicklung in Wertzusammenhänge gepreßt werde, daß die Arbeitskraft eine Ware sei.

Schäfer erklärte sich mit dem theoretischen Ansatz des Beitrags von *Zieschang* einverstanden. Er fragte aber nach den praktischen Schlußfolgerungen. Wird sich der Widerspruch allein auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Konsumtion entwickeln?

Hess vertrat in Zusammenhang mit den aufgeworfenen Fragen die Ansicht, daß der Kapitalismus sich oftmals als flexibler erweise, als vermutet würde. Der Kapitalismus sei in der Lage, die physische Konsumtion für einen großen Teil der arbeitenden Menschen zu steigern und auch eine Reihe von Problemen relativ zu lösen, die in Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Konsumtion entstehen. Für die Marxisten-Leninisten sei dies deswegen von erstrangiger Bedeutung, weil die Frage entstehe, auf welche Weise und auf welchen Gebieten sich die Antriebe für revolutionäre Aktionen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der Zukunft entwickeln würden. Das Kapital habe zwar große Möglichkeiten der Reaktion auf neu entstandene Bedürfnisse der Massen, aber diese müßten jeden Fortschritt erkämpfen. Da heute der Staat eine immer stärker werdende Rolle in diesen Prozessen spielt, sei die Demokratie zu einer materiellen Existenzfrage für die Arbeiterklasse geworden; ebenso wichtig sei es für das System, die Demokratie einzuschränken. Auf dem Gebiet der Erkämpfung der Demokratie entwickeln sich nach Meinung des Redners die entscheidenden Konfliktstoffe der Zukunft.

Jung nahm ebenfalls Stellung zum Problem des Wertes der Ware Arbeitskraft. Er bezweifelte, daß man die gesellschaftlichen Konsumtionsbedürfnisse zum Wert der Arbeitskraft hinzurechnen dürfe. Es gebe auch eine Tendenz zur Senkung des Wertes der Arbeitskraft, die z.B. in der Dequalifizierung breiter Teile der Arbeiterklasse im Zuge der sich unter kapitalistischen Bedingungen vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution zum Ausdruck komme. An *Hess* gewandt bemerkte *Jung*, daß die Demokratiefrage sehr wesentlich sei, aber man dürfe diese Frage nicht verselbständigen. Wenn der Kampf um Demokratie nicht mit den materiellen Problemen der Arbeiterklasse verbunden werde, bliebe die Demokratie ein Abstraktum und erlange keine aktuelle Bedeutung im Klassenkampf. Der entscheidende Ansatzpunkt für den Kampf um Demokratie sei die Tatsache, daß die Bewegung der ökonomischen Kategorien, z.B. des Monopolprofits, zu einem großen Teil unter heutigen staatsmonopolistischen Bedingungen politisch ermittelt wird.

Ökonomische Machtkonzentration und politisches Herrschaftssystem

Die Diskussion zum letzten inhaltlichen Problemkomplex wurde durch einen ausführlichen Beitrag von *Röder* eingeleitet, der in seinen Thesen zum Zusammenhang von ökonomischer Machtkonzentration und politischem Herrschaftssystem sprach und seine Meinung zu folgenden Fragen vorbrachte: Welche Anforderungen stellt der Monopolisierungsprozeß an den Staat und das politische Herrschaftssystem? Wie reagiert das politische Herrschaftssystem auf diese Anforderungen? Welche vorausschauenden Überlegungen lassen sich hinsichtlich der weiteren Entwicklung des politischen Herrschaftssystems anstellen, und welche künftigen Konfliktfelder zeichnen sich ab? Welche Probleme sollten künftig schwerpunktmäßig für die Forschung vorgesehen werden? In der Strategie des Monopolkapitals erlange die Staatsfrage wachsende Bedeutung. Die Monopolbourgeoisie sei gezwungen, diesbezügliche Konzeptionen zu entwickeln. Hierfür seien drei Gründe maßgebend: die Anforderungen des Reproduktionsprozesses, das erhöhte Bedürfnis nach staatlicher Regulierung der Klassenbeziehungen, das wachsende Interesse an den politischen Verhältnissen, woraus sich die Frage der Varianten der Machtausübung ableite. Ebenso wie die freie Konkurrenz die bürgerliche Demokratie bedingt habe, verlange das monopolistische Stadium des Kapitalismus die Einschränkung der Demokratie, Reaktion auf der ganzen Linie. Der Redner stellte die Frage, welches politische System dem staatsmonopolistischen Kapitalismus entspreche. Die bürgerliche Demokratie sei unfähig, den heutigen Anforderungen gerecht zu werden. Der Einsatz des Staates zur Regulierung der ökonomischen Prozesse kollidiere mit den bürgerlich-parlamentarischen Formen. Die staatliche Regulierung der Klassenbeziehungen mit Hilfe von Terror und materiellen Zugeständnissen sowie sozialpolitischen Maßnahmen lasse sich nicht im Rahmen der sogenannten Spielregeln der bürgerlichen Demokratie durchführen. Die Tendenz zur Einschränkung der Demokratie sei daher ständig gegeben. Die sozialdemokratische Staatskonzeption spiegle diese Realität gleichfalls wider. Muß nun, so fragte *Röder*, die Unfähigkeit, mit bürgerlich-demokratischen Mitteln den Erfordernissen gerecht zu werden, zum Faschismus führen? Die faschistische Diktatur sei der ausgeprägteste politische Ausdruck des Monopols, aber es habe sich gezeigt, daß sie keine stabilen Verhältnisse herbeiführen könne, sondern die Gegensätze zuspitze und die Existenz des Systems unmittelbar in Frage stelle. Außerdem könnten die erforderlichen Reformen so nicht durchgesetzt werden. Der Faschismus sei unter den heutigen Bedingungen für das Monopolkapital nicht die günstigste Alternative zum Sozialismus. Andererseits gebe es im staatsmonopolistischen Kapitalismus auch kein Zurück zur bürgerlichen Demokratie. Auch in dieser Frage gebe es in der BRD eine Differenzierung innerhalb der Monopolbourgeoisie, wobei sich die bekannten zwei Grundvarianten herausschälen. Ob sich die eine oder die andere Variante auf längere Sicht durchsetze, sei von folgenden Faktoren abhängig: Welche Entwicklungen gehen hinsichtlich der politischen Strategie des Monopolkapitals vor sich? Welches sind die ökonomischen und politischen Ursachen für die Differenzierungserscheinungen innerhalb der Monopolbourgeoisie? Wie setzt sich die politische Strategie in der Machtausübung durch?

Eine große Bedeutung habe die Systemauseinandersetzung; die Entwicklung des Kräfteverhältnisses könne die eine oder andere Variante erzwingen.

Die Konfliktfelder der Zukunft seien: erstens, die Auseinandersetzung mit der Rechtsentwicklung, wobei die Demokratiefrage unter den Bedingungen der Monopolisierung aus diesem Grunde nicht ausschließlich mit materiellen Forderungen verbunden sei, zweitens, die Konfrontation der staatsmonopolistischen Reformpolitik mit demokratischen Reformvorstellungen; drittens, die Auseinandersetzung über die Rolle des Staates auf sozialpolitischem Gebiet. In der Diskussion ergriffen *E. Klein, Zieschang, Metzner, Schäfer, Hess, Schirmeister, A. Klein und Dr. Kruss* das Wort.

Zieschang erläuterte seine Thesen „Zur Rolle der Wirtschaftspolitik bei der Monopolisierung“ und betonte, daß infolge der wachsenden Rolle des Staates die Fragen der Politik und des Herrschaftssystems zunehmende Bedeutung erlangen. Die Möglichkeiten beispielsweise der staatlichen Wirtschaftspolitik seien direkt abhängig von der Entwicklung der Klassenwidersprüche, den gegebenen Klassen- und Machtverhältnissen. **Zieschang** ging auf das Wesen der kapitalistischen Planung ein und betonte den wachsenden Konflikt zwischen den Interessen von Einzel- und Gesamtkapital. Das wirtschaftspolitische Verhalten sei oftmals nicht allein aus den ökonomischen Zusammenhängen abzuleiten. Daß z.B. die SPD/FDP-Regierung nur eine sehr geringe Aktivität hinsichtlich der inflationistischen Entwicklung entfalte, sei nur aus politischen Zusammenhängen zu begreifen. Aus dem Zusammenhang von Ökonomie und Politik ergebe sich, daß die staatliche Wirtschaftspolitik immer mehr globalen Charakter annehme. Die Durchsetzung der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik erzwinge den Aufbau entsprechender politischer Systeme sowie ideo-logischer Abwehrsysteme, insbesondere, um bei der Masse der Bevölkerung eine bestimmte Denkweise durchzusetzen. Für die siebziger und achtziger Jahre sei vorzusehen, daß immer neue bürgerliche Gesellschaftstheorien und die Auseinandersetzung mit ihnen eine wachsende Rolle spielen würden. Gleichzeitig würden neue Methoden entwickelt, um die sozialen und politischen Konflikte zu bewältigen (z.B. „Vermögensbildung“ und „Mitbestimmung“). Das, worauf es der Monopolbourgeoisie dabei ankomme, sei die materielle Bindung der Bevölkerung an das System.

Die letzte Etappe des Symposiums war der künftigen Arbeit der internationalen Arbeitsgruppe gewidmet. Als Thematik der künftigen Arbeit der internationalen Arbeitsgruppe sind folgende Themenkomplexe vorgesehen:

- Wesen des Monopols; Haupttendenzen und Formen der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, einschließlich der internationalen Konzerne,
- Finanzkapital, Finanzgruppen, Finanzoligarchie,
- Funktionsmechanismus des Monopols,
- Monopole und Staat,
- Sozialökonomische Folgen des Monopolisierungsprozesses und Veränderungen des politischen Herrschaftssystems.

Das Protokoll enthält die Formen der internationalen Zusammenarbeit, verschiedene Aspekte der Arbeitsweise der internationalen Arbeitsgruppe, die Ziele hinsichtlich der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse und andere Fragen.

Faßt man das Ergebnis des Symposiums in Bad Saarow zusammen, so kann man feststellen, daß es seiner Aufgabe gerecht wurde. Die wissenschaftliche Diskussion war fruchtbar und hat ihre vorgesehene Funktion erfüllt, die Schwerpunkte der künftigen internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Monopolisierung zu zeigen.

Anhang II

Ausgewählte Literatur zum Thema

„Neue Aspekte der marxistischen Monopoltheorie“

Nachfolgende Bibliographie ist ein Originalbeitrag der Redaktion des Marxismus-Digest für die vorliegende Ausgabe. Sie gliedert sich in zwei Abschnitte:

I. Ausgewählte Zeitschriftenaufsätze im Zeitraum von 1966 bis 2. Quartal 1971

II. Ausgewählte Sammelände, Monographien, Habilitationen und Dissertationen im Zeitraum von 1966 bis 2. Quartal 1971.

Abschnitt I ist wie folgt unterteilt:

1. Theoretische Arbeiten zur Monopoltheorie

2. Die Monopole und der heutige Kapitalismus: Darstellungen, Analysen, Teilespekte, Arbeiten empirischen Charakters

In Abschnitt I wie II sind die Titel chronologisch angeordnet. Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Quellen jeweils in der Landessprache der betreffenden Zeitschrift vor.

I. Ausgewählte Zeitschriftenaufsätze im Zeitraum von 1966 bis 2. Quartal 1971

1. Theoretische Arbeiten zur Monopoltheorie

1966

Bellamy, Ron

Monopoly Capitalism. In: Marxism Today, London 1966, Heft 11.

Marxism and Monopoly Capital: A Symposium

(Stellungnahmen zum Buch von Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, Monopoly Capital von M. Sharpe, M. Bohle, J. Gillmann, Th. Prager und O. Nathan). In: Science and Society, New York 1966, Volume XXX, Nr. 4, S. 461–496.

1967

Boccaro, Paul

Die Theorie der Überakkumulation und die öffentliche Finanzierung. In: Marxistische Blätter, Sonderheft 2, Frankfurt/Main 1967, S. 44–54.

Chmelnizkaja, J.L.

Zur Analyse der neuen Erscheinungen des Kapitalismus. In: Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 1967, Heft 10. S. 1002–1014.

Hemberger H./Maier L./Petrak H./Reinhold O./Schwank K.H.

Sechs Feststellungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD. In: Einheit, Berlin 1967, Heft 1, S. 74–89.

Hemberger, Horst

Wirtschaftswachstum und die neue Phase der staatlichen Regulierung der Wirtschaft in der Bundesrepublik. In: Marxistische Blätter, Sonderheft 1, Frankfurt/Main 1967, S. 58–63.

Heß, Peter

Monopole, Staat und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus. In: Marxistische Blätter, Sonderheft 1, Frankfurt/Main 1967, S. 17–30.

Morris, Jacob

Spurious Capital and the Rate of Profit. In: Science and Society, New York 1967, Vol. XXXI, Nr. 3, S. 302–323.

Nehls, Katja

Thesen zum Problem des relativen Kapitalüberschusses im staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Konjunktur und Krise, Berlin 1967, Heft 3, S. 169–184.

Perlo, Victor

Anwendung Marxscher Reproduktionsschemata auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Marxistische Blätter, Sonderheft 2, Frankfurt/Main 1967, S. 37–43.

Urban, L.

Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus des modernen Kapitalismus. In: Mirovaja ekonomika i mezdunarodnye otnosenija, Moskau 1967, Heft 6.

1968

Heise, K. H.

Profitbesteuerung und Regulierung der Kapitalakkumulation. In: DWI-Forschungshefte, Berlin 1968, Heft 3.

Heß, Peter

„Technostruktur“, Monopol und Freiheit – Überlegungen zu J. K. Galbraiths „Die moderne Industriegesellschaft“. In: Konjunktur und Krise, Berlin 1968, Heft 4, S. 241–257.

Katzenstein, Robert/Liebe, Siegfried

Zu einigen Entwicklungstendenzen der volkswirtschaftlichen Strukturen in Westdeutschland und anderen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern. Mit statistischer Beilage, erarbeitet von der statistisch-analytischen Rechengruppe des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. In: Konjunktur und Krise, Berlin 1968, Heft 2, S. 81–137.

1969

Autorenkollektiv

Ökonomische Entwicklungstendenzen und Klassenwidersprüche Westdeutschlands im Übergang zu den siebziger Jahren (Thesen). In: Wirtschaftswissenschaft; Berlin 1969, Heft 8, S. 1121–1132.

Chmelnizkaja, J.

Neues in der Organisationsstruktur der Monopole. In: Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 1969, Heft 8.

Goodwin, Phil

Is the Profit Motive outmoded? Some Theoretical Implications of Cost-Benefit Analysis and Capitalism. In: Marxism Today, London 1969, Heft 7

Heß, Peter

Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht. In: *Wirtschaftswissenschaften*, Berlin 1969, Heft 5, S. 736–753.

Kowalski, Reinhold

Staat – Monopole – Wirtschaftsregulierung. In: *DWI-Forschungshefte*, Berlin 1969, Heft 1.

Maier, Lutz

Lenins Imperialismus-Theorie und der gegenwärtige staatsmonopolistische Kapitalismus. In: *Einheit*, Berlin 1969, S. 1245–1257.

Zoch, Klaus

Besprechung von Robert Katzenstein „Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus.“ In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1969, Heft 5, S. 763–768.

1970

Binus, Gretchen

Monopolisierung der westdeutschen Chemieindustrie. In: *DWI-Forschungshefte*, Berlin 1970, Heft 2.

Gollan, John

Die Leninsche Analyse des Imperialismus und neue Züge in der Entwicklung der Monopole. In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag 1970 (deutsch), Heft 3, S. 337–386.

Gündel, Rudi/Nehls, Katja

Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder. In: *DWI-Forschungshefte*, Berlin 1970, Heft 1.

Heß, Peter

Die Monopolproblematik und der heutige Kapitalismus. In: *DWI-Forschungshefte*, Berlin 1970, Heft 1.

Kotov, V.

Die Monopole und der wissenschaftlich-technische Fortschritt. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otnošenija*, Moskau 1970, Heft 7.

Mileikowski, A.

Die Leninsche Theorie des Imperialismus und die neuen Erscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft. In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag 1970 (deutschsprachig), Heft 6, S. 759–768.

Pesenti, Antonio

Validità attuale de „L'imperialismo“. In: *Critica Marxista*. Sonderheft: Lenin teorico e dirigente rivoluzionario, Rom 1970.

Rapos, P.

Lenins Scientific Theory of the Imperialism and Some Problems of her Further Development. In: *Ekonomicky Casopis*, Bratislava 1970, Heft 4.

Schirmeister, Caspar

Zum Monopol als Herrschaftsverhältnis – aktuelle Aspekte der Leninschen Analyse. In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1970, Heft 4.

Siskov, Ju.

Die Anatomie des Monopolkapitalismus. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otnošenija*, Moskau 1970, Heft 8.

Tammer, Hans

Die ökonomische Konzentration im System imperialistischer Gesamtstrategie. In: *Einheit*, Berlin 1970, Heft 1, S. 77–88.

1971

Die kleinen Länder Westeuropas gegen die internationalen Monopole.

(Beiträge zur Londoner Konferenz der KPs Januar 1971 aus Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Irland). In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag 1971 (deutschsprachig), Heft 4, S. 530–546.

Le società multinazionali e la sinistra europea.

Doppelheft (2–3) der Zeitschrift *politica ed economia*, Rom 1971.

2. Die Monopole und der heutige Kapitalismus: Darstellungen, Analysen, Teilespekte, Arbeiten empirischen Charakters

1966

Binus, G.

Technische Revolution und vertikale Konzentration in der Chemie- und Textilindustrie. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1966, Heft 9.

Borries, H.

Zur Konzentration des Kapitals in Westdeutschland. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1966, Heft 10.

Iwanow, I.

Die größten Monopole der Welt. In: *Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Berlin 1966, Heft 8, S. 846–863.

Kapluck, Manfred

Zur Krise im Steinkohlenbergbau. In: *Marxistische Blätter*, Frankfurt/Main 1966, Heft 4, S. 47–52.

Kieffhorn, Franz

US-Kapital in der Bundesrepublik. In: *Marxistische Blätter*, Frankfurt/Main 1966, Heft 6, S. 19–23.

Kodinov, S.

Einige Besonderheiten und Tendenzen der Preise auf dem internationalen kapitalistischen Markt. In: *Ikonomiceskaja misul*, Moskau 1966, Heft 2.

Magistrelli, F./Ragazzino, G.
Gli investimenti americani nella RFT – Il boom americano. In: Problemi del socialismo, Rom 1966, Heft 7.

Magistrelli, F./Ragazzino, G.
Gli investimenti americani in Olanda. In: Problemi del socialismo, Rom 1966, Heft 9.

Magniadas, Jean
Sichert die Konzentration die Unabhängigkeit der französischen Wirtschaft? In: Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, Heft 3, S. 30–36.

Makljarskij, B.
Neues in der Bewegung der Industriepreise in den USA. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1966, Heft 7.

Nazarevskij, V.
Neue Tendenzen in der Organisation und Leitung der Industrie in den USA. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1966, Heft 10.

Puskin, A.
Innerbetriebliche Leitung und Planung in den großen Monopolen. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1966, Heft 7.

Ragazzino, G.
Gli investimenti americani in Italia. In: Problemi del socialismo, Rom 1966, Heft 6.

Sack S./Wawrzinek H.
Staatsmonopolistische Energiepolitik in Westdeutschland und die Notwendigkeit einer demokratischen Alternative. In: DWI-Berichte, Berlin 1966, Heft 6.

Sauerzapf, Rudolf
de rol van de monopolies en het ontstaan van het nazisme in duitsland. In: vlaams marxistisch tijdschrift, Gent 1966, Heft 3.

Sauerzapf, Rudolf
de rol van de monopolies bij de machtsgreep van het nazisme in duitsland. In: vlaams marxistisch tijdschrift, Gent 1966, Heft 4.

Scheinin, E.
Das Vordringen westdeutscher Monopole in Lateinamerika. In: Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 1966, Heft 4, S. 438–442.

Tammer, Hans
Die Profite der westdeutschen Konzerne 1965. In: DWI-Berichte 1966, Heft 12.

Vaisov, M.
Grundlegende Veränderungen in der Reproduktionsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtproduktes in England. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1966, Heft 9.

Wygodski, S.
Einige Tendenzen der kapitalistischen Reproduktion unter den gegenwärtigen Bedingungen. In: Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 1966, Heft 2, S. 133–149.

Zaikina, V.
Der bürgerliche Staat und die Kapitalakkumulation. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1966, Heft 6.

Zeh, A.
Die Konzentration in der westdeutschen feinmechanischen, optischen und Uhrenindustrie. In: DWI-Berichte, Berlin 1966, Heft 6.

1967

Claude, Henri
Charakteristische Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich. In: Einheit, Berlin 1967, Heft 12, S. 1553–1561.

Denisov, O.
Neue Tendenzen in der Organisation und Leitung der Chemiemonopole Englands (am Beispiel der ICI). In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1967, Heft 10.

Eremin, A.
Die Leitung der Monopolvereinigungen in den USA. In: Voprosy ekonomiki, Moskau 1967, Heft 7.

Jarowinsky, I.
Die Rolle der „freiwilligen Handelsketten“ im Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des westdeutschen Lebensmittelhandels. In: DWI-Berichte, Berlin 1967, Heft 4.

Kowalski, R.
Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden unter dem Druck der Monopole. In: DWI-Berichte, Berlin 1967, Heft 7.

Lettieri, A.
Lo sviluppo industriale italiano. In: Problemi del socialismo, Rom 1967, Heft 24/25.

Madsen, Freddy
Fragen der Kapitalkonzentration in Dänemark. In: Marxistische Blätter, Sonderheft 1, Frankfurt/Main S. 55–58.

Michielsen, Leo
de opmars naar het neo-kapitalisme. In: vlaams marxistisch tijdschrift, Gent 1967, Heft 1.

Pewsner, J.
Die Methodologie des „Kapitals“ und einige Fragen der Untersuchung des gegenwärtigen Kapitalismus. In: Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 1967, Heft 4, S. 375–390.

Ragazzino, G.
La riorganizzazione del capitale finanziario. In: Problemi del socialismo, Rom 1967, Heft 24/25.

Rippel, Robert
Die Verflechtung der USA-Chemie mit den westdeutschen Chemiekonzernen. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1967, Heft 12, S. 2026–2041.

Rippel, Robert
Zur konkurrenzmäßigen Stellung der westdeutschen Chemiekonzerne im Rahmen der EWG. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1967, Heft 1, S. 112–121.

Röder, K. H.
Monopole, Staat und „Gemeinwohl“ in Westdeutschland. In: DWI-Berichte, Berlin 1967, Heft 4.

Schirmeister, C.
Der Bundesverband des privaten Bankgewerbes – ein Spitzenverband der westdeutschen Finanzoligarchie. In: DWI-Berichte, Berlin 1967, Heft 7.

Schiwoff, Victor
Die Schweiz und die Internationalisierung der Konzerne. In: Marxistische Blätter, Sonderheft 1, Frankfurt/Main 1967, S. 52–55.

Tammer, H.
Die Profite der westdeutschen Konzerne 1966. In: DWI-Berichte, Berlin 1967, Heft 12.

1968
Daneo, C.
Lo schema teorico de „Il capitale monopolistico“ di Baran e Sweezy. In: Problemi del socialismo, Rom 1968, Heft 30.

DWI-Dokumentation
Zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Westdeutschland. In: DWI-Berichte, Berlin 1968, Heft 5.

Goncarov, L.
Investitionen und Profite ausländischer Gesellschaften. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otnošenija, Moskau 1968, Heft 11.

Jarowinsky, J.
Finanzkapital und Strukturwandel im westdeutschen Einzelhandel. In: DWI-Berichte, Berlin 1968, Heft 8.

Kowalski, R.
Die staatsmonopolistische Strukturpolitik in Westdeutschland. In: DWI-Berichte, Berlin 1968, Heft 4.

Le esportazioni di capitali italiani all'estero.
Redakcionsbeitrag in: bollettino CESPE, Rom 1969, Heft 18.

Leonardi, Silvio
La politica delle partecipazioni statali e l'aumento del fondo di dotazione dell' ENI. In: bollettino CESPE, Rom 1968, Heft 24.

Liebe, Siegfried
Einige Aspekte der Wandlung der westdeutschen industriellen Kapitalstruktur für das ökonomische Wachstum und ihre Realisierung. In: Konjunktur und Krise, Berlin 1968, Heft 4, S. 291–303.

Michailowa, Olga
Einige methodologische Fragen bei der Analyse der Reproduktion des fixen Kapitals (dargestellt am Beispiel der westdeutschen Industrie). In: Konjunktur und Krise, Berlin 1968, Heft 3, S. 168–177.

Mnogolet, N.
Die Preispolitik der Industriekonzerne der USA. In: Konjunktur und Krise, Berlin 1968, Heft 3, S. 197–208.

Peggio, Eugenio
Situazione, tendenze e problemi dell' economia italiana. In: bollettino CESPE, Rom 1968, Heft 23.

Peggio, Eugenio
I problemi aperti dall'operazione Montedison. In: bollettino CESPE, Rom 1968, Heft 24.

Pesenti, Antonio
Osservazioni sul capitalismo monopolistico di Stato e sulla pianificazione con riguardo alle esperienze italiane. In: bollettino CESPE, Rom 1968, Heft 15.

Ragazzino, G.
ENI-Montedison: una svolta nella riorganizzazione capitalistica. In: Problemi del socialismo, Rom 1968, Heft 37.

Ragazzino, G.
La riorganizzazione del capitale finanziario in Italia. In: Problemi del socialismo, Rom 1968, Heft 30.

Santi, P.
Lo sviluppo capitalistico in Italia: il settore degli elettrodomestici. In: Problemi del socialismo, Rom 1968, Heft 31.

Tammer, H.
Die Profite der westdeutschen Konzerne im Jahre 1967. In: DWI-Berichte, Berlin 1968, Heft 11/12.

1969

Aktuelle Probleme der kapitalistischen Reproduktion und des Wachstums.
Redaktionsbeitrag der Zeitschrift *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija*, Moskau 1969, Heft 12.

Engelhardt, K./Heise, K. H.
Westdeutsche Rüstungsmonopole in der Expansionsphase. In: DWI-Berichte, Berlin 1969, Heft 10.

Binus, G.
Neue Formen der internationalen Monopolisierung in der Chemieindustrie. In: DWI-Berichte, Berlin 1969, Heft 2.

Boccara, Paul
A propos du „capital financier“ et de quelques autres publications récentes. In: *économie et politique*, Paris 1969, Heft 180, S. 81–88.

Boccara, Paul
La crise du capitalisme monopoliste d'état et les luttes des travailleurs. In: *économie et politique*, Heft 185, S. 47–65; Heft 186/187, S. 55–74; Heft 188/–, S. 45–64.

Borisova, K.
Die Rivalität der europäischen und der amerikanischen Monopole. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija*, Moskau 1969, Heft 9, S. 107–112.

Borodajewski, A.
Kanada: Das Monopolkapital einer ehemaligen Siedlerkolonie. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija*, Moskau 1969, Heft 11, S. 21–32.

Campbell, J. R.
Amerikanische Monopole in England. In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag 1969 (deutschsprachig), Heft 1, S. 69–76.

Claude, Henri
Le mouvement de fusion en France au cours des trois dernières années. In: *économie et politique*, Paris 1969, Nr. 185, S. 67–90.

Cousin, Alexis
L'affaire Westinghouse – Schneider. In: *économie et politique*, Paris 1969, Heft 179, S. 67–75.

Dopo la nazionalizzazione dell'industria elettrica in Italia. Redaktionsbeitrag in: *bollettino CESPE*, Rom 1969, Heft 26/27.

Fournial, Georges
Les investissements des monopoles u.s. en Amérique latine et dans les pays en voie de développement. In: *Cahiers du Communisme*, Paris 1969, Heft 5, S. 102–107.

Halpap, Paul

Die Rolle des Auslandskapitals bei der Entwicklung der Industriezweigstrukturen in Entwicklungsländern – dargestellt am Beispiel Argentiniens. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin*, Berlin 1969, Heft 4, S. 611–620.

Halpap, Paul

Neue Tendenzen des Auslandskapitals im Industrialisierungsprozeß Lateinamerikas. In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1969, Heft 6, S. 883–895.

Herdegen, Johannes

Besprechung von Karl Heinz Heises „Profitbesteuerung und Regulierung der Kapitalakkumulation. Grundlagen, Funktionen und Auswirkungen der Kapitalbesteuerung, eines wichtigen Elements des staatsmonopolistischen Regulierungssystems“. In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1969, Heft 4, S. 608–611.

Horowitz, David

Corporations and the Cold War. In: *Monthly Review*, New York 1969, Nr. 5 und Nr. 6.

Gontschgrow, E./Jurygm, O.

Die elektrotechnische Industrie der kapitalistischen Länder. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija*, Moskau 1969, Heft 8, S. 128–135.

Jacob, Norbert/Lehmann, Norbert

Neue Kapitalexport-Offensive des westdeutschen Imperialismus. In: DWI-Berichte, Berlin 1969, Heft 5.

Jacob, Norbert/Lehmann, Norbert

Die neue Kapitalexport-Offensive des westdeutschen Imperialismus. In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1969, Heft 8, S. 1189–1197.

Jourdain, Henri

Lutte de classe, état et monopoles. In: *économie et politique*, Paris 1969, Nr. 180, S. 3–11.

Jourdain, Henri

L'actuel gouvernement, les intérêts capitalistes et les nationalisations. In: *économie et politique*, Paris 1969, Heft 182/183, S. 11–20.

Judanow, J.

Lenin über die Monopolgruppen der kleinen Industriestaaten und ihre heutige Position in der Weltwirtschaft. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija*, Moskau 1969, Heft 8, S. 3–15.

Kotschewrm, Ju.

Konzentration und Monopole (Methodologie der Analyse). In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija*, Moskau 1969, Heft 10, S. 34–44.

Kotov, V.

Die Industriemonopole und die Zirkulationssphären (am Beispiel der BRD). In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otnosenija*, Moskau 1969, Heft 9, S. 39–50.

- Lazard, Francette
Capitalisme monopoliste d'état, entreprise monopoliste et nationalisations. In: *économie et politique*, Paris 1969, Nr. 182, S. 109–127.
- Lumer, Hyman
Lenin on the General Crisis of Capitalism. In: *political affairs*, New York 1969, Heft 12.
- Magistrelli, F.
Capitale finanziario e Borsa in Italia. In: *Problemi del socialismo*, Rom 1969, Heft 38.
- Maurischat, Gerd
Die Bedeutung des Wachstumsproblems für den heutigen Imperialismus. In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1969, Heft 1, S. 14–33
- Muschwitz, Edith
Die Entwicklung des westdeutschen Außenhandels und seine Struktur in Verbindung mit den staatsmonopolistischen Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Außenwirtschaft. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin*, Berlin 1969, S. 595–604.
- Nazionalizzazione dei monopoli zuckerieri.
Gesetzvorschlag, eingebracht im italienischen Senat am 18. Dezember 1968 von Mitgliedern des Senats der PCI. Abgedruckt in: *bollettino CESPE*, Rom 1969, Heft 26/27.
- Neelsen, Karl
Konzentrationstendenzen und Strukturveränderungen in der Industrie Westdeutschlands in den sechziger Jahren. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin*, Sonderheft zum 20. Jahrestag der DDR, Berlin 1969, S. 319–326.
- Noskowa, I.
Die Dollarinvasion in Westeuropa. In: *Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Berlin 1969, Heft 6.
- Owinnikow, R.
Transnationale Monopole heute und morgen. In: *Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Berlin 1969, Heft 11.
- Peggio, Eugenio
Tendenze dell'economia italiana e problemi di politica economica. In: *bollettino CESPE*, Rom 1969, Heft 29.
- Peggio, Eugenio
Tendenze dell'economia italiana nel 1968. In: *bollettino CESPE*, Rom 1969, Heft 26/27.
- Perlo, Victor
Imperialism without Feet of Clay (Rezension des Buches von Harry Magdoff: The age of imperialism, New York 1969). In: *political affairs*, New York 1969, Heft 12.
- Pesenti, Antonio
Impresa pubblica e sviluppo. In: *Critica Marxista*, Rom 1969, Heft 1, S. 72–90.

- Pokorwski, A.
Das Monopolkapital Frankreichs: Vergangenheit und Gegenwart. In: *Mirovaja ekonomika i međunarodnye otnošenija*, Moskau 1969, Heft 2, S. 50–60.
- Pokorwski, A.
Die Entwicklung des Monopolkapitals in Italien. In: *Mirovaja ekonomika i međunarodnye otnošenija*, Moskau 1969, Heft 3, S. 31–43.
- Popow, E.
Neue Wege der industriellen Konzentration. In: *Mirovaja ekonomika i međunarodnye otnošenija*, Moskau 1969, Heft 7, S. 15–25.
- Schenajew, W.
Die Leninsche Imperialismustheorie und der heutige Imperialismus in Westdeutschland. In: *Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Berlin 1969, Heft 4, S. 385–401.
- Schirmeister, C.
Zur Rolle der Unternehmerverbände bei der Formierung der politischen Herrschaft des Finanzkapitals in Westdeutschland. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1969, Heft 12.
- Selichov, E.
Filialen amerikanischer Monopole in England. In: *Mirovaja ekonomika i međunarodnye otnošenija*, Moskau 1969, Heft 2.
- Semjanowski, A.
Die Wissenschaft in den kapitalistischen Ländern als neue spezifische Sphäre der Kapitalanlage. In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin 1969, Heft 8, S. 1198–1203.
- Spesso, Ruggero
Caratteri e modificazioni del capitalismo monopolistico di stato. In: *Critica Marxista*, Rom 1969, Heft 1, S. 57–71.
- Steger, Roland
Analyse der vom staatsmonopolistischen Kapitalismus ausgehenden Einrichtungen auf die Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin*, Berlin 1969, Heft 2, S. 191–202.
- Sweezy, Paul M./Magdoff, Harry
Notes on the Multinational Corporation (part I and part II). In: *Monthly Review*, New York 1969, Heft 5 und Heft 6.
- Tammer, H.
Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Westdeutschland im Jahre 1968. In: *DWI-Berichte*, 1969, Heft 6.
- Tammer, H./Hahn, W.
Eine neue Etappe monopolistischer Machtkonzentration in Westdeutschland. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1969, Heft 2.

Zahn, Lola
Zur Globalstrategie und inneren Struktur von Monopolunternehmen internationaler Klasse. In: Wirtschaftswissenschaften, Berlin 1969, Heft 11.

1970

Aleksejew, Ja.

Die Verwaltungsstruktur der großen Industriefirmen in den USA. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1970, Heft 12, S. 35–45.

Belous, T.

Der bürgerliche Staat und die internationalen Monopole. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1970, Heft 8, S. 16–26.

Breuer, Wilhelm B.

Vermögens- und Reichtumskonzentration in der Bundesrepublik. In: Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970, S. 6–14.

Bugrow, E.

Der militärisch-industrielle Komplex in den USA. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1970, Heft 3, S. 29–40.

Bunegin, I.

Brasilien: Die Herausbildung nationaler Monopole. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1970, Heft 1, S. 112–116.

Bunkina, M.

Neue Etappe der imperialistischen Rivalität. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1970, Heft 9.

Casanova, Antoine

Les intellectuels et les monopoles. In: La Nouvelle Critique, Paris 1970, Nr. 37, S. 2–4.

Claude, Henri

Les monopoles français dans le processus de concentration mondial. In: économie et politique, Paris 1970, Nr. 186, S. 29–53.

Colajanni, Napoleone

L'industria alimentare in Italia. In: Critica Marxista, Rom 1970, Heft 1/2, S. 75–90.

Cordova, A.

Neoimperialismo e integrazione economica. In: Problemi del socialismo, Rom 1970, Heft 46/47.

Cousin, Alexis/Sègre, Henri

„Politique industrielle“ ou imperatif des monopoles. In: économie et politique, Paris 1970, Nr. 190, S. 61–95.

Cozzi, Giuseppina

L'integrazione europea. In: politica ed economia, Rom 1970, Heft 3.

Delitz, P.

Konzentration der imperialistischen Bewußtseinsindustrie. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 7.

Dima, Martin

The State-business relationship in the so-called post-industrial society. In: probleme economice, Bukarest 1970, Heft 1.

Dobb, Maurice

Lenin and Imperialism. In: Marxism Today, London 1970, Heft 4.

Dufour/Grevet/Nolleau

Les formes actuelles de l'exploitation des travailleurs sous le capitalisme monopoliste d'état. Sonderheft der Zeitschrift ,economie et politique (Nr. 194), Paris 1970.

Engelhardt, K./Heise, K. H.

Thesen zum imperialistischen Militär-Industrie-Komplex. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 4.

Feltschokow, J./Scheidina, J.

Eine Gesellschaft neuen Typs: Litton Industries Incorp. In: USA. Ekonomika, Politika, Ideologia, Moskau 1970, Heft 9, S. 68–81.

Frumkin, A. B.

Die Apologeten der außenwirtschaftlichen Expansion der Monopole, In: USA. Ekonomika, Politika, Ideologia, Moskau 1970, Heft 11, S. 41–51.

Finanzkapital.

Beitrag der Redaktion der Zeitschrift Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otноšenija, Moskau 1970, Heft 4, S. 152–156.

Grochulski, Andrezy

NORDEK – New Stage in the Integration of the Scandinavian Countries. In: Sprawy Miedzynarodowe, Warschau 1970, Heft 3.

Hahn, W./Tammer, H.

Kapitalkonzentration in Westdeutschland an der Wende zum neuen Jahrzehnt. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 8.

Hanke, H.

Stiftungen im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 12.

Hofer, Ernst

Die marxistisch-leninistische Theorie von der Konzentration des Kapitals. In: Weg und Ziel, Wien 1970, Heft 4, S. 27–32.

Herzog, Philippe

Méthodes et idéologies de la planification monopoliste. In: *économie et politique*, Paris 1970, Nr. 190, S. 97–131 (Erster Teil).

Herzog, Philippe

Techniques de la planification monopoliste, principes et limites. In: *économie et politique*, Paris 1970, Nr. 190, S. 97–131 (Zweiter Teil).

Hempel, Swetla

Zur Kapitalverflechtung in Form von Direktinvestitionen zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1970, Heft 12, S. 10–14.

Jacob, N.

DWI Konzernbiographien: IBM. Porträt eines amerikanischen Elektronik-Globalkonzerns. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1970, Heft 5.

Jacob, N.

IBM-Deutschland – eine Kommandozentrale des amerikanischen Imperialismus in Westdeutschland. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1970, Heft 6.

Jourlain, Andre

Capitaux étrangers et industrie française. In: *économie et politique*, Paris 1970, Nr. 186/187, S. 104–114.

Joye, Pierre

L'Europe des trusts ou l'Europe des travailleurs? In: *Cahiers marxistes*, Brüssel, Heft 8.

Kapelinskij, Jurij

Die internationale Kapitalverflechtung. In: *Mirovaja ekonomika i međunarodnyje otnošenija*, Moskau 1970, Heft 3, S. 17–28.

Kirsanow, A. W.

Versicherungswesen im Sog der Monopole. In: *USA. Ekonomika, Politika, Ideologia*, Moskau 1970, Heft 3, S. 81–88.

Kotow, W.

Die Monopole und der wissenschaftlich-technische Fortschritt (dargestellt am Beispiel der BRD). In: *Mirovaja ekonomika i međunarodnyje otnošenija*, Moskau 1970, Heft 7, S. 59–68.

Lutacik, M./Turnovec, F.

Economic Equilibrium under Conditions of a Monopolistic Competition. In: *Ekonomicky Casopis*, Bratislava 1970, Heft 2.

Luptacik, M.

Economic Equilibrium in the Conditions of the Monopolistic Competition. II. In: *Ekonomicky Casopis*, Bratislava 1970, Heft 4.

Magdoff, Harry

Is Imperialism really necessary? (part I and part II). In: *Monthly review*, New York 1970, Heft 5 und Heft 6.

Manukjan, A.

Kapitalexport und internationale Monopole. (Teil I). In: *Mirovaja ekonomika i međunarodnyje otnošenija*, Moskau 1969, Heft 12, S. 14–26.

Manukjan, A.

Kapitalexport und internationale Monopole (Teil II). In: *Mirovaja ekonomika i međunarodnyje otnošenija*, Moskau 1970, Heft 2, S. 29–42.

Maskurnikow, V. I./Fedorovich, V. A.

Wissenschaft, Staat, Monopole. In: *USA. Ekonomika, Politika, Ideologia*, Moskau 1970, Heft 5, S. 68–81.

Muschwitz, Edith

Westdeutschlands Großkonzerne kämpfen für einen höheren Marktanteil. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin*, Berlin 1970, Heft 2, S. 145–158.

Nagels, Jacky

Indrukken over het congres te tilburg „capitalism in the seventies“. In: *vlaams marxistisch tijdschrift*, Gent 1970, Heft 4.

Nuti, Domenico Mario

Economia volgare e distribuzione del reddito. In: *Critica Marxista*, Rom 1970, Heft 5, S. 105–111.

Norac, Jean Pierre

La mainmise des monopoles sur le transport routier. In: *économie et politique*, Paris 1970, Nr. 193, S. 71–88.

Occionero, Luigi

Rezension des Buches von Pasquale Saraceno „L'economia dei paesi industrializzati“. In: *politica ed economia*, Rom 1970, Heft 3.

O'Connor, James

International Corporations and economic Underdevelopment. In: *Science and Society*, New York 1970, Vol. XXXIV, Nr. 1. S. 42–60.

Perczynski, Maciej

On New Phenomena in the Development of Contemporary Capitalism. In: *Sprawy Miedzynarodowe*, Warschau 1970, Heft 5.

Perlo, Victor

U.S. Imperialism Today. In: *political affairs*, New York 1970, Heft 6.

Perlo, V.

Die Offensive der Monopole. In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag 1970 (deutsch-sprachig), Heft 1, S. 68–77.

Perroux, F.

Le theoreme Heckscher – Ohlin – Samuelson et la théorie du commerce international. In: *Acta oeconomica academiae scientiarum hungaricae*, Budapest 1970 (in französisch), Werk 5, Heft 4.

Pesenti, Antonio

Besprechung des von Claudio Napoleoni herausgegebenen Buches „La teoria dello sviluppo capitalistico – Sweezy, Pareto, Meek“. In: *politica ed economia*, Rom 1970, Heft 3.

Pewsner, Ja.

Lenin und der staatsmonopolistische Kapitalismus. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otnošenija*, Moskau 1970, Heft 4, S. 45–54.

„Politique industrielle“ ou imperatif des monopoles.

Redaktioneller Beitrag zu einem Aufsatz von Alexis Cousin und Henri Segre. In: *économie et politique*, Paris 1970, Nr. 190.

Ragozzino, G.

Montedison: chimica e dintorni. In: *Problemi del socialismo*, Rom 1970, Heft 49.

Ragozzino, G.

Pirelli-Dunlop: concentrazioni economiche e classe operaia. In: *Problemi del socialismo*, Rom 1970, Heft 44.

Rechtsziegler, E.

Die Konzentrationswelle in der westdeutschen Ernährungsindustrie. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1970, Heft 5.

Rische, Fritz

Ergebnisse und Ziele des westdeutschen Kapitalexport-Offensive. In: *Marxistische Blätter*, Frankfurt/Main 1970, S. 54–61.

Rische, Fritz

Preispolitik der Monopole. In: *Marxistische Blätter*, Frankfurt/Main 1970, S. 71–77.

Salvati, M.

Il modello econometrico della Banca d'Italia. In: *Problemi del socialismo*, Rom 1970, Heft 45.

Saweljew, N.

Das nationale Monopolkapital in den Entwicklungsländern. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otnošenija*, Moskau 1970, Heft 2, S. 17–28.

Speer, G.

Staatsmonopolistische Regulierung der Forschung in Westdeutschland. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1970, Heft 11

1971

Autorenkollektiv

DWI-Konzernbiographien: AEG-Telefunken. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1971, Heft 2.

Bellamy, Ron

The Effects of Imperialism upon Britain. In: *Marxism Today*, London 1971, Heft 5.

Belous, T.

Der bürgerliche Staat und die internationalen Monopole. In: *Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Berlin 1971, Heft 2.

Boccara, Paul/Casanova, Antoine

De la théorie du capitalisme monopoliste d'Etat à l'explication de sa crise. In: *La Nouvelle Critique*, Paris 1971, Heft 44.

Der Imperialismus von heute.

Eine ökonomisch-statistische Übersicht. Beilage zu Heft 4 der Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag 1971 (deutschsprachig).

Fedorowskaja, E.

Der Kampf der Monopole um die Absatzmärkte. In: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnyje otnošenija*, Moskau 1971, Heft 3, S. 30–43.

Filipliak, Teodor

Within the Circle of Neo-Capitalist Doctrines. In: *Sprawy Miedzynarodowe*, Warschau 1971, Heft 2.

Gallinge, J.

Regionale Strukturpolitik und Profitinteressen der Monopole. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1971, Heft 4.

Hahn, Wolfgang

Neue monopolistische Gruppierungen in der westdeutschen Elektroindustrie. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1971, Heft 1, S. 14–17.

Herzog, Philippe

Nouveaux développements de l'internationalisation du capital. In: *économie et politique*, Paris 1971, Nr. 198, S. 125–158.

Jarowinsky, Ilse

Monopolisierung im Einzelhandel der BRD. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1971, Heft 2, S. 12–16.

Klein, Eberhard

Monopolisierungsfunktion des Konzernrechts in der BRD. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1971, Heft 2, S. 27–33.

Kleinsorge, J.

Herrschafsfunktion der staatsmonopolistischen Agrarpolitik. In: *DWI-Berichte*, Berlin 1971, Heft 2.

- Komsin, B.
Die interimperialistische Rivalität in der Wissenschaft und der Technik. In: Mirovaja ekonomika i međunarodnye otношения, Moskau 1971, Heft 3, S. 44–55.
- Lytko, Michael
Premises Concerning Export of Private Capital from the United States to EEC. In: Sprawy Miedzynarodowe, Warschau 1971, Heft 3.
- Lutzkaya, E.
Konglomerate als neuer Typ monopolistischer Verschmelzung. In: Mirovaja ekonomika i međunarodnye otношения, Moskau 1971, Heft 6.
- Monsel, Rene
Pouvoir monopoliste et finances des collectivités locales. In: économie et politique, Paris 1971, Nr. 198, S. 3–17.
- Pesenti, Antonio/Casarosa, Carlos
Samuelson e l'analisi economica. In: Critica Marxista, Rom 1971, Heft 1, S. 222–232.
- Schischkow, Jurij
Neue Äußerungen des Hauptgegensatzes des Kapitalismus. In: Mirovaja ekonomika i međunarodnye otношения, Moskau 1971, Heft 5.
- Sègre, Henri
„Politique industrielle“ ou impératifs des monopoles. In: économie et politique, Paris 1971, Heft 200.
- Sergejew, J. A./Strugartska, N. J.
Wissenschaftlich-technische Entwicklung, Monopole und Patentsystem. In: USA. Ekonomika, Politika, Ideologia, Moskau 1971, Heft 4, S. 109–118.
- Sibl, D.
Some of the Principal Problems of Industrial Policy under Conditions of West European Integration. In: Ekonomicky Casopis, Bratislava 1971, Heft 4.
- Stojanovic, Ivan
European Economy, its integration and world trade. In: socijalizam, Belgrad 1971, Heft 1.
- Zschoke, H.
Die Profite der westdeutschen Konzerne im Jahre 1969. In: DWI-Berichte, Berlin 1971, Heft 1.
- Sutulin, A. M.
Verschwindet das Finanzkapital? In: USA. Ekonomika, Politika, Ideologia, Moskau 1970, Heft 5, S. 68–81.
- Tammer, H.
Die Profite der westdeutschen Konzerne im Jahre 1968. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 1.
- Tomala, Mieczslaw
Export of Capital from the FRG. In: Sprawy Miedzynarodowe, Warschau 1970, Heft 1.

- Thibaut, Jean
La coordination de l'énergie en France. In: économie et politique, Nr. 196/197, S. 47–69.
- Vajda, I.
New Trends in World economy and World Trade. In: Acta oeconomica academiae scientiarum hungaricae, Budapest 1970 (in englisch), Werk 5, Heft 1/2.
- Van Dyck, Daniel
Krisisverschijnselen in de u.s.a. In: vlaams marxistisch tijdschrift, Gent 1970, Heft 4.
- Warnke, B.
DWI-Konzernbiographien: Allianz und Münchener Rückversicherung. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 12.
- Warren, Bill
Capitalist Planning and International Contradictions. In: Marxism Today, London 1970, Heft 7, S. 211–220.
- Winkler, F. K./Klein, E.
Die Monopolisierungsfunktion des westdeutschen Kartellrechts. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 7.
- Winter, L.
Westdeutsche Verkehrspolitik im Dienste der Monopole. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 4.
- Zschoke, H.
DWI-Konzernbiographien: Siemens-Konzern, Elektroimperium in Expansion. In: DWI-Berichte, Berlin 1970, Heft 7.
- Autorenkollektiv
Die kleinen Länder Westeuropas gegen die internationalen Monopole. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag/Berlin 1971 (in deutsch), Heft 4.
- II. Ausgewählte Sammelbände, Monographien, Habilitationen und Dissertationen im Zeitraum von 1966 bis 2. Quartal 1971**
- 1966**
Baudis/Garcia/Kuczynski/Pinera
Aus den Geheimarchiven amerikanischer Monopole in Kuba: Die Planung bei Standard Oil (1957 bis 1960). In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966, Teil III. Berlin 1966.
- Istituto Gramsci
Tendenze nel capitalismo europeo. Materiali einer wissenschaftlichen Konferenz, veranstaltet vom Istituto Gramsci im Juli 1965 in Rom. Rom 1966, editori riuniti.

Le capitalisme monopoliste d'état.

Protokoll einer internationalen Konferenz über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, veranstaltet von der Zeitschrift *économie et politique*. 2 Bände, Paris 1966. Verlag *économie et politique*.

Schleich, Lothar

Der Lieferantenkredit der westdeutschen Monopole im Außenhandel mit den ökonomisch noch schwachentwickelten Ländern als staatsmonopolistisches Instrument zur Durchsetzung neokolonialer Ziele. Dissertation, vorgelegt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1966.

Schröter, A.

Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1966, Teil IV. Berlin 1966.

Wagner, H.

Neue Fragestellungen in der politischen Ökonomie des Imperialismus und ihre Beziehungen zur wirtschaftshistorischen Forschung. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1966, Teil IV. Berlin 1966.

Zoch, Klaus

Internationale Monopole in der EWG unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Arbeitsteilung. Habilitation, vorgelegt an der Humboldtuniversität zu Berlin 1966.

1967

Baran Paul A./Sweezy, Paul M.

Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Frankfurt/Main 1967, Suhrkamp Verlag.

Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus.

Ideologische und praktische Bedeutung der westdeutschen Wirtschaftstheorie. Herausgegeben von Herbert Meißner. Berlin 1967, Dietz Verlag.

Handke/Mohrmann

Public Relations eines US-Monopols in Lateinamerika. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Teil III, 1967. Berlin 1967.

Imperialismus heute.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland. Berlin 1967, 3. Auflage, Dietz Verlag

Kuczynski, Jürgen

Aus der Frühgeschichte der deutschen Monopole. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Teil III 1967. Berlin 1967.

Usoskin, V.

Das monopolistische Bankkapital der USA: Wirklichkeit und Mythos. Moskau 1967, Verlag Msyl (in Russisch).

Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Autorenkollektiv, Berlin 1967, Akademie-Verlag

1968

Autorenkollektiv

Politische Ökonomie – Kapitalismus. Moskau 1968. Verlag Msyl (in russisch).

Mandel, Ernest

Marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt/Main 1968, Suhrkamp Verlag.

Mueller-Buelow, Klaus

Zu Veränderungen in der Struktur der Industrie unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen System Westdeutschlands. Berlin 1968, Habilitation, vorgelegt an der Hochschule für Ökonomie zu Berlin.

1969

Altvater, Elmar

Die Weltwährungskrise. Frankfurt/Main 1969, Europäische Verlagsanstalt.

Binus, Gretchen

Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf den Konzentrationsprozeß in der Chemieindustrie Westdeutschlands unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dissertation 1969, vorgelegt an der Humboldtuniversität zu Berlin.

Bönisch, Alfred

Wirtschaftsplanung im Kapitalismus. Habilitation 1969, vorgelegt an der Hochschule für Ökonomie zu Berlin.

Claude, Henri

Histoire réalité et destin d'un monopole. La Banque de Paris et des Pays-Bas (1872–1968), Paris 1969, editions sociales.

Die Monopole Japans, Bd. 1–4.

Zusammengestellt von der wissenschaftlichen Forschungsgesellschaft zum Studium der Monopole, Tokio 1969–1970 (in japanisch)

Gillman, Joseph M.

Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Frankfurt/Main 1969, Europäische Verlagsanstalt.

Groß, Wilhelm

Einige Aspekte des gegenwärtigen Kapitalismus in Österreich und in dessen Beziehungen zum westdeutschen Monopolkapital. Dissertation 1969 vorgelegt an der Humboldtuniversität zu Berlin.

Hahn, Wolfgang

Die Kapitalanlagen der USA-Monopole in der westdeutschen Wirtschaft. Dissertation 1969, vorgelegt an der Humboldtuniversität zu Berlin.

Knipping, F.
Monopole und Massenmedien. Berlin 1969, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften.

Kulikov, A. G.
Generalstäbe der Monopole. Die Unternehmerverbände im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Moskau 1969, Verlag Mysl (in russisch).

Liebe, Siegfried
Wandlungen der industriellen Produktions- und Kapitalstruktur in Westdeutschland unter besonder Berücksichtigung wachstumsfördernder Faktoren. Dissertation 1969, vorgelegt an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Michielsen, Leo
Neokapitalisme. De evolutie van liberal kapitalisme tot staatsmonopoliekapitalisme. Verlag Jean Jacquemotte, Brüssel 1969.

Monopolkapital
Thesen zum Buch von Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, Frankfurt/Main 1969, Europäische Verlagsanstalt.

Muschwitz, Edith
Zu wesentlichen Veränderungen der Warenexportstruktur des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Dissertation 1969, vorgelegt an der Hochschule für Ökonomie zu Berlin.

Schippel, Günther
Über den Konzentrationsprozeß von Produktion und Kapital in Schweden. Dissertation 1969, vorgelegt an der Humboldtuniversität zu Berlin.

Wygodski, S. L.
Moderner Kapitalismus. Versuch einer theoretischen Analyse. Moskau, Verlag Mysl, 1969 (in russisch).

1970
Claude, Henri
Histoire d'un monopole. Paris 1970, editions sociales.

Delilez, Jean-Pierre
Les monopoles. Paris 1970, editions sociales.

Inosemzew N. N./Menschikow, S. M./Mileikowski, A. G./Rumjanzew, A. M.
Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. 2 Bände, Moskau, Verlag Mysl, 1970 (in russisch).

Heiniger, Horst/Heß, Peter
Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik. Akademieverlag, Berlin 1970. Lizenzausgabe für die BRD: Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970.

Kapitalismus und Krise
Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Frankfurt/Main 1970, Europäische Verlagsanstalt.

Lenins Theorie vom Imperialismus und der gegenwärtige Kapitalismus.
Herausgegeben von einem Autorenkollektiv des Wirtschaftsinstituts der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia 1970, Verlag der BKP.

Antonio Pesenti
Manuale di economia politica.
2 Bände. Band I: Principi generali, economia monetaria. Band II: L'odierno capitalismo monopolistico o imperialismo. Rom 1970, editori riuniti.

Spätkapitalismus ohne Perspektive. Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der sechziger Jahre. Akademieverlag, Berlin 1969. Lizenzausgabe für die BRD: Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970.

Tammer, Hans
Imperialismus im Fieber der Machtkonzentration. Staatsverlag der DDR, Berlin 1970.

1971
Istituto Gramsci – CESPE
Il capitalismo italiano negli anni '70 e l'economia internazionale.
2 Bände. Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz, veranstaltet vom Istituto Gramsci und dem CESPE in Rom, Februar 1970. Rom 1971, editori riuniti.

Le capitalisme monopoliste d'état.
2 Bände, herausgegeben von einem Autorenkollektiv der Zeitschrift 'économie et politique' und von Mitarbeitern der Sektion Ökonomie des ZK der PCF.
Paris 1971, editions sociales.

Kapitalismus in den siebziger Jahren
Referate und Kontroversen vom Kongreß in Tilburg im September 1970. Frankfurt/Main 1971, Europäische Verlagsanstalt.

Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften.
Auseinandersetzung mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Anschauungen. Beiträge einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen am 17./18. April 1971 in Frankfurt/Main, herausgegeben vom IMSF. Frankfurt/Main 1971, Verlag Marxistische Blätter.

Der Imperialismus der BRD.
Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.
Wissenschaftliche Redaktion: Martin Anders, Alfred Lemnitz, Lutz Maier, Werner Paff, Heinz Petrik, Otto Reinhold, Karl Heinz Schwank, Max Schmidt. Berlin 1971, Dietz-Verlag. Lizenzausgabe für die BRD: Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main.

Hinweise der Redaktion

Heft 4 des 2. Jahrgangs des Marxismus-Digest erscheint im Oktober 1971 zum Thema
Entwicklung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in der Dritten Welt

Das Heft enthält u.a. folgende Beiträge:

- Geht in Peru eine Revolution vor sich?
- Die nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika und die Rolle der Kommunisten
- Nationale Befreiungsbewegung und Revolution in Asien und Afrika
- Entwicklungsländer 1969 bis Anfang 1970 (dazu 20 Seiten statistische Angaben und Tabellen)
- Die Leninsche Lehre von der Möglichkeit des Übergangs der Entwicklungsländer zum Sozialismus und die bürgerlichen ‚Kritiker‘
- Le Duan (Hanoi): Probleme der Revolution in Indochina
- Bibliographie zum Thema, Dokumentation

Für den 3. Jahrgang des Marxismus-Digest 1972 sind folgende Themen in die engere Wahl gezogen worden:

Probleme der Erkenntnistheorie

Soziologie – Theorie und Methode

Probleme der spätkapitalistischen Ökonomie und antimonopolistische Strukturpolitik

Krisentheorie – Wachstumstheorie – Inflation

Strategie und Taktik des antiimperialistischen Kampfes in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Demokratisierung – Mitbestimmung – Kontrolle

Die endgültigen Themen werden in Heft 4/1971 veröffentlicht.

Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Themenkreis Betrieb 3

Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb

Adolf Brock
 Wolfgang Hindrichs
 Reinhard Hoffmann
 Oskar Negt
 Willi Pöhler
 Olaf Sund
 Reinhard Welteke

Europäische Verlagsanstalt

Europäische Verlagsanstalt

Industriearbeit und Herrschaft

Herausgegeben von Adolf Brock,
 Olaf Sund, Reinhard Welteke
 Wolfgang Hindrichs, Reinhard Hoffmann,
 Oskar Negt, Willi Pöhler,
 123 Seiten, kartoniert DM 5,—
 ISBN 3 434 10034 2

Themenkreis Betrieb 1
 Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Der Konflikt um Lohn und Leistung

131 Seiten, kartoniert DM 5,—
 ISBN 3 434 10035 0
 Themenkreis Betrieb 2
 Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb

148 Seiten, kartoniert DM 5,—
 ISBN 3 434 10036 9

Themenkreis Betrieb 3
 Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt

162 Seiten, kartoniert DM 5,—
 ISBN 3 434 10037 7
 Themenkreis Betrieb 4
 Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Themenkreis Betrieb

Bände 1-4, zus. 564 Seiten, kartoniert DM 20,—
 ISBN 3 434 10033 4
 Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Die vier Hefte zum Themenkreis Betrieb sind Bestandteil eines Versuches, diesen Themenkreis für die Arbeitserbildung neu zu erschließen. Den Anstoß dazu gab die Arbeit von Oskar Negt „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeitserbildung“, Europäische Verlagsanstalt (1968). Ausgangspunkt sind Konflikte, in die Arbeiter und Angestellte geraten aufgrund von Anpassungsschwierigkeiten bei technologischen Neuerungen, veränderten Formen der Zusammenarbeit, Lohnauseinandersetzungen oder Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten, Betriebsräten oder Arbeitskollegen. Im Sinne eines neu verstandenen exemplarischen Lernens sollen diese Konflikte in ihren soziologischen Zusammenhängen als Ausdruck der strukturellen Widersprüche unserer Gesellschaft interpretiert werden.



Europäische Verlagsanstalt

6 Frankfurt 70
 Metzlerstraße 25

Kritische Sachbücher

Neuerscheinungen

Das Bewußtsein der Arbeiter

Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins

von Frank Deppe

Kleine Bibliothek Band 12, 358 Seiten, DM 12,80

In der BRD haben vor allem die verschärften Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre, das wachsende Selbstbewußtsein der Arbeiter, das sich in den Streikaktionen vom September 1969 und 1970 dokumentierte, dazu beigetragen, das Thema des Arbeiter- und Klassenbewußtseins wieder in den Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Diskussionen zu rücken. Die Studien des Marburger Soziologen Frank Deppe bieten eine kritische Übersicht über die bisher erschienene Literatur und setzen sich mit den Hauptströmungen der bürgerlichen Soziologie auseinander. Breiten Raum nimmt die Frage ein, wie theoretische Kategorien der Klassenanalyse in die empirische Forschung umzusetzen sind. Historische Untersuchungen der Gewerkschaftspolitik verdeutlichen den praktischen Bezug dieser Studien.

Der Band enthält im Anhang einen Erfahrungsbericht von Helga Deppe-Wolfinger über die politische Bildungsarbeit in der Gewerkschaftsjugend.

BRD—DDR

Vergleich der Gesellschaftssysteme

Mit Beiträgen von Anne Hartmann — Stefan Schardt — Gerhard Weiß — Jürgen Harrer — Heinz Jung — Frank Deppe — Eberhard Dähne — Margarete Tjaden-Steinhauer — Karl Hermann Tjaden — Georg Füllerth — Helge Knüppel — Reinhard Kühnl — Peter Römer — Herbert Lederer — Hans-Jochen Michels — Helga Deppe-Wolfinger — Jutta v. Freyberg — Hans-Ullrich Deppe — Erich Wulff — André Leisewitz — Rainer Rilling — Dieter Kramer — Paul Schäfer — Helga Schuler — Michael Schuler — Kurt Steinhaus

Kleine Bibliothek Band 13, 442 Seiten, DM 12,80

Arbeitsprinzip der hier versammelten Beiträge junger Marburger Politologen, Soziologen und Ökonomen ist es, die gesellschaftlichen Strukturen in beiden deutschen Staaten historisch zu entwickeln und aus ihren materiellen Grundlagen zu begreifen. Sie behandeln zunächst die Wirtschafts- und Sozialverfassungen und die ihnen entsprechenden betrieblichen Strukturen der materiellen Produktion, dann die politischen Organisationsformen dieser Produktionsverhältnisse und die rechtlichen, kulturellen, überhaupt ideologischen Beziehungen, die die Verhältnisse der gesellschaftlichen Basis vermitteln. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die — höchst unterschiedliche — gesellschaftliche Problematik der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den beiden Systemen.

Pahl-Rugenstein

kürbiskern

Literatur, Kritik, Klassenkampf

Herausgeber: W. Fritzsche, F. Hitzer, O. Neumann, C. Schuhler, H. Stütz

1/71 Frauenemanzipation

vergriffen

2/71 Junge Generation — alte Ordnung

erschienen im März

u.a.

Ernst Paul: Jugend im Betrieb

Gabbo Mateen: die übung vom guten tod

Christa und Gerd Peter: Opium für die Jugend

Fred Schmid: Sozialdemokratische Reformstrategie

Dresdner Protokolle: 3. DDR-Hochschulreform

3/71 Fernsehen

erschienen im Juni

u.a.

H. Holzer/C. Schuhler: Presse, Funk, Fernsehen in der BRD

Erika Runge und andere: Erfahrungen im Fernsehen

Hans Werner Henze: Gespräch mit der Münchner Songgruppe

Christian Geissler: Wer das aus dir gemacht hat, Max, der zahlt!

George Jackson: Brief auf dem Soledad-Gefängnis

4/71 Ein Jahr vor den Spielen: Olympia für wen?

erscheint im September

Einzelheft „kürbiskern“ 4.80 DM. Jahresabonnement: 16.— DM.

„kürbiskern“-Reihe (Paperback 9.80 DM)

Jirík Hajek:

Demokratisierung oder Demontage?

Ein Prager Handbuch

Erste umfassende Analyse der tschechoslowakischen Krise aus der Sicht eines tschechischen Marxisten

Agnes Hüfner, Gerd Peter, Peter Schütt:

Aktion Roter Punkt

Jetzt wieder besonders aktuell im Kampf gegen Tariferhöhung.

Das Modell des Verkehrsstreiks in Hannover, dargestellt in Analysen, Interviews, Dokumenten

Zum 80. Geburtstag des Dichters im Mai 1971

Johannes R. Becher:

Gedichte 1911–1958

Zum ersten Mal legen wir damit in der Bundesrepublik eine repräsentative Auswahl vor. Sie ist bestimmt von dem Bedürfnis, der demokratischen und sozialistischen Bewegung einen Mitkämpfer zu entdecken, den die politische und kulturelle Reaktion wie kaum einen anderen totschweigt und verfälscht.

Bestellung über Buchhandel oder Verlag kürbiskern.

8 München 13, Hohenzollernstr. 144, Telefon 0811/30 37 83

Beiträge
des IMSF

Mitbestimmung als Kampfaufgabe

Grundlagen — Möglichkeiten — Zielrichtungen

Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik

Herausgegeben vom IMSF, Frankfurt/Main
Redaktion: Dr. von Heiseler, Dr. Jung,
Prof. Schleifstein, Dr. Steinhaus

348 Seiten, glanzkartonierte Ausgabe, DM 17,80
(erschienen im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln)

Kernstück der Studie ist eine soziologische Untersuchung in jeweils einem Konzerngroßbetrieb der Chemie-, der Automobil- und Stahlindustrie. Weitere Abschnitte behandeln u.a.

- Ideologische Strömungen zur Mitbestimmungsfrage im DGB
- Die Stellung der Unternehmer und der Parteien zur Mitbestimmung
- Grundlagen und Inhalt einer marxistischen Mitbestimmungskonzeption

In einem zusammenfassenden Abschnitt wird die Frage untersucht, welche Strategien die Arbeiterbewegung in der Mitbestimmungsfrage heute einschlagen kann. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß Mitbestimmung in ihrem Inhalt Erweiterung demokratischer Rechte der Arbeiter und Angestellten, ihrer Organisationen und Kontrolle des Großkapitals bedeuten muß, wenn echte Machtverschiebungen eingeleitet werden sollen.

Die Septemberstreiks 1969

Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen

Herausgegeben vom IMSF, Frankfurt/Main
Redaktion: Dr. Jung, Prof. Schleifstein,
Dr. Steinhaus

408 Seiten, glanzkartonierte Ausgabe, DM 11,80
(erschienen als Lizenzausgabe im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln)

Die Streiks vom September 1969 waren ein herausragendes soziales Ereignis. Mit der vorliegenden Studie über Ursachen, Verlauf und Zusammenhänge der Septemberstreiks leistet das IMSF einen aktuellen Beitrag zur theoretischen Durchdringung der sozialen Widersprüche und Konfliktfelder im gesellschaftlichen System der Bundesrepublik. Darüber hinaus greift die Studie in die Auseinandersetzungen um Aufgaben und Position der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen System ein, die sich im Verlauf und in der Folge der Streiks zusätzlichen.

„Dieser erfreulich übersichtlich geordnete Band hat einen Vorteil: Die Ausgangsposition ist von der Arbeiterlage her bestimmt.“

Die ZEIT, 17.4.1970.

VERLAG
MARXISTISCHE
BLÄTTER

aus der Reihe
MARXISMUS AKTUELL

Spätkapitalismus ohne Perspektive
422 Seiten, DM 9,50

H. Schäfer
Lohn, Preis und Profit heute
4. überarb. Aufl., 128 Seiten, DM 4,-

W. Schellenberg
Wie lese ich „Das Kapital“
3. Auflage, 154 Seiten, DM 4,-

aus der Reihe
SOZIALISTISCHE KLAISIKER

F. Engels
Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches
96 Seiten, DM 2,40

F. Engels
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
264 Seiten, DM 4,-

W. I. Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
2. Auflage, 157 Seiten, DM 3,-

K. Marx
Lohnarbeit und Kapital
Lohn, Preis und Profit
137 Seiten, DM 2,40

MARXISTISCHE PAPERBACKS
und BÜCHER

K. Nehls
Kapitalexport und Kapitalverflechtung
170 Seiten, DM 7,50

M. Breitzmann
Die Industrialisierung der Entwicklungsländer
148 Seiten, DM 7,50

Handbuch für Arbeiter und Angestellte
hrsg. Heinz Jung u. Heinz Schäfer
2. Auflage, 370 Seiten, DM 7,50

Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR
903 Seiten, DM 12,80



VERLAG MARXISTISCHE
BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/M.
Heddernheimer Landstr. 78a

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse in der BRD

Nr. 2/1971 (Juni)

Abschlußtermin dieses Berichts: 5. Juni 1971

Diese INFORMATIONEN erscheinen jeweils im März, Juni, September und im Dezember. Zu Sonderentwicklungen und ausgewählten Komplexen erscheinen Sonderberichte.

Die INFORMATIONEN fassen unter einer festen Systematik die wichtigsten Kennziffern zur Wirtschaftsentwicklung und zur ökonomischen Lage der Arbeiterklasse zusammen. Diese Systematik wird in allen laufenden Berichten durchgehalten. So soll dem Leser die schnelle Orientierung und der Vergleich mit vorangegangenen Perioden ermöglicht werden.

Materialegrundlage dieser INFORMATIONEN sind Veröffentlichungen der amtlichen Statistik, staatlicher Behörden, bürgerlicher Wirtschaftsinstitute, der Unternehmerverbände usw. Es ist zu berücksichtigen, daß deren Kennziffern und Zahlenangaben häufig die Zusammenhänge verschleieren und die für die Arbeiterklasse ungünstigen Entwicklungen abmildern. Trotzdem können sie in vielen Fällen zur Grundlage einer Argumentation im Interesse der Arbeiter und Angestellten und ihrer Forderungen gemacht werden.

Herausgeber und Verfasser bitten um kritische Anmerkungen und Vorschläge. Wir werden bemüht sein, jede Kritik im Sinne der Verbesserung der INFORMATIONEN zu berücksichtigen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstraße 6
Verfasser: Dipl. Volkswirt Gerhard Bessau

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307.
Für Abonnenten der NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis enthalten: Einzelpreis 1,50 DM.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

2 Die Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Reallohnentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen (Seite 8)

Die Studienausgaben der Klassiker
1. und 2. Quartal '71

Karl Marx, Friedrich Engels
Ausgewählte Werke in sechs Bänden

Leinen, Schutzumschlag, DM 8,50 je Band
Lieferbar: Band I, 680 Seiten; Band II, 620 Seiten
Band III August '71

Empfindliche
Lücke gefüllt...

Das Interesse am Marxismus wächst, aber wer kann sich schon die große Werkausgabe der Klassiker leisten, um sie gründlich zu studieren? Die neue sechsbandige Ausgabe füllt eine Lücke. In der Regel sind vollständige Arbeiten wiedergegeben. Nur einige umfangreichere Arbeiten, insbesondere im Band I und auch „Das Kapital“ sind auszugsweise abgedruckt.

Nach Fertigstellung der Ausgabe erscheint als besonderer Band ein ausführliches Sachregister. Dieser Registerband wird außerdem ein Titelverzeichnis und ein Personenverzeichnis für alle Bände enthalten.

W. I. Lenin
Ausgewählte Werke in sechs Bänden

Leinen Schutzumschlag, DM 8,50 je Band
Lieferbar: Band I, 872 Seiten; Band II, 886 Seiten;
Band III, 784 Seiten; Band IV, 846 Seiten, Band V Juli '71

... und neue
aktuelle Auswahl

Die Ausgabe fußt auf der bisherigen dreibändigen Ausgabe der Ausgewählten Werke Lenins im Dietz-Verlag. Sie wurde um mehr als das Doppelte durch Arbeiten ergänzt, die von besonders aktuellem Interesse sind und vor allem folgende Themenkreise berühren: Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei; Fragen der Weltanschauung und der Philosophie; proletarischer Internationalismus; Entwicklung des Imperialismus im 20. Jahrhundert; Fragen des sozialistischen Aufbaus; Auseinandersetzung mit bürgerlichen Verfälschungen in den genannten Punkten.

Nach Fertigstellung der Ausgabe erscheint ein besonderer Registerband, der ein Sachregister, ein alphabetisches Titelverzeichnis und ein Namensverzeichnis für die gesamte Ausgabe enthält.

Schmidt/Sigusch Arbeiter-Sexualität Luchterhand

Eine empirische Untersuchung an jungen Industriearbeitern. Soziologische Texte Band 75. 181 Seiten. Leinen DM 19,80, Studienausgabe DM 12,80.

Zum erstenmal untersuchen in Deutschland zwei junge Wissenschaftler des Instituts für Sexualforschung in Hamburg das sexuelle Verhalten junger Arbeiter. In einer exakten empirischen Untersuchung erkennen sie an repräsentativen Industriearbeitern, daß deren sexuelles Verhalten keine Ausnahme innerhalb der Konsumsphäre darstellt.

Dr. Gunter Schmidt und Dr. Volkmar Sigusch waren Mitarbeiter von Prof. Hans Giese. Nach dessen Ableben sind sie weiterhin am Institut für Sexualforschung der Universität in Hamburg tätig.

Verlag Marxistische Blätter GmbH



6 Frankfurt/Main — Hedderheimer Landstr. 78a